M 3477 F

# blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w




Argentinien

Paraguay

Uruguay

Wirtschaftskrise in Peru

Der Dichter Vargas Llosa

Proteste in Goa/Indien

NGO's in Bangladesh

Vietnam

Neue Atomlügen

Eritrea/Tigray

Nr. 149 Mai 1988 DM 5,00

# Inhaltsverzeichnis



## Dokumentation über asylrechtlich relevante Menschenrechtsverletzungen im Iran

In den letzten Monaten müssen Iraner, die in der Bundesrepublik Asyl beantragt haben, verstärkt die Verwaltungsgerichte anrufen. Die Quote der Anerkennung iranischer Flüchtlinge durch die deutschen Asylbehörden sank von 70% im Jahr 1985 über 42,4% im Jahr 1986 auf nur noch 29% im Jahr 1987. Doch Gerichte und Rechtsanwälte sind bei der Beurteilung der vielen Einzelfragen meist überfordert. Grobe Einschätzungen nach dem Muster „Verfolgungen sind in diesem Fall nicht bekannt, aber nicht auszuschließen" führen in der Regel zur Ablehnung von Asylanträgen.

Abhilfe schaffen will jetzt die „Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran". Die Mitarbeiter dieses gemeinnützigen Vereins, der ein Großteil iranischer Flüchtlinge in Berlin betreut und aus der ganzen Bundesrepublik um gutachterliche Stellungnahmen gebeten wird, haben festgestellt, daß die iranische Tagespresse und viele nicht übersetzte iranische Dokumente gute Informationsquellen zur Klärung auch asylrechtlich relevanter Fragen sind.

Deswegen wurde mit finanzieller Unterstützung des Berliner Netzwerks mit dem Projekt einer Dokumentation begonnen. Es soll ergänzungsfähiges Loseblatt-Handbuch über Menschenrechtsverletzungen im Iran entstehen, die in asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren von Relevanz sind. Das Ringbuch wird nach Stichworten geordnet, sodaß kirchliche und sonstige Beratungsstellen, Anwälte und Gerichte einzelne Themenbereiche leicht nachschlagen können. Der Zuschuß des Netzwerks deckt aber nur die Hälfte der Kosten für Mitarbeiter, Archiv-Reisen und Büromaterial. Die Liga muß weitere 15.000 DM aufbringen, bis der erste Dokumentations-Band erscheinen kann.

Für das Projekt wurde ein Sonderkonto eingerichtet: Stichwort: „Liga-Archiv", Kto.-Nr. 3857356301 bei der Berliner Bank (BLZ 100 200 00). Ferner werden interessierte Gruppen oder Anwaltskanzleien aufgefordert, durch ein Abonnement der Dokumentation, die regelmäßig ergänzt wird, die Finanzierung dieses Projektes zu unterstützen. Weitere Informationen:

Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran, Postfach 752, 1000 Berlin 15, Tel.: 030/825 85 52

## impressum

**blätter des iz3w**

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Horst Hüncker, Anne Junk, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Roland Platz, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Gerd Rieger, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Norbert Stamm, Felix Tomkat, Susanne Vollmer, Jürgen Wengler, Udo Wolter

Titelbild:

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

**Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-**

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

**Redaktionsschluß für Nr. 150:**
24. Mai 1988

**Anzeigenschluß für Nr. 150:**
6. Juni 1988

**Eigentumsvorbehalt:**
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

# Entscheidender Durchbruch der Befreiungsbewegungen?



*Kämpfer der EPLF* *Bild: Gernot Huber*

**In den letzten Wochen sind die Kriegsfronten in Eritrea und Tigray, die vielen Beobachtern in einer ausweglosen Pattsituation festgefahren schienen, in heftige Bewegung geraten. Nach schweren Niederlagen gegen EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front) und TPLF (Tigray Peoples Liberation Front) zog sich die äthiopische Armee aus West-Eritrea und in Tigray auf den Straßenkorridor Meqelle-Maichew zurück. Mit der vor Ostern verkündeten Generalmobilmachung gestand die äthiopische Regierung den Ernst der Lage ein. Die in der Hungerhilfe tätigen internationalen Hilfsorganisationen wurden zum Verlassen Eritreas und Tigrays aufgefordert, da ihr Schutz nicht mehr gewährleistet sei. Die äthiopische Regierung hat eine große Gegenoffensive angekündigt. Sie soll wohl ohne unerwünschte Zeugen stattfinden. Von den Befreiungsbewegungen wird jetzt der Einsatz von Giftgas befürchtet, über das die Äthiopier seit 1980 verfügen sollen. Ein Anfang April mit dem langjährigen Gegner Somalia geschlossenes „Friedensabkommen" soll der Regierung in Addis Abeba ermöglichen, die dadurch angeblich freiwerdenden Truppen im Ogaden, deren Stärke auf 100.000 geschätzt wird, nach Norden gegen die EPLF und TPLF zu führen.**

## Die Offensive der EPLF

Der Krieg in Eritrea steht im 27. Jahr. Die 1970 entstandene EPLF, die im innereritreischen Krieg von 1980/81 die ältere Eritrean Liberation Front/ELF als militärische Kraft ausschaltete, ist heute der entscheidende Träger des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes. Die überwiegend in den Sudan abgedrängte ELF zerfiel in mehrere Fraktionen, von denen einige heute in Verhandlungen mit der EPLF stehen, während eine sich bereits 1987 mit dieser vereinigte.

Die EPLF führt den Krieg um die Unabhängigkeit als verlängerten Volkskrieg, in dem der bewaffnete Kampf mit der sozialrevolutionären Veränderung der eritreischen Gesellschaft verknüpft ist. Von Gegnern im konservativen arabischen Lager und im Westen als marxistisch angesehen versteht sich die EPLF selbst als nationaldemokratische Befreiungsfront. Ihr 1987 auf dem 2. Kongreß verabschiedetes Programm sieht für ein unabhängiges Eritrea eine gemischte Wirtschaft und ein Mehrparteiensystem vor.

Die jüngste Offensive der EPLF begann am 17. März. Binnen weniger Stunden überrannte sie die äthiopischen Stellungen an der 120 km langen Naqfa-Front. Mehrere Tausend Äthiopier fielen oder wurden verwundet, über 2.000, unter ihnen hohe Offiziere und Politkader, gerieten in Gefangenschaft. Große Mengen Waffen und Ausrüstung, darunter 50 Panzer, 100 LKW's, Stalinorgeln und Luftabwehrgeschütze wurden von der EPLF erbeutet. Zum ersten Male seit der Verwicklung der UdSSR in den Eritrea-Krieg fielen auch drei sowjetische Militärberater in die Hände der EPLF. Bei früheren äthiopischen Niederlagen und Rückzügen war es bisher immer gelungen, sie rechtzeitig auszufliegen. Mit den erbeuteten Waffen setzte die EPLF den Druck auf die äthiopische Armee fort. So mußten sich die Regierungsarmeen, durch die Zerstörung von Nachschubverbindungen und Munitionslagern, noch weiter zurück ziehen. Der Belagerungsring um Keren, der zweitgrößten Stadt in Eritrea, durch die EPLF, ist deutliches Zeichen für die Stärke der Befreiungsbewegung.

## Die Offensive der TPLF

In Tigray kämpft seit 13 Jahren die TPLF, allerdings nicht für die Unabhängigkeit der Region, sondern für eine demokratische Umgestaltung Äthiopiens und das gleichberechtigte Zusammenleben der äthiopischen Völker. Die politische Führung der TPLF liegt bei Marxisten-Leninisten, die 1985 die Marxistisch-Leninistische Liga Tigrays/MLLT gründeten. TPLF/MLLT bekämpfen die Sowjetunion als sozialimperialistische Macht, während die EPLF zwar massiv die sowjetische Intervention im Horn von Afrika und ihre Hegemonialpolitik vor allem in der 3. Welt verurteilt, sich aber mit weitergehenden grundsätzli-

chen Aussagen über den Charakter von Staat und Gesellschaft in der UdSSR zurückhält.

Diese Differenzen, sowie die unterschiedlichen Einschätzungen über die inneräthiopischen Oppositionen und militärische Strategien, waren Streitpunkte zwischen TPLF und EPLF, die im Sommer '85 zur Auflösung der politisch-militärischen Allianz führte. Nach der letzten äthiopischen Großoffensive vom April–Mai 1985 war es in Tigray militärisch verhältnismäßig ruhig gewesen, während es im Gegensatz dazu in Eritrea in der 2. Jahreshälfte 1985 eine äthiopische Großoffensive und seit Frühjahr 1987 eine begrenzte Offensive der EPLF auf dem zentralen Hochland gab.

Während dieser Periode verstärkte und reorganisierte die TPLF ihre Verbände, die heute einschließlich der Bauernmiliz auf etwa 30.000 Männer und Frauen geschätzt werden. Anfang Februar ging sie schließlich zur Offensive gegen die äthiopischen Garnisonen in Tigray über. Unter dem Druck der TPLF und der Entwicklung in Eritrea räumte die äthiopische Armee schließlich in der Woche vor Ostern fast fluchtartig die Städte Enda Selassie, Axum, Adua, Adigrat, Wukro und Hagere Salam und zog sich auf den Strassenkorridor zwischen Mequelle und Maichew in Südost-Tigray zurück.

Innerhalb weniger Tage war die militärische Landkarte tiefgreifend verändert worden. Die ähtiopische Präsenz in Tigray und Eritrea war auf einige wenige, teilweise voneinander isolierte Garnisonen reduziert worden.

## Fehleinschätzungen westlicher Beobachter

Die jünge Entwicklung in Eritrea und Tigray widerlegt die Legende von der infolge allgemeiner Erschöpfung herrschenden Pattsituation, wie sie seit der Hungersnot von 1984/85 in zunehmenden Maße von westlichen Politikern, Medien und Hilfsorganisationen verbreitet worden war. Interessanterweise wurde aus solchen „Analysen" zumeist der Schluß gezogen, die Befreiungsbewegungen müßten im „Interesse der leidenden Bevölkerung" sich kompromißbereit zeigen und von überzogenen, nicht verwirklichbaren Forderungen wie der Unabhängigkeit Eritreas (EPLF) und dem Sturz der äthiopischen Regierung (TPLF) endlich abrücken.

EPLF und TPLF, die sich aus gutem Grund weigerten, solchen Ratschlägen zu folgen, wurden zunehmend in westlichen Medien mit Mißachtung und Diffamierungen „bestraft". Vor allem seit dem Angriff der EPLF auf einen ihre nicht gemeldeten Nahrungsmittelkonvoi, bei dem der Verdacht bestand, die äthiopische Armee bediene sich seiner, um Waffen durch die unsicheren Gebiete an der EPLF vorzuschmuggeln. Im Herbst 1987 waren sich viele der sogenannten Experten in westlichen Hilfsorganisationen und Medien einig, daß die EPLF und TPLF mindestens genauso „terroristisch" und „verwerflich" seien wie die äthiopische Seite.

In der blinden, durch nichts gerechtfertigten Gleichsetzung der Widerstandsbewegungen mit der äthiopischen Regierung wurde diese natürlich trotz aller Kritik indirekt und vielfach auch direkt aufgewertet. Und darum ging es im Grunde genommen ja auch. Die erteilten Ratschläge an die Befreiungsbewegungen entsprangen letztlich der Überlegung, mit dem Ende der Kriege würde nicht nur der Hunger besser bekämpft, sondern auch Äthiopien über wirtschaftliche Hilfsangebote für den Westen wieder gewinnbar. Solche Ratschläge ließen dabei außer acht, daß die äthiopische Regierung bis heute kompromißunwillig ist. Staatschef Mengistu Haile Mariam hat sein politisches Überleben auf einen Sieg in Eritrea und Tigray verpfändet. Andererseits waren die Verfechter solcher Ratschläge nicht in der Lage, zu erkennen, daß die äthiopische Armee die Kriege im Norden bereits seit Jahren im strategischen Sinne verloren hatte.

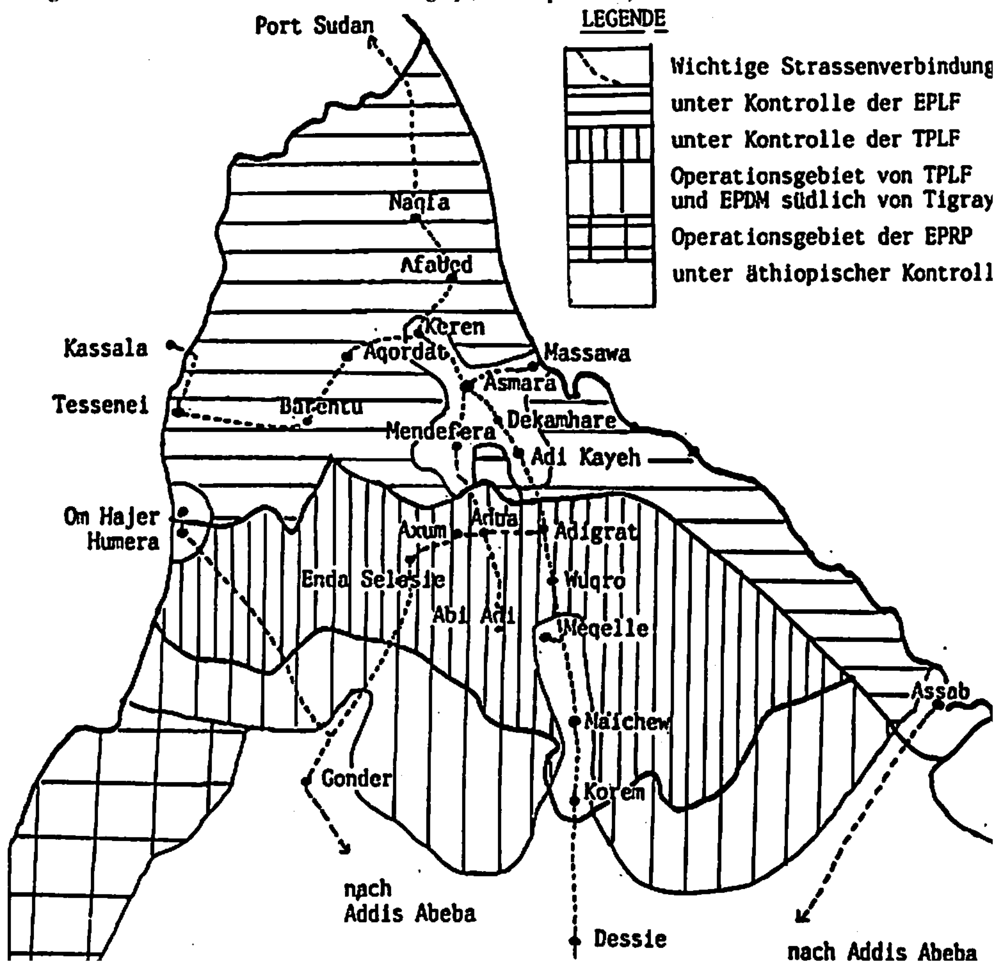
Hinter der scheinbaren Pattsituation aus vermuteter Erschöpfung beider Seiten verbarg sich nämlich tatsächlich ein fortwährender Verfall der Kampfkraft der äthiopischen Armee, der diese zunehmend daran hinderte, aus ihren festen Stellungen heraus offensiv zu werden. Umgekehrt bestand kein Zwang für EPLF und TPLF, um jeden Preis den Gegner angreifen zu müssen. Je mehr sich die äthiopische Offensivfähigkeit verringerte, desto eher konnten EPLF und TPLF selbst den günstigsten Moment für eigene Offensiven bestimmen.

## Der Druck auf die Zentralregierung wächst

Nach acht Jahren Abnützungskrieg haben EPLF und TPLF ihr strategisches Ziel, das Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten zu verändern und selbst die Vorhand zu erlangen, bei weitem erreicht. Die äthiopische Armee in Eritrea und Tigray war vor Beginn der jetztigen Offensive von EPLF und TPLF dezimiert und demoralisiert. Der nicht zu gewinnende Krieg im Norden hatte die äthiopische Wirtschaft zerrüttet und die dringend für die Entwicklung des Landes notwendigen menschlichen und materiellen Ressourcen aufgefressen. Die neuen staatlichen Strukturen konnten sich nicht festigen und im Windschatten der Kriege im Norden konnten andere, zeitweilig zurückgedrängte Gegner der Zentralregierung, wie die Oromo Liberation Front/OLF oder die Ethiopian Peoples Revolutionary Party/EPRP, oder neue, wie die mit der TPLF eng verbündete Ethiopian Peoples Democratic Movement/EPDM, ihren Handlungsspielraum vergrößern und ihrerseits den bewaffneten Kampf ausweiten oder neuaufnehmen.

Trotz der immer härteren Kriegsfolgen, der Hungersnöte infolge von Dürren sowie der äthiopischen Blockadepolitik gegen die befreiten Gebiete in Eritrea und Tigray, haben beide Bewegungen (EPLF/TPLF) die Unterstützung der Bevölkerung oder sogar neue Schichten für ihre Ziele gewonnen. Einerseits durch die Verbindung von regionalen Interessen mit einer sozialen Revolution und andererseits mit der Ausschaltung aller politischer Strömungen, bis auf die Staatspartei, durch die Zentralre-

*Jetzige militärische Situation in Eritrea und Tigray (Ende April 1988)*



gierung. Auch die Massenumsiedlungen und die riesigen Verdorfungsprogramme, durch die äthiopische Regierung, kosteten die Loyalität vieler Bauern.

Die Alternativen politisch-sozialer Identifikationsangebote, die die „äthiopische Revolution" in Form eines autoritären Sozialismus der Militärs anbot, erwiesen sich demgegenüber als weitaus weniger anziehend. Grundlagen dafür ist die Fortführung der amarischen Dominanz, bei Benachteiligung der nicht amarischen Völker Äthiopiens.

Heute sind die Landbewohner wie die Städter der Kriege und der „scheinheiligen Revolution der Militärs" müde. Seit neuestem gewinnen sogar die rechtsgerichteten äthiopischen Exilgruppierungen wie die Ethiopian Democratic Union oder die Ethiopian Peoples Democratic Allianz in diesen Kreisen wieder verstärkt Anhang. Zu diesen zählt auch die Studentenschaft, die bis zum Roten Terror des Winters 1977/78 mehrheitlich links stand.

## Unruhe in der äthiopischen Armee in Eritrea

Am ehesten war noch die Armee selbst in der Lage, zu realisieren, daß sich die Kriege im Norden zu ihren Ungunsten entwickelten, und mit ihren negativen Rückwirkungen auch im Zentrum die Staatsmacht zu untergraben drohten. Langsam ansteigende Zahlen von Deserteuren, auch wiederkehrende Gerüchte über Meutereien ganzer Einheiten, die jeweils blutig niedergeschlagen worden sein sollen, sind weitere Anzeichen.

Für alle offenkundig hatte der Nachdenkprozeß über die Realität in Eritrea im Januar dieses Jahres die Spitze der äthiopischen Armee in Eritrea erreicht. Kein geringerer als General Tarike Yahene, der Kommandeur der äthiopischen Truppen an der Naqfah-Front, die bereits im November 1987 von der EPLF wieder einmal schwere Verluste zugefügt bekommen hatten, erklärte vor seinen Offizieren öffentlich, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, die Regierung müsse nach politischen Lösungen suchen.

Mengistu flog sofort nach Asmara und ließ Traike und fünf weitere hohe Offiziere hinrichten. Der bei den Truppen beliebte Oberkommandeur in Eritrea, General und ZK-Mitglied der EWP Ragassa Jima, wurde seines Amtes enthoben und in Addis Abeba unter Hausarrest gestellt.

Mengistu hatte gewiß nicht vergessen, daß die Unzufriedenheit der äthiopischen Armee in Eritrea im Februar 1974 ein wesentlicher Auslösefaktor für die äthiopische Revolution war, die ihn an die Spitze des äthiopischen Staates brachte.

Es liegt auf der Hand, daß die Schockwellen der Hinrichtungen innerhalb der äthiopischen Truppen keineswegs verebbt waren, als die EPLF ihre Offensive begann. Der dafür gewählte Zeitpunkt dürfte sogar in engen Zusammenhang mit diesen Hinrichtungen und natürlich der Offensive der TPLF in Tigray gestanden haben.

## Keine Wiederholung von 1977/78

Vordergründig sieht die jetzige Lage wie eine Wiederholung der Situation des Jahres 1977 aus, als die Eritreer bis auf Asmara, Massawa, Assab, Barentu und Adi Kayeh das gesamte Land befreit hatten. Nicht wenige der Kommentatoren der Ereignisse der letzten Wochen im Westen sprachen von der Wahrscheinlichkeit, die von Mengistu angekündigte Gegenoffensive könne wie im Sommer 1978 wieder das Blatt zugunsten der äthiopischen Regierung wenden. Indessen sind die beiden Situationen nicht vergleichbar. Damals vermochte Mengistu in den Krieg in Eritrea neue Elemente einzuführen wie die Unterstützung der neuen Verbündeten mit der UdSSR, Kuba und der DDR an der Spitze.

Heute ist die Lage anders. Die äthiopische Armee ist nicht verstärkt und neu ausgerüstet wie 1977. Alles was sie an Soldaten und Waffen aufbieten kann, stand ihr auch schon in den zurückliegenden Jahren zur Verfügung. Auch die jetzt durch den Vertrag mit Somalia freiwerdenden Truppen stellen in dieser Hinsicht kein neues Element dar. Dies um so mehr, als sich Mengistu trotz dieses Abkommens nicht leisten kann, alle dort stationierten Truppen abzuziehen, denn immerhin gibt es dort außer dem somalischen Ex-Gegner jenseits der Grenze dieseits von ihr sowohl die OLF als auch die west-somalische Ogaden National Liberation Front/ONLF wie auch die beiden bewaffneten Oppositionsbewegungen zur somalischen Regierung, die bisher von Addis Abeba unterstützt wurden.

Ein weiterer Faktor, der gegen eine Wiederholung der erfolgreichen Gegenoffensive von 1978 sprechen dürfte, ist die Haltung der UdSSR. Es halten sich hartnäckig Meldungen, daß diese Mengistu schon vor Monaten mit einer Reduzierung der Waffenlieferungen gedroht habe, sofern er sich nicht um politische Lösungen im Eritrea-Krieg bemühe. Mengistus brutales Vorgehen gegen seine eigenen Generäle und seine jetzigen Durchhalteparolen dürften, sollte diese Information korrekt sein, gewiß nicht dazu beitragen, die UdSSR zu einer Ausweitung ihrer Lieferungen bewegen, die eigentlich nötig wäre, die inzwischen erfolgten Verluste auszugleichen.

Angesichts der prekären Lage der äthiopischen Armee in Eritrea und Tigray ist allerdings die Befürchtung der Eritreer und Tigray, ihr Gegner könne versucht sein, Giftgas anzuwenden, nicht völlig unbegründet. Das Beispiel des Irak belegt nur zu deutlich, wozu ein Regime, das ums Überleben kämpft, fähig sein kann. Allerdings ist davon auszugehen, daß die Giftgaswaffe, sollte sie wirklich von Äthiopien besessen und angewandt werden, primär die Zivilbevölkerung und weniger die Bewegungen treffen würde, im wesentlichen darauf zielen würde, Terror gegen die Zivilbevölkerung auszuüben, um die Unterstützung der Bewegungen durch diese zu brechen.

Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, daß es der äthiopischen Armee unter Mobilisierung aller Kräfte gelingen könnte, nochmal im Norden Geländegewinne zu erzielen. Zum einen mag sie versucht sein, durch amphibische Truppenlandungen in Nord-Eritrea die EPLF wie schon einmal 1978 zu zwingen, sich nach Norden zurückzuziehen. Zum anderen könnte es ihr gelingen, durch massive Vorstöße auf der Straße von Meqelle nach Norden wieder die unterbrochene Landverbindung zu ihren Garnisionen in Eritrea herzustellen. Es ist aber zu bezweifeln, daß sie die Kraft hat, alle geräumten Stellungen zurück zu erlangen. Trotzdem haben die erfolgreichen bisherigen Offensiven der EPLF und TPLF von März/April das Kräfteverhältnis weiter und zwar ganz erheblich zugunsten der beiden Befreiungsbewegungen verschoben.

In diesem Zusammenhang ist ferner interessant, daß EPLF und TPLF unter Hintanstellung ihrer sonstigen Differenzen inzwischen eine militärische Koordination wieder aufgenommen haben und kürzlich eine hochrangige Delegation der OLF bei der EPLF weilte.

## Neue Bedingungen für Hilfsorganisationen

Auf diese Entwicklungen und die neue Lage in Äthiopien sollten sich die Hilfsorganisationen und internationalen Medien einstellen. Solange sich die äthiopische Regierung auf kein Waffenstillstandsangebot einläßt, wird die Bewältigung der Hungersnot erschwert. Für die Hilfsorganisationen besteht die Möglichkeit, über die EPLF und TPLF, in Zusammenarbeit mit der Eritrean Relief Association und der Society for Tigray, Hilfe zu leisten. Immerhin leben in den von ihnen kontrollierten Gebieten, vermutlich schon mehr als 90 % aller Hilfsbedürftigen Eritreas und Tigrays. Seitens EPLF/TPLF und TPLF/REST bestehen durchaus die personellen und administrativen, teilweise auch logistischen Kapazitäten, die neu-befreiten Zonen zu versorgen, sofern die internationalen Hilfsorganisationen nur bereit wären, Nahrungsmittel und fehlende Transportkapazitäten bereitzustellen.

Dazu wäre allerdings vonnöten, daß die Hilfsorganisationen endlich bereit wären, den Realitäten offen ins Auge zu schauen und nicht, wie bisher, entweder ausschließlich die äthiopische Regierung zu hofieren oder bestenfalls den Eritreern und Tigray unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Bedarf etwas zukommen zu lassen. Notwendig wäre auch, daß die Medien, die internationalen Hilfsorganisationen in dieser Hinsicht in die Pflicht nehmen, statt gemeinsam mit jenen in Kasandrarufe über drohendes Massensterben in Eritrea und Tigray oder neue Massenfluchtbewegungen in den Sudan einzustimmen.

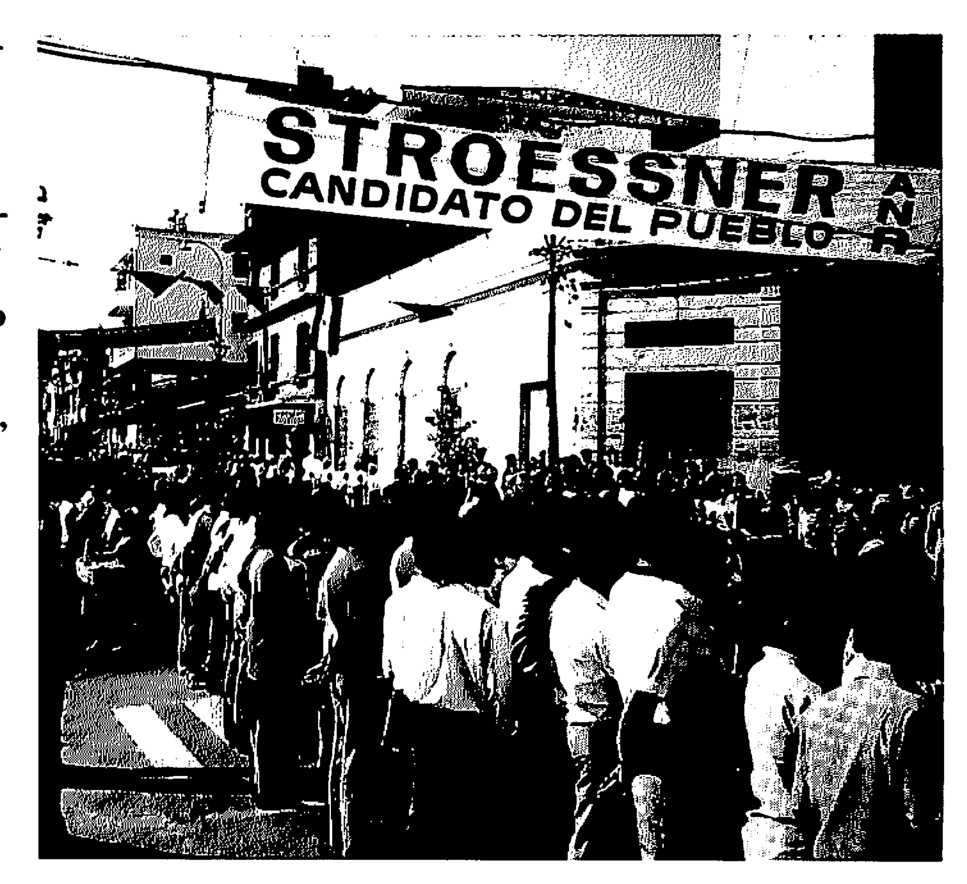
Solche Stimmungsmache spielt in die Hände der äthiopischen Zentralregierung und verlängert das Leiden der Menschen im Horn von Afrika.

**Günter Schröder**

# Stroessner's Sockel bekommt Risse

## Das Entstehen oppositioneller Bewegungen

**Starr und unantastbar — eine Statue zu Lebzeiten — so erscheint der mit 34 Jahren dienstälteste Diktator der westlichen Welt, Paraguays Präsident und General Alfredo Stroessner. Doch der Sockel dieser Statue beginnt zu bröckeln. Seit einigen Jahren entwickeln sich innerhalb und außerhalb des Regierungslagers neue oppositionelle Strömungen. Stroessners linientreue Regierungspartei, die „Colorados", haben sich gespalten. Die Opposition und die sozialen Bewegungen finden wachsenden Zulauf trotz der anhaltenden Repression und der nahezu vollständigen Zerschlagung der unabhängigen Medien. Stroessners Gefolgschaft ist zusammengeschrumpft auf eine kleine Clique korrupter Vasallen. Darüber kann auch die erneute „Wahl"-Inszenierung nicht mehr hinwegtäuschen.**




Am 14. Februar fanden zum siebten Mal seit dem Putsch des Generals im Jahre 1954 Präsidentschafts- und Parlaments-„Wahlen" statt. Erwartungsgemäß und wie in all den Jahren zuvor erreichte Stroessner auf der Liste der „Colorados" knapp 90 % der Stimmen. Das Wahlgesetz sichert derjenigen Partei, welche die Mehrheit der Stimmen erhält, automatisch eine 2/3-Mehrheit im Parlament, die eine Änderung der Verfassung herbeiführen kann. Die „Colorados" mußten diese Absicherung jedoch noch nie in Anspruch nehmen. Vielfältige Abhängigkeiten der Wähler von dieser Partei und die kaum verdeckte Manipulation der „Wahlen" bescherten der Regierungspartei noch immer komfortable Mehrheiten. Wichtiger für Stroessners Bemühen um die Aufrechterhaltung des demokratischen Scheins ist, daß das andere Drittel an Abgeordneten- und Senatorenposten zwei legalisierten Parteien zufällt, die aus diesem Grund bereit sind, an den „Wahlen" teilzunehmen. Dies sind die „Partido Liberal" und die „Partido Liberal Radical" die nur bei den Wahlen eine Rolle im politischen Leben Paraguays spielen. Daneben ist nur noch die „Partido Revolucionario Febrerista" amtlich zugelassen. Sie nimmt jedoch seit 1972 nicht mehr an den „Wahlen" teil, um den „demokratischen" Anstrich nicht zu legitimieren.

Hinter der Fassade dieser „Democracia sin Comunismo", wie Stroessner sein Regime bezeichnet, spielen sich jedoch politische Veränderungen ab, die langfristig bedeutende Auswirkungen haben könnten.

### Die Spaltung der Colorados

1959 durch Stroessner von allen unliebsamen Mitgliedern und Konkurrenten gesäubert, wurde die Partei neben dem Polizei- und Militärapparat zum zweiten Standbein des Diktators. Seit etwa 3 Jahren ist innerhalb der „Colorado"-Partei (offizieller Name: Asociación Nacional Republicana) eine Flügelbildung zu erkennen, deren Ursachen von außen nicht genau festzustellen sind, die aber zumindest mitbestimmt wurde durch das Bemühen verschiedener parteiinterner Gruppen, Weichen zu stellen für die Nach-Stroessner-Ära. Die sog. „Tradicionalistas" um den damaligen Vorsitzenden Juan Ramon Chaves begehrten die sanfte Abkehr der Partei vom Stroessner-Personalismus zugunsten der Stärkung der Parteiherrschaft. Nur widerwillig und zum letzten Mal wollten die „tradicionalistas" den General zum Präsidentschaftskandidaten küren. Die „Militantes", engste Stroessnervertraute wie der Privatsekretär Mario Abdo Benites, mußten dadurch ihre Position gefährdet sehen. Sie sind auf einen starken Mann angewiesen, sei es „el Excelentisimo" selbst oder dessen Sohn, der Luftwaffenoberst Gustavo Stroessner, den sie als Nachfolger favorisieren. Viele Funktionäre wechselten erst zu den „Militantes" über, als sich abzeichnete, daß auch Stroessner selbst diesen Flügel unterstützt.

Zur endgültigen Spaltung kam es auf

dem Parteitag der „Colorados" im August '87, als die Neuwahl des Parteivorstandes anstand. Polizeikräfte verhinderten den Zutritt der „Tradicionalistas" zum Parteibüro. Sie wurden aus sämtlichen Parteiämtern entfernt und durch absolut linientreue Stroessneranhänger ersetzt. Neuer Präsident wurde der für den Polizeieinsatz verantwortliche Innenminister, Sabino montanaro. Unter Ausschluß der „Tradicionalistas" wurde im November auch die Aufstellung der Abgeordneten- und Senatorenliste, sowie die Kandidatur Stroessners für das Präsidentenamt abgesegnet. Die gewaltsame Vorgehensweise gegen den Traditionalistenflügel, der vermutlich den größeren Teil der Parteianhänger hinter sich weiß, dürfte einen erneuten Sympathieverlust, diesmal gerade auch auf dem Land zur Folge haben, wo bisher die Selbstdarstellung Stroessners als väterlicher Beschützer noch weitgehend geglaubt wurde. Kurzfristig sind jedoch an der Parteibasis nur geringe Auswirkungen zu erwarten, weil zwischen der Landbevölkerung und den örtlichen Parteiorganisationen starke Abhängigkeiten bestehen. Im öffentlichen Dienst ist die Parteizugehörigkeit sogar Zulassungsvoraussetzung. Noch ungewiß ist, ob Teile der „Tradicionalistas", die Stroessner immerhin 33 Jahre lang die Treue gehalten haben, nun zur Opposition übergehen. Möglich erscheint eine Hinwendung zu anderen Colorado-Dissidenten, etwa zur MoPoCo (Movimiento Popular Colorado), die 1959 nach der ersten Säuberungsaktion Stroessners im Exil entstand, oder zu den „Eticos", einer Dissidentengruppe um das frühere Staatsratsmitglied Carlos Romer Pereira, der seit 3 Jahren die Wirtschaftspolitik der Regierung sowie Korruption und Drogengeschäfte scharf kritisiert.

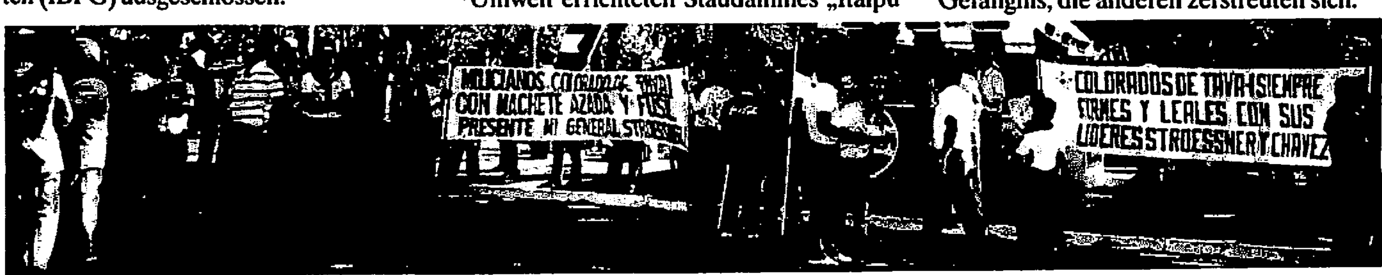
## Die außerparlamentarische Opposition

Über die tradierten Parteigrenzen hinweg konnten sich seit ca. 1985 verschiedene soziale Bewegungen ausbreiten. Die unabhängigen Gewerkschaften gründeten einen neuen Dachverband, den MIT (Movimiento Intersindical de Trabajadores), der bereits mehr Mitglieder aufweist als die offizielle CPT (Confederación Paraguaya de Trabajadores) und aktiv an der Opposition gegen das Regime teilnimmt. Die gelbe Gewerkschaft CPT hatte Stroessner 1958, als sie versuchte, einen Generalstreik durchzuführen, der Aufsicht des Arbeitsministeriums unterstellt und ihre Führung ausgewechselt. 1979 wurde die CPT aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ausgeschlossen.

Auch die Studenten konnten in den letzten Jahren, nachdem ihre starke Protestbewegung 1976 hinter den Gefängnismauern Asuncións geendet hatte, wieder neue Kräfte sammeln. Der Verband oppositioneller Studentenvertretungen hat die Colorado-Studenten mittlerweile bei weitem überflügelt. Die Studenten bilden zusammen mit den unabhängigen Gewerkschaften den Kern der städtischen Oppositionsbewegung, die sich auch nicht mehr scheut, lautstark zu demonstrieren. Auf den zahlreichen Musikfestivals in Asunción äußert sich der Protest am ungestörtesten. Sprechchöre, welche das Ende der Diktatur fordern, dringen nachts zuweilen bis zum Präsidentenpalast.

Der öffentliche Protest ist besonders wichtig für eine Veränderung des politischen Klimas in Paraguay, das seit jeher von Angst und Mißtrauen und der ungebrochenen Tradition totalitärer Regime geprägt ist. Die paraguayische Geschichte kennt keine Periode auch nur formaler Demokratie und der überwiegende Teil der Bevölkerung ist unter Stroessners Gewaltherrschaft aufgewachsen. Das eindrucksvollste Beispiel für den neuen Mut zum Protest geben die 1.300 Arbeiter und Angestellten des „Hospital de Clinicas" (Universitätsklinik), die seit 1985 immer wieder für die Erhöhung der Löhne demonstriert und gestreikt haben. Noch immer verdient eine Krankenschwester dort weniger als die Hälfte des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes. Polizei und Militär gehen häufig mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Der Präsident der Ärzte, Dr. Carlos Filizzola, wurde schon mehrfach verhaftet. Dennoch geht der Protest auch in seinem vierten Jahr weiter.

Noch wichtiger erscheint in dem vorwiegend ländlich strukturierten Paraguay, daß nun auch die Kleinbauern wieder begonnen haben, sich neu zu organisieren, nachdem die „Ligas Agrarias" 1976 vom Regime blutig zerschlagen worden waren. Anfang der 80er Jahre wurde der MCP (Movimiento Campesino Paraguayo) gegründet. Er fordert vor allem die Durchführung einer umfassenden Agrarreform. Die Landverteilung in Paraguay ist extrem ungleich. Ausländische Konzerne und einige Großgrundbesitzer aus der Oberschicht kontrollieren 74 % der Nutzfläche. Die Mehrzahl der Campesinos bewirtschaften Minifundien unter 10 ha und dies in einem Land das bei nur 3,8 Mio. Einwohnern fast doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik. Seit dem Bau des überdimensionierten, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und die Umwelt errichteten Staudammes „Itaipú" hat sich die Landnot für die Kleinbauern und die wenigen, noch freilebenden Indianerstämme verschärft. Das Staudammprojekt, die Verbesserung der Infrastruktur und andere Folgeinvestitionen ließen die Grundstückspreise am Paraná in die Höhe schnellen. Für die Großgrundbesitzer gewann damit ihr brachliegendes Land wieder an Wert. Statt das Land an diejenigen zu verteilen, die es seit Generationen bewohnen und bewirtschaften, verkaufte es die Regierung an ausländische Siedler und Immobilienfirmen, darunter auch viele deutsche. Heute sind ca. 25.000 Familien ohne Land. Viele landlose, ruinierte oder vertriebene Bauern, aber auch ehemalige Arbeiter am Itaipú-Kraftwerk, greifen zur Selbsthilfe. Sie besetzen und bewirtschaften brachliegendes Land, was häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den meist ausländischen Großgrundbesitzern und dem Militär führt. Im März 1984 begann die Besetzung von Tavapy II. 552 Familien ließen sich auf einem 3.600 ha umfassenden Gebiet nieder, das zur Farm des chilenischen Großgrundbesitzers Garcia Koller gehörte. Das Institut für die Agrarreform IBR lehnte eine Enteignung ab. Im Januar 1987 bildeten 300 Polizisten einen Belagerungsring um die Siedlung, der die Bewohner von der Lebensmittelzufuhr und medizinischen Versorgung für vier Monate abschnitt. In dieser Zeit wuchs die Solidarität der Bevölkerung mit den Landbesetzern stark an. Schließlich hatte der Kampf um die Legalisierung der Landnahme doch noch Erfolg. Die Zuspitzung der Lage in Tavapy fiel in die Zeit verstärkter Auseinandersetzungen innerhalb der Colorado-Spitze. Stroessner erklärte sich nun plötzlich bereit, das Enteignungsdekret zu unterzeichnen. Dies gab ihm gleichzeitig die Gelegenheit, den Traditionalisten und Chef des IBR, Manuel Frutos, zu entlassen. Stroessner beschuldigte ihn der „Geringschätzung der armen Bauern" und stellte sich selbst in das Licht des Beschützers derer, die er zuvor monatelang hatte einschüchtern und bedrohen lassen. Doch selten enden Landbesetzungen so glücklich. Häufig werden die Besetzer von den Militärs auf Betreiben der Eigentümer vertrieben, die Ernte wird beschlagnahmt und die Siedlung zerstört. Dabei kommt es nicht selten zum Einsatz brutalster Mittel. Im Juli 1986 wurden zwei Campesinos, die einen Teil des 50.000 ha umfaßenden Besitzes des Österreichers Engelwart besetzten, von Militärs kurzerhand erschossen. 23 weitere wurden zur Farm Engelwarts gebracht, wo sie für mehrere Stunden an Bäume gefesselt und geschlagen wurden. Einige mußten ins Gefängnis, die anderen zerstreuten sich.





*Repression gegen die Demonstranten des oppositionellen Gewerkschafts-Dachverbandes MIT 1. Mai 1986.*

Die steigende Zahl solcher Landbesetzungen und die zunehmende Verschlechterung der Einkommens- und Ernährungssituation bilden den Hintergrund für die neuen organisierten Ansätze. Bereits 130.000 Familien haben sich organisiert, die meisten im MCP, einer autonomen, sozialistisch geführten Bewegung, andere in Gruppierungen, die der Kirche nahestehen, wie die Organisation „Oñondivepá" (dt.: Alle zusammen) des Bauernführers Marcelino Corazón Medina, der schon mehrfach von Repression heimgesucht wurde. Die im „Acuerdo Nacional" zusammengeschlossenen Oppositionsparteien versuchen sich zu konsolidieren. Die Entwicklung dieser Parteien hat das Regime stets durch Verhaftungen und Ausweisungen der Parteiführer behindert. Die Parteiarbeit ist weitgehend „illegal". Ihre Duldung ist der Willkür des Polizeiapparates ausgesetzt. So fehlt es den Parteien im AN bis heute an einer starken sozialen Basis, die ihnen politische Durchschlagskraft verleihen würde. In neuerer Zeit gibt es einige Bemühungen, den Widerstand gegen das Regime mit den neuen sozialen Bewegungen zu koordinieren. Der 1987 aus dem Exil zurückgekehrte Führer der stärksten Oppositionspartei PLRA (Partido Liberal Radical Autentico), Domingo Laino, initiierte auf einer von 40.000 Menschen besuchten Veranstaltung die Bildung einer „Frente Nacional Amplio y Democrático", um die sozialen Bewegungen und kritische Teile der Unternehmerschaft in einem breiten Bündnis mit dem Acuerdo Nacional zu vereinigen. Aus dem Vorschlag resultierte die Bildung einer „Coordinadora Nacional por Elecciones Libres", die eine Kampagne für freie Wahlen einleitete und zum Wahlboykott oder zur ungültigen Stimmabgabe aufrief. Doch die wenigsten können es sich leisten, sich der Wahlpflicht zu entziehen. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätte der fehlende Teilnahmevermerk schwerwiegende Folgen. Dennoch ergab eine Umfrage der Naumann-Stiftung in Asunción am Vortag der Wahlen, daß bis zu 40 % der Befragten bereit waren, dem Aufruf zu folgen.

Die katholische Kirche nimmt eine vorsichtig-kritische Haltung gegenüber der Regierung ein und betätigt sich seit 1986 in einer Vermittlerrolle, indem sie zum „nationalen Dialog" aufrief und allen politischen Gruppierungen ein Diskussionsforum anbot, an dem sich Gewerkschaften, Studenten, Campesinos, Intellektuelle, Unternehmer und alle Parteien mit Ausnahme der „Colorados" beteiligten. In dem kürzlich verfaßten Abschlußbericht kommen die Teilnehmer zu dem Schluß: „Stroessner, das von ihm errichtete System und die Demokratie schließen sich in Paraguay aus."

Im Oktober veranstaltete die Kirche einen Schweigemarsch aus Prostest gegen die gewalttätigen Aktionen von paramilitärischen Schlägertrupps aus den Reihen der Colorados, an dem sich 40.000 Menschen beteiligten. Die Bischofskonferenz beklagt ausdrücklich die „systematische Entstellung des moralischen Bewußtseins durch Formen von Unterwürfigkeit, Korruption und Gewalt und die Unterdrückung und Bekämpfung aller unabhängigen sozialen Organisationen".

Zu den internen Schwierigkeiten der Regierung Stroessner gesellt sich seit dem Demokratisierungsprozess in den Nachbarländern Argentinien, Brasilien und Uruguay die zunehmende internationale Isolierung. Der Botschafter des langjährigen treuen Verbündeten USA, Clyde Taylor, unterstützt mehr oder weniger offen Teile der Opposition. Die USA beklagen, wenn auch mit diplomatischer Zurückhaltung, die Untätigkeit der Regierung gegen Drogenproduktion und Drogenhandel. Auf schätzungsweise 3.000 ha wird in Paraguay Marihuana angebaut. Coca aus Peru und Bolivien wird in Paraguay verarbeitet und von geheimen Start- und Landepisten im nahezu menschenleeren Chaco in die Vereinigten Staaten und nach Europa transportiert. Schmuggel und Drogenhandel sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und vor allem die Grundlage einer Pfründewirtschaft, welche Stroessner die Loyalität der Militärs und Getreuen sichert. Die USA haben sich daher immer mehr von Stroessner distanziert. Ihr neuer Mann könnte Carlos Romero Pereira sein, der aus einer einflußreichen Colorado-Familie stammt und derzeit wohl die besten Aussichten für einen friedlichen Übergang hat. Der Fall des panamesischen Militärbefehlshabers Noriega dürfte Stroessner vor Augen führen, wie sehr er auf die Gunst der USA angewiesen ist. Paraguay ist zwar wirtschaftlich unbedeutend und liegt auch nicht in Zentralamerika, dafür nimmt es jedoch im Cono Sur, eine geostrategisch wichtige Lage ein, an der die USA besonders interessiert sind.

## Die Reaktionen der „Stronistas"

Die Reaktionen auf den zunehmenden Widerstand von innen und außen war bisher unterschiedlich. In den letzten Jahren wurden viele politische Langzeitgefangene freigelassen, exilierte Politiker durften zurückkehren und der 33 Jahre dauernde Ausnahmezustand wurde aufgehoben. Dagegen nahmen die kurzzeitigen Inhaftierungen von Politikern zu. Ende vergangenen Jahres traten verstärkt paramilitärische Gruppen der „Colorados" in Erscheinung, die gegen die Veranstaltungen der Oppositionen ungehindert vorgehen konnten. Den stärksten Schlag führte das Regime gegen die Medien, die bis dahin noch einigen Freiraum genossen. Nachdem schon in den Jahren zuvor das kritische Institut „Banco Paraguayo de Datos" und die größte Wochenzeitung „ABC Color" geschlossen worden waren, fielen 1987 auch die Parteizeitung der Febreristen, „El Pueblo", und der freie Radiosender „Ñanduti" der Repression zum Opfer. Seither wird die Presselandschaft fast vollkommen von den Blättern des Zeitungsverlegers und Ex-Schwiegersohns Stroessners, Humberto Dominguez Dibb, beherrscht. Seit sich die „Stronistas", wie die treuen Gefolgsleute des Diktators genannt werden, im innerparteilichen Kampf durchgesetzt haben, ist die Tendenz zur Gewalttätigkeit in der Führung gestiegen. Mit Rücksicht auf die „Wahlen" und den im Mai anstehenden Besuch des Papstes hat sich der selbsternannte „Verteidiger der Menschenrechte", Alfredo Stroessner, noch zurückgehalten. Doch viele Oppositionelle erwarten danach eine größere Repressionswelle gegen die aufkommenden oppositionellen Bewegungen. Mit einiger Regelmäßigkeit hat der Diktator in den 34 Jahren seiner Gewaltherrschaft oppositionelle Strukturen in der eigenen Partei, den Gewerkschaften oder der Landbevölkerung systematisch zerschlagen. Doch ob es ihm gelingen wird, die „Ruhe" vergangener Jahre wieder herzustellen, ist zweifelhaft. Dies zeigt schon die Zahl der Teilnehmer an den Protestveranstaltungen der Opposition von bis zu 40.000, was in der Bundesrepublik, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, einer Teilnahme von über 600.000 Personen entspräche. Stroessner mag die oppositionellen Organisationen nochmals zerschlagen können. Doch der Unmut und das veränderte Bewußtsein werden bleiben. Stroessners soziale Basis auf dem Land schwindet dramatisch und die internen Konflikte des Regierungslagers werden zunehmen, je drängender sich die Nachfolgefrage stellt..

**Literaturhinweis:**


- Blätter des IZ3W Nr. 126, Juni 1985
- Rundbrief der Paraguay-Arbeitsgemeinschaft: Landprobleme in Paraguay (1987), Nr. 61
- Ricardo Rodriguez-Silvero: Ungleichheit und Marginalität, Bonn (1987)


**Martin Gremmelsbacher**

dem Parteitag der „Colorados" im August '87, als die Neuwahl des Parteivorstandes anstand. Polizeikräfte verhinderten den Zutritt der „Tradicionalistas" zum Parteibüro. Sie wurden aus sämtlichen Parteiämtern entfernt und durch absolut linientreue Stroessneranhänger ersetzt. Neuer Präsident wurde der für den Polizeieinsatz verantwortliche Innenminister, Sabino montanaro. Unter Ausschluß der „Tradicionalistas" wurde im November auch die Aufstellung der Abgeordneten- und Senatorenliste, sowie die Kandidatur Stroessners für das Präsidentenamt abgesegnet. Die gewaltsame Vorgehensweise gegen den Traditionalistenflügel, der vermutlich den größeren Teil der Parteianhänger hinter sich weiß, dürfte einen erneuten Sympathieverlust, diesmal gerade auch auf dem Land zur Folge haben, wo bisher die Selbstdarstellung Stroessners als väterlicher Beschützer noch weitgehend geglaubt wurde. Kurzfristig sind jedoch an der Parteibasis nur geringe Auswirkungen zu erwarten, weil zwischen der Landbevölkerung und den örtlichen Parteiorganisationen starke Abhängigkeiten bestehen. Im öffentlichen Dienst ist die Parteizugehörigkeit sogar Zulassungsvoraussetzung. Noch ungewiß ist, ob Teile der „Tradicionalistas", die Stroessner immerhin 33 Jahre lang die Treue gehalten haben, nun zur Opposition übergehen. Möglich erscheint eine Hinwendung zu anderen Colorado-Dissidenten, etwa zur MoPoCo (Movimiento Popular Colorado), die 1959 nach der ersten Säuberungsaktion Stroessners im Exil entstand, oder zu den „Eticos", einer Dissidentengruppe um das frühere Staatsratsmitglied Carlos Romer Pereira, der seit 3 Jahren die Wirtschaftspolitik der Regierung sowie Korruption und Drogengeschäfte scharf kritisiert.

## Die außerparlamentarische Opposition

Über die tradierten Parteigrenzen hinweg konnten sich seit ca. 1985 verschiedene soziale Bewegungen ausbreiten. Die unabhängigen Gewerkschaften gründeten einen neuen Dachverband, den MIT (Movimiento Intersindical de Trabajadores), der bereits mehr Mitglieder aufweist als die offizielle CPT (Confederación Paraguaya de Trabajadores) und aktiv an der Opposition gegen das Regime teilnimmt. Die gelbe Gewerkschaft CPT hatte Stroessner 1958, als sie versuchte, einen Generalstreik durchzuführen, der Aufsicht des Arbeitsministeriums unterstellt und ihre Führung ausgewechselt. 1979 wurde die CPT aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ausgeschlossen.

Auch die Studenten konnten in den letzten Jahren, nachdem ihre starke Protestbewegung 1976 hinter den Gefängnismauern Asuncións geendet hatte, wieder neue Kräfte sammeln. Der Verband oppositioneller Studentenvertretungen hat die Colorado-Studenten mittlerweile bei weitem überflügelt. Die Studenten bilden zusammen mit den unabhängigen Gewerkschaften den Kern der städtischen Oppositionsbewegung, die sich auch nicht mehr scheut, lautstark zu demonstrieren. Auf den zahlreichen Musikfestivals in Asunción äußert sich der Protest am ungestörtesten. Sprechchöre, welche das Ende der Diktatur fordern, dringen nachts zuweilen bis zum Präsidentenpalast.

Der öffentliche Protest ist besonders wichtig für eine Veränderung des politischen Klimas in Paraguay, das seit jeher von Angst und Mißtrauen und der ungebrochenen Tradition totalitärer Regime geprägt ist. Die paraguayische Geschichte kennt keine Periode auch nur formaler Demokratie und der überwiegende Teil der Bevölkerung ist unter Stroessners Gewaltherrschaft aufgewachsen. Das eindrucksvollste Beispiel für den neuen Mut zum Protest geben die 1.300 Arbeiter und Angestellten des „Hospital de Clinicas" (Universitätsklinik), die seit 1985 immer wieder für die Erhöhung der Löhne demonstriert und gestreikt haben. Noch immer verdient eine Krankenschwester dort weniger als die Hälfte des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes. Polizei und Militär gehen häufig mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Der Präsident der Ärzte, Dr. Carlos Filizzola, wurde schon mehrfach verhaftet. Dennoch geht der Protest auch in seinem vierten Jahr weiter.

Noch wichtiger erscheint in dem vorwiegend ländlich strukturierten Paraguay, daß nun auch die Kleinbauern wieder begonnen haben, sich neu zu organisieren, nachdem die „Ligas Agrarias" 1976 vom Regime blutig zerschlagen worden waren. Anfang der 80er Jahre wurde der MCP (Movimiento Campesino Paraguayo) gegründet. Er fordert vor allem die Durchführung einer umfassenden Agrarreform. Die Landverteilung in Paraguay ist extrem ungleich. Ausländische Konzerne und einige Großgrundbesitzer aus der Oberschicht kontrollieren 74 % der Nutzfläche. Die Mehrzahl der Campesinos bewirtschaften Minifundien unter 10 ha und dies in einem Land das bei nur 3,8 Mio. Einwohnern fast doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik. Seit dem Bau des überdimensionierten, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und die Umwelt errichteten Staudammes „Itaipú" hat sich die Landnot für die Kleinbauern und die wenigen, noch freilebenden Indianerstämme verschärft. Das Staudammprojekt, die Verbesserung der Infrastruktur und andere Folgeinvestitionen ließen die Grundstückspreise am Paraná in die Höhe schnellen. Für die Großgrundbesitzer gewann damit ihr brachliegendes Land wieder an Wert. Statt das Land an diejenigen zu verteilen, die es seit Generationen bewohnen und bewirtschaften, verkaufte es die Regierung an ausländische Siedler und Immobilienfirmen, darunter auch viele deutsche. Heute sind ca. 25.000 Familien ohne Land. Viele landlose, ruinierte oder vertriebene Bauern, aber auch ehemalige Arbeiter am Itaipú-Kraftwerk, greifen zur Selbsthilfe. Sie besetzen und bewirtschaften brachliegendes Land, was häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den meist ausländischen Großgrundbesitzern und dem Militär führt. Im März 1984 begann die Besetzung von Tavapy II. 552 Familien ließen sich auf einem 3.600 ha umfassenden Gebiet nieder, das zur Farm des chilenischen Großgrundbesitzers Garcia Koller gehörte. Das Institut für die Agrarreform IBR lehnte eine Enteignung ab. Im Januar 1987 bildeten 300 Polizisten einen Belagerungsring um die Siedlung, der die Bewohner von der Lebensmittelzufuhr und medizinischen Versorgung für vier Monate abschnitt. In dieser Zeit wuchs die Solidarität der Bevölkerung mit den Landbesetzern stark an. Schließlich hatte der Kampf um die Legalisierung der Landnahme doch noch Erfolg. Die Zuspitzung der Lage in Tavapy fiel in die Zeit verstärkter Auseinandersetzungen innerhalb der Colorado-Spitze. Stroessner erklärte sich nun plötzlich bereit, das Enteignungsdekret zu unterzeichnen. Dies gab ihm gleichzeitig die Gelegenheit, den Traditionalisten und Chef des IBR, Manuel Frutos, zu entlassen. Stroessner beschuldigte ihn der „Geringschätzung der armen Bauern" und stellte sich selbst in das Licht des Beschützers derer, die er zuvor monatelang hatte einschüchtern und bedrohen lassen. Doch selten enden Landbesetzungen so glücklich. Häufig werden die Besetzer von den Militärs auf Betreiben der Eigentümer vertrieben, die Ernte wird beschlagnahmt und die Siedlung zerstört. Dabei kommt es nicht selten zum Einsatz brutalster Mittel. Im Juli 1986 wurden zwei Campesinos, die einen Teil des 50.000 ha umfaßenden Besitzes des Österreichers Engelwart besetzten, von Militärs kurzerhand erschossen. 23 weitere wurden zur Farm Engelwarts gebracht, wo sie für mehrere Stunden an Bäume gefesselt und geschlagen wurden. Einige mußten ins Gefängnis, die anderen zerstreuten sich.





*Repression gegen die Demonstranten des oppositionellen Gewerkschafts-Dachverbandes MIT 1. Mai 1986.*

Die steigende Zahl solcher Landbesetzungen und die zunehmende Verschlechterung der Einkommens- und Ernährungssituation bilden den Hintergrund für die neuen organisierten Ansätze. Bereits 130.000 Familien haben sich organisiert, die meisten im MCP, einer autonomen, sozialistisch geführten Bewegung, andere in Gruppierungen, die der Kirche nahestehen, wie die Organisation „Oñondivepá" (dt.: Alle zusammen) des Bauernführers Marcelino Corazón Medina, der schon mehrfach von Repression heimgesucht wurde. Die im „Acuerdo Nacional" zusammengeschlossenen Oppositionsparteien versuchen sich zu konsolidieren. Die Entwicklung dieser Parteien hat das Regime stets durch Verhaftungen und Ausweisungen der Parteiführer behindert. Die Parteiarbeit ist weitgehend „illegal". Ihre Duldung ist der Willkür des Polizeiapparates ausgesetzt. So fehlt es den Parteien im AN bis heute an einer starken sozialen Basis, die ihnen politische Durchschlagskraft verleihen würde. In neuerer Zeit gibt es einige Bemühungen, den Widerstand gegen das Regime mit den neuen sozialen Bewegungen zu koordinieren. Der 1987 aus dem Exil zurückgekehrte Führer der stärksten Oppositionspartei PLRA (Partido Liberal Radical Autentico), Domingo Laino, initiierte auf einer von 40.000 Menschen besuchten Veranstaltung die Bildung einer „Frente Nacional Amplio y Democrático", um die sozialen Bewegungen und kritische Teile der Unternehmerschaft in einem breiten Bündnis mit dem Acuerdo Nacional zu vereinigen. Aus dem Vorschlag resultierte die Bildung einer „Coordinadora Nacional por Elecciones Libres", die eine Kampagne für freie Wahlen einleitete und zum Wahlboykott oder zur ungültigen Stimmabgabe aufrief. Doch die wenigsten können es sich leisten, sich der Wahlpflicht zu entziehen. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätte der fehlende Teilnahmevermerk schwerwiegende Folgen. Dennoch ergab eine Umfrage der Naumann-Stiftung in Asunción am Vortag der Wahlen, daß bis zu 40 % der Befragten bereit waren, dem Aufruf zu folgen.

Die katholische Kirche nimmt eine vorsichtig-kritische Haltung gegenüber der Regierung ein und betätigt sich seit 1986 in einer Vermittlerrolle, indem sie zum „nationalen Dialog" aufrief und allen politischen Gruppierungen ein Diskussionsforum anbot, an dem sich Gewerkschaften, Studenten, Campesinos, Intellektuelle, Unternehmer und alle Parteien mit Ausnahme der „Colorados" beteiligten. In dem kürzlich verfaßten Abschlußbericht kommen die Teilnehmer zu dem Schluß: „Stroessner, das von ihm errichtete System und die Demokratie schließen sich in Paraguay aus."

Im Oktober veranstaltete die Kirche einen Schweigemarsch aus Prostest gegen die gewalttätigen Aktionen von paramilitärischen Schlägertrupps aus den Reihen der Colorados, an dem sich 40.000 Menschen beteiligten. Die Bischofskonferenz beklagt ausdrücklich die „systematische Entstellung des moralischen Bewußtseins durch Formen von Unterwürfigkeit, Korruption und Gewalt und die Unterdrückung und Bekämpfung aller unabhängigen sozialen Organisationen".

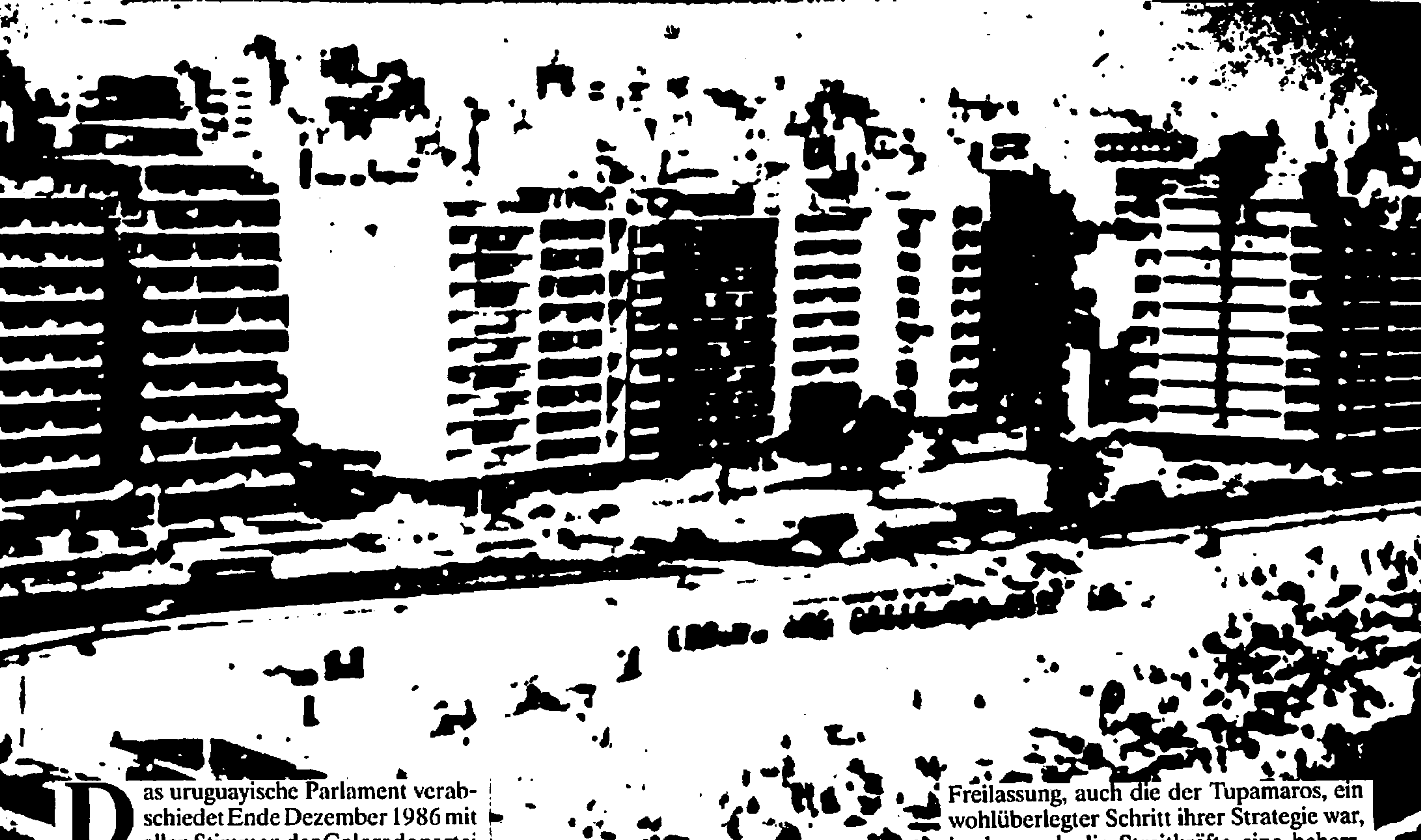
Zu den internen Schwierigkeiten der Regierung Stroessner gesellt sich seit dem Demokratisierungsprozess in den Nachbarländern Argentinien, Brasilien und Uruguay die zunehmende internationale Isolierung. Der Botschafter des langjährigen treuen Verbündeten USA, Clyde Taylor, unterstützt mehr oder weniger offen Teile der Opposition. Die USA beklagen, wenn auch mit diplomatischer Zurückhaltung, die Untätigkeit der Regierung gegen Drogenproduktion und Drogenhandel. Auf schätzungsweise 3.000 ha wird in Paraguay Marihuana angebaut. Coca aus Peru und Bolivien wird in Paraguay verarbeitet und von geheimen Start- und Landepisten im nahezu menschenleeren Chaco in die Vereinigten Staaten und nach Europa transportiert. Schmuggel und Drogenhandel sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und vor allem die Grundlage einer Pfründewirtschaft, welche Stroessner die Loyalität der Militärs und Getreuen sichert. Die USA haben sich daher immer mehr von Stroessner distanziert. Ihr neuer Mann könnte Carlos Romero Pereira sein, der aus einer einflußreichen Colorado-Familie stammt und derzeit wohl die besten Aussichten für einen friedlichen Übergang hat. Der Fall des panamesischen Militärbefehlshabers Noriega dürfte Stroessner vor Augen führen, wie sehr er auf die Gunst der USA angewiesen ist. Paraguay ist zwar wirtschaftlich unbedeutend und liegt auch nicht in Zentralamerika, dafür nimmt es jedoch im Cono Sur, eine geostrategisch wichtige Lage ein, an der die USA besonders interessiert sind.

## Die Reaktionen der „Stronistas"

Die Reaktionen auf den zunehmenden Widerstand von innen und außen war bisher unterschiedlich. In den letzten Jahren wurden viele politische Langzeitgefangene freigelassen, exilierte Politiker durften zurückkehren und der 33 Jahre dauernde Ausnahmezustand wurde aufgehoben. Dagegen nahmen die kurzzeitigen Inhaftierungen von Politikern zu. Ende vergangenen Jahres traten verstärkt paramilitärische Gruppen der „Colorados" in Erscheinung, die gegen die Veranstaltungen der Oppositionen ungehindert vorgehen konnten. Den stärksten Schlag führte das Regime gegen die Medien, die bis dahin noch einigen Freiraum genossen. Nachdem schon in den Jahren zuvor das kritische Institut „Banco Paraguayo de Datos" und die größte Wochenzeitung „ABC Color" geschlossen worden waren, fielen 1987 auch die Parteizeitung der Febreristen, „El Pueblo", und der freie Radiosender „Ñanduti" der Repression zum Opfer. Seither wird die Presselandschaft fast vollkommen von den Blättern des Zeitungsverlegers und Ex-Schwiegersohns Stroessners, Humberto Dominguez Dibb, beherrscht. Seit sich die „Stronistas", wie die treuen Gefolgsleute des Diktators genannt werden, im innerparteilichen Kampf durchgesetzt haben, ist die Tendenz zur Gewalttätigkeit in der Führung gestiegen. Mit Rücksicht auf die „Wahlen" und den im Mai anstehenden Besuch des Papstes hat sich der selbsternannte „Verteidiger der Menschenrechte", Alfredo Stroessner, noch zurückgehalten. Doch viele Oppositionelle erwarten danach eine größere Repressionswelle gegen die aufkommenden oppositionellen Bewegungen. Mit einiger Regelmäßigkeit hat der Diktator in den 34 Jahren seiner Gewaltherrschaft oppositionelle Strukturen in der eigenen Partei, den Gewerkschaften oder der Landbevölkerung systematisch zerschlagen. Doch ob es ihm gelingen wird, die „Ruhe" vergangener Jahre wieder herzustellen, ist zweifelhaft. Dies zeigt schon die Zahl der Teilnehmer an den Protestveranstaltungen der Opposition von bis zu 40.000, was in der Bundesrepublik, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, einer Teilnahme von über 600.000 Personen entspräche. Stroessner mag die oppositionellen Organisationen nochmals zerschlagen können. Doch der Unmut und das veränderte Bewußtsein werden bleiben. Stroessners soziale Basis auf dem Land schwindet dramatisch und die internen Konflikte des Regierungslagers werden zunehmen, je drängender sich die Nachfolgefrage stellt..

**Literaturhinweis:**
- Blätter des IZ3W Nr. 126, Juni 1985
- Rundbrief der Paraguay-Arbeitsgemeinschaft: Landprobleme in Paraguay (1987), Nr. 61
- Ricardo Rodriguez-Silvero: Ungleichheit und Marginalität, Bonn (1987)

**Martin Gremmelsbacher**



# Ein langer Weg zum Referendum

## Straffreiheit für Militär- und Polizeiangehörige

Das uruguayische Parlament verabschiedet Ende Dezember 1986 mit allen Stimmen der Coloradopartei — bei einer einzigen Ausnahme — und mit 60 % der Blanco- und Nationalpartei, daß 'Ley de la caducidad de la pretención punitiva del estado'. Gegen dieses „Gesetz über die Außergebrauchsetzung des Strafanspruchs des Staates" votierten sämtliche Senatoren und Abgeordnete der Mitte-Linkskoalition 'Frente Amplio' und die der kleinen 'Union Civica'. Nach diesem Gesetz gehen alle Militär- und Polizeiangehörigen und „Vergleichbare und Gleichgestellte" — wie es im Text heißt —, die während der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen, straflos aus.

Begründet hatte die Regierung ihre Position zugunsten der Straffreiheit von Militär und Polizei mit dem Argument: „Im März 1985 wurde die Amnestie für EINE der sich bekämpfenden Parteien (z.B. die Tupamaros, Red.) beschlossen. Jetzt muß sie der Anderen gewährt werden".

Damals hatte die Zivilregierung, nur zwei Wochen nach ihrem Amtsantritt, die letzten 64 Gefangen — Tupamaros — aus den berüchtigten Lagern 'Libertad' und 'Punta del Rieles' freigelassen.

Dabei hatte die Regierung 'zunächst' beabsichtigt, die Amnestie für alle Gefangenen über das Vetorecht des Staatspräsidenten zu verhindern. Sie beugte sich dann aber scheinbar dem massiven Druck der Mehrheit der Bevölkerung, die die Freilassung aller politischen Häftlinge, ohne Ausnahme, verlangte.

Spätestens durch die Verabschiedung des 'Ley de caducidad' wurde klar, daß die Freilassung, auch die der Tupamaros, ein wohlüberlegter Schritt ihrer Strategie war, in der auch die Streitkräfte eine beherrschende Rolle spielen.

Für diese Strategie sprechen mehrere Tatsachen: Da die Regierungspartei keine parlamentarische Mehrheit besitzt, hätte Präsident Julio Maria Sanguinetti von seinem verfassungsmäßigen Vetorecht Gebrauch machen können, ein Recht, das er seit seinem Amtsantritt schon mehrmals nutzte. Hätte die Exekutive tatsächlich die Absicht gehabt, eine Generalamnestie der politischen Gefangenen zu verhindern, dann hätte der Präsident nur auf seinem Vetorecht zu bestehen brauchen. Das ist nicht geschehen.

Zum zweiten deuten die Verhandlungen zwischen Streitkräften und den politischen Parteien, die — offiziell — im Mai 1984 begannen und nach mehreren Unterbrechungen im August unter der Bezeichnung 'Pacto de Club Naval' abgeschlossen wurden, daraufhin, daß die Freilassung aller politischen Gefangenen im Interesse sowohl der Generäle als auch der gegenwärtigen Regierung lag. Ein zentraler Bestandteil der Innenpolitik besteht danach in der Unantastbarkeit von Militär und Polizei. Der Staatspräsident versuchte auch während seinen Auslandsreisen, das „Ley de Caducidad" mit dem Argument zu rechtfertigen, es sei die „logische Konsequenz der Umstände, verursacht durch das Abkommen (des Club Naval)."

Allerdings erwähnte er nicht, daß die freigelassenen Oppositionellen zwischen fünf und zehn Jahren Haft, Folterungen und alltäglichen Psychoterror hinter sich hatten. Auch von der Verantwortlichkeit

des Militärs für jene Verbrechen war nicht die Rede.

## Der Weg zur Militärdiktatur

Während des Zweiten Weltkriegs und des Koreakriegs exportierte Uruguay seine traditionellen Exportgüter Fleisch, Wolle und Leder en masse. Davon profitierten nicht nur die Großgrundbesitzer, sprich Viehzüchter, der Boom kam auch den kleinen und großen verarbeitenden Betrieben und deren Arbeitern und Angestellten zugute. Infolge des relativen Wohlstands breiter Bevölkerungsschichten und des daraus resultierenden sozialen Friedens erhielt das Land die Bezeichnung „die Schweiz Lateinamerikas".

Doch Mitte der 50er Jahre nahm die Ausfuhr rasant ab. Die Wirtschaft stagnierte, und die damalige Regierung sah sich außerstande eine Wirtschaftspolitik aufzubauen, die nicht nur auf Export setzte. Die Folgen waren Arbeitslosigkeit und unzureichende Löhne und Gehälter. Die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, auch der für Uruguay typischen breiten Mittelschicht, nahm zu. Proteste, Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Streiks gehörten bald zum Alltag.

Als Präsident Gestido 1967 nach nur sechsmonatiger Amtszeit völlig unerwartet starb, rückte sein als Politiker gänzlich unbekannte Vize, Jorge Pacheco Areco, nach.

Die einzige Antwort Pachecos auf die immer noch andauernden Proteste der Bevölkerung waren Repressionen, wie es das Land bisher nicht erlebt hatte. Seine erste Amtshandlung war die Einführung der „Medidas prontas de Seguridad", der dringlichen Sicherheitsmaßnahmen. Aufgrund dieses Dekrets wurden Demonstranten wahllos verhaftet, ebenso alle, die unter dem Verdacht standen, Gegner dieses autoritären Regimes zu sein; und obgleich die Verfassung vorsieht, daß Inhaftierte innerhalb von 48 Stunden dem Richter vorgeführt werden müssen, wurden die politischen Gefangenen jetzt in der Regel erst nach vielen Tagen, Wochen oder Monaten einem Richter vorgeführt. Bald wurde Pacheco klar, daß die „Medidas prontas" niemanden abschrecken, seine Proteste jetzt auch öffentlich gegen das Regime zu äußern. Er rief die Streitkräfte zu Hilfe. So entstanden die „Fuerzas Conjuntas", die vereinten Kräfte von Militär und Polizei. Zur gleichen Zeit formierten sich die Todesschwadrone, zu denen Offiziere der Streitkräfte und der Polizei gehörten. Sie verübten ungehindert Mordanschläge und legten Bomben. Vor allem gegen Lehrer, Schriftsteller, Journalisten und Verteidiger der politischen Gefangenen. Kein Zweifel, Pacheco war der eigentliche Wegbereiter der Militärdiktatur.

Im November 1971 fanden die fälligen allgemeinen Wahlen statt, und ein Großgrundbesitzer, der wie Pacheco der Coloradopartei angehörte, trat im März 1972 sein Amt als Präsident an. Er setzte die Repression seines Vorgängers fort, und die Todesschwadrone taten weiterhin das Ihrige. Während des ganzen Jahres 1972 wurde nicht eine einzige Person für ihre terroristischen Anschläge verantwortlich gemacht, geschweige denn inhaftiert. Dahingegen waren Tausende von politischen Gefangenen in Haft. Die genaue Zahl ist nicht bekannt.

Als die uruguayische Bischofskonferenz eine Erklärung veröffentlichte, in der sie die Folterungen und Mißhandlungen, denen die Gefangenen systematisch unterworfen wurden, verurteilte, war die Antwort des Präsidenten: „Ich verteidige die Härte der Verhöre und ihre Erfordernisse".

Im April 1972 rief die Bordaberryregierung den „inneren Kriegszustand aus", Begründung: Die Movimiento de Liberación Nacional – MLN (Tupamaros), die Bewegung für die Nationale Befreiung, muß liquidiert werden.

[redacted]

[redacted]

## Die Tupamaros

Diese Bewegung war folgendermaßen entstanden: Schon vor Jahren war der Jurastundent Raùl Sendic zu den cañeros, den Zuckerrohrarbeitern gegangen, die in der nördlichen Provinz Artigas lebten und arbeiteten. Die cañeros erhielten ihren Lohn in Form von Gutscheinen, die nur gültig waren in einem Land, dessen Besitzer ihr Patron war. Erst Sendic weckte ihr Bewußtsein über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, sprach von Tarifverträgen und Gewerkschaften. Bald bildeten sie ihr eigenes Syndikat, die Union der Zuckerrohrarbeiter von Artigas (UTAA). 1962 unternahmen sie mit Frauen, Kindern und Alten den ersten Marsch zu der 600 km entfernten Hauptstadt Montevideo; drei weitere Märsche sollten folgen. Ihre Delegierten wurden bei verschiedenen Regierungsstellen vorstellig, schilderten ihre Situation und verlangten die Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern. Als Antwort erhielten sie Hohn, im besten Fall Gleichgültigkeit. So kehrten sie jedesmal nach Artigas zurück, ohne das Geringste erreicht zu haben. Sendic und ein paar seiner Freunde kamen zu der Schlußfolgerung, daß in Uruguay mit friedlichen Mitteln nichts zu bewirken war. Das war der eigentliche Anfang der Stadtguerilla.

Nach der Erklärung des „inneren Kriegszustandes" durchkämmten die „Fuerzas Conjuntas" Städte und Land. Polizei und Militär waren von nordamerikanischen Experten für den Kampf gegen die „Subversion" bestens ausgebildet worden.



*Auf der Suche nach Metall- und Glasresten, um sie für ein paar Pesos an Händler zu verkaufen.*

Dabei spielte zum Beispiel der als Entwicklungshelfer getarnte Dan Mitrione, der im Polizeihauptquartier sein eigenes Büro hatte, eine herausragende Rolle. Mitrione gab sowohl theoretischen wie praktischen Folterunterricht. Die Tupamaros entführten ihn und erschossen ihn nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung über seine Freilassung. Diese Begebenheit schildert Costa Gavras in seinem Film „Der unsichtbare Aufstand".

Im September 1972 gab die Regierung bekannt, daß die MLN (Tupamaros) nun völlig zerschlagen sei. Ihre Mitglieder saßen in den Gefängnissen, manche konnten ins Exil fliehen, andere waren tot.

Doch die Jagd auf die „Subversion" ging weiter, nun auf Mitglieder der Dachgewerkschaft CNT, auf Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, auf alle Gegner dieses Regimes überhaupt. Dazu gehörten Ärzte, Arbeiter, Techniker, Angestellte, Wissenschaftler, Künstler, Studenten, Lehrer und Journalisten.

## Die Militärdiktatur

Es ist unübersehbar, daß die Kollaboration des damaligen Präsidenten Bordaberry mit den Streitkräften immer enger wurde, bis die Generäle schließlich am 27. Juni 1973 mit Billigung des Präsidenten das Parlament auflösten. Dieser Akt wird als Militärputsch bezeichnet, war aber in Wirklichkeit der seit langem erwartete Schlußstrich unter einen schleichenden Prozess.

Die wirtschaftliche Situation sah 1973 wie folgt aus: Laut amtlicher Statistik waren 14 Prozent der Bevölkerung arbeitslos; die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ist unbekannt. Die Auslandsverschuldung betrug 500 Millionen Dollar (im März 1985 bei Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung waren es mehr als fünf Milliarden Dollar). 40 Prozent des Staatshaushalts wurden im Innen- und Verteidigungsministerium ausgegeben, denen auch sämtliche Geheimdienste unterstanden.



Das Militär entließ rund zehntausend Lehrer aus politischen Gründen aus dem Dienst und ersetzten sie durch Freunde und Verwandte von Angehörigen der Streitkräfte. Leiter von Schulen und Fakultäten wurden ihrer Ämter enthoben und an deren Stelle militärische „Interventoren" eingesetzt.

Die schon unter den „Medidas prontas" bestehende Pressezensur wurde nun perfektioniert. Wie bereits zuvor wurden Zeitungen und Zeitschriften zeitweise verboten oder endgültig geschlossen, doch nun führte man die sogenannte Vorzensur ein, das heißt, die Presseorgane mußten ihre gesamte Auflage drucken, ein Exemplar der Zensurstelle vorlegen, und wenn diese etwas fand, was dem Konzept des Regimes nicht entsprach, durfte die Tages- oder Wochenzeitung nicht erscheinen. Die Absicht bei diesem Vorgehen war, die jeweiligen Blätter zu zwingen, ihre Publikation aus ökonomischen Gründen einzustellen.

Unter der Diktatur vermehrten sich die cantegriles, die Elendsviertel am Rand der Hauptstadt um ein Zehnfaches. Dort hausen die Menschen in Hütten aus Wellblech und Karton, ohne sanitäre Anlagen, die ungepflasterten Straßen werden bei Regen zu Schlammgruben. Ärztliche Versorgung ist für die Slumbewohner ein Luxus, den sie sich nicht leisten können, entsprechend hoch ist die Kindersterblichkeit. Die Leute fristen ihr Leben, indem sie mit Handkarren durch die Straßen ziehen und aus Mülleimern oder auf Müllhalden Glas- und Metallreste sammeln und diese für wenige Pesos an Händler verkaufen. Andere stellen in Handarbeit kleine Gegenstände aus Holz oder Metall her und versuchen sie in der Montevideaner Innenstadt zu verkaufen. Tische mit solchen Dingen reihen sich auf der Hauptstraße 18 de Julio aneinander. Kinder, auch fünfjährige, bieten in den Bussen Süßigkeiten an. An den Lebensverhältnissen hat sich bis heute nichts geändert.

Seit 1968 durchwanderten nach den vorsichtigen Schätzungen von amnesty international rund 50.000 politische Häftlinge Gefängnisse und Kasernen, bei einer Bevölkerungszahl von etwa 2.750.000. Fast alle sind schwer gefoltert worden. Zwar waren die politischen Gefangenen Zivilisten, wurden jedoch seit April 1972 der Militärjustiz unterstellt. Alle Richter, Pflichtverteidiger, Staatsanwälte, Gefängniswachen waren Militärs, betrachteten und behandelten die Gefangenen als ihre persönlichen Feinde.

Im September 1973 wurden in einer Nacht- und Nebelaktion neun Tupamaroführer aus dem Libertadgefängnis geholt und in unterschiedliche Kasernen im Landesinnern gebracht. Man erklärte sie zu Geiseln des Regimes und sagte ihnen, sie würden unverzüglich erschossen, falls die MLN eine Aktion unternehmen sollte. Sie wurden in winzige Zellen gesteckt, in denen sie sich kaum rühren konnten. Mehrere von ihnen verbrachten lange Zeit in einem ausgetrockneten Brunnen. Elf Jahre später, als 1984 das Ende der Diktatur voraussehbar war, wurden die Geiseln ins Libertad zurückverlegt.

Unterdessen lebten die „freien" Uruguayer unter dem staatlichen Terror. „Das ganze Land ist ein einziges großes Gefängnis", war immer wieder zu hören. Es wird geschätzt, daß 300.000 Personen ins Exil flohen. Manche sprechen von einer halben Million.

1981 gründete der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Pèrez Esquivel auch in Uruguay den „Servicio de Paz y Justicia" (SERPAJ), den Dienst für Frieden und Gerechtigkeit. Diese erste Menschenrechtsorganisation in Uruguay half den Familien von politischen Gefangenen und „Verschwundenen" und veröffentlichte, inmitten des Terrors, politisch brisante Schriften. Im August 1983 gab SERPAJ bekannt, daß drei seiner führenden Mitglieder einen 14-tägigen Hungerstreik antreten und am 25. des Monats beenden würden. Dieses Datum erklärte die Organisation zum „Tag der nationalen Besinnung" und bat die Bevölkerung, zu einer bestimmten Stunde am Abend die Lichter in den Wohnungen zu löschen. Montevideo und auch Provinzstädte lagen in dieser Zeit praktisch im Dunkel. Pèrez Esquivel, der diese Protestaktion gegen die Menschenrechtsverletzungen unterstützte, wollte die Hungerstreikenden aufsuchen, wurde aber, aus dem Ausland kommend, nicht ins Land gelassen. Während dieser 14 Tage war das Gelände, in dem sich das SERPAJ-Büro befand, ständig von einer Menschenmenge umlagert, die ihre Sympathie und Solidarität ausdrückte.

Schon 1980 hatte die Diktatur eine von ihr unerwartete Niederlage erlitten, als sie

eine Verfassungsreform vorlegte, bei der sie die neun repressiven Verordnungen, die sie im Laufe der Jahre erlassen hatte, in der neuen Verfassung verankern wollte. Das Regime veranstaltete einen Volksentscheid. Die Bevölkerung stimmte mit einem überwältigenden NEIN.

Doch erst nach der SERPAJ-Aktion wurden die Forderungen der Leute von Tag zu Tag sichtbarer. Sie verbreiteten Flugblätter unter den Parolen „Allgemeine, uneingeschränkte Freiheit für alle politischen Gefangenen, jetzt", „Klärung des Schicksals der 'Verschwundenen'" und „Wir wollen Arbeit".

Den Generälen wurde allmählich bewußt, daß sie nicht mehr Herren der Lage waren, weder im wirtschaftlichen, noch im politischen noch im sozialen Bereich. Sie fingen an, darüber nachzudenken, auf welche Art und Weise sie die Macht an eine Zivilregierung abgeben könnten.

So begannen im Mai 1984 die bereits erwähnten Verhandlungen, die unter der Bezeichnung „Pacto del Club Naval" im August beendet wurden.




### Die Wahlen von November 1984

Als Spitzenkandidat konnte der Vorsitzende der Frente Amplio nicht aufgestellt werden, da ihm seine Bürgerrechte entzogen worden waren; ebenso wenig Wilson Fereira Aldunate, viele Jahre Präsident der Blancopartei, da er bei seiner Rückkehr ins Land nach einem langjährigen Exil im Juni 1984 verhaftet wurde. Erst wenige Tage nach den Wahlen wurde er auf freien Fuß gesetzt.

Die Frento Amplio und die Blancopartei mußten zwei wenig bekannte Prsäsidentschaftskandidaten aufstellen. Dies war ohne jeden Zweifel von den Generälen und den Colorados, den zwei Hauptwortführern bei den Verhandlungen des Club Naval, einkalkuliert worden. Den Colorados war der Konservative, nach Macht strebende Sanguinetti sehr willkommen als Staatspräsident. Den Uniformierten war seine politische Haltung und seine restriktive Politik aus den Zeiten vor der Militärdiktatur noch bekannt, als er Kultus- und Erziehungsminister unter Bordaberry war.

### Die politische und soziale Landschaft heute

Die Kontinuität der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist ungebrochen. Nichts hat sich an den verkrusteten Strukturen geändert, es wird so weiterregiert wie eh und je. Heute wie vor dem Staatsstreich gibt es Demonstrationen wegen zu niedriger Löhne und Gehälter, obwohl die derzeitige Regierung Lohn- und Gehaltsaufbesserungen veranlaßt hat, sind nur 20 % von den 50 % Reallohnminderungen abgebaut worden. Es besteht wieder die gleiche wirtschaftliche und soziale Situation wie nach dem Boom nach 1955, und schon vor längerer Zeit äußerte ein hoher Militär: „Wenn es wieder so wird, wie in den späten 60er und frühen 70er Jahren, sehen sich die Streitkräfte gezwungen, einzugreifen."

Die Blancopartei ist gespalten, nachdem 60 % ihrer Senatoren und Abgeordneten, die Gruppe um Fereira Aldunante, für das Straflosigkeitsgesetz gestimmt hatten und 50 % dagegen. Fereira, die Galeonsfigur der Blancos seit Jahrzehnten, ist im vergangenen März gestorben.

Über Uneinigkeiten in der Regierungspartei ist nichts bekannt. In der Frente Amplio haben sich mit der Zeit, bei den verschiedenen ihr angehörenden Parteien, intern unterschiedliche Meinungen herausgebildet. Trotzdem scheint die Frente fest zusammengefügt zu sein.

Die MLN beschloß nach der Freilassung der letzten Tupamaros einstimming, den bewaffneten Kampf aufzugeben, und solange eine demokratische Regierung im Amt ist und es keine politischen Gefangenen gibt, auf rein politischer Basis zu arbeiten. Vor etwa eineinhalb Jahren beantragte die MLN ihre Mitgliedschaft bei der Frente Amplio, hat aber bisher keine Antwort auf ihren Antrag bekommen.

Die Zivilregierung hob sämtliche Verbote der Diktatur auf. Die Pressezensur ist abgeschafft, alle politischen Parteien und Bewegungen sind erlaubt, ebenso wie die Dachgewerkschaft PIT-CNT. Schriftsteller, die während der Diktatur ihre Bücher nur im Exil herausgeben konnten, kehrten zurück und lassen sie jetzt in Uruguay verlegen, und neue linksgerichtete Autoren sind hinzugekommen. In nicht-regierungstreuen Zeitungen erscheinen Berichte von ehemaligen politischen Gefangenen über ihre Haftzeit. Personen, die aus politischen Gründen entlassen worden waren, erhielten ihren früheren Arbeitsplatz zurück, zumindest manche von ihnen, andere wurden in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

So herrscht scheinbar Demokratie im Land. Trotzdem, der jetztige Zustand wird allgemein, auch in Regierungskreisen, „Übergang zur Demokratie" genannt, denn das Land steht immer noch unter dem Druck der Uniformierten.

### Das Referendum gegen das „Ley de Caducidad"

Wenige Tage nach Verabschiedung des Gesetzes Nr. 15.848 bildete sich die „Comisiòn National pro Referendum" und gab bekannt, daß sie eine Unterschriftensammlung für ein Referendum zur Aufhebung des Straflosigkeitsgesetzes durchführen werde.

Zwei Vorsitzende der Kommission waren die Witwen von Senator Zelmar Michelini und Hèctor Guièrrez Ruiz, Präsident der Abgeordnetenkammer vor der Diktatur. Beide Persönlichkeiten wurden im Mai 1976 im Exil bei einer konzertierten Ak-




## Die Manipulation der Corte Electoral

Im Dezember 1986 erhielt das Wahlamt eine zwar objektiv formulierte, doch unmißverständliche Botschaft vom Staatspräsidenten, die in einem Artikel der Zeitung „Punto y Aparte" enthalten war. Sanguinetti schreibt:

... „Zu Jahresende, so wird gesagt, werde man die ausreichende Anzahl (von Unterschriften) erreicht haben. Das Endergebnis wird von der Prüfung des Wahlamts abhängen. Es ist vorauszusehen, daß kaum weniger als 20 % aussortiert werden, was bedeutet, daß die angekündigten 620.000 Unterschriften unzureichend sind. Und wenn es nur 15 % (annullierte Unterschriften) wären, würde das nicht genügen".

General a.D. Hugo Medina, Befehlshaber der Streitkräfte unter der Diktatur, war soeben vom Staatspräsidenten zum Verteidigungsminister ernannt worden. Auf die Frage eines Journalisten, was man zu tun gedenke, wenn das Referendum erfolgreich sei, erwiderte der General: „Veremos", was soviel bedeutet wie: Das werden wir ja sehen. Der drohende Unterton war nicht zu überhören. Als er gefragt wurde, was er als seine zentrale Aufgabe ansehe, antwortete der Verteidigungsminister: „Ich arbeite für meine Streitkräfte".

tion der uruguayischen und argentinischen Militärregime in Buenos Aires verschleppt und ermordet.

Viele folgten dem Aufruf der Kommission und sammelten im ganzen Land Unterschriften für den Volksentscheid. Knapp zwölf Monate später, noch vor Ablauf der von der Verfassung für einen solchen Fall vorgesehenen Frist von einem Jahr, übergab die Kommission der Corte Electoral, dem Wahlamt, die Listen mit 634.000 Unterschriften mit den vorgeschriebenen handschriftlichen Seriennummern und Ziffern der amtlichen Bescheinigung über die Eintragung ins Wahlregister.

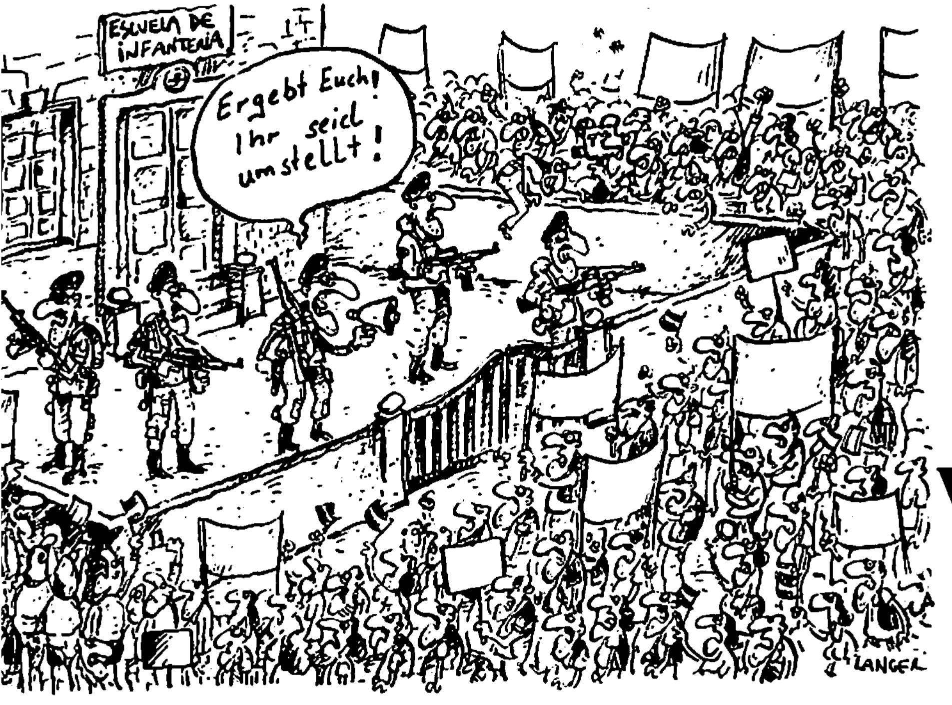
Nach Art. 79 der Verfassung sind für die Abhaltung eines Referendums die Unterschriften von 25 Prozent der Wahlberechtigten erforderlich. Danach wären 557.000 Ja-Stimmen notwendig gewesen, doch es kamen 77.000 zusätzliche Unterschriften dazu. Dieser Erfolg ist mit der Tatsache zu erklären, daß bei einer Bevölkerung von rund 2.750.000 Einwohnern im Laufe der Jahre 50.000 politische Gefangene Lager und Kasernen durchlaufen hatten, und jeder einzelne von ihnen hat Mutter, Vater, Brüder, Schwestern und Freunde. Sie alle haben Haft und Folterungen ihrer Verwandten oder Freunde nicht vergessen. Und trotz dieses Erfolges ist die Durchführung des Referendums unsicher geblieben.

Das Wahlamt hat sich an die Empfehlung des Präsidenten gehalten. Als die Unterschriftenzählung bereits fortgeschritten war, und man feststellen mußte, daß weit mehr als die in der Verfassung vorgesehenen 25 % der Wahlberechtigten für das Referendum gestimmt hatten, nahm man die schon gezählten Unterschriften nochmals zur Hand und annullierte eine nicht bekannte Zahl von Unterschriften. A posteriori änderte das Wahlamt die Vorschriften dahingehend, daß falls etwa ein Buchstabe oder Teil eines Buchstabens oder eine Ziffer nochmals überschrieben worden war (wenn z.B. der Kugelschreiber nicht richtig funktionierte) oder wenn ein Tintenklecks zu sehen war, die betreffende Unterschrift für ungültig erklärt wurde. Solche Vorschriften galten weder bei der Übergabe der vorgedruckten Listen an die „Comisiòn Nacional pro Referendum", noch sind sie in dem vielzitierten Art. 19 der Verfassung enthalten.

Was aus dem Referendum wird, ist nun weiterhin ungewiß. Sicher ist, daß das Klima im Land äußerst angespannt ist.

Kein Zweifel, die derzeitige Regierung, wie schon die beiden früheren Coloradoregierungen unter Pacheco und Bordaberry, beugt sich den Generälen und arbeitet mit ihnen zusammen.

**Dieter Schöneborn/Helga Goldberg**




# Militärunruhen und Wirtschaftskrise

**Seit den Osterunruhen von 1987 haben die Spannungen im argentinischen Militär nicht nachgelassen (vgl. Blätter des iz3w Nr. 143, 1987). Nachdem die Regierung von Raul Alfonsín den rebellierenden Offizieren mehrfach Konzessionen gemacht hatte, was die Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur anbelangt, drängten militante Gruppen der mittleren Offiziere auf völlige Straffreiheit. Als Folge einer tiefgehenden Wirtschaftskrise wächst gleichzeitig in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Demokratie. Sie äußert sich in zum Teil wochenlangen Streiks einzelner Berufsgruppen (Lehrer, Bankangestellte) und in einem 24-stündigen Generalstreik Mitte April. Es war der elfte Generalstreik gegen die Regierung Alfonsín. Rechtsextreme Splittergruppen versuchen den Autoritätszerfall der Regierung durch Bombenattentate und Drohungen zu beschleunigen.**

## Popularitätseinbußen für die Regierung

Im September 1987 fanden Teilwahlen in Argentinien statt. Um das Präsidentenamt geht es erst 1989, dennoch waren die Wahlen der Gouverneure in den Provinzen und eines Teiles der Abgeordneten im Kongreß von großer politischer Bedeutung, da sie als ein Gradmesser für die Popularität der Regierung galten. Sie brachten einen überwältigenden und von keiner Meinungsumfrage vorhergesagten Sieg der Peronisten (Partido Justicialista – PJ). Nun regieren die Peronisten in 16 Provinzen, die Radikalen (Unión Cívica Radical – UCR) nur noch in zwei sowie der Bundeshauptstadt und Feuerland. Hinzu kommen Provinzparteien in drei Gliedstaaten.

Neben den Peronisten (41 % landesweit gegenüber jetzt 37 % der UCR) war die konservative UCD die Gewinnerin der Wahlen. Sie erreichte im Landesdurchschnitt 5,7 % und landete damit vor dem gemäßigt linksgerichteten Partido Intransigente (PI) auf dem dritten Platz. In der Hauptstadt lag sie mit 18,1 % (im Bündnis mit dem Partido Demócrata) nur knapp hinter den Peronisten. Die UCD hat vor allem Wähler aus der Mittelschicht und der Jugend angezogen; dagegen stagnierte die Wählerschaft der in zahlreiche Gruppen gespaltenen Linken.

Der Sieg der Peronisten, mit ihrem in der Vergangenheit widersprüchlichen Verhältnis zum Militär, und das gute Abschneiden der UCD, deren Führer Alvaro Alsogaray als einziger bekannten Politiker während der Osterkrise 1987 öffentlich die Forderung der Offiziere unterstützt hatte, veranlaßte Teile der ausländischen Presse zu einer negativen Bewertung des Wahlausganges. Hinzu kam das Ergebnis für die Partei Antonio Bussis in Tucumán (18 %); der ehemalige Militärgouverneur dieser Provinz (1976/77) gehört zu den Offizieren, die von der 1987 auf Druck des Militärs erlassenen Gehorsamspflicht ausgenommen sind und bekennt sich offen zum sogenannten Kampf gegen die „Subversion". Das unerwartet hohe Abschneiden der UCD in der Hauptstadt und die Stimmen für den ehemaligen Militärgouverneur in Tucumán belegen, daß die Streitkräfte und konservativen Kräfte nach wie vor einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung besitzen.

In Argentinien wurde das Ergebnis der Wahl positiver bewertet. Die Stimmverluste für die amtierende UCR wurden auf die schlechte wirtschaftliche Lage zurückgeführt, nicht aber auf die nachgiebige Haltung der Regierung gegenüber dem Militär. Die hohe Wahlbeteiligung (81,8 % bei nur 2 % weißen oder ungültigen Stimmen) sowie die Konzentration auf zwei Parteien (78,8 % für PJ und UCR) wurden als Zeichen für die Stabilität des demokratischen Systems bezeichnet.[2] Nach den Präsidentschaftswahlen von 1983 und den Teilwahlen zum Kongreß 1985 waren es die dritten freien Wahlen hintereinander in Argentinien. Dies hatte es seit mehreren Jahrzehnten nicht gegeben.

Nach dem überwältigenden Sieg des Peronismus wurde das Kabinett umgebildet und die geplante Verfassungsreform im Kongreß fallengelassen, da die erforderliche 2/3 Mehrheit von 170 Abgeordneten nicht mehr vorhanden ist. Die Reform sah u.a. die Einführung eines Premierministers vor und eine Stärkung der Rolle des Parlamentes. Allerdings wurde vermutet, daß es Alfonsín eigentlich um die Wiederwahl zum Präsidenten ging, die nach der gültigen Verfassung nicht möglich ist. An seinem zweiten Großprojekt, der Verlegung der



*Alfonsin, kannst du von 6.000 Pesos leben?*

Hauptstadt nach Viedma, für das er bei der Abstimmung im Kongreß die Unterstützung des Erneuerer-Flügels der Peronisten erhielt, hält er hingegen fest. Mehrfach hat er erklärt, daß er das Amt an seinen Nachfolger bereits in der zukünftigen Hauptstadt Viedma, die im kühlen Süden des Landes liegt, übergeben möchte.

Das Wahlergebnis zeigte, daß die Peronisten wieder Fuß gefaßt haben. In den 70er Jahren zerfiel die peronistische Bewegung, die nach ihrem Gründer und mehrfachen argentinischen Präsidenten Juan D. Perón benannt wurde, in mehrere Flügel, die sich vor der Machtübernahme des Militärs im Jahre 1976 zum Teil mit Waffengewalt befehdeten. Diese innere Zerissenheit und die Vorherrschaft einer in Geldgeschäfte und politische Machenschaften verwickelten Parteiführung ermöglichten u.a. den Wahlsieg Raul Alfonsíns 1983.

Seitdem hat innerhalb des Peronismus ein Prozeß der „Erneuerung" eingesetzt. Die Erneuerer, „renovadores" genannt, wollen mit dem traditionellen Peronismus, den sogenannten „ortodoxos", nichts mehr zu tun haben. Sie haben eine Demokratisierung der Partei angekündigt. Mit der Radikalen Partei wird eine Zusammenarbeit zur Erhaltung der Demokratie angestrebt. So unterzeichneten Ende 1987 Parteiführer der Peronisten und Radikalen ein Abkommen, in dem sie Übereinstimmungen in wichtigen „strategischen" Fragen feststellen. Bei einem Parteikongreß der Peronisten in Mar del Plata im Jahr 1988 konnte erstmals seit vielen Jahren wieder von den 500 Delegierten Einigkeit demonstriert werden. Sie billigten eine Einheitsliste und wählten den 65 Jahre alten Antonio Cafiero, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, in der ein Drittel der argentinischen Bevölkerung lebt, zum neuen Präsidenten der Partei. Cafiero ist damit zwar noch nicht zum Spitzenkandidaten der Peronisten für die Präsidentschaftswahlen von 1989 benannt worden, aber er hat nun die besseren Aussichten gegenüber seinem Rivalen Carlos Ménem vom orthodoxen Parteiflügel.

Das Programm der Peronisten unterscheidet sich nicht grundlegend von dem der UCR. Es zielt auf eine Steigerung der Exporte ab. Der amtierenden Regierung wird vorgeworfen, sie habe sich zu sehr auf das Bezahlen der Auslandsschuld konzentriert und dem Diktat des IWF unterworfen. Bei der angekündigten Reform der staatlichen Unternehmen werden auch von den Peronisten Privatisierungen nicht ausgeschlossen. Cafiero kündigte an, in der von ihm regierten Provinz Buenos Aires allein in den nächsten drei Jahren 300.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Von diesem Versprechen ist er in jüngster Zeit abgerückt. Er spricht stattdessen vage von einer „Kultur der Arbeit", die die Argentinier gemeinsam erreichen müßten. Gegenüber dem Militär würden die Peronisten wahrscheinlich einen noch nachgiebigeren Kurs einschlagen als die amtierende Regierung.

## Anhaltender wirtschaftlicher Niedergang

Argentinien befindet sich seit fast drei Jahrzehnten in einem wirtschaftlichen Niedergang. Die Gründe dafür liegen in der Verschlechterung der terms of trade, d.h. der unterschiedlichen Preisentwicklung bei den landwirtschaftlichen Exportprodukten Argentiniens und den Industriegütern auf dem Weltmarkt, der widersprüchlichen Wirtschaftspolitik u.a. durch häufige Regierungswechsel, der Aufblähung und Ineffizienz der staatlichen Verwaltung sowie einer starken Kapitalflucht. Da Argentinien bis 1950 einen hohen Lebensstandard aufwies und sich vor allem die Bewohner des Großraumes von Buenos Aires stets an den europäischen Gesellschaften orientierten, wird die Krise als sozialer und nationaler Niedergang empfunden. „Argentinien ist das Australien, das nicht stattgefunden hat," lautet ein vielzitierter Satz. Von der Krise sind nicht nur die Arbeiter und die Bevölkerung der Armutsviertel betroffen, sondern auch die für lateinamerikanische Verhältnisse breite Mittelschicht des Landes.

Der Lebensstandard lag 1985 unter dem des Jahres 1970. Seit dem Amtsantritt von Alfonsín Ende 1983 sind die Reallöhne um 20 % gefallen. Die Lehrer, die seit mehreren Wochen streiken, verdienen zwischen 200 und 400 DM im Monat. Der Anteil der Schattenwirtschaft am Brutto-Inlandsprodukt wird auf bis zu 40 % geschätzt, was mit ein Grund dafür ist, daß jeglicher Berechnung des Sozialproduktes mißtraut wird. Der private Wirtschaftssektor ist international nicht konkurrenzfähig und verzichtet auf produktive Investitionen. Die Unternehmer und die Großgrundbesitzer kritisieren zwar den staatlichen Sektor, erwarten aber gleichzeitig vom Staat protektionistische Maßnahmen und spezielle Privilegien. Da sie kein Vertrauen in die Regierung und Wirtschaft des Landes haben, ziehen es die argentinischen Kapitalisten vor, ihre Gelder ins Ausland zu schaffen oder in kurzfristigen Spekulationsgeschäften anzulegen. Die Besitzenden können mit der Inflation relativ gut leben und sind an deren Abbau wenig interessiert.

Bislang fehlte u.a. eine Steuerreform. So erhielt der Staat aus indirekten Steuern etwa dreimal soviel wie durch die Einkommenssteuer auf Unternehmen. Nach Kompromissen mit den Peronisten gelang es, ein Steuerpaket durchzubringen, von dem ein Anstieg der Steuereinnahmen von 3 % bis 4 % für 1988 erwartet wird. Nach wie vor handelt es sich jedoch vor allem um indirekte Steuern und nicht um eine wirkliche Reform.

Um die hohe Inflation zu bremsen, hatte die Regierung 1985 den „Plan Austral" verkündet. Zunächst gelang es, die Inflationsrate von 485 % (1985) auf 82 % (1986) zu drücken. Hinzu kam 1986 ein Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von 5,7 %. Nach diesen Anfangserfolgen mußte der Plan jedoch mehrfach modifiziert und angepaßt werden. Die Übereinkünfte mit dem IWF bzw. mit den Gläubigerbanken spielen eine immer wichtigere Rolle bei der Formulierung der argentinischen Wirt-

schaftspolitik. Die sozialen Kosten entfallen auf die Lohnempfänger und vor allem auf die Pensionäre. Im April 1987 traf Argentinien ein Kredit- und Umschuldungsabkommen mit einem Ausschuß der internationalen Gläubigerbanken. Während die Regierung von günstigen Bedingungen für Argentinien sprach, stellten die Peronisten die Kritik an diesen Umschuldungsverhandlungen in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes im Jahre 1987 und konnten dabei auf die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung rechnen.

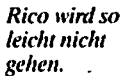
Mit einer Verschuldung von 49 Mrd. US-$ (1986), einem sinkenden Außenhandelsüberschuß und steigender Arbeitslosigkeit hat Argentinien enorme Zahlungsschwierigkeiten. 1987 kletterte die Inflationsrate wieder auf 175 %. Als eine Reaktion auf die verlorenen Wahlen im September 1987 führte die Regierung eine partielle Lohn- und Preiskontrolle ein, hat aber Anfang dieses Jahres die Preisbindung für viele Produkte wieder aufgehoben. Gleichzeitig begann die vom IWF empfohlene „Öffnung der Wirtschaft" vor allem im Bereich der Schwerindustrie und Petrochemie.

Die wechselhafte Wirtschaftspolitik der Alfonsín-Regierung, die sich nicht grundlegend von dem monetaristischen Kurs unter der Militärdiktatur unterscheidet, stößt allgemein auf Ablehnung. Damit steigen die Aussichten für die Peronisten, im nächsten Jahr die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Allerdings wächst auch die passive Zustimmung für rechte Gruppierungen, die die Demokratie für alle Mißstände von der Verschuldung bis zur Pornographie verantwortlich machen wollen.

## Spannungen im Militär, Konflikte mit der Regierung

Die demokratische Regierung hat weder die Geheimdienste noch das Militär unter zivile Kontrolle bringen können, wozu unmittelbar nach der Rückkehr zur Demokratie 1983 bessere Möglichkeiten bestanden hätten als in der heutigen Situation. Erschwerend kommt hinzu, daß die Spannungen innerhalb des Heeres zwischen verschiedenen Gruppen zugenommen haben. Während die Armeeführung zumindest in ihren Äußerungen zur gewählten Regierung steht, verlangen Teile der mittleren Offiziere ein offensives Vorgehen zur Beendigung aller Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Freilassung der von der Justiz verurteilten Generäle. Die Lage im Militär ist unübersichtlich. Den meisten Offizieren geht es darum, politischen Druck auf die Regierung auszuüben. Eine Reihe von kleineren Gruppierungen möchte darüber hinaus den rechtsfreien Raum, den sie unter der Diktatur praktisch erlangt hatten, erhalten. Dabei geraten sie partiell auch in einen Konflikt mit der Armeeführung.





*Rico wird so leicht nicht gehen.*

Im November vergangenen Jahres wurden mehrere Polizisten verhaftet, die in Entführungsfälle und Drogenschmuggel im Grenzgebiet zu Bolivien verwickelt waren. Die Ermittlungen eines Bundesrichters hatten ergeben, daß ein Polizist, der 1987 wegen des Schmuggels von zweieinhalb Kilo Kokain verhaftet wurde, auch in den Entführungsfall Sivak 1979 verwickelt war. Dadurch kam die Justiz einer Gruppe von Polizisten auf die Spur, die neben Sivak einen weiteren Unternehmer und den Sohn eines früheren Ministers verschleppt hatten. Nach der Erpressung von hohen Lösegeldern hatten sie ihre Opfer kaltblütig ermordet. Wie bei vielen Fällen des Staatsterrorismus der Militärdiktatur vermischten sich in den drei genannten Fällen finanzielle und politische Motive mit antisemitischen Einstellungen: Die Opfer gehörten dem jüdischen Glauben an. Trotz der Festnahme mehrerer Polizisten wird davon ausgegangen, daß nur die Ausführenden, nicht aber die Auftraggeber von der Justiz erfaßt worden sind. Alamierend ist, daß ähnliche Vorfälle auch unter der gewählten Regierung vorkommen. So überfielen im Februar acht Offiziere des Heeres, die der ultrarechten Gruppierung „Argentinisches Heer des Widerstandes" angehörten, ein Geschäft im Zentrum von Buenos Aires.[3]

Nach den Osterunruhen 1987, hatte ein im Juni 1987 im Kongreß unter dem Druck des Militärs verabschiedetes „Gesetz zum Befehlsnotstand" mehr als 270 Offiziere die Straffreiheit von Prozessen wegen Menschenrechtsverletzungen unter dem Militärregime zugesichert. Trotzdem blieb das Thema weiter brisant, denn etwa 20 mittlere Offiziere müßten noch mit Verfahren rechnen. Kurz vor Weihnachten nutzte die Marine den Fall Alfredo Astiz zu einer erneuten Machtprobe zwischen Militärs und Zivilisten. Astiz gehörte während der Diktatur den sogenannten „Einsatzgruppen" an, die Oppositionelle enführten und folterten. Er hatte sich u.a. als Agent bei den Müttern der Plaza de Mayo eingeschlichen und später mehrere denunziert. Auch an der Entführung der Schwedin Dagmar Hagelin sowie an zwei französischen Nonnen war er maßgeblich beteiligt. Alle drei sind nie wieder lebend aufgetaucht. Ein ehemaliger Offizier der Marine, Raul Vilarino, hat nach seinem Ausscheiden aus dem Militär in einem Buch mit dem Titel „Ich entführte, folterte und tötete in der Escuela de Mecánica de la Armada" geschrieben, Astiz habe seine Opfer sexuell mißbraucht.[4] Trotz erdrückender Beweise wurde Astiz in einem Gerichtsverfahren freigesprochen.

Im Dezember stellte die Marine dem Präsidenten, der formell auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, ein Ultimatum: Entweder der Kapitänleutnant Astiz werde gemäß dem Reglement zum Korvettenkapitän befördert oder die Admiralität verlasse geschlossen den Dienst. Um sich aus der Affäre zu ziehen, beförderte Alfonsín den Offizier zum Korvettenkapitän, ordnete aber gleichzeitig seine Entlassung

aus dem Dienst an, was noch nicht geschehen ist. „Durch die Beförderung von Astiz die Militärs zu beruhigen ist so, als müßte ein Mafia-Boß in Freiheit bleiben, um die Mafiosi ruhig zu halten", kritisierte der katholische Bischof Jaime Navares diese Maßnahme.[5]

Der Konflikt findet nicht nur zwischen dem Militär und der Regierung bzw. der Justiz statt, auch innerhalb der Streitkräfte gibt es mindestens zwei große Fraktionen. Unzufrieden sind vor allem die mittleren Offiziere, von denen gegen einzelne noch Prozesse wegen Menschenrechtsverletzungen anstehen. Eine Rolle spielt dabei, daß die Mittel für das Militär seit 1983 gekürzt wurden, wovon die mittleren und unteren Offiziere stärker betroffen sind als die oberen Chargen.

Deutlich wurden diese Spannungen in den Militärunruhen im Januar 1988. Nach der Oster-Rebellion 1987 wurde deren Anführer Rico zunächst in Haft genommen, gegen Ende des Jahres jedoch in Hausarrest entlassen. Für die Zeit seines Arrestes hatten ihm Sympathisanten ein Landhaus in der Nähe von Buenos Aires zur Verfügung gestellt. Rico, der als Anführer einer Kommandoeinheit im Krieg um die Falklands/Malvinen 1982 ausgezeichnet wurde, richtet seine Angriffe vor allem gegen die Militärführung: Seiner Meinung nach habe die Spitze des Heeres im Verein mit den zivilen Politikern die wirklichen Soldaten verraten. Nun gehe es darum, die „Würde" der Streitkräfte wiederherzustellen.

Rico entzog sich bald seinem komfortablen Hausarrest, verschwand zunächst in einer Kaserne bei Buenos Aires und tauchte schließlich bei einem Infanterieregiment im Nordosten des Landes wieder auf. In Monte Caseros, unweit der Grenze zu Brasilien, erklärte er den angereisten Journalisten, daß er sich niemals ergeben werden und wiederholte seine Angriffe gegen die Armeeführung. Dies mag auch der wichtigste Grund dafür gewesen sein, daß dieses Mal — im Unterschied zu Ostern 1987 — schnell gegen die Rebellen vorgegangen wurde. Zwar kam es noch an fünf anderen Orten des Landes zu kurzfristigen Erhebungen kleinerer Gruppen von Offizieren, um deren Solidarität mit Rico zu bekunden. Es beteiligte sich jedoch keine größere Einheit des Heeres an diesem Aufstandsversuch.

Dennoch war es keine erfolgreiche Bewährungsprobe der Demokratie, wie Alfonsín es darzustellen versuchte, als er seinen Satz, daß „das Haus nun wieder in Ordnung" sei, aus den vergangenen Osterunruhen wiederholte. Die Armeespitze verteidigte im Januar 1988 vor allem die eigenen Interessen gegen eine Gruppe von ultrarechten Offizieren. Es war eher ein Zufall, daß sich dieses Mal die Interessen der Militärführung mit denen der gewählten Regierung deckten.

Die Bevölkerung reagierte mit Resignation. Weder in Buenos Aires noch in anderen Städten gingen die Menschen auf die Straße, um für die gewählte Regierung und gegen das Militär zu demonstrieren, wie anläßlich der Osterunruhen 1987. Alfonsín erklärte einige Tage später: „Sie hatten verrückte Pläne für Crespos (Chef der Luftwaffe) und meine Ermordung — angeblich um die Nation im Namen Gottes zu retten".[6] Crespo hatte sich für eine strikt loyale Rolle der Armee ausgesprochen und die Notwendigkeit interner Disziplin herausgestrichen. Ob wirklich solche Pläne vorhanden waren, ist ungewiß. Tatsache ist, daß die rechtsradikale Organisation „Alerta" mit Unterstützung katholischer Splittergruppen offen für eine Freilassung Ricos und des verurteilten Militärdiktators Galtieri demonstriert. Bei ihren öffentlichen Auftritten ertönt u.a. die Parole: „Man muß die Synagoge der Regierung in Brand stekken." Die Anwesenheit von Ministern und Beamten mit Namen jüdischer Herkunft in der Regierung versucht die extremen Rechte für ihre Ziele auszunutzen.

Versuche der Regierung, die dringend notwendige Demokratisierung des Militärs einzuleiten, können momentan nicht umgesetzt werden. Ende 1987 konnten sich die beiden großen Parteien zwar auf ein neues Militärgesetz einigen, das die Aufgaben der Streitkräfte auf die äußere Verteidigung festschreibt. Dies bedeutet eine Absage an die „Doktrin der Nationalen Sicherheit". Allerdings steht sie bisher nur auf dem Papier.

Es gelang Alfonsín lediglich, die Militärausgaben drastisch einzuschränken und die Zahl der eingezogenen Rekruten zu reduzieren. Der Chef der Luftwaffe behauptet, die Luftwaffe hätte 1987 nur noch 20% des Budgets von 1983 erhalten.[7] Deshalb waren die von Großbritannien im März unter dem Namen „Fire Focus" durchgeführten Manöver auf den Falklands/Malvinen für das Militär ein willkommener Anlaß, um erneut die Erhöhung des Militärhaushaltes zu fordern. Damit verbunden ist die Forderung an die USA, das noch aus der Carter-Zeit stammende Waffenembargo gegen das argentinische Militär, das bereits erheblich gelockert wurde, ganz aufzuheben und modernstes Kriegsgerät nach Argentinien zu liefern. Die auch von einigen europäischen Staaten geteilte Erwartung, die Regierung Thatcher würde nach einem Wechsel zur Demokratie in Argentinien zu wirklichen Verhandlungen mit Vertretern des südamerikanischen Landes bereit sein, hat sich bislang nicht bestätigt. Vielmehr ist die Militarisierung des Südatlantiks durch Großbritannien weiter vorangetrieben worden, wie die jüngsten Manöver belegen. Angesichts der im Südatlantik und auf seinen Inseln vorhandenen Bodenschätze wird das Gebiet in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen.

## Ernüchternde Perspektiven

Trotz der miserablen wirtschaftlichen Entwicklung und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten konnte die aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung bislang mit der Unterstützung der Mehrheit der Argentinier rechnen. Die Erinnerung an die Zeit unter der Diktatur schaffte einen breiten Konsens für die Demokratie. Diese Übereinkunft gegen das Militär ist nicht mehr ohne Brüche. Politiker kleinerer Parteien werben um Verständnis für die Interessen der Militärs, und rechtsextreme Organisationen mit para-militärischem Gepräge demonstrieren auf der Plaza de Mayo. Alleine könnten die rechten Ultras im Militär nach den Erfahrungen der letzten 14 Jahre niemals einen erfolgreichen Staatsstreich gegen die Demokratie durchführen. Wenn allerdings als Folge der ökonomischen Krise die allgemeine Unzufriedenheit weiter zunimmt, könnten die Putschistengruppen zumindest mit der passiven Unterstützung eines Teils der Bevölkerung rechnen. Damit wächst die Gefahr, daß sich die argentinische Geschichte der letzten zwanzig Jahre wiederholen könnte.

**Nicki Werz**




*„Nach langen Verhandlungen haben Sie sich ergeben. Was war der Inhalt der Verhandlungen, Herr General?"- „Herr Minister!"*

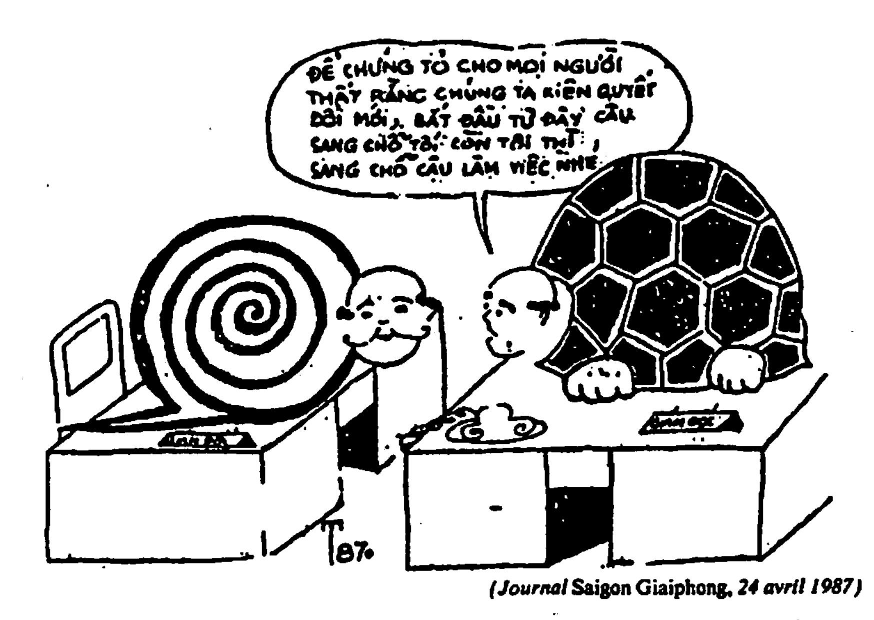
**Anmerkungen:**

1 Die spanische Zeitung „El País" bezeichnete in Artikeln und Kommentaren (8.9. und 9.9.1987) das Wahlergebnis als einen Schlag für die Freunde der argentinischen Demokratie und als eine nachträgliche Rechtfertigung des Verhaltens der Offiziere seit den Ostertagen. Ähnlich NZZ 10.09.1987.
2 Un sistema político sensible, in: Criterio 10.09.1987, S. 471—473. Ferner: Julio Godio, Argentina. Opción por la justicia social, in: Nueva Sociedad (1987) Nr. 92, S. 4—10.
3 Neue Züricher Zeitung 22./23.11.1987. El País 28.02.1988
4 Zit. nach Martín Prieto, Oficial y caballero. El teniente Astiz, tina, in: El País (Domingo), 06.12.1987, S. 1—3.
5 Süddeutsche Zeitung 28.12.1987
6 Süddeutsche Zeitung 30.01.1988
7 Latin American Weekly Report 03.03.1988, S. 8

Vietnam

# Vietnamesischer Frühling
# Fehlgeschlagene Wirtschaftsreform und ihre politischen Folgen

Den folgenden Artikel haben wir der Januar-Ausgabe von Le **Monde diplomatique** entnommen. Zwar werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der vietnamesischen Regierung nur oberflächlich behandelt, wir halten den Artikel aber für einen interessanten Diskussionsbeitrag, da er viele vietnamesische Quellen auswertet, die sonst kaum zugänglich sind. (Red.)




*(Journal Saigon Giaiphong, 24 avril 1987)*

„Um allen zu beweisen, daß wir zur Umgestaltung entschlossen sind, kommst du ab heute an meinen Platz, und ich gehe an deinen." (Saigon Giaiphong, 24.4.1987).

Vietnam macht seit einigen Jahren eine schwere politische und moralische Krise durch. Diese Bilanz zog vor einem Jahr sogar der sechste Kongreß der Kommunistischen Partei Vietnams. Mittlerweile sind Zeichen der Erneuerung sichtbar geworden, das bemerkenswerteste ist eine wachsende Meinungs- und Pressefreiheit, die manchmal offene Opposition erlaubt. Sowohl Vietnam als auch die Sowjetunion befürworten inzwischen Verhandlungen über Kampuchea, und China kann es sich nicht leisten, diese offen zu torpedieren. Diese Verhandlungen können die Wiederherstellung des Friedens in Indochina ermöglichen und damit auch den vietnamesischen Staatshaushalt entlasten.

*„In den anderen sozialistischen Ländern wird die Umgestaltung es ermöglichen, das Niveau der entwickelten Länder zu erreichen (...) Für unser Land ist sie jedoch eine Frage von Leben und Tod (...) Es gibt nur einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma: unseren Arbeitsstil und unser Denken zu verändern".*

Mit diesen eindringlichen Worten umriß der frühere Generalsekretär, Troung Chinh, auf dem sechsten Kongreß der vietnamesischen KP im Dezember 1986 die dramatische Lage seines Landes. Diese Situation ist seither keinesweg besser geworden.

In den 13 Jahren seit der Wiedervereinigung 1975 ist es Vietnam nicht gelungen, die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa 200 $ 1986 gehört es zu den ärmsten Ländern. Die landwirtschaftliche Produktion, die etwa 50 % des Bruttosozialprodukts ausmacht – 18,5 Mio. t Lebensmittel für 63 Millionen Einwohner – entspricht etwa 200 kg Reis pro Person und Jahr. Die Ernährung ist daher sehr unzulänglich, die tägliche Ration hat 1.800 Kalorien. Jedes Jahr fehlen etwa 7 Mio. t Lebensmittel.

Die Industrie entspricht ebensowenig den Bedürfnissen des Landes. 1984, in einer Phase starken Wachstums, wurden pro Einwohner 83 Kilowatt Elektrizität, 88 kg Kohle, 6 Meter Stoff und 7 kg Zucker produziert. Weitere offizielle Zahlen: Drei Paar Schuhe und vier Fahrräder auf 1.000 Einwohner; für 21 Millionen Bauern gibt es lediglich 700 Wasserpumpen, 5.300 Dieselmotoren und 860 Schälmaschinen für Reis.

Bei 63 Mio. Einwohnern, von denen 72 % von der Landwirtschaft leben, verfügt das Land nur über 6 Mio. ha Anbaufläche, d.h. im Durchschnitt weniger als 0,1 ha pro Einwohner (o,06 ha im nördlichen Delta). Mit anderen Worten: die demographische Situation ist explosiv. Das Bevölkerungswachstum ist nicht unter Kontrolle: es beträgt trotz der Kampagnen zur Familienplanung und der Flucht von anderthalb Millionen Menschen 2,4 %. Jedes Jahr werden mehr als zwei Millionen Kinder geboren und 1,4 Millionen Jugendliche drängen auf den Arbeitsmarkt. Wenn es so weitergeht, wird es im Jahr 2020 121 Millionen Vietnamesen geben.

Im Erziehungswesen sieht es nicht besser aus: Aus Umfragen geht hervor, daß die Schulräume unhygienisch sind, und täglich von 3–5 verschiedenen Schülergruppen benutzt werden. Auf dem Land ist der Lehrer ein Bauer, der den Unterricht als Freizeitbeschäftigung betreibt.

Nur ein Drittel der Eingeschulten erreicht die Sekundarstufe, obwohl eine Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr besteht. Im Vergleich zu den übrigen asiatischen Ländern und zu den anderen Mitgliedern des COMECON hat das Land die niedrigste Zahl von Studenten: 21 auf 10.000 Einwohner, in der Mongolei sind es dagegen 130, in Cuba 232.

Seit 1976 ist der Staatshaushalt stark defizitär. Er wird zu 40 % mit auswärtigen Krediten finanziert, hauptsächlich aus der Sowjetunion. Die Ausgaben für Militär und Polizei machen zwischen 38 und 45 % des Staatshaushalts aus. Die Verschuldung Vietnams ist zwischen 1980 und 1986 von 2,7 Mrd. $ auf 8,1 Mrd. $ gestiegen, macht also fast die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes aus. Seit 1982 hat Vietnam den

Schuldendienst eingestellt. Die Inflation von 700 % (1986) hat das Land an den Rand des Zusammenbruchs geführt.

Wie konnte es so weit kommen? Zwischen 1975 und 1985 muß man drei Perioden unterscheiden: die kurze Erfahrung des „Sozial-Modernismus" bis 1977, die „radikale" Phase von 1977—1980 und die destabilisierenden Reformen von 1980—1985.

Von 1975 bis 1977, unter der Ägide reformfreudiger Politiker, die sich allerdings in der Parteiführung in der Minderheit befanden: Pham Van Dong, Vo Nguyen Giap, den ersten Weggefährten Ho Chi Minhs, sowie Vertretern des Südens wie Nguyen Van Linh und Vo Van Kiet, versuchte Hanoi seine Beziehungen zu den USA zu normalisieren, von ihren Reparationen und Hilfe zu erhalten und mit Hilfe einigermaßen liberaler Regelungen für Investitionen westliches Kapital ins Land zu holen. Das Scheitern der Verhandlungen mit den USA, die militärischen Übergriffe der Roten Khmer, die wachsende Feindseligkeit Chinas gegenüber Vietnam und das Drängen der Sowjetunion, sich auf ein großzügiges militärisches und wirtschaftliches Hilfsangebot einzulassen, alle diese Faktoren haben zum Sieg des 'radikalen' Flügels der Partei geführt. Le Duan, der Generalsekretär der Partei, Troung Chinh und Le Duc Tho, der die Pariser Friedensverhandlungen geführt hatte, waren der Ansicht, daß das einzige Mittel, gleichzeitig die materielle Produktion und die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu entwickeln, darin bestehe, auf das ganze Land das Modell des Kriegskommunismus auszudehnen, das sich im Norden bewährt hatte, allerdings unter außergewöhnlichen Bedingungen. Ein weiteres Vorbild war die UdSSR der Breschnjew-Ära.

Die KP beschloß im Juni 1977, die Wirtschaft zu verstaatlichen und zu militarisieren. Do Muoi, ein Stalinist reinsten Wassers, wurde in den Süden geschickt, um die Kollektivierung der Industrie und des Handels zu leiten. Vo Chi Cong und To Huu waren für die Landwirtschaft zuständig. Im Norden wurden die Landwirtschaftskooperativen vergrößert. Diese Maßnahmen gingen einher mit einer Verschärfung der Repression. Ab 1979 war das Land am Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs; gleichzeitig engagierte es sich militärisch in Kampuchea und befand sich im Krieg mit China.[2]

Bei einer Sitzung des Komitees für Sozialwissenschaften trat ein Intellektueller, Nguyen Khac Vien, zusammen mit einer kleinen Schar Kollegen mit einem Alarmruf an die Öffentlichkeit: *„Die Lage unseres Landes ist so schlecht, daß es ohne eine durchgreifende Reform des Systems zugrunde gehen wird."*[3]

Liberalisierungsmaßnahmen, die 1979 beschlossen wurden, lösten eine Dynamik von komplexen und widersprüchlichen Reformen aus, die später in die fatalen finanzpolitischen Entscheidungen von 1985 mündeten: Der Staat verkleinerte zunächst die Landwirtschaftskooperativen im Norden. Im Mekondelta beschränkte sich die Sozialisierung auf die Bildung von Gruppen aus fünf oder zehn Familien, die sich gegenseitig helfen. Die Selbstversorgungswirtschaft der Bauernfamilien wurde durch die Liberalisierung der dörflichen Märkte gefördert. Liberalisierungsmaßnahmen wurden auch für die Industrie beschlossen, aber die Widersprüchlichkeit dieser Maßnahmen führte dazu, daß in wachsendem Maße Staatseigentum auf dem schwarzen Markt verkauft wurde.

Von 1981—1985 wuchs die Agrarproduktion beachtlich: jährliches Durchschnittswachstum betrug 4,9 %, das beste Ergebnis wurde 1982 mit 9,2 % Wachstum erzielt. Gut entwickelte sich auch die handwerkliche Produktion für lokale Märkte: durchschnittliche Wachstumsrate 14 %, am höchsten 1984 mit 21 %. Den dezentral und regional organisierten Bereichen der Wirtschaft gelang es, ihre Exporteinnahmen in konvertierbarer Währung fast zu vervierfachen, während die Bereiche der Industrie, die der Zentralregierung unterstehen, ihre Exporteinnahmen nur knapp verdoppeln konnten.[4] Der Lebensstandard verbesserte sich deutlich. Die Behörden ermunterten auch die Vietnamesen in westlichen Ländern, ihren Familien Devisen und Konsumgüter zu schicken. Von diesen Sendungen aus dem Ausland, deren jährlicher Wert auf 300 Millionen $ geschätzt wird, leben mehr als zwei Millionen Menschen, vor allem im Süden. Im Norden wird, allerdings in bescheidenerem Umfang, die Not durch Waren aus den europäischen sozialistischen Ländern gelindert, die die 60.000 Vietnamesen, die dort arbeiten, nach Hause schicken.

Zwischen 1981 und 1985 hat der Staat jedoch, um die Erhöhung der Agrarpreise zu finanzieren und das Defizit des Staatshaushaltes zu mindern, die Geldmenge um das 12,8 fache erhöht,[5] was zu einer jährlichen Inflation von 80 % führte, unter der hauptsächlich die drei Millionen Staatsbediensteten zu leiden hatten (Funktionäre und Militärs), die im Gegensatz zu den Bauern und Arbeitern keine Gelegenheit hatten, sich sonstige Ressourcen zu beschaffen.

In dem Bestreben, dieser Situation ein Ende zu setzen, beschloß das ZK im Juni 1985 eine dreifache Reform durchzuführen, die als 'historisch' bezeichnet wurde und zum Ziel hatte, „den Geldwert, Löhne und Preise realistisch festzusetzen". Die Löhne, die bisher weitgehend in Naturalien gezahlt worden waren, um die Folgen der Inflation auszugleichen, sollten wieder in Geld gezahlt werden und drei oder viermal im Jahr der Inflation angepaßt werden, um die Lohnempfänger in die Lage zu versetzen, einzukaufen wo sie wollen, auf dem freien Markt oder in den staatlichen Läden, deren Preise den Marktpreisen angeglichen wurden. Außerdem wurde es ermögicht, eine gerechte Differenzierung der Löhne einzuführen, entsprechend der individuellen Arbeitsleistung und Produktivität. Gleichzeitig wurden die Preise der Agrar- und Industriegüter um das vier- bis zehnfache erhöht, je nach Art der Güter und der regionalen Gegebenheit, um den Produzenten Einnahmen zu sichern, die die Produktionskosten decken und eine akzeptable Gewinnmarge enthalten. Es sollte nur noch ein einziges Preissystem geben, und damit auch eine Verwaltungsreform




Der Funktionär: „Stimmt es, daß Le Van Ty nicht unter der früheren Regierung gedient hat?"

(Jugendzeitschrift Tuoi Tre Cuoi, Ho-Chi-Minh-Stadt, Okt. 1986).

ermöglicht werden. Eine solche mutige Reform ist noch nie in anderen sozialistischen Ländern durchgeführt worden. Sie entspricht darüberhinaus auch den Forderungen des IWF: Sanierung des Haushaltsdefizits, drastische Reduktion der Staatsausgaben und der Subventionen für den Konsum.

Gleichzeitig wurde jedoch von To Huu, dem stellvertretenden Wirtschaftsminister, gegen den Rat Vo Van Kiets, Nguyen Van Linhs und der Reformer aus dem Süden, aber mit dem Segen von Le Duan, dem Generalsekretär der KP und Le Duc Tho, dem starken Mann des Regimes (alle drei waren plötzlich zum autoritären Liberalismus konvertiert), in allergrößter Heimlichkeit beschlossen, eine Währungsreform durchzuführen, die sich als höchst schädlich für die Volkswirtschaft erweisen sollte: Am 14.9.1985 wurde ein neuer Dong, im Wert von zehn alten, eingeführt. Jede Privatperson durfte höchstens 15.000 alte Dongs



*Le Duc Tho*

eintauschen, eine Familie 20.000. Der Überschuß wurde von den Banken eingezogen. Ziel der Operation war es, die Menge des Geldumlaufs zu reduzieren, über die die Zentralbank den Überblick verloren hatte, und die Bargeldbestände teilweise zu entwerten, die angeblich von freien Händlern und kleinen Selbständigen gehortet wurden. Diese Gruppen jedoch waren durch den Schaden gewarnt, den ihnen die Reformen von 1975 und 1978 zugefügt hatten und waren dazu übergegangen, ihre Ersparnisse in Gold, Devisen oder Waren anzulegen.

Die Staatsunternehmen hingegen, hatten unter der Reform schwer zu leiden: sie hatten illegale Rücklagen gebildet, um sich auf dem Schwarzmarkt zu versorgen und den Beschäftigten Prämien bezahlen zu können und waren nun paralysiert.

Den Behörden gelang es nicht, die kontraproduktiven Folgen der Reform unter Kontrolle zu halten. Die Emission der neuen Geldscheine konnte den Bedarf nicht decken. Vom Staat plötzlich dazu aufgefordert, autonom zu werden und dem Dschungel des Geschäftslebens ausgesetzt, begannen die Staatsbetriebe schamlos zu horten und zu spekulieren und die Preise willkürlich heraufzusetzen. Die Transporttarife wurden verzehnfacht, der Strompreis wurde für Privathaushalte verneunzigfacht, für Firmen verzehnfacht. Von September bis Dezember 1985 betrug die Inflation 250 %, 1986 erreicht sie 700 %.

Eine Welle der Unzufriedenheit überzog daraufhin das Land. Am stärksten betroffen von der Reform waren die kleinen Staatsangestellten, die keine Lebensmittelkarten mehr hatten, und deren Kaufkraft auf die Hälfte sank. Da sie keine Angst vor den Polizisten mehr hatten, die ebenfalls unter den Folgen der Reform litten, kritisierten sie die Regierung hart. In der Nationalversammlung warfen die Delegierten des Südens einigen Mitgliedern der Parteiführung vor, die Reform der Löhne und Preise zu sabotieren und verlangten ihren Rücktritt. Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit wurde zuerst der Rücktritt von Tran Phuong beschlossen, Mitglied des ZK und Vizepremier, später auch der Rücktritt von To Huu, Mitglied des Politbüros. Anfang 1986 wurde die Rationierung und die Subventionierung von Grundbedarfsgütern, die ein Drittel des Staatshaushaltes ausmacht, wieder eingeführt.

Die Reform brachte eine Veränderung mit sich, die von ihren Initiatoren gewiß nicht vorausgesehen worden war: Die Mentalität des Volkes veränderte sich völlig; die Massen verloren ihre Angst und ihren uneingeschränkten Respekt vor der Staatsmacht. *„Für unser Land ist es das erste Mal"*, vertraute Nguyen Khac Vien einer Zeitschrift der in Kanada lebenden Vietnamesen an, *„daß alle Menschen gesehen haben, daß die allerhöchsten Parteiführer zu den gröbsten Irrtümern fähig sind. Bisher war nur eine gewisse Zahl von Leuten dieser Neigung, jetzt denkt die Mehrheit so."*[6]

Die Tageszeitung Nhan Dan, Organ der KP, veröffentliche am 21. Dezember 1986 Auszüge aus einer Rede, die der achtzigjährige Duong Quang Dong, der seit 1930 KP-Mitglied ist, auf dem sechsten Parteikongreß hielt. Als Delegierter der Parteimitglieder im Ruhestand aus Ho-Chi-Minh-Stadt erklärte er: *„Seit elf Jahren zeigt sich die Partei unfähig, der Bevölkerung auch nur das kleinste Körnchen Reis, das kleinste Stückchen Fleisch oder den kleinsten Tropfen nuoc-mam (Fischsoße) zu beschaffen; sie ist nicht einmal in der Lage gewesen, die Preise zu stabilisieren. Das Volk muß zu sehr leiden (...) Die beste Lösung ist die, daß die Partei die Bevölkerung in Frieden läßt, damit sie leben, arbeiten und lernen kann. Das Volk wird gewiß auch so dem Staat seinen Tribut entrichten."*

Seit einigen Jahren gibt es eine wahre Volksbewegung von aufmüpfigen Pensionären, die von der Parteiführung gefürchtet werden, wie Nguyen Khac Vien feststellt, der selbst schon über siebzig ist: *„Die meisten der alten Leute verfügen über einen gewissen Fundus an Bildung und politischer Praxiserfahrung, sie leiden darunter, daß das revolutionäre Werk an dem sie mitgearbeitet haben, in Gefahr schwebt, zunichte zu werden."*[7]

Das katastrophale Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist seit langem ein Thema von Presseberichten. Fünf bis sechs Millionen junger Menschen, fast ein Drittel der Altersgruppe der 16–30jährigen, sind davon betroffen. Neu ist jedoch, daß die Jugendlichen sich trauten, ihre drängendsten Probleme zu thematisieren: die verhaßte Diskriminierung durch die 'ly-lich', eine Art Leumundszeugnis mit Informationen über ihren familiären und sozialen Hintergrund, politische oder religiöse Überzeugung, die für den Zugang zur Universität oder bestimmten Berufen entscheidend sind; die Umerziehungslager, wo ihre Väter seit 12 Jahren sitzen, ihre Abneigung, nach Kampuchea in den Krieg zu ziehen, die polizeiliche Überwachung und die Xenophobie der Machthaber. Die Zeitschrift *Tuoi Tre* der Kommunistischen Jugend von Ho-Chi-Minh-Stadt publiziert seit 1986 Reportagen über Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren, denen aufgrund eines schlechten ly-lich der Zugang zu Hochschulen, bestimmten qualifizierten Berufen oder das Recht, ins Ausland zu reisen, verweigert wird: *„Kinder von Eltern, die mit dem alten Regime kollaboriert haben"* ...



*Kinder von Eltern, die illegal emigriert sind...*" Stattdessen, wie aus einem Dokument des Erziehungsministeriums hervorgeht, dessen Veröffentlichung die Kommunistische Jugend erzwang, werden bei der Zulassung zur Universität Angehörige der beiden bestangesehenen Gruppen bevorzugt: Helden der Armee oder der Arbeit, Militärs oder Polizisten nach dreijähriger Dienstzeit usw.[8]

In einem Interview der Zeitschrift Tuoi Tre erklärt ein Professor: „*Wir müssen unsere Haltung gegenüber den Personen mit einer soziopolitisch unerwünschten Herkunft ändern. Diejenigen, die heute unter 20 sind, waren zum Zeitpunkt der Befreiung Kinder von sechs oder sieben Jahren; unfähig, zu begreifen, was eine gerechte Sache ist.*"[9] Junge Katholiken und Protestanten beginnen, sich über die Berufsverbote zu beschweren, von denen sie betroffen sind, und Leser machen sich, oft recht humorvoll, in der Presse über die kulturelle Zensur lustig, die ihnen ausländische Werke vorenthält, oder Werke, die im Norden vor 1954 bzw. im Süden vor 1975 erschienen sind.[10]

In *Saigon giaiphong* wurde ein Brief von Jugendlichen veröffentlicht, die forderten, daß auch die Nicht-Parteimitglieder (30 Millionen Erwerbstätige) Zugang zu den einflußreichen Positionen erhalten sollen, die den 1,8 Millionen Parteimitgliedern vorbehalten sind. Sie sagen, daß die Auswahl nach politischen Kriterien „*Karrieristen, Nichtstuer und Ignoranten*" bevorzugt, die, wenn sie einmal in die Partei infiltriert sind, „*den Menschen mit Talent und Charakter den Weg verstellen.*"[11]

Mehr noch als die Männer sind die Frauen dieser Art von Diskriminierung ausgesetzt. In der Partei machen Frauen nur 13,5% der Mitglieder aus. Frauen sind es auch, die die härteste Arbeit machen, vor allem im Reisanbau. Die Kollektivierung hat den Viehbestand verringert: Nguyen Chi Dinh, eine ehemalige Kommandantin der Befreiungsarmee, heute Vorsitzende des Frauenverbands berichtet: „*In manchen Gegenden müssen die Bäuerinnen die Arbeit der Büffel übernehmen.*"[12] Vergleichbare Diskriminierung gibt es auch in der Industrie. Zwar erreichen genauso viel Mädchen wie Jungen den Sekundarschulabschluß, doch auf der Universität machen sie nur noch 30 % aus, und in Führungspositionen gibt es nur 5-10 % Frauen.



**Propagandaplakate in Hanoi**

Es gibt jedoch bemerkenswerte Ausnahmen. Nguyen Thi Rao, eine ehemalige Angestellte der Stadtverwaltung von Ho-Chi-Minh-Stadt, ist Generaldirektorin des größten halbprivaten Wirtschaftsunternehmens des Landes, mit 90 Mrd. Dong Umsatz (250 Mio. $) geworden, nachdem es ihr gelang, das staatliche Monopol für den Handel mit Reis und landwirtschaftlichen Investitionsgütern zu brechen; sie schwebt ständig in Gefahr, verhaftet zu werden, wird aber von Mitgliedern der Parteiführung aus dem Süden protegiert, u.a. von Nguyen Van Linh. Sie verdankt ihren Erfolg der Mithilfe von Frauen aus dem Netz von 1.800 Frauengruppen auf Stadtteilebene, Experten des alten Regimes und dem Kapital emigrierter Vietnamesen. Bemerkenswert ist auch der Fall von Duong Quynh Hoa, der ehemaligen Gesundheitsministerin der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam.

Sie wurde 1976 wegen ihrer freimütigen Äußerungen ihrer offiziellen Funktionen enthoben. Dank der Initiative einige französischer Nicht-Regierungs-Organisationen hat sie ein großes Forschungszentrum für Pädiatrie in Ho-Chi-Minh-Stadt geschaffen, sowie ein paralleles Netz von Zentren zum Schutz von Mutter und Kind aufgebaut. Nachdem Nguyen Van Linh an die Macht gelangt war, konnte sie im März 1987 nach Paris reisen, um einen Ehrendoktortitel der Universität Paris-VII für ihre wissenschaftlichen Forschungen entgegenzunehmen.

Als die Regierung sich in ihren mißlungenen Reformen verhedderte, ergriffen einige Journalisten die Gelegenheit, das herrschende Konzept von Information in Frage zu stellen. Am 6. Juni 1986 rief die Propagandakommission der Partei die Chefredakteure zusammen, um darüber zu diskutieren, wie man die Wirtschaftspolitik am besten darstellen könne. „*Wem soll die Presse dienen, der Parteiführung oder dem Volk?*" fragten daraufhin die rebellischen Journalisten: „*In letzter Zeit hat unsere Presse die wirklichen Probleme, unter denen die Bevölkerung zu leiden hat, nicht ernsthaft aufgegriffen, ebensowenig hat sie von den Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs gesprochen, sie hat der Realität den Rücken zugekehrt und sie beschönigt.*"

Vor dem sechsten Parteikongreß hatte die Presse etliche mutige Artikel über die Verletzung von Bürgerrechten veröffentlicht, über willkürliche Internierungen in psychiatrischen Kliniken, die Ermordung von Oppositionellen und über Wirtschaftsverbrechen von Funktionären.[14]



***Nguyen Van Linh***

Nguyen Van Linh, der neue Generalsekretär, dessen Anhänger in der Parteispitze nach wie vor in der Minderheit sind, hat sich ebenfalls einem streitbaren Journalismus verschrieben, seine kurzen Artikel mit dem Kürzel NVL veröffentlicht er seit dem 23.5.87 in Nhan Dan unter der Rubrik 'eilt!'. Dort wettert er gegen schwere Korruptionsfälle und gegen den Machtmißbrauch in den Ministerien. Der Gebrauch, den die Journalisten von der neuen Meinungsfreiheit machen, geht aber über das hinaus, was mit der offiziellen Aufforderung, die Bürokratie zu kritisieren, intendiert ist. Ein Beispiel: „*Es wird nicht möglich sein,*" schreibt der Essayist Tran Bach Dang, „*solche Übel, die wie Korruption, den Diebstahl und den Machtmißbrauch in Partei und Staatsapparat radikal auszurotten, ebensowenig wie andere soziale Mißstände, wenn man nicht den Kampf gegen die Politik und die Institutionen aufnimmt, die die Ursache solcher Übel sind.*"[15]

Nguyen Khac Vien schrieb 1986 während des Parteikongresses: „*Mit Leuten von gestern kann man nichts Neues unternehmen (...) Wenn man eine Erneuerung verlangt, die alten Klischees durch neue Slogans ersetzt, aber die gleichen alten Leute auf ihren Posten läßt, und wenn die Massen immer die gleichen Gesichter sehen, wird es sehr schwierig sein, das Vertrauen wiederherzustellen und die Energien von Millionen Menschen zu mobilisieren, um die Situation zu verändern.*"[16]

Nguyen Van Linh ist von lauter Leuten umgeben, die zu seinen Thesen erst bekehrt werden mußten: Der zweiundsiebzigjährige Do Muoi, der verantwortlich ist für die

brutale Kollektivierung der Industie und des Handels im Süden, die zur Auswanderung von mehr als einer Million Menschen geführt hat, ist im Politbüro auf den vierten Platz vorgerückt. Der vierundsiebzigjährige Vo Chi Cong, der die Landwirtschaft im Mittelteil Vietnams 'vollständig' kollektivieren wollte, hat den dritten Rang im Politbüro und ist Vorsitzender des Staatsrats. Der sechsunssiebzigjährige ehemalige Innenminister Pham Hung ist der zweite Mann im Politbüro und Regierungschef.* Le Duc Tho ist es gut gelungen, aus dem Politbüro und dem Sekretariat des ZK eine geschlossene Gesellschaft seiner Gefolgsleute zu machen, wie z.B. Nguyen Duc Tam, dem Vorsitzenden der Organisationsabteilung.

Sieben Monate nach dem Kongreß wurde Nguyen Khac Vien in Hanoi von einer Zeitschrift vietnamesischer Emigranten in Frankreich interviewt; er nahm kein Blatt vor den Mund:

*„Die Organisation des Partei- und Staatsapparates ist unverändert geblieben. Die wesentlichen Institutionen und Strukturen sind nach wie vor die gleichen (...) Keine politische Veränderung und sei sie noch so gut begründet, kann von einer Organisation und Leuten von gestern ins Werk gesetzt werden.“*[17]

Der Kongreß hat allerdings die alte Politik ziemlich gründlich kritisiert und der Landwirtschaft Priorität eingeräumt; doch noch während der Beratungen äußerte Nguyen Thanh Binh, ein neues Mitglied des Politbüros und ein Vertrauter Le Duc Thos, sein Bedauern darüber, daß dieser Kongreß, im Gegensatz zu früheren, keine 'Entwicklungsstrategie' erarbeitet habe.

Wie gut, daß die neue Führung weder großartige Entwicklungsstrategien noch radikale Reformen vorgeschlagen hat! Denn man weiß, wohin diese Art von 'Reformen ohne das Volk', wie sie sogar im sechsten Politischen Bericht bezeichnet werden, das Land geführt haben. Ein weiterer Fortschritt ist es, daß sich die Partei verpflichtet, „das Land nach den Prinzipien der Legalität und nicht denen der revolutionären Moral zu regieren“. Jedoch, wie der Bericht anmerkt, damit das Gesetz regieren kann, muß es erst einmal existieren... Dem neuen Parlament ist aufgetragen worden, „zügig ein lückenloses Gesetzbuch zu erarbeiten.“ Zuständig dafür ist eine Gesetzgebungskommission, deren Vorsitzende Ngo Ba Thanh ist, eine in Frankreich ausgebildete Juristin, die früher ein prominentes Mitglied der sog. 'Dritten Kraft' in Saigon war. Die beiden früheren juristischen Fakultäten, die von den Franzosen in Hanoi und Saigon begründet worden waren und 1955 bzw. 1975 geschlossen wurden, sind wieder eröffnet worden.

Seit einem Jahr zeigt die Staatsmacht eine Tendenz, Veränderungen, die 'von unten' beschlossen oder gefordert werden, sich zu eigen zu machen und offiziell abzusegnen, z.B. die Abschaffung von Binnenzöllen, die den Binnenhandel zwischen den Provinzen erschwerten, oder das Verbot, von den Bauern über die staatlichen Steuern hinaus Warenlieferungen oder sonstige Abgaben zu verlangen. Die Subventionen für öffentliche Unternehmen werden allmählich und von Fall zu Fall abgeschafft. Neue liberale Regelungen sind für kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten getroffen worden. Wirtschaftswissenschaftler fordern bereits für die staatlichen Unternehmen die gleichen Vergünstigungen, wie sie ausländischen Unternehmen durch die neuen Richtlinien für Investoren eingeräumt werden.

Der allgemeine Lebensstandard ist weiter sehr niedrig und nach Aussagen offizieller Wirtschaftssachverständiger wird man noch drei oder vier Jahre brauchen, um die katastrophalen Auswirkungen der Finanzreform von 1985 aufzufangen. Obwohl die Parteiführer 'alten Stils' im Partei- und Staatsapparat in der Mehrheit sind, scheinen sie in der Defensive zu sein. Ursache dafür ist der wachsende Einfluß der Presse, die über die Debatten und Divergenzen der Verantwortlichen in Fragen wie der Amnestie für die Gefangenen der Umerziehungslager, der Kampucheafrage und der Aussenpolitik berichtet.[18] So bröckelte die Fassade der Einmütigkeit, die die Parteiführung aufrechterhalten hatte, und die Existenz rivalisierender Tendenzen und Fraktionen kam ans Licht: Die einen sind für eine allgemeine Amnestie, verlangen die baldige Aufnahme von Verhandlungen über Kampuchea und befürworten eine unabhängige und innovative Außenpolitik gegenüber Europa. Die anderen, d.h. die Gefolgsleute Le Duc Thos, der trotz seines Rücktritts weiterhin an wichtigen Sitzungen des Politbüros teilnimmt, widersetzen sich der Amnestie für fünfhundert Generäle und Minister des früheren proamerikanischen Regimes und deren Entlassung in die USA**. Bisher ist es ihnen allerdings nicht gelungen, die Politik der Reformer zu durchkreuzen.

Die Feinde Nguyen Van Linhs werfen ihm 'politisches Mitläufertum' vor (theo duoi dan), das der marxistischen Doktrin von der 'führenden Rolle der Partei' widerspreche... Doch ein kluger politischer Führer hat gar keine andere Wahl, als eine Massenbewegung zu akzeptieren, die von Millionen Jugendlichen, Frauen, alten Leuten, Künstlern und Schriftstellern getragen wird. Marxistisch-leninistisch oder nicht, steht dieses 'politische Mitläufertum' jedenfalls in der Tradition der großen Führergestalten der vietnamesischen Nation, von den Schwestern Trung im ersten Jahrhundert n. Chr. bis zu Ho Chi Minh im 20. Jahrhundert. Eine Befreiung im Innern würde Vietnam auch helfen, sich von der schweren Bürde der außenpolitischen Konflikte zu befreien. Als Gegenleistung für die Amnestierung der ehemaligen Offiziere des Saigoner Regimes und für die Kooperation Vietnams bei der Suche nach den sterblichen Überresten gefallener US-Soldaten, könnten die USA privaten Hilfsorganisationen gestatten, Entwicklungshilfe für Vietnam zu leisten. China hat bereits seine Beziehungen zu Laos völlig normalisiert, das früher als Marionette Vietnams betrachtet wurde.

Ein weiteres Zeichen der Veränderung ist das erste Treffen zwischen Prinz Sihanouk und Hun Sen, dem Premierminister der Regierung in Phnom Penh, Anfang Dezember 1987, ein Treffen, das mit Zustimmung Chinas stattfand und von Frankreich und der UdSSR begrüßt wurde. Dies könnte dazu beitragen, daß der längste Krieg dieses Jahrhunderts beendet wird, der seit 40 Jahren ganz Indochina verwüstet. Dies liegt im Interesse der Völker der Halbinsel, doch auch China benötigt alle seine Ressourcen für seine Modernisierung und Demokratisierung. Wenn der Frieden wiederhergestellt ist, sollten auch die USA und Frankreich die indochinesischen Länder in ihrem Bemühen unterstützen, die Unterentwicklung zu überwinden.

**Nguyen Duc Nhuan**
**(Mitarbeiter des CNRS, Universität Paris-VII)**

**Signes de renouveau au Vietnam**, Le Monde diplomatique, Jan. 1988



**Anmerkungen:**

1 **Van-Nghe**, Nr. 42, Hanoi 17.10.1987
2 Brocheux, P. u. Hémery, D.: „Le Vietnam exsangue“, Le Monde diplomatique, März 1980.
3 **Doan Ket**, Nr. 395, 1987
4 **Solleu Thongke**, Hanoi 1985. IWF: „Vietnam Recent Economic Developments“, 30.6.1986.
5 IWF, s.o.
6 **Dat Viet**, Montréal, Sept. 1987.
7 **Doan Ket**, Paris, Okt. 1987.
8 **Tuoi Tre**, Ho-Chi-Minh-Stadt, 12.3.87.
10 **Conggiao va Dantoc**, Ho-Chi-Minh-Stadt, 15. u. 27.2.1987 u. Neujahrs-Sonderausgabe 1987.
11 **Saigon giaiphong**, 1.4.1987.
12 **Tapchi congsan**, Hanoi, Nr. 7/86.
13 **Dai Doan Ket**, Hanoi, 18.6.1986
14 **Saigon giaiphong**, 29.10.1986
15 ibid., 27.–29.4.1986
16 **Tuoi Tre**, 16.12.1986
17 **Doan Ket**, Paris, Okt. 1987.
18 **Lao Dong**, Organ der Gewerkschaften, 13.8.1987.
19 Die Schwestern Trung führten in den Jahren 40–42 n. Chr. den Widerstand gegen die Chinesen an, der von China schließlich niedergeschlagen wurde.

* Pham Hung ist am 12.3.88 verstorben, Nachfolger ist vorläufig, bis zur Bestätigung durch die Nationalversammlung im Juni, Vo Van Kiet, der als Reformer und Parteigänger Nguyen Van Linhs gilt.

** Anläßlich des Têt-Fests wurden am 11.2.88 6.406 Gefangene der Umerziehungslager freigelassen, darunter 1.041 frühere Offiziere und Kollaboteure des Saigoner Regimes. Nach offiziellen Angaben befinden sich nur noch 195 Kollaboteure des alten Regimes in Haft.
(**Le Monde**, 14.3. bzw. 12.2.88, A.d.Ü.)

# 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

## 2.6. – 5.6.1988 in Frankfurt



Die Schulden können nicht zurückgezahlt werden. Den Schuldnerländern ist dies angesichts des wirtschaftlichen Ruins und sozialen Elends ihrer Gesellschaften eine existenzielle Gewißheit geworden. Aber auch bei den an den Kreditgeschäften gut verdienenden Banken in den Industrieländern setzt sich die Einsicht mehr und mehr durch, daß die bisher praktizierte Bereicherungspolitik sich nicht in dieser Weise ungehemmt fortsetzen läßt, wollte man sich nicht selbst seiner ergiebigsten Profitquellen berauben.

Vielfältig ist das, was aktuell als »Wege aus der Schuldenkrise« diskutiert wird – von der traditionellen Umschuldungspraxis über die Reformierung von Weltwirtschaft und Weltwährungssystem bis hin zu Forderung tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderung.

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung sieht eine globale Schuldenstreichung als einen ersten notwendigen Schritt an, dem aber weitere in Richtung auf gerechtere Weltverhältnisse folgen müssen. Die von ihr zu entwickelnden Lösungsstrategien müssen ebenso wie die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Industrieländern im Blick haben. Hier sitzen die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik, aber auch Betroffene der weltweiten krisenhaften Umstrukturierung der Wirtschaft.

Neben diesem inhaltlichen Programm bietet der 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen die Möglichkeit, gemeinsam über die Aktionen zu der IWF/Weltbank-Tagung im September 1988 in West-Berlin zu beraten.

Dafür, daß Theorie und Praxis zu einer Einheit verschmelzen können, bietet der Bankenplatz Frankfurt beste Voraussetzungen. Mit Aktionen an den Standorten der nationalen und internationalen Finanzwelt soll während der Kongreßtage ein Stück praktischer Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

# »Gegen die Macht des Geldes – Wege aus Verschuldung und Elend«

# Arbeitsgruppen

## Parallel laufende Arbeitsgruppen und Workshops

Arbeitsgruppen, die vor allen Dingen für diejenigen geeignet sind, die sich erste Einblicke in die Verschuldungs- und Weltwirtschaftsproblematik verschaffen wollen. U.a. anhand konkreter Länderbeispiele soll der Mechanismus der Verschuldung, ihre ökonomischen und politischen Ursachen, sowie die Funktionsweise des Weltmarktes und des Weltwährungssystems dargestellt werden:

1. **Weltwirtschaft und Verschuldung — eine Einführung.**
2. **Weltwirtschaft und Verschuldung — eine Einführung.**
3. **Weltwirtschaft und Verschuldung am Beispiel Brasilien.**
4. **Weltwirtschaft und Verschuldung am Beispiel Südkorea.**

»Lösungsansätze«, Befreiungsstrategien und Alternativen:

5. **Modelle der Entschuldung**

Case by Case oder globale Schuldenstreichung?
- Die Praxis der traditionellen Umschuldung
- Debt-to-Equitiy-Swap
- Das Mexiko-Modell
- Schuldnerkartell als Ausweg?
- Partieller Schuldenerlaß, bzw. Schuldenumwandlung
- »Entwicklungskonforme Konditionalität«?
- Die politischen Vorschläge Fidel Castros

6. **Entwicklung und Neue Weltwirtschaftsordnung**

Systemkonforme Reform der Weltwirtschaft oder wirkliche Demokratisierung der internationalen Beziehungen?
- Ansätze in der Rohstoffpolitik (UNCTAD, AKP, OPEC)
- Souveränität über nationale Ressourcen
- Kontrollkodices für Transnationale Konzerne
- Künftige Rolle der internationalen Finanzorganisationen versus UNO
- Neue Weltwirtschaftsordnung und Internationale Ökonomische Sicherheit

7. **Weltwirtschaftlicher Umbruch und Interessenlage in den Industrieländern**

Interessen und Aufgaben sozialer Bewegungen hierzulande
- Neue Weltwirtschaftsordnung »auf unsere Kosten«
- Interessenidentität und/oder -gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern?
- Regionale Strukturkrisen und Dritte Welt (z.B. Stahl, Textil, Werften)
- Verschuldung, Arbeitslosigkeit und neue Armut

8. **Weltwirtschaft und Alternative Wirtschaftspolitik**

Illusion oder reale Utopie
- Weltmarkt- oder Binnenmarktorientierung?
- Außenwirtschaftlicher Umbau
- Regulierung/Konditionalisierung von Kapitalexport
- Nationalstaat oder »Weltregierung«?
- Bedarfsprofile — national und international
- Was fordert die Dritte Welt?
- Anders leben in den Metropolen, neue Konsummuster

9. **Reparationen für/Ressourcentransfer in die Dritte Welt**

»Entwicklungshilfe« — Einstellen oder Umstellen?
- Entwicklungshilfe schadet nur
- Soziale Konditionen oder Auflagenverzicht?
- Transferleistungen/Quantifizierung/Bsp. 0,7%-Ziel
- Völkerrechtliche Ansprüche der Dritten Welt: Reparationen/Kompensationen/Wiedergutmachung?

10. **Revolutionen im Würgegriff des Weltmarktes**

Zum Scheitern verurteilt?
- Beispiel Nicaragua/Kuba
- Beispiel Wirtschaftsgemeinschaft der Frontstaaten SADCC
- collective self-reliance
- Alte und neue herrschende Klassen

In den folgenden sieben Arbeitsgruppen werden die Schnittstellen zwischen der Verschuldungs-/Weltwirtschaftsproblematik mit aktuellen in der Bundesrepublik laufenden Auseinandersetzungen und Sozialen Bewegungen thematisiert:

11. **Verschuldung und Militarisierung**
- Rüstungsexporte
- Militärisch-Industrieller Komplex
- Das US-amerikanische Aufrüstungsprogramm
- Abrüstung als Weg aus der Schuldenkrise?

12. **Weltweite Flüchtlingsströme**
- Neuordnung des internationalen Arbeitsmarktes — Flüchtlinge als neues internationales Proletariat
- Konzertierte Verschärfung des Asylrechts in Europa
- Hunger als Waffe
- Das politische Potential der Flüchtlingsströme

13. **Gen-Technologie/Bevölkerungspolitik**
- Gen- und Bio-Technologie — der profitträchtige Zukunftsmarkt für die Pharma-/Chemie-Industrie
- Entwicklungsländer als Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten durch Gen-/Bio-Techniken bald vom Markt konkurriert
- Gen-Technologie als imperialistisches Instrument der Bevölkerungspolitik
- Angriff des Patriarchats auf die Reproduktionsfähigkeit der Frauen

14. **Ökologie**
- Die Verantwortung von IWF/Weltbank für die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Gleichzeitigkeit des Kampfes für den Schutz der Natur und für die Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen
- Umweltverträglichkeitsauflagen für Weltbankprojekte oder Abschaffung der Weltbank?
- Strategien der weiteren politischen Arbeit

15. **Abbau von Grundrechten/ Ausbau des staatlichen Repressionsapparates**
- Was soll alles unter Strafe gestellt sein? — § 129, § 129 a, § 130, § 130 a
- Zusammenhang von Repressionsverschärfung, Krise von Wirtschaft und Gesellschaft und politischer Opposition
- Von der Kriminalisierung der Aktionsformen zur Kriminalisierung der Inhalte

16. **Feminisierung der Armut**
- Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf Frauen in den Ländern der Dritten Welt und in den Industrieländern, die gleiche Betroffenheit
- Weltweite Hausfrauisierung der Arbeit
- Verschlechterung der Situation der Frauen durch konservative Verschärfung der Familienpolitik
- Beherrschung der Geldstrukturen durch das Patriarchat

Workshops, in denen ein anderer Zugang zur Problematik von Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise gefunden werden soll, als über den gewohnten Seminararbeitsgruppenstil:

17. **Durch Literatur und Dichtung**

Texte Betroffener werden vorgetragen und diskutiert

18. **Durch Theater**

Z.B. das Einüben von kurzen Szenen zum Thema, die während des Kongresses oder im Rahmen von Aktionen in Frankfurt vorgeführt werden sollen

19. **Durch bildnerische Kunst**

Beurteilung und Bewertung von Karikaturen und Plakaten, die das Kongreßthema zum Gegenstand haben

20. **Journalisten-Workshop**

Hier soll ganz praktisch überlegt werden, wie die IWF/Weltbank-Kampagne im Vorfeld und während der Tagung im September in West-Berlin publizistisch und medienwirksam begleitet werden kann. Ein konkreter Vorschlag ist die Erstellung einer Kampagnen-Zeitung, deren Konzeption hier erarbeitet werden soll.

Und zum Schluß noch zwei Arbeitgruppen:

21. **Verschuldung und Krieg in Äthiopien**
- Verschuldungssituation in Äthiopien
- Zusammenhang von Krieg und Verschuldung
- Hunger und Schuldendienst

22. **Landwirtschaft im Zeichen der Verschuldungskrise**
- Verschuldete Bauern hier und in der Dritten Welt
- Ursachen der Verschuldung
- Parallelen in der Agrarentwicklung
- Hilft eine Schuldenstreichung?
- Entschuldungsprogramm für bundesdeutsche Bauern

# Technisches

### Koordinierungsausschuß

**Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuß kandidieren können.**
**Interessierte bitte melden bei:**
**BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 31 56.**

### Resolutionen

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 20.3.88 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungsmaterialien zugesandt bekommen.

### Vorbereitungsmaterialien

Als Vorbereitungsmaterialien wird ein Vorbereitungs-FORUM an die Teilnehmer/innen mit der Anmeldebestätigung geschickt.

### Motto

Außerdem muß auch ein Motto für den 13. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

### Teilnahme

Teilnehmen am 12. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1988 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 156,- DM (inkl. FORUM-Abo). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 286,- DM, inkl. FORUM-Abo).

### Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,- DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden:
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg,
Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201.
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppen deutlich an.

### Termin und Ort

Der 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom Donnerstag, 2.6. bis Sonntag, 5.6.1988 in der Fachhochschule Nordweststadt/ Bürgerhaus Nordweststadt, Frankfurt, statt.

### Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

### Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die Teilnehmer/innen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

### Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

# Programm — BUKO '88

### Donnerstag, 2.6.88

| | |
|---|---|
| 12.00 bis 14.00 | Anmeldung im Bürgerhaus Nordwest-Stadt |
| 14.00 | Begrüßung, anschließend Berichte über den Stand der Aktivitäten im Rahmen der IWF/Weltbank-Kampagne; anschließend offene Diskussion im Plenum, Kritik, Lob, Fehler, wie kann's besser laufen, etc; |
| 18.00 | Abendessen |
| 19.00 | Einführungsvortrag: Wege aus Schulden und Elend — Forderungen und Lösungsstrategien, Hübner/Rojas, Berlin (angefragt) |
| ab21.00 | von jetzt an gemütlich... |

### Freitag, 3.6.88

| | |
|---|---|
| 9.00 | spritzige, lebendige, phantasievolle etc. Aktionen im Stadtgebiet der Bankenmetropole Frankfurt; anschließend Mittagessen; |
| 14.30 | Arbeitsgruppen und Workshops; |
| 19.00 | Abendessen |
| 20.00 | »Schuldenrevue« — Musik, Sketche etc. zum Thema |

### Samstag, 4.6.88

| | |
|---|---|
| 9.00 | Fortsetzung der Arbeitsgruppen und Workshops; |
| 13.00 | Mittagessen |
| 14.00 | Rechenschaftsbericht des Koordinierungsausschusses, der Kampagnen, des FORUM und anderer BUKO-Bereiche, weitere Planung der BUKO-Arbeit: Seminare, Kampagnen, BUKO 13 etc.; Wahl des Koordinierungsausschusses; Abstimmung von Resolutionen; |
| 19.00 | Abendessen |
| abends | Fete, Medienschau, Gruppentreffen, Projektvorstellungen etc. |

### Sonntag, 5.6.88

| | |
|---|---|
| 9.30 | Vortrag: Zwischen Frühjahrs- und Herbsttagung '88 und darüberhinaus — Neuere Strategien von IWF und Weltbank Herbert Schui, Hamburg; anschließend Diskussion |
| 11.00 | Bericht der Arbeitsgruppenergebnisse, Diskussion und Weiterarbeit in der IWF/Weltbank-Kampagne; |
| 14.00 | Mittagessen, anschließend Abreise. |

✂ ..................................................................................................

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.): — Schlafpätze nötig für:*

1. ........................................................................ Do Fr Sa So

.............................. Interesse an AG: ..............................

2. ........................................................................ Do Fr Sa So

.............................. Interesse an AG: ..............................

3. ........................................................................ Do Fr Sa So

.............................. Interesse an AG: .............................. *Zutreffendes ankreuzen

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

○ ich biete ○ ich suche Mitfahrgelegenheit für ........... Personen.

7) ○ wir bringen Kinder mit

wieviele? .................. Alter? .................. Jahre an folgenden Tagen: ..................

○ Wir möchten an der Medienbörse teilnehmen.

Teilnehmerpreis von 70,- DM/90,- DM pro Person am ............. überwiesen.

Datum ........................ Unterschrift ........................

Interview




*Der Marsch landloser Bauern auf versprochenes Land*

# NGO's in Bangladesh

Prof. B. Umar war bis 1975 Fakultätsvorsitzender an der Universität Dhaka/Bangladesh. Als marxistischer Theoretiker ist er sowohl im indischen Bundesstaat Westbengalen als auch in Bangladesh als Gründer einer theoretischen Schule bekannt. Er ist Vorsitzender des Schriftstellerverbandes in Bangladesh (Bangladesh Lekhak Shibir) und Leiter der 'Bangladesh Krishak Samity' (Bangladesh Bauern Förderation), die zu den größten Bauernorganisationen Bangladeshs zählt und unabhängig von der kommmunistischen Partei (CPB) und anderen linken, marxistischen oder maoistischen Parteien arbeitet. Er zählt zu den prominenten Mitgliedern der sich im August 1987 konstituierten zur Zeit 19 Bauernorganisationen umfassenden 'United Front of Peasant and Landworkers Organisations'.

**Herr Umar, immer wieder wird in der Presse oder in akademischen Diskussionen die Auffassung vertreten, daß Bangladesh ohne Entwicklungshilfe nicht überleben könne. Die Arbeit der NGO's (Non Governmental Organisations) wird dabei häufig als sehr positiv bewertet. Ihnen wird teilweise sogar eine revolutionäre Rolle zugeschrieben. Wie schätzen sie die Arbeit der NGO's ein?**

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die Auslandshilfe niemals einem Land bei der Entwicklung helfen oder bei einer positiven Veränderung der Gesellschaft mitwirken kann, solange die vorherrschende Produktionsweise und Produktionsverhältnisse unverändert fortbestehen.

Nehmen wir als Beispiel ein Land, in dem eine sozialistische Revolution stattgefunden hat. Auch nach solch einer Veränderung kann es sein, daß dieses Land auf Auslandshilfe angewiesen ist. Diese Hilfe wird aber so genutzt, daß sie der Entwicklung der Produktionsweise zugute kommt. Es ist notwendig, zu unterscheiden zwischen der Hilfe, die bestimmten Organisationen von irgendwelchen Philantropen im Land gegeben wird, und der Hilfe, die vom Land zur Entfaltung der Produktivkräfte bei gleichzeitiger Verbesserung des Verteilungssystems planmäßig benutzt wird.

Ich komme jetzt auf die Rolle der NGO's zu sprechen. Zunächst muß klar definiert werden, was eine Non-Governmental-Organisation ist: NGO's sind eine Form regierungsunabhängiger Organisationen, die finanzielle/personelle Unterstützung von außen erhalten, um im Land arbeiten zu können. Die zahlreichen NGO's in Bangladesh erhalten Geld aus Europa, aus den USA und aus den islamischen Ländern des Nahen Osten von karitativen, kirchlichen und halbstaatlichen Entwicklungsinstitutionen.

Um die Ziele der NGO's zu verstehen, müssen wir die finanziellen Quellen, auf die diese Organisationen existenziell angewiesen sind, untersuchen. Wir wissen, daß die Vorgehensweise der NGO's ursprünglich auf einer Idee Mc Namaras basiert, die er 1971, als er noch Präsident der Weltbank war, formulierte. Er meinte, daß die Auslandshilfe für ein unterentwickeltes Land im wesentlichen der jeweiligen Regierung zugute kommt, aber nicht zur Entwicklung des Landes beiträgt. Stattdessen sollten „Freiwillige Organisationen“ aufgebaut werden, die diese Hilfe direkt bekommen sollten. Wir wissen, wenn die Weltbank solche Äußerungen macht, daß diese gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet sind. Die von Mc Namara

**Das 1985 erschienene Buch von Brigitte Erler mit dem Titel „Tödliche Hilfe“ hat zu heftigen Diskussionen innerhalb der entwicklungspolitischen Bewegung geführt. Ihre These, daß „Entwicklungshilfe (allen) schadet, denen sie angeblich nützen soll (und deshalb) sofort beendet werden (muß)“ versuchen die atuoren Brigitte Jessen und Michael Nebelung in ihrem Buch „Entwicklungshilfe muß nicht tödlich sein“ zu widerlegen. Sie behaupten, daß „Entwicklungshilfe weitergedachte Befreiungshilfe sein (muß). In Bangladesh bedeutet das die Befreiung von Armut, Unterdrükkung und Abhängigkeit, aber auch in den Industrieländern müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung ... überwunden (wird).“**

**Alle genannten Autoren beziehen sich in ihren Analysen auf Bangladesh, einem Land, daß in hohem Maße von staatlicher und privater Entwicklungshilfe abhängig ist.**

**In dem nachfolgenden Interview wird die Diskussion um Entwicklungshilfe und die „Non Govermental Organisations“ (NGO's), die u.a. diese Hilfe erhalten und von denen die Autoren Jessen/Nebelung meinen, daß sie den Boden für einen kollektiven Widerstand bereiten, erneut aufgegriffen.**

vorgenommene Aufwertung nichtstaatlicher Organisationen weist auf einen sehr wichtigen Punkt hin: der US-Imperialismus hatte damals erkannt, daß die politischen Parteien in diesen Ländern ihren Einfluß und ihre Macht in den ländlichen Gebieten verloren hatten. Jedenfalls war der Weltbank klar geworden, daß diese Parteien eine Phase der Desintegration durchmachten.

**Welche Parteien in Bangladesh haben Sie dabei vor Augen?**

Der US-Imperialismus hatte z.B. eine klare Vorstellung von der Zukunft der die Awami League nach der Unabhängigkeit Bangladeshs 1971. Der Freiheitskampf gegen die pakistanische Armee 1971 hatte in den Herzen der Menschen einen starken Wunsch nach Sozialismus, Beseitigung der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit erzeugt. Die Menschen haben die Lösung dieser Probleme von der Awami League erwartet, die sich damals unter der Führung von Sheik Mujibur Rahman befand. Die Awami League konnte aufgrund ihrer fehlerhaften Analyse niemals ihr eigenes Schicksal einschätzen, aber der US-Imperialismus war hierzu in der Lage. Die USA wußte sehr genau, daß Awami League niemals im Stande sein würde, die Probleme des Landes zu lösen. Nicht nur in Bangladesh, sondern auch in den sogenannten anderen unterentwickelten, den sogenannten neo-kolonialen Ländern, erleben die Parteien, auf die sich die Wünsche und Erwartung eines Großteils der Bevölkerung konzentrieren, die sie nicht erfüllen können, eine Phase der Desintegration. In diesem Moment versucht der Imperialismus eine Ersatzorganisation zu finden, die die Funktion einer Partei der Bourgeoisie wahrnehmen kann. Was ist eigentlich die Funktion einer solchen Partei? Solche Parteien versuchen, das Protestpotential bzw. den Klassenkampf auf ihre Weise zu zerstören. Sind sie hierzu nicht mehr in der Lage, wird nach einem Ersatz gesucht, wie z.B. NGO's, die diese Funktion wahrzunehmen haben. Was sich dann ereignet, ist, daß der Imperialismus durch NGO's in direktem Kontakt mit der ländlichen Bevölkerung tritt.

Zur präziseren Bestimmung der Funktion der NGO's können wir als Beispiel die Arbeit der christlichen Kirchen während der Expansion des Kolonialismus heranziehen. Die Kirchen haben sowohl in den Anfängen als auch in späteren Phasen des Kolonialismus in Indien und China an der Beseitigung des Analphabetismus und anderer sozialer Probleme gearbeitet. Scheinbar beabsichtigte die Kirche tatsächlich, diese Probleme zu beseitigen und den Menschen zu helfen. Ihre Funktion bestand jedoch im Großen und Ganzen darin, die Expansion des Kolonialismus zu fördern. Die Tatsache, daß die Kirche bei ihrer Arbeit zeitweise in Konflikt mit der lokalen Kolonialverwaltung kam, ist zur Bestimmung ihrer Funktion kein Gegenargument.

Die NGO's erfüllen in ähnlicher Weise ihre Funktion z.Z. in Bangladesh. Der Imperialismus ist heute durch die NGO's in einen direkten Kontakt mit der bäuerlichen Bevölkerung getreten. Lenin hatte das Ziel des Imperialismus in der Spaltung der Arbeiterklasse gesehen. Ihm war das Phänomen fremd, daß der Imperialismus in direkten Kontakt mit dem Agrarbereich tritt. Wir erleben es heute. Dies ist die neueste Form, den Klassenkampf zu unterbinden und revolutionäre Anstrengungen, das herrschende sozio-ökonomische System zu überwinden, zu zerstören.

Auch nach dem 2. Weltkrieg änderte der Imperialismus seine Methode: der direkten Einmischung folgte die Einmischung durch das Finanzkapital, durch die Mechanismen des Weltmarktes, durch die Machtpolitik während des Kalten Krieges. Wenn alle diese Formen der Einmischung nicht ausreichen, um eine Gesellschaftsveränderung in einem Land zu verhindern, dann greift er zu direkten Formen der Einmischung, um auf diese Weise den Klassenkampf zu verhindern.

**Herr Umar, welche Arbeitsmethoden sind für die NGO's charakteristisch?**

Natürlich arbeiten die NGO's mit den Menschen, die in Zukunft die Träger der Revolution sein werden. Im Falle Bangladeshs sind dies die landlosen Menschen. Sie haben außer dem Boden, auf dem sie schlafen, keinen Besitz. Und selbst diese Fläche können sie häufig nicht als ihr Eigentum bezeichnen. Es gibt in Bangladesh 70 %, in manchen Gebieten sogar 80 % Haushalte, die über kein eigenes Ackerland verfügen. Diese Landlosigkeit bezeichnet man als funktionelle Landlosigkeit. Die Bauern, die ihre Dokumente über Landbesitz bei den Verpächtern und Geldverleihern als Pfand hinterlegt haben und bereit sind, das gepachtete Land bzw. den Kredit zurückgeben bzw. zurückzuzahlen, verlieren in vielen Fällen die Verfügungsgewalt über ihr Land. Die Dokumente erhalten sie nie mehr zurück. Aus diesem Grund sind viel mehr Bauern landlos als die Statistiken angeben. Ich bin der Auffassung, daß in manchen Landesteilen bis zu 85 % der ländlichen Haushalte als funktionell landlos zu bezeichnen sind. Die Bauern, die von ihrem Land vertrieben werden, finden keine Arbeit im Industriebereich, dessen Entwicklung nur sehr langsam verläuft. Diese Arbeitslosen, die nirgendwo Arbeit finden können, sind ein großes Potential für die Revolution. Sobald die NGO's dieses erkannten, versuchten sie, das Protestpotential zu zersplittern und vom Klassenkampf abzulenken. Dies war die Arbeitsweise der NGO's und sie bekamen Geld und Unterstützung vom Imperialismus. Die NGO's behaupten, daß sie Geld nur von Philantropen und karitativen Organisationen erhalten. Dies ist nicht wahr.

Es ist möglich, daß einige Philantropen wirklich Geld geben. Es kann sein, daß es Leute gibt, die denken, daß es vielleicht den Armen der Dritten Welt helfen könnte, wenn sie von ihrem Geld einen kleinen Betrag spenden. Die Spendenquittung benutzen sie dann später, um sie von ihrer Steuer abzusetzen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Organisationen, z.B. Geheimdienste, die ihr Geld an diese Leute geben und ihnen sagen, welcher NGO sie es als Spende überlassen sollen.

[redacted]

[redacted]

**Ich möchte Ihnen an diesem Punkt eine provokante Frage stellen. Ich beziehe mich dabei auf das Buch „Hilfe muß nicht tödlich sein.“ Die Autoren, die sich nach eigenen Aussagen acht bzw. zehn Monate in Bangladesh aufgehalten haben, behaupten, daß einige NGO's in zahlreichen Dörfern unter armen und landlosen Bauern erfolgreiche Bewußtseinsarbeit geleistet hätten. Diese NGO's beziehen sich in ihrer Arbeit ausdrücklich auf den Marxisten Paolo Freire, der Methoden der Heranbildung revolutionären Bewußtseins entwickelte. Die Autoren zählen zu diesen NGO's u.a. „Nijera Kori“, das „Bangladesh Rural Advancent Committee“ (BRAC), „PROSHIKA“ und „Dipshika“...**

... das ist total falsch. Sie erwecken überhaupt kein Bewußtsein. Was sie machen,

kann man in drei Punkten zusammenfassen:
1. Sie beschäftigen Leute, die früher in progressiven Gruppen mitgearbeitet haben, z.B. Mitarbeiter von der Studentenunion. Es gibt in Bangladesh eine sehr große Arbeitslosigkeit, weil das Produktionssystem schlecht organisiert ist. Diese Hilflosigkeit arbeitsloser Akademiker nutzen sie aus. Ihr Ziel ist es, sie davon abzuhalten, politisch fortschrittlich zu arbeiten. In anderen Organisationen wird ein sehr niedriger Lohn gezahlt. Die NGO's zahlen dagegen ein sehr hohes Gehalt. Sie wissen, daß diese Akademiker, die über politische Erfahrungen verfügen, in der Lage sind, Menschen zu überzeugen. Aus diesem Grund rekrutieren die NGO's bevorzugt linke Akademiker.
2. Einige hundert NGO's versuchen, Bauern für ihre NGO zu gewinnen. Wenn die Bauern eines Gebietes bereits in einer anderen NGO mitarbeiten, findet ein Verdrängungswettbewerb statt. Sie treten als Konkurrenten gegeneinander an. Ich selbst arbeite in einem Bauernverband, in der „Bangladesh Krishak Federation", mit. Die Bauern sagen mir, daß sie von den NGO's bereits unterstützt werden und in unserer Föderation nicht mitarbeiten wollen. Die NGO's zersplittern die Bauernmassen und verhindern damit den Aufbau eines nationalen Bauernverbandes.
3. Durch ihre finanzielle Hilfe verbreiten sie eine falsche Denkweise, den Ökonomismus. Sie behaupten, daß durch finanzielle Hilfe die Situation der Bauern verändert werden kann. Das ist aber keine Lösung. Es ist noch nicht einmal eine Reform. Es ist eine vielschichtige Entwicklung, die man genau betrachten muß. Eine verbreitete Methode bei den NGO's ist es, z.B. die Bauern aufzufordern, Kooperativen zu gründen. Jedes Mitglied muß regelmäßig einen Betrag sparen. (Die Kooperative kauft dann Produktionsmittel oder Vieh. Der Gewinn, der gemeinsam erwirtschaftet wird, wird später geteilt. Anm. d. Übers.) In einem Land, in dem die Menschen nicht genügend zu essen haben, die Menschen aufzufordern zu sparen...

**Awami League:** In den sechziger Jahren war die Awami League die wichtigste partei in Ostpakistan, die 1970 von den 169 Sitzen, die Ostpakistan im Gesamtparlament Pakistans zustanden 167 erhilet. Mujibur Rahran, der Parteivorsitzende der Awami League, wurde nach der Unabhängigkeit Bangladeshs 1974 Regierungschef bis zu seiner Ermordung 1975. In der Partei und in der Regierungspolitik, die gemäßigte sozialistische Ziele verfolgte, setzten sich die Interessen der Bourgeiosie, der Bürokratie und der Großgrundbesitzer jedoch durch. Zwischen den Funktionären der Partei und der indischen Regierung existieren traditionell gute Beziehungen.

**Nijera Kori** (bengalisch: Wir machen es selbst): Eine private Freiwilligenorganisation, die 1974 während einer großen Hungerkatastrophe, bei der mehrere 100.000 Menschen starben, gegründet wurde. Siebzig Frauen und Männer sind fest bei Nijera Kori angestellt. Diese engagieren sich z.Z. im Aufbau von etwa 900 Landlosen-Gruppen im ganzen Land; dies entspricht etwa 25.000 personen. Die Gruppen erhalten ausschließlich organisatorische Hilfe... Deshalb hat Nijera Kori überhaupt kein Finanzierungs- bzw. Kreditprogramm... Nijera Kori organisiert arme Bauern und landlose Tagelöhner, damit diese selbst für ihre eigenen Rechte eintreten und kämpfen können. (S. 64/65)

**Bangladesh Rural Advanced Comitee, (BRAC):** Eine der größten nicht-staatlichen Organisationen im Agrarbereich mit der längsten Erfahrung. „Von einer kleinen Wohltätigkeitsorganisation 1972 hat BRAC sich zu einer großen Organisation mit einem jährlichen Budget von 50 Mill. Taka (3,5 Mill. DM) und über 15.000 Mitarbeitern entwickelt. Momentan arbeitet BRAC in über 900 Dörfern mit 16.000 Familien... Entwicklung, so BRAC heute, ist ein Prozeß, in dem die Armen einer Gemeinschaft eines Dorfes oder einer Gemeinschaft mehr Macht erlangen und ihre Verhandlungsposition gegenüber den Reichen stärken... (S.40) „Da der größte Teil des Budgets ausländisch finanziert wird, ist die Organisation ausländischen Interessen und Einflüssen ausgesetzt, die nicht immer mit der eigenen Zielsetzung übereinstimmen." (S. 47)

**PROSHIKA** (der Name setzt sich aus den bengalischen Wörtern für Bildung, Ausbildung und Aktion zusammen): „Proshika ist 1975 aus einer Initiative des kanadischen Universitätsdienstes in übersee entstanden. 1976 wurde die Organisation von Bangladeshis übernommen, wird aber auch heute noch zu über 60 % von den Kanadiern finanziert... Bis heute hat PROSHIKA 4.500 Landlosen-, Kleinbauern- und Frauengruppen gegründet... Proshika ist in den Ausbildungsprogrammen sozialkritischer und radikaler als BRAC" (S. 48).

**Disphika und Shanti** (bengalisch: Lichtfunke und Friede): „Angeregt wurde Dipshika durch die Initiative des deutschen katholischen Priesters Beuerle... Zur Zeit gibt es über 100 Shomitis (bengalisch: Gruppe/Genossenschaft) in 30 Dörfern mit über 2.000 Mitarbeitern... Bisher wurden 20 ländliche Bildungszentren aufgebaut, denen jeweils eine 'Einfachstschule' angeschlossen ist..." (S. 72 ff.)

**Gonoshasthaya** (bengalisch: Gesundheitszentrum für Menschen): „... legt den Schwerpunkt der Arbeit auf die Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung in Bangladesh ... erreicht mit seinen Aktivitäten über 100.000 Menschen ... wie die meisten nicht-staatlichen Organisationen, zum größten Teil ausländisch finanziert ... Nicht einmal 20 % der Menschen in Bangladesh haben Zugang zu den grundlegenden Medikamenten. Von den 9.000 bengalischen Ärzten arbeiten weniger als 1.000 auf dem Lande ... Bangladesh's jährliches Gesundheitsbudget macht im Durchschnitt der letzten Jahre nur 4–5 % des natürlichen Budgets aus. Damit hat Bangladesh die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit in der ganzen Welt." (S. 59/60)

**Grameen Bank** (bengalisch: Dorf Bank): „Das Grameen Bank Projekt kann unzweifelhaft als die eindrucksvollste Alternative zu althergebrachten Kreditprogrammen sog. „Entwicklungsbanken" gelten ... Die Idee der Dorfbank geht auf ein Kreditprogramm zurück, das 1976 an der Universität Chittagong entwickelt wurde ... Nachdem die finanzielle Unterstützung einiger staatlicher Banken ab 1979 dazugekommen war, weitete sich das Programm auf fünf Distrikte des Landes aus. Mittlerweile arbeitet die Dorfbank in fast 1.400 Dörfern. Über 200 Mill. taka (ca. 14 Mill. DM) wurden an gut 70.000 Mitglieder ausgezahlt." (S. 53)

In den USA sind im letzten Jahr mehrere Artikel in der NEW YORK TIMES erschienen, in denen die Arbeit der Bank als vorbildlich bezeichnet wird.

Alle Zitate stammen aus dem Buch: Brigitte Jessen/Michael Nebelung, Hilfe muß nicht tödlich sein, Berlin 1987
BANGLADESH BEVÖLKERUNG:
über 110 Mill.

**Bezieht sich ihre Kritik auf alle NGO's?**

Was macht z.B. „Nijera Kori"? Diese Organisation macht im wesentlichen das gleiche. Wenn die Leute nichts zu essen haben, wie wollen sie dann sparen? In den Kooperativen von „Nijera Kori" werden verschiedene Gebrauchsgegenstände hergestellt und vielleicht verdienen dadurch die Mitglieder mehr, als sie woanders verdient hätten. Ihre Lebenssituation hat sich dadurch aber nicht geändert. Auch andere NGO's bauen Kooperativen auf, die diese Produkte herstellen. Ich halte dies für eine Ausbeutung in krasser Form. Diese Produkte werden z.B. im Intercontinental und anderen Luxushotels und -geschäften verkauft, in denen reiche Kunden hohe Preise dafür bezahlen. Der Produzent erhält nur einen winzigen Prozentsatz des Gewinns. Die Kooperative hingegen macht Supergewinne, ihr geht es ums Geschäft, sie agiert wie jeder andere Geschäftsmann auch. Es trifft zu, daß sie den Produzenten ein wenig Geld geben, die sonst eventuell arbeitslos wären.

Ich möchte ein anderes Beispiel anführen. In der Nähe von Dhaka in Banani hat BRAC eine große Druckerei aufgebaut, in der sehr schlechte Arbeitsbedingungen herrschen. Gewerkschaftsmitglieder dürfen in der Druckerei nicht arbeiten. Auch BRAC geht in die Dörfer, um sein Unternehmen aufzubauen. PROSHIKA hat z.B. eine große Transporterorganisation aufgebaut, die hohe Gewinne abwirft. Auch sie geht zu den Bauern und dringt sogar in alle Lebensbereiche ein. Verschiedene Theatergruppen und andere kulturelle Aktivitäten werden von ihr finanziert.

Diese ökonomischen Aktivitäten können niemals die politischen Verhältnisse verändern. Sicherlich, die Produzenten erhalten eine Art Soforthilfe, die jedoch im Endeffekt keine politische Veränderung bewirkt. Sie schließt negative Auswirkungen mit ein. Nehmen wir hierfür ein weiteres Beispiel. Zafrullah Chowdury, Begründer des Gesundheitszentrums

„Gonoshasthaya Kendra", hat in Bangladesh eine neue Arzneipolitik initiiert. Zuzustimmen ist seiner Kritik, daß Pharmakonzerne zahlreiche unnötige Medikamente verkaufen und dabei große Profite in Bangladesh erzielen.

Am Anfang verbreitete er das Modell der Barfuß-Ärzte, nach chinesischem Vorbild, später gründete er seine Firma, die nach den gleichen Prinzipien arbeitet wie jede andere kapitalistische Firma. Er behandelt seine Arbeiter genau wie jeder andere Kapitalist.

Ein anderes Beispiel: Die „Grameen Bank" (Dorf Bank) wird allgemein auch international als ein gelungener Versuch bezeichnet, die Ärmsten mit Krediten zu unterstützen. Gelobt wird die Bank, da im Vergleich zu anderen Banken die höchste Rückzahlungsquote von Krediten bei ihr zu verzeichnen ist. Was bedeutet dies aber? Es bedeutet, daß sie die Leute genauso ausbeutet wie die anderen Banken auch. Sie erzielen Profite und expandieren.

**Sind die Zinsen bei der „Grameen Bank" genauso hoch wie bei anderen Banken?**

Am Anfang waren sie niedriger, inzwischen sind sie auf demselben Niveau der anderen Banken. Was hat Zafrullah Chowdury gemacht? Am Anfang waren seine Medikamente billig, dann wurden die Preise langsam erhöht.

Der von den NGO's praktizierte Ökonomismus ist eine schädliche Linie. Es ist eine antipolitische Linie. Er ist ein Hindernis für diejenigen, die eine Bauernorganisation aufbauen wollen Wenn wir zu den Bauern sagen, daß sie unserer Organisation Geld geben sollen, sagen sie uns: „Warum, die anderen Organisationen/NGO's geben uns sogar Geld, und ihr wollt von uns Geld haben". Für unsere Arbeit brauchen wir jedoch auch Geld.

Verschiedene Geheimdienste sind in den NGO's tätig. Sie beobachten die politischen Aktivitäten, auch diejenigen der Regierung und die Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Sie schreiben Berichte und schicken sie von Dhaka aus in ihre Länder. Die NGO's halten Treffen ab, auf denen sie ihre Politik gegenseitig abstimmen, Berichte verfassen und sie in die Metropolen verschicken. Die Metropolen sind sehr gut informiert über Bangladesh. Sie wissen mehr als wir. Sie erhalten über die NGO's die aktuellsten Nachrichten, die dafür entsprechend von imperialistischen Institutionen unterstützt werden.

**Inwieweit unterstützt die Regierung Bangladeshs die Arbeit der NGO's?**

Jede NGO muß sich von der Regierung registrieren lassen, um eine offizielle Erlaubnis zu erhalten. Wenn wir hingegen, unabhängig von äußeren Financiers, unsere Organisation aufbauen wollen, versucht die Regierung es zu verhindern. Wenn wir eine Zeitschrift herausgeben wollen, erhalten wir hierfür keine Lizens. Aber die NGO's erhalten sie. Hätten sie andere Ziele, würden sie von der Regierung keine Unterstützung erhalten. Über uns wird verbreitet, daß wir Geld vom Ausland erhalten. Diese Organistaionen erhalten jedoch Geld ganz offensichtlich vom Ausland. Sie dienen den Interessen der Regierung.

Im August letzten Jahres ist dies ganz deutlich geworden. General Ershad nahm an einer Versammlung der NGO's teil. Die Regierung kündigte an, daß der Boden, der sich im Agrarbereich im Besitz der Regierung befindet, durch die NGO's verteilt werden solle. Aber die Bauern, die Boden erhalten sollten, müßten Mitglied der betreffenden NGO sein. Wie nah sich die Interessen der Regierung und der NGO's stehen, wird dabei sichtbar. Gegen diese Pläne haben 17 Bauernorganisationen protestiert. Dieser Vorgang widerlegt alle Argumente über die gute Arbeit der NGO's. In Bangladesh existiert eine Militärregierung, eine reaktionäre Regierung, die jede grundlegende Veränderung zu verhindert versucht, und jede soziale Reform untergräbt.

**NGO's werden häufig als Rettungsboote bezeichnet, auf die später zurückgegriffen werden kann, als Organisationen, die modellhaft vorwegnehmen, was später für die ganze Gesellschaft als Vorbild dienen kann.**

Ich denke, daß es so nicht funktionieren wird. Erstens, weil die NGO's für nur sehr wenige Menschen arbeiten. Es wird den NGO's niemals gelingen, für die 100 Mio. Menschen etwas Positives zu tun. Zweitens, weil dort, wo die NGO's arbeiten, auch an-



*Mit dem Bau von Dämmen und Kanälen sollen, in dem größten Delta der Erde, die fruchtbaren Schwemmlandmassen gesichert werden.*

# Die Bauernbewegung in Bangladesh — ein neuer innenpolitischer Faktor

Die Gründung der 'United Front of Peasant and Landworkers Organisations' im August 1987 ist der zweite Versuch seit der Unabhängigkeit Bangladeshs eine nationale Bauernbewegung aufzubauen. Bangladesh zählt zu den Ländern mit einer großen bäuerlichen Bevölkerung. Von den ca. 110 Mill. Einwohnern leben über 90 Mill. im Agrarbereich. Weit über 50 % aller ländlichen Haushalte besitzen kein Ackerland bzw. weder Ackerland noch Boden für ein Haus. Erdrückende Pachtbedingungen, Wucherzinsen und sinkende Reallöhne der Landarbeiter führen zur Verelendung der Kleinbauern und Landarbeiter. Reiche Bauern investieren ihre Gewinne überwiegend nicht in neue Produktionsmittel, sondern in den Ankauf von Land.

1971 war es der Guerilliabewegung nur durch die massive Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung möglich, die pakistanische Armee zu bekämpfen. Der Unabhängigkeitskrieg war zugleich eine Bauernrevolte gegen eine ausländische Armee.

1974 fand in Nordbengalen eine der größen Bauernrevolten Südasiens im 20 Jhd. statt. Auslöser hierfür war eine Hungerkatastrophe, der in ganz Bengalen über 5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die die Revolte organisierende Bauernorganisation 'Kishan Sabha' stellte die Hauptforderung, daß nur 1/3 der Ernte dem Verpächter und 2/3 dem Pächter zustehen sollte, gab dieser Revolte ihren Namen: Tebhaga (zweidrittel) Bewegung.



Das Jahr 1987 könnte erneut der Beginn einer neuen Bauernbewegung sein; der Beginn einer Revolte gegen massenhafte Verelendung und gegen ein durch 'internationale Entwicklungshilfe' am Leben gehaltenes Regime.

Die zahlreichen Bauernorganisationen, die in der Lage sind, Landbesetzungen, Demonstrationen und Kundgebungen in größerem Umfang zu organisieren lassen sich drei verschiedenen Strömungen zuordnen:

- den Bauern- und Landarbeitergruppen, die der 'Bangladesh Communist Party' angeschlossen sind (Bangladesh Khetmajur Samity, Bangladesh Krishak Samity)
- den Gruppen, die Anfang der 80-er Jahre von ehemaligen Funktionären der Mitte der 70-er zerfallenen marxistisch-leninistischen Parteien aufgebaut werden (Krishak Federation) bzw. der 'Workers Party' zuzuordnen sind (Krishak League, Khetmajur Union)
- der aus einer früheren NGO hervorgegangenen Bhumihin Samity.

Alle diese Organisationen arbeiten nur in einzelnen Distrikten und bauen Gruppen auf ohne äußere finanzielle Unterstützung, die versuchen, in direkter Konfrontation mit der ländlichen Oberschicht Intressen durchzusetzen. Seit 1980 kommt es jährlich zu zahlreichen Landbesetzungen, die mit Kompromissen oder gewaltsam durch die Polizei bzw. geheuerte Schlägertrupps beendet werden.

Auslöser für Konflikte und Landbesetzungen ist häufig die unrechtmäßige Aneignung von regierungseigenem Land (Khas Land) durch reiche Bauern. Um einer Radikalisierung der Bauern entgegen zu wirken wurde im Sommer von der Regierung Ershads ein Dokument verabschiedet, in dem detaillierte Richtlinien zur Verteilung von insgesamt 800.000 acre Khas Land gegeben werden. Zugleich kündigte Präsident Ershad an, daß nur diejenigen Bauern oder Landlosen Boden erhalten werden, die einer NGO als Mitglied angehören. Eine Komission, die eine beratende Funktion erfüllt und der vier führende Mitarbeiter NGO's Oxfam, Nijera Kori, Proshika und Proshika/Comilla angehören, wurde eingesetzt. Einem die Arbeit der NGO's bei der Verteilung koordinierenden Gremium gehören u.a. Oxfam, Proshika, nijera Kori und Caritas an. Die United Front bezeichnet diese Form der Zusammenarbeit zwischen Regierung und NGO's als Ausverkauf der teilweisen linken Programmatik der NGO's. Der erste Punkt eines von der United Front verabschiedeten 10 Punkte-Programms lehnt diese Form der Verteilung von Khas Land strikt ab. Den NGO's wird vorgeworfen, mit Hilfe von ausländischen Geldern die Interessen der Geldgeber und der Regierung wahrzunehmen; die ihnen zugedachte Funktion bestände darin, den Aufbau einer nationalen Bauernbewegung zu verhindern.

Stellvertretend für andere Bauernorganisationen soll im folgenden die zweitgrößte Organisation, die Krishak Federation, vorgestellt werden. Alle Organisationen geben aber entweder keinerlei Zahlen an über den Umfang fester Mitarbeiter oder organisierter Bauern oder aber überhöhte Zahlen. Aus diesem Grund lassen sich nur durch die Art und Häufigkeit der Aktionen Rückschlüsse auf ihre Größe und ihren Einfluß ziehen.



1979 wurde die Organisation gegründet, sie ist in mehreren Distrikten aktiv. 1980 wurde von ihr ein 'Langer Marsch' auf die Distrikt Hauptstadt Patuakhli durchgeführt, im Februar 1987 nahmen 5.000 Landarbeiter an einer Demonstration im selben Distrikt teil und es erfolgten zahlreiche Landbesetzungen von Khas Land in verschiedenen Distrikten, an denen meist 50 bis 100 Landarbeiter und Bauern teilnehmen.

Der Vorsitzende, Badruddin Umar, ist ein in Bangladesh und Westbengalen bekannter marxistischer Publizist und Vorsitzender des Schriftsteller-Verbandes von Bangladesh (vgl. Interview). Er schildert einen Schwerpunkt der Arbeit der Kultur-Organisation dieses Bauernverbandes in Dörfern, folgendermaßen:

„Wir versuchen in der Sprache der einfachen Leute zu sprechen durch Theaterstücke, Lieder und Filme. Die Bangladesh Lekharshibr (die mit der Krishak Federation zusammenarbeitet) in der ich auch mitarbeite ist heute die größte Kulturorganisation in Bangladesh mit über 50 Gruppen. Wir machen z.B. improviziertes Theater auf den Dörfern... Es kommen immer 500 bis 1000 Zuschauer."

**Dieter Reinhard**

dere Gruppen, z.B. unsere Bauernorganisation, arbeiten. Immer wenn es darum geht, eine Reform durchzusetzen, schweigen die NGO's. Dagegen fordern sie die Armen auf zu sparen, obwohl sie nicht einmal eine richtige Mahlzeit pro Tag haben. Auf diese Weise verbessert sich ihre Situation nicht grundlegend.

Das Grundproblem im Agrarbereich ist die fehlende Landreform. Was sagen die NGO's dazu? Was sagen sie zu den Landarbeiterlöhnen? Was sagen sie zu den Preisen von Agrarprodukten? Zu den Großhändlern und Mittelsmännern, die die Produkte der Bauern aufkaufen, sagen sie nichts. Diese Ausbeutungsverhältnisse zu ändern, werden sie niemals in der Lage sein. Aber diese Verhältnisse bestimmen die Lebenssituationen der Menschen und ihre ökonomischen Überlebenschancen. Weder die NGO's können sie ändern noch sind wir dazu imstande, auch — weil diese unsere Arbeit permanent erschweren und behindern.

Alles muß über einen politischen Weg verändert werden. Es gibt keinen anderen. Was ist die Politik der NGO's? Sie versuchen, jetzt linke Gruppen und Organisationen zu gründen. Sie behaupten, die linken Gruppen und Parteien hätten in der Vergangenheit versagt. Neue kommunistische und sozialistische Gruppen müßten aufgebaut werden. Können sie den Leuten einfach sagen, wie sie handeln sollen?

Für die NGO's wird es nicht möglich sein, diese Ziele zu erreichen. Der Imperialismus mag denken, daß es möglich ist, kommunistische Parteien zu gründen, wie z.B. in Thailand, auf den Philippinen und in Bangladesh.

Das Treffen der NGO's im August 1987 unter dem Vorsitz von General Ershad hat unsere Arbeit erleichtert. Wir können den Leuten jetzt zeigen, was die eigentlichen Ziele der NGO's sind.

**Viele Kritiker der Entwicklungshilfe in Europa würden Ihnen in vielen Punkten zustimmen. Bei einer Frage jedoch wird eine Diskussion über Entwicklungshilfe, auch in akademischen Kreisen, sehr schnell emotional. Wenn jemand behauptet, daß Entwicklungshilfe als Ganzes tödlich ist, wird dem entgegen gehalten, daß tausende von Menschen verhungern würden, wenn kein Geld mehr ins Land fließt. Es sei ihre moralische Verpfichtung, dafür zu sorgen, daß finanzielle Hilfe aus Europa geleistet wird. Bei Katastrophen könne effektiv geholfen werden.**

Es geht überhaupt nicht um die Frage, ob es ihre moralische Verpflichtung ist oder nicht. Ich rede nur über die Situation in Bangladesh, da ich sie kenne. Wenn die Auslandshilfe ausbleiben würde, würde dies keinen Schaden anrichten. Das, was sich im Rahmen der Entwicklungshilfe abspielt, ist im Grunde eine Hilfe von uns z.B. an die USA: In einer vor kurzem erschienenen Untersuchung wird dargestellt, daß ein Großteil, der in den USA arbeitenden Ärzte, Ingenieure und anderer Fachkräfte, in Ländern der Dritten Welt ausgebildet worden sind. Wenn die USA diese Fachkräfte selber hätten ausbilden müssen, hätte dies sehr viel Geld verschlungen. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß das Geld, das die USA im Ausland für den Bildungssektor ausgibt, geringer ist als der Betrag, den die USA im eigenen Bildungssektor durch Beschäftigung ausländischer Fachkräfte einspart. Die Auslandshilfe, seien es Schenkungen oder Kredite, ist immer verbunden mit Auflagen und eigenen Interessen. Wer hilft hier eigentlich wem?

Sie schicken Weizen in unser Land. Was für Weizen? Weizen, den sie in ihren Ländern nicht lagern können bzw. dessen Lagerung zu kostspielig ist oder der die Preise drücken würde. Wenn sie ihn uns nicht „schenken" würden, müßten sie ihn vernichten, ins Meer versenken oder verbrennen. Nun gut, die USA wickelt die Weizenlieferung unter dem PL 480 (Publik law) ab. Sie verkaufen den Weizen nicht gegen eine harte Währung, sondern lassen sich den Gegenwert in unserer Währung auszahlen. Das Geld bringen sie zur Staatsbank von Bangladesh, sie benutzen es, um z.B. ihre Botschaft zu unterhalten oder subversive Aktionen zu finanzieren.

Jedes Jahr werden mehrere 100.000 t Weizen importiert, aber er bleibt in den Händen der herrschenden Klasse, der Armee, der Polizei und der Beamten der Staatsverwaltung. Wenn diejenigen, die die Notwendigkeit der Nahrungsmittelhilfe betonen, sich die Produktionszahlen ansehen würden, würden sie merken, daß der Mangel sehr gering ist. Die Regierungsstatistiken geben eine jährliche Produktion von 16 Mio. t Getreide an. Wenn man den durchschnittlichen Verbrauch der Bevölkerung errechnen würde, wird man feststellen, daß der Ernteertrag für die Ernährung der Bevölkerung weitgehend ausreicht. Selbst wenn man von einem durchschnittlichen Verbrauch von drei Mahlzeiten pro Tag ausgehen würde, wäre der Mangel sehr gering. Ein Großteil der Bevölkerung nimmt aber nur eine Mahlzeit am Tag zu sich.

Es ist nicht notwendig, Getreide zu importieren. Die Notwendigkeit ergibt sich ausschließlich daraus, daß Geschäftsleute mit dem Getreide künstliche Mangelsituationen schaffen, um die Preise hochzutreiben, um Getreide nach Indien zu schmuggeln oder zu horten. Das sind die Praktiken. Statt Getreide durch das PL 480 Gesetz zu importieren, wäre es viel sinnvoller, eine Landreform durchzuführen und die Produktion zu erhöhen. Der Imperialismus unterstützt eine Politik, die die Landreform verhindert. Stattdessen senden sie uns Getreide als humanitäre Hilfe, um diesen Mangel auszugleichen. Das ist keine Hilfe. Schluß mit dem Verschicken von Getreide und Schluß mit der ausländischen Einmischung. Wir brauchen ihre Hilfe nicht!

**Das Interview mit Prof. Badruddin Umar führte Mamun Ur Rashid in bengalischer Sprache. Es wurde von Seyed Ali Mortuza und Dieter Reinhardt ins Deutsche übersetzt.**

Energiepolitik

# Warten auf neue „Atomlügen?"

## „Treten Sie mit uns für Kernenergie ein, damit dieser kleine Peruaner ein warmes Essen bekommt."

### Atomenergie am Ende?

Selbstmord des Atoms hieß der „Spiegel"-Titel nach der Aufdeckung des größten Skandals, den die bundesdeutsche Atomwirtschaft je erlebt hat. Jahrelang hatte die Nukem-Tochter Transnuklear falsch deklarierten Atommüll nach Mol in Belgien transportiert und andererseits auch von dort Fässer zurückerhalten, die stärker strahlten, als die Papiere aussagten. Zwei Atommüllfässer verschwanden gänzlich und konnten bislang nicht wieder aufgefunden werden. Um die Geschäfte am Laufen zu halten, gebrauchte die Transnuklear 21 Millionen DM an Schmiermitteln. (Spiegel, Nr. 3/1988) Nahezu alle Beteiligten des illegalen Abfallkreislaufes sollen bestochen worden sein, darunter viele Sicherheitsbeauftragte in den Atomkraftwerken. Die Manager der Nuklearfima Nukem wußten Bescheid und schwiegen. Mitte Januar platzte die „Bombe": Umweltminister Wallmann informierte über Hinweise, nach denen spaltbares Material, mit dem sich Atomwaffen bauen ließen, aus der Bundesrepublik nach Pakistan oder Libyen gegangen sei. Die Beweise, die diesen furchtbaren Verdacht hätten bestätigten können, blieben glücklicherweise aus. Der Gegenbeweis konnte jedoch bislang ebensowenig geführt werden.

Der Schrecken und die Zweifel blieben: Der Ablauf der Dinge machte auch eingefleischten Atomernergiebefürwortern bewußt, daß so etwas jederzeit hätte passieren können. Die Kontrolle über die Atomwirtschaft und über die nuklearen Transporte hat völlig versagt. Von einem lückenlosen Kontrollnetz kann keine Rede sein und gerade die Bestechungsaffäre zeigt, daß eine lückenlose Überwachung eine Illusion bleiben wird.

### Ausstieg — die einzige Alternative

Die Verschiebung von Atommüll quer durch Europa hat jedoch auch erneut die Aufmerksamkeit auf das ungelöste Endlagerproblem gelenkt. Eine Technologie, die uns von unseren Atommüllsorgen „entsorgen" könnte, gibt es bislang noch nicht und die geplanten Endlagerstätten Gorleben, Asse und Schacht Konrad sind nicht geeignet, die radioaktiven Abfälle über lange Zeiträume sicher einzuschließen.

***(Dieser Artikel erscheint im Sommer 1988 als Beitrag zum Aquädukt, einem Almanach aus dem Verlag C.H. Beck im 225. Jahr seines Bestehens)**

Das Atommüllproblem ist nun schon mal geschaffen, doch es macht einen wesentlichen Unterschied, ob gegenwärtig etwa 3.000 Tonnen hochradioaktiver Müll oder rund 15.000 Tonnen im Jahr 2000 „entsorgt" werden müssen. Zudem ist eine Kontrolle über den existierenden Atommüll wesentlich einfacher als über eine sich ausdehnende Atomwirtschaft mit den dazugehörenden Stationen der Brennstoffherstellung, dem Betrieb von Atomkraftwerken, der Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung und den vielen Transporten zwischen den einzelnen Stationen.

Die Nukem-Affäre hat erneut gezeigt, daß als einzige verantwortliche Alternative der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie bleibt.

### Steht uns eine neuerliche Kopfwäsche in Form einer Anzeigenkampagne für die Atomwirtschaft ins Haus?

Das Vertrauen in die Atomwirtschaft ist auf einem neuerlichen Tiefpunkt angelangt. Doch ähnlich wie radioaktives Material ist die Atomwirtschaft zählebig. Die Bundesregierung und die Atomlobby werden mit großen Anstrengungen versuchen, das verlorengegangene Vertrauen zurückzugewinnen. Die Erfahrungen nach Tschernobyl lassen erwarten, daß die Elektrizitätswirtschaft der Atomwirtschaft dabei mit großangelegten Desinformationskampagnen und hohem Aufwand — den die Stromkunden über die monatliche Stromrechnung bezahlen — zur Seite stehen wird. Die leicht geänderte Zielrichtung der Öffentlichkeitsarbeit läßt sich bereits erahnen: Während die Bundesregierung vor allem die verbesserte Kontrolle über die Atommülltransporte hervorheben wird, wird die Atom- und Elektrizitätswirtschaft stärker den Zwang zur Nutzung der „friedlichen" Atomenergie betonen, nachdem ihre Sicherheitsversprechen nicht mehr glaubwürdig sind. Kann man den Bürger nicht in Sicherheit wiegen, so muß eine Angst aufgebaut werden, die stärker als die Angst vor nuklearen Unfällen ist.

### Klimagefahr und Dritte-Welt-Interessen

Ein Thema bietet sich hierbei geradezu ideal an: Die drohende Klimakatastrophe. Diese Klimakatastrophe, verursacht durch eine steigende Kohlendioxidkonzentration in der Erdatmosphäre, droht uns tatsächlich. Auch der Deutsche Bundestag hat dieses Problem erkannt und hat im November 1987 eine Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" einberufen. Es ist auch nicht abzustreiten, daß Atomkraftwerke kein Kohlendioxid produzieren und somit gegenüber herkömmlichen Kohlekraftwerken oder sonstigen Verbrennungsanlagen diesen Vorteil aufweisen. Was liegt da näher, als daß sich die Elektrizitätswirtschaft, die sich jahrelang gegen die Rauchgasreinigung von Kohlekraftwerken gesträubt hat und auch heute noch die Absatzsteigerung als oberste Zielsetzung verfolgt, als oberste Hüterin der Umweltinteressen aufspielt und für die Lösung des $CO_2$-Problems eintritt — natürlich mit Kernkraft.

Die Bundesregierung übernimmt in diesem Spiel den anderen Part: Sie verweist auf den hohen Nachholbedarf der Entwicklungsländer und argumentiert, daß „wir" hier in der Bundesrepublik durch die Nutzung der Kernenergie zur Entlastung der Energiemärkte und somit auch zu einer Entspannung auf dem Ölmarkt beitragen müssen. Dadurch könne die Bundesrepublik dazu beitragen, daß die Entwicklungsländer ihre knappen Devisen effektiver einsetzen können. Kein Zweifel: Die Entwicklungsländer haben einen großen Nachholbedarf an wirtschaftlicher Entwicklung, die ihrerseits einen erhöhten Energiebedarf mit sich bringt. Würde zum Beispiel der Pro-Kopf-Energieverbrauch in den Ländern der Dritten Welt auf das heutige Niveau der Industrieländer ansteigen und der Verbrauch der Industrieländer auf heutigem Niveau verharren, so würde bis zum Jahr 2050 der Welt-Energieverbrauch gegenüber heute auf das sechsfache ansteigen. Man muß kein Prophet sein, um zu behaupten, daß unsere Umwelt eine Verbrennung von fossilen Energieträgern in diesem Ausmaß nicht verkraften würde. Die ökologische Katastrophe wäre unausweichlich. Logische Schlußfolgerung der Atomgemeinde: Wir brauchen die Kernkraft zumindest als Übergangstechnologie. Damit diese bittere Pille etwas leichter geschluckt wird, wird auf den hoffnungsvollen Stern gezeigt, der soeben am Horizont aufgeht: die Wasserstofftechnologie, die alle Umwelt- und Ressourcenprobleme gleichzeitig lösen könnte.

### Die Atomenergie steigt nicht freiwillig ins Grab!

Der Selbstmordversuch des Patienten wird von der Bundesregierung abgewehrt. Der

Patient wird gerettet und wieder hochgepäppelt. Gleichzeitig wird angekündigt, daß in den nächsten Jahren einige Millionen Mark mehr in die Erforschung alternativer Energietechnologien fließen werden. Die Bundesregierung wird ihre unverantwortliche Atompolitik weiter als Politik verkaufen, die durch die Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Dritten Welt geprägt sei.

Viele gutgläubige Menschen werden diesen plausiblen – jedoch falschen – Argumenten auf den Leim gehen. Die Umweltbewegung und die Menschen, die sich für die Interessen ihrer Mitmenschen in der Dritten Welt einsetzen, sollten nicht warten, bis ihnen Herr Kohl von der Plakatsäule entgegenhält: „Wir brauchen die Kernenergie um unser Klima zu retten." oder „Treten Sie mit uns für Kernenergie ein, damit dieser kleine Peruaner ein warmes Essen bekommt."

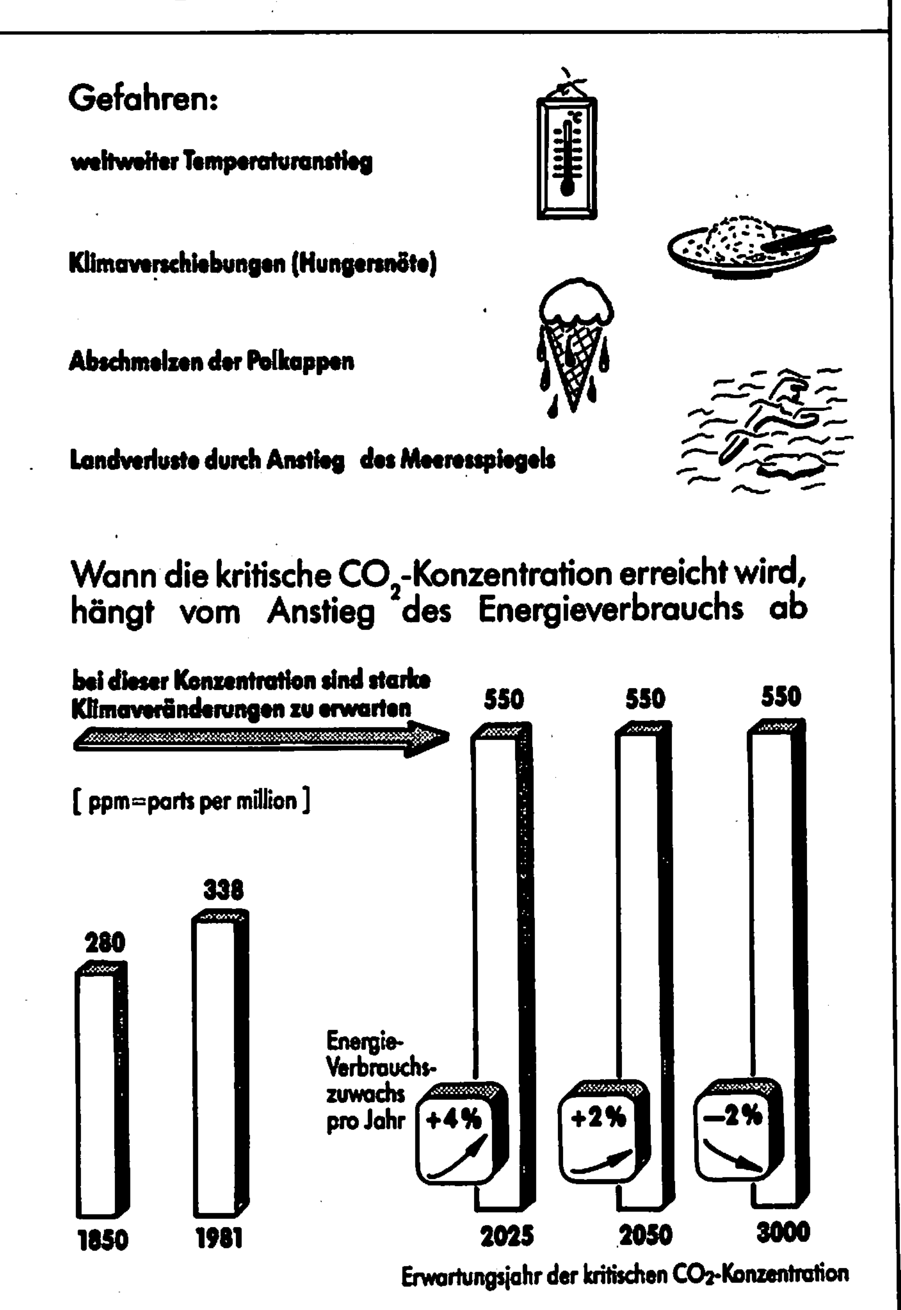
Aufklärung und Handeln ist jetzt gefordert. Die Atomenergie wird von der Atomlobby nicht freiwillig begraben. Die Auseinandersetzungen werden weitergehen. Die Suizidhoffnungen sind Illusion.

### Atomenergie zur Lösung des CO2-Problems?

Die Bundesrepublik ist derzeit am Ende ihrer Ausbaupläne für die Kernenergie angelangt: Neben den noch in Bau befindlichen Atomkraftwerken Isar II, Neckarwestheim II und Lingen steht bislang kein weiterer Neubau für ein Atomkraftwerk an. Die Ausbaumöglichkeiten sind erschöpft, zumal der Strombedarf nicht so schnell wie erwartet angestiegen ist. Bereits 1986 mußten einige Atomkraftwerke regelmäßig an Wochenenden zurückgefahren werden, weil die Stromnachfrage für eine Vollauslastung nicht hoch genug war. 29 % des in der Bundesrepublik erzeugten Stromes wurden 1986 in Atomkraftwerken produziert.

Betrachtet man jedoch, was die Atomenergie insgesamt zur Deckung des Primärenergiebedarfs in der Bundesrepublik beigetragen hat, so kommt man auf einen Anteil von rund 13 %. Dieser Anteil kann auch kaum mehr gesteigert werden, da Kernenergie allenfalls für die Stromerzeugung eingesetzt werden kann. Technisch könnte die Atomenergie zwar auch für die Nieder- und Hochtemperatur-Wärmeerzeugung eingesetzt werden, doch ist diese Technologie gegenüber der Kohle oder gegenüber Gas und Erdöl rund 10 mal so teuer und deshalb völlig unwirtschaftlich. So wird auch bei einem rapiden Anstieg der Ölpreise Atomenergie auf dem Wärmemarkt nicht konkurrieren können.

Weltweit trägt die Atomenergie derzeit mit ca. 5 % zum Primärenergieaufkommen in der Welt bei. Anders ausgedrückt: Die Energielieferung aller Atomkraftwerke entspricht ungefähr dem Zuwachs des Energieverbrauchs bei den konventionellen Energieträgern, der 1986 gegenüber 1984 stattgefunden hat. Und dies obwohl mehrere Hundert Milliarden DM in die Atomindustrie investiert wurden und die Energieversorgungsunternehmen beim Bau von Atomanlagen Subventionen in Milliardenhöhe erhalten haben. In der gegenwärtigen Phase könnten die Energiemärkte einen durch einen Ausstieg aus der Atomenergie bedingten vorübergehenden Anstieg der Nachfrage nach Energieträgern ohne allzugroße Preissprünge verkraften. Doch wäre ein Anstieg der CO2-Konzentration – auch wenn er „nur" 5 % beträgt – verantwortbar? Beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft und bei der Unterschiedlichkeit der Gefahren die mit den verschiedenen Enegieversorgungssystemen verbunden sind, läßt sich diese Frage nicht beantworten. Glücklicherweise muß diese Frage jedoch gar nicht gestellt werden, da ein Ausstieg aus der Atomenergie nicht mit einer Erhöhung der CO2 Emissionen, sondern bereits mittelfristig mit einer Absenkung einhergehen würde, sofern der Ausstieg aus der Atomenergie mit einer Energiewende hin zu einer rationellen Energienutzung und zu einer konsequenten Anwendung regenerativer Energieträger verbunden ist. Die Beibehaltung der Atomenergie würde nach einem Gutachten von Schefold genau das Gegenteil bewirken: Er kommt in seinem Gutachten „Szenarien zum Ausstieg aus der Kernergie" zu der Erkenntnis, daß die Kernenergienutzung in der Logik des politischen Ablaufs aller Voraussicht nach dazu beiträgt, „die klimatischen und die Emissionsrisiken der fossilen Energie zu verschärfen, die zu mindern sie angepriesen wird." (S. 13)




D. Seifried. Gute Argumente: Energie. © Verlag C. H. Beck, München 1986

## Die Energiewende nützt auch der Dritten Welt

Nach einem neuen Forschungsbericht des Washingtoner World Resources Institute kann der Pro-Kopf-Energieverbrauch der Industriestaaten bis zum Jahr 2020 um die Hälfte gesenkt werden – ohne Verzicht auf Wirtschaftswachstum, heißt es in der Studie „Energy for a Sustainable World" (Energie für eine lebensfähige Welt).

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn anstatt der bisherigen Versorgungsstrategien, die einseitig auf den Verkauf von Energieträgern und auf den weiteren Ausbau der Versorgungsnetze (Strom und Gas) ausgerichtet sind, nun leistungsfähige Einspartechnologien zur Anwendung gelangen. Jede DM kann nur einmal investiert werden: Wird weiter in den Ausbau der Atomenergie investiert, fehlen die Investitionsmittel bei den regenerativen Energieträgern oder bei den Einspartechnologien.

Die Kosten für eine Energiewende sind überschaubar. Die Kosten für die Erschließung der Einsparpotentiale liegen meist weit unter den Stromerzeugungskosten für Atomkraftwerke. So könnte zum Beispiel in der Bundesrepublik etwa die Hälfte des Stromes, der in den Haushalten verbraucht wird, durch Einspartechnologien weggespart werden, die Investitionen in Höhe von 3 bis 20 Pf/kWh erfordern würden.[1]

Demgegenüber liegen die betriebswirtschaftlichen Stromerzeugungskosten für ein neues Atomkraftwerk bei rund 20 Pf/kWh (ohne Netzkosten). Doch auch für die Dritte Welt sind die Einspartechnologien von besonderer Bedeutung: In Brasilien beispielsweise hat es sich gezeigt, daß es möglich wäre, durch eine einmalige Investition von 4 Milliarden Dollar für effizientere Endverbrauchstechnologien (wie z.B. Kühlschränke, Straßenbeleuchtung oder Motoren) den Bau von neuen elektrischen Kraftwerken mit 21 Gigawatt Leistung aufzuschieben. Dies entspricht einer Nettokapitalersparnis von 19 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2000.[2]

Nach der kürzlich veröffentlichten Studie des Princeton-Instituts für Energie und Umweltstudien und des World Resources Institut in Washington könnten die Entwicklungsländer bis zum Jahr 2020 etwa den Lebensstandard westeuropäischer Staaten auf dem Stand von 1975 erreichen. Dabei müßten sie – bei Anwendung leistungsfähiger Einspartechnologien – ihren Pro-Kopf-Energieverbrauch nur um bescheidene 30 Prozent erhöhen. Der steigende Energieverbrauch der Dritten-Welt-Länder, der durch die anwachsende Bevölkerung bedingt ist, könnte durch die Einsparungen bei den Industrieländern ausgeglichen werden.[3] Mit dieser Aussage stehen die Autoren der Studie in deutlichem Gegensatz zu den Prognosen anderer Studien aus den letzten Jahren. Dort, z.B. im sogenannten IIASA-Szenario (Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse) wurde vorausgesagt, der Weltenergieverbrauch werde bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Vergleichsjahr von 1975 auf das 4,4 fache (hohes Szenario) bzw. auf das 2,2 fache Niveau (niedriges Szenario) ansteigen.[4] Eine solche Entwicklung ließe die Verteilungsprobleme um weltweit knappe und erschöpfbare Energieressourcen schnell zunehmen. Beide Entwicklungen sind, vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, möglich[5] und, falls die Mehrzahl der Industrieländer nicht auf eine konsequente Politik der rationellen Energienutzung umsteuert, dürfte das Katastrophen-Szenario Wirklichkeit werden.

## Wirkung von Einsparstrategien auf die Dritte Welt

Georg Cremer hat in seinem Buch „Mangel und Verschwendung" die Zusammenhänge zwischen dem Energieversorgungssystem der Bundesrepublik und dem Energieverbrauch der Dritten Welt aufgearbeitet.[6] Demnach exportieren die Bundesrepublik und auch andere Industrieländer mit ihren Technologien und Verhaltensmustern auch ihr System der Energieverschwendung in die Dritte Welt. Die Bundesrepublik hat 1986 Waren im Wert von 526 Milliarden DM exportiert. Davon gingen 55,9 Mrd. DM in die Länder der Dritten Welt. Autos, Investitionsgüter, Produktionsanlagen, Haushaltsgeräte, also Güter, deren Anwendung Energie benötigt. Etwa die Hälfte des Exports in die Dritte Welt entfallen auf diese Güter und es ist unmittelbar einsehbar, daß der Energieverbrauch dieser Güter ganz wesentlich den Energiebedarf der Dritte-Welt-Länder mitbestimmt, zumal diese Länder bei diesen Gütern weitgehend auf die Importe aus den Industrieländern angewiesen sind. Je schneller und perfekter die Einspartechnologien in den Industrieländern zur Anwendung gelangen, desto eher werden die Energiemärkte in der Dritten Welt entlastet werden. Der größte Teil der kommerziellen Energieträger, deren Beschaffung für viele Länder der Dritten Welt eine große wirtschaftliche Belastung darstellt, wird von den städtischen Mittel- und Oberschichten verbraucht, die ähnliche Konsummuster aufweisen wie die Bewohner der Industrieländer.

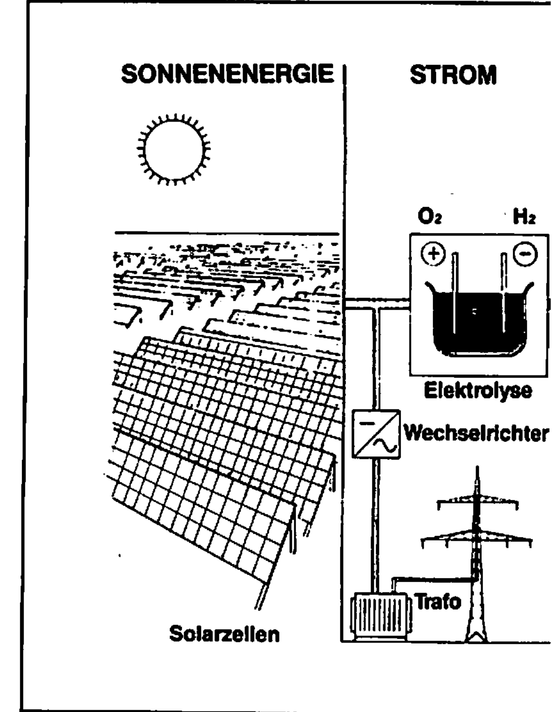
So ist zum Beispiel der Verkehr in den meisten Entwicklungsländern für 50 bis 60 % des Gesamterdölverbrauchs verantwortlich. Zudem verursacht er – noch stärker als in den Zentren der Industrieländer – lokale Luftverschmutzungen. Eine Weiterentwicklung sparsamer Kraftfahrzeuge würde somit nicht nur in den Industrieländern zur Lösung dringender Probleme beitragen.

Genauso wichtig wie eine Verbesserung der Technik ist jedoch auch ein Wandel in der Struktur der Energieversorgung. So wie heute die Absatzsteigerung im Mittelpunkt der Interessen der bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen steht, muß in der Zukunft die Bereitstellung von Energiedienstleistungen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. In der Bundesrepublik muß ein solcher Wandel mit einer Rekommunalisierung der Energieversorgung verbunden sein, der nachweislich eine kostengünstigere und umweltschonendere Energiebedarfsdeckung ermöglicht.[7]

## Energieträger Sonne: Hoffnungsträger oder lediglich „additiver" Energielieferant?

Der Ausstieg aus der Atomenergie muß vor allem auch ein Einstieg in die Sonnenenergie sein, denn nur eine Sonnenenergiewirtschaft ist langfristig ökologisch vertretbar. Nachdem den regenerativen Energieträgern lange Zeit von der Bundesregierung und auch von der Energiewirtschaft jegliche Bedeutung abgesprochen wurde, findet derzeit eine gewisse Wende statt: Die solare, zentrale Sonnenenergienutzung in Verbindung mit der Wasserstofftechnologie findet derzeit, als sogenanntes „Zukunftsenergiesystem" die größte Beachtung in der Energiediskussion: „Gasförmig per Pipeline oder in Flüssiggastankern kommt Wasserstoff nach Europa und wird ins ehemalige Erdgasnetz eingespeist." Erzeugt wird dieser Wasserstoff in der Sahara. „Will man mit dieser Technologie der nahen Zukunft" 40 % des bundesdeutschen Energie-Jahresbedarfs bereitstellen, so muß dafür eine 11.000 qkm große Zone mit Solarturmkraftwerken oder mit photovoltaischen Kraftwerken bestückt werden. Der dort erzeugte Strom wird durch Elektrolyseure in speicherbaren Wasserstoff umgewandelt."[8] So, oder so ähnlich werden derzeit die Zukunftsvisionen an die Wand gemalt. Der Inhalt der Botschaft ist angenehm:

- Wir brauchen uns keine Gedanken mehr über die endlichen Energievorräte zu machen, da Sonnenenergie grenzenlos zur Verfügung steht.
- Wir brauchen uns keine Gedanken mehr über die Umweltbelastung zu machen, da Wasserstoff nahezu ohne Rückstände und schädliche Abgase verbrennt und



– die Atomgemeinde kann die Atomenergie weiterhin als Übergangstechnologie verkaufen, bis der Traum der immerwährenden ökologischen Energieversorgung, die Wasserstofftechnologie, entwickelt ist.

Diese Vorstellungen sind jedoch so unrealistisch wie gefährlich: Unrealistisch, weil die zentrale Wasserstoffwirtschaft gegenüber allen anderen Energieträgern und Energietechnologien und insbesondere gegenüber den Einspartechnologien aufgrund des Einsatzes kostspieliger Technologien (Solarzellen, Elektrolyseapparate, Transportmittel; siehe Kasten) derzeit hoffnungslos unwirtschaftlich ist und selbst bei wesentlichen Energiepreissteigerungen in diesem Jahrhundert nicht konkurrenzfähig werden wird. Gefährlich ist diese Vision, weil sie dazu benutzt wird, dringende energiepolitische Probleme zu überspielen und von den eigentlichen Lösungsansätzen ablenkt.

Die Techniken zur Nutzung der Sonnenenergie, der Wind- und Wasserkräfte sowie der Biomasse, sind heute weitgehend entwickelt und haben sich z.B. in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Dänemark in der Praxis bereits vielfach bewährt. In Kalifornien wurden in den letzten fünf Jahren mehr als 1000 Megawatt an Leistung in Form von Windkraftanlagen zugebaut. Auch in Dänemark gab es in den letzten Jahren einen Boom bei Windkraft und Biogasanlagen. Was wir heute in der Bundesrepublik und vielen anderen Ländern brauchen, sind gezielte Strategien, mit denen diese Technologien in den Markt eingeführt und gegen die verkrusteten Strukturen der herrschenden Energiewirtschaft durchgesetzt werden können. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die Anwendung dieser Technologien (wie z.B. verbesserte Einspeisebedingungen für Stromeigenerzeuger oder lineare Tarife) verbessert werden.[9]

Statt die Entwicklungsanstrengungen einseitig auf die Wasserstofftechnologie auszurichten, sollten heute die dezentralen Nutzungsmöglichkeiten angewandt und weiterentwickelt werden. Entsprechende, begünstigende Rahmenbedingungen vorausgesetzt, könnte die Energienutzung aus regenerativen Energieträgern sowohl den Energiebedarf der Bundesrepublik, als auch den weltweiten Energiebedarf abdekken.

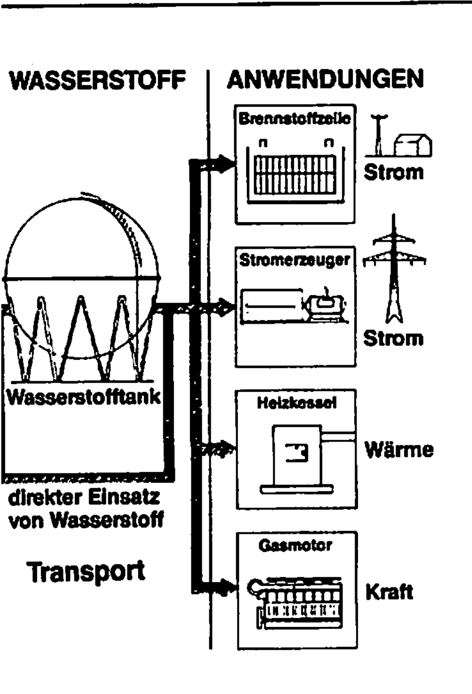
Ebenso wie im Bereich der Einspartechnologien könnten von den Entwicklungen in den Industrieländern wichtige Impulse auf den Energiesektor der Entwicklungsländer ausgehen. Eine Weiterentwicklung der Technologien zur Nutzung der regenerativen Energieträger könnte zum einen neue Absatzmärkte schaffen, zum anderen könnte die Produktion dieser Anlagen weitgehend in den Ländern der Dritten Welt vollzogen werden. Wird z.B. eine Wasserpumpe in ländlichen Gebieten anstatt mit einerm Dieselmotor mit einem Windrad betrieben, so können durch die Produktion des Windrades vor Ort dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen werden, die ihrerseits das Einkommen in diesem Gebiet erhöhen und die Landflucht reduzieren. Knappe Devisen (für Reparatur und Betrieb), die vorher ins Ausland flossen, bleiben jetzt in der Region und stärken dort die Kaufkraft und damit auch die Entwicklungschancen. Zudem wird die Abhängigkeit von den Rohölpreisen reduziert.

## Handeln statt abwarten

Ein Ausstieg aus der Atomenergie wäre 1986 in der Bundesrepublik technisch jederzeit möglich gewesen und ist es auch heute noch. Dies zeigen die Studien, die von unterschiedlichster Seite erstellt wurden. Ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie, verbunden mit einer Energiewende in der Politik, könnte zwar das weltweite Ressourcen- und Umweltproblem (insbesondere der CO2-Problematik) nicht gänzlich lösen. Er wäre jedoch der erste und entscheidende Schritt auf dem Weg in eine Energieversorung, die die Lebensfähigkeit der Welt erhält. Als Beispiel für andere Länder wäre die Wirkung eines Ausstiegs der Bundesrepublik nicht zu unterschätzen. Die Entlastung der Energiemärkte durch eine konsequente Einsparstrategie, verbunden mit der dezentralen Anwendung von regenerativen Energiequellen würde den Ländern der Dritten Welt einen größeren Freiraum für die Schaffung eines ökologisch verträglichen Energiesystems gewähren, das auch die ärmeren und ärmsten Bevölkerungsschichten auf dem Lande und an den Stadträndern erreichen kann.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik könnte wieder ruhiger schlafen: Die Gefahr, daß von deutschem Boden der Stoff für die A-Bombe geliefert würde, wäre bei einem Ausstieg wesentlich geringer. Den gesunden Schlaf gibt es jedoch nicht umsonst. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, müssen sich die Bürger für einen Wandel der Energiepolitik in Bonn, sowie auch vor Ort in den Kommunen einsetzen.

**Dieter Seifried**




*Die Modelle der Wasserstoffwirtschaft gehen meist von der Erzeugung von Wasserstoff in großen Solarkraftwerken in südlichen Ländern aus. Um Wasserstoff aus Wasser gewinnen zu können, wird entweder über Solarzellen oder über thermische Solarkraftwerke (Sonnenstrahlen werden konzentriert und erhitzen ein Medium das verdampft und eine Turbine zur Stromerzeugung antreibt) Strom herstellt. Dieser Strom wird für die Trennung von Wasserstoff und Sauerstoff beim Elektrolyseverfahren benötigt. Der Wasserstoff wird über Pipelines oder Tankschiffe nach Europa gebracht und dort für die Strom- oder Wärmeerzeugung oder auch für den Antrieb von Motoren eingesetzt.*

**Literatur**

1) Feist, Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen zur rationellen Nutzung von elektrischer Energie im Haushalt, Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt 1986
2) Geller, H.S.: End-Use Electricitiy Conservation: Options for Developping Countries, Washington, D.C., 1986
3) nach AMBIO, Umweltzeitschrift der Swedish Royal Academy of Sciences, Vol. 16, No. 6, S. 350
4) Energy in a Finite World. A Global Systems Analysis. Report by the Energy Systems Program Group of the International Institute for Applied Systems Analysis, Cambridge, Massachusetts 1981
5) wobei für beide Szenarien die Annahmen zugrundeliegen, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie- und Dritte-Weltländern den bisherigen Wegen folgt.
6) Cremer, G.: Mangel und Verschwendung. Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt, Freiburg 1986 (zu beziehen bei iz3w).
7) Hennicke, P. u.a.: Die Energiewende ist möglich. Für eine neue Energiepolitik der Kommunen, Frankfurt am Main 1985
8) Bild der Wissenschaft, 4/87
9) Seifried, D.: Gute Argumente: Energie, München 1986 u. Kohler u.a.: Sonnenenergiewirtschaft, Frankfurt 1987

# Die Grünen gehen stiften

Vom Parteitag der GRÜNEN in Ludwigshafen wird in den Medien im wesentlichen zweierlei gemeldet:

- Die GRÜNEN haben sich diesmal nicht ge- und zerstritten. Es herrschte Einigkeit und Parteialltag.
- Die GRÜNEN haben eine Stiftung „beschlossen" und sind damit (spätestens) zur etablierten Partei geworden.

Diese Pressekommentare werden wahrscheinlich die meisten GRÜNEN befriedigen, sicher diejenigen, die dort waren und an diesem Bild mitgemalt haben. Bei der höchst wichtigen Stiftungsentscheidung lohnt es sich allerdings — zumal als Nicht-GRÜNE(R) — genauer hinzuschauen.

Noch im Herbst '87 auf dem Oldenburger Parteitag traten vier konkurrierende Modelle an: das föderative Modell, eine Frauenstiftungsidee, die Heinrich-Böll-Initiative und ein Bewegungsmodell. Das föderative Modell erhielt zwar die meisten Stimmen, erreichte aber nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit. Die nach dieser Abstimmung einsetzende Aufregung und Ratlosigkeit nutzten die VertreterInnen der unterlegenen Modelle um die Situation durch Rückzugsdrohungen und die Absage an eine gemeinsame „Schichtungs"-Kommission vollends zu chaotisieren.

Einen solchen Rückzug aber wollte nur eine Minderheit der GRÜNEN in Kauf nehmen und so wurde der Grundstein für die Stimmung geboren, die jetzt in Ludwigshafen dominierte: Bloß eine Einigung erzielen, das Außenbild von Oldenburg vergessen machen, her mit einer Stiftung.

Zu wählen hatten die Delegierten diesmal zwischen zwei Vorschlägen, die beide als Kompromißanträge daherkamen. Das politisch verblüffendste am Antrag Nr. ST 1 war wohl die Koalition der AntragstellerInnen: VertreterInnen der Frauen-An-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung, die sich in Oldenburg wechselseitig beschimpft und für politisch „unmöglich" erklärt hatten („Patriarchale Kopfgeburt" von Frauen an Böll — „wenn Leute wie du jemals an die Macht kommen, gehe ich ins Exil" von Antje Vollmer, Böll-Unterstützerin an Regina Michalik, Frauen-An-Stiftung), stellten den Antrag gemeinsam. Dafür standen den Delegierten zwei unterschiedliche Interpretationen zur Verfügung:

a) Die Frauenstifterinnen und Heinrich-Böll-Stiftungsvertreter haben vom Herbst '87 bis jetzt positive Erfahrungen miteinander gesammelt, Vorurteile abgebaut und sich in ihren politischen Positionen einander genähert.

b) Beide sind ein machtpolitisches Zweckbündnis eingegangen um an das Geld zu kommen, also eine Koalition der Knete.

Ein Blick in den Antrag bestätigt die Interpretation b):

1. Die Stiftung ist ein reiner Dachverband dreier isolierter Stiftungsvereine. Die einzige Funktion des Dachverbandes ist es, das Geld entgegenzunehmen und nach einem vorher festgelegten Schlüssel an die drei Stiftungsvereine (Frauen, Böll, Länderstiftungen) weiterzureichen. Kooperation und Koordination, inhaltliche Diskussion, — kurz eine gemeinsame Stiftungsarbeit findet nicht statt.
2. Die Globalmittel (frei zur Verfügung für Bildungs- und Kulturarbeit im Inland, Gehälter und Sachkosten etc.) werden schematisch gedrittelt.
3. Jede der drei isolierten „Stiftungen" stellt für sich und autonom Anträge beim BMZ für Projekte in Ländern der sog. Dritten Welt; das BMZ entscheidet dann ob Antrag X der Stiftung X angenommen oder abgelehnt wird, Antrag Y der Stiftung Y ...etc. Gehofft wird, daß das BMZ so entscheidet, daß unterm Strich jeder Stiftungsverein ein gleich großes Stück vom ca. 43 Mio.-Kuchen vom BMZ genehmigt bekommt.

Besonders überzeugend ist die in Ludwigshafen vorgetragene politische Begründung für Punkt 3. des Antrages: „Die Forderung nach einem gemeinsamen Vergabegremium für den Internationalismusbereich ist falsch. Sie ignoriert die vorhandene Vielfalt in den betroffenen Ländern... Die Forderung nach einer Vereinheitlichung als gemeinsamer Konsenslinie mag den Bedürfnissen von GRÜNEN und Solidaritätsgruppen entsprechen. Sie entspricht sicher nicht den Bedürfnissen von Betroffenen im Ausland." (Zitat aus: Brief der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) an den Parteitag der GRÜNEN in Ludwigshafen vom 23.3.88).

Der von den Vertretern des föderativen Modells formulierte Kompromißantrag (Nr. ST 2) sieht demgegenüber folgende Regelungen vor:

1. Frauen-A.-Stiftung, HBS und Zusammenschluß der regionalen Stiftungen bilden gemeinsam eine Stiftung, die einen Teil der Mittel für gemeinsame Projekte verausgabt; der andere Teil wird an die drei Teil-Stiftungen zur autonomen Verausgabung weitergeleitet.
2. 50 % der Globalmittel verbleiben bei den regionalen Stiftungen für die Basisarbeit.
3. Es wird ein gemeinsamer Vergabeausschuß für den Internationalismusbereich geschaffen. Drei Frauen-A.-Stiftungen, drei HBS, drei LändervertreterInnen (z.B. BAZ und DEAB) sowie 9 Delegierte der bundesweiten Organisationen der Internationalismusbewegung (z.B. BUKO, Medico). Der Ausschuß diskutiert die einzelnen Projekte politisch, koordiniert sie untereinander und beschließt darüber, welcher Projektantrag an das BMZ gestellt wird.

Die politische Begründung sieht wie folgt aus:

A. Autonomie und gemeinsame inhaltliche Arbeit schließen sich nicht aus. Inhaltliche Zusammenarbeit kann nur konstruktiv für die politische Diskussion der fortschrittlichen Kräfte in der BRD sein. Sie verhindert zudem Konkurrenz, Parallelstrukturen und ein Gegeneinanderausspielen der Teilstiftungen durch die Medien und die Altparteien.

B. Dezentrale Arbeit, das Einbeziehen, die Förderung und Vernetzung von vorhandenen Initiativen vor Ort, der Aufbau auf Basisstrukturen kostet mehr Geld als eine von einer Zentrale gesteuerte Arbeit auf der Bundesebene in Bonn oder Köln. Es darf nicht passieren, daß sich bestehende Basisinitiativen von einer neugegründeten Zentrale (z.B. HBS) diktieren lassen, was sie zu tun haben. Das Selbstbestimmungsrecht und eine angemessene finanzielle Ausstattung dieser dezentralen Strukturen muß ein Grundsatzpfeiler einer Grün-nahen Stiftung sein.

C. Gerade im Bereich der Auslandsarbeit dürfen keine unkoordinierten, konkurrierenden Projekte in 3. Welt-Länder exportiert werden. Die Vorstellung, daß im Land X unkoordiniert die Frauen-An-Stiftung ein feministisches Ökologieprojekt, die HBS ein anthroposophisches Ökologieprojekt und die dezentrale Stiftung ein Ökologieprojekt mit einer alten Arbeiterbewegung durchziehen, ist alles andere als belebend durch Vielfalt. Hinzu kommt, daß wenn alle drei Stiftungen nebeneinander dem BMZ Anträge vorlegen, sie es letztendlich Minister Klein von der CSU überlassen zu entscheiden, was denn nun die grün-nahe Politik im Ausland ist. Drittens müssen die Organisationen der Internationalismusbewegung die Möglichkeit haben, direkt VertreterInnen in das Vergabegremium zu entsenden, ohne den Umweg über die Mitgliedschaft in einer der Stiftungen nehmen zu müssen. (In die HBS kommen sie erstmal wegen der diesbezüglichen Satzungsbestimmungen gar nicht

rein, die Frauen-An-Stiftung wird bei der Aufnahme in die Mitgliedschaft auf feministischem Gedankengut bestehen).
So weit die Anträge. Vor der Abstimmung über ST 1 und ST 2 fand eine kurze Aussprache statt, die zwar weniger von lautem Gepolter und direkten Angriffen, dafür aber um so mehr von gut verpackter Demagogie bestimmt war. Die GRÜNEN haben ihren Mittelschichtssozialisationsprozeß fast abgeschlossen.

Antje Vollmer und Adrienne Goehler z.B. nutzten jeweils auf ihre spezifische Weise ihren Bekanntheitsgrad – Vollmer im Medienglanz des „Aufbruchs" durch die Mitte, Goehler (obwohl auch Aufbrecherin) auf dem Polster der Frauenfraktion.
Ob die einzelnen Beiträge das Abstimmungsergebnis überhaupt wesentlich beeinflußt haben, ist unsicher; sicher ist dagegen, daß die zu Anfang beschriebene Grundstimmung viel mit dem Ergebnis zu tun hat. Für den Antrag ST 1 (Frauen und Böll) stimmten 249 (= 53,2 %), für den Antrag ST 2 (föderative M.) 196 (= 41,2 %) der Delegierten. 23 Delegierte enthielten sich. Damit wurde der Antrag ST 1 als Leitantrag, also als Grundlage für alles Weitere beschlossen. In der nun beginnenden Phase von Änderungsanträgen und Verbesserungsvorschlägen zum Antrag ST 1 vor der endgültigen 2/3-Abstimmung scheinen in Ludwigshafen alle politischen Dämme gebrochen zu sein. Nach dem Motto „Hauptsache die Sache ist vom Tisch" und „249 ist nun mal mehr als 196" wurde alles niedergestimmt, was nicht von Frauen-An-Stiftung und HBS eingebracht wurde. Zur Verbesserung des Internationalismusbereichs wurden mehrere Anträge gestellt, den Delegierten kurz vorgelesen und dann in Sekundenschnelle weggestimmt. Politische Verantwortung – immerhin ging es um eine sinnvolle und sensible Verwendung von ca. 40 Mio. – mußte reinem Lobbyismus weichen. Daß manch eine(r) zum Schluß nicht einmal mehr wußte, wofür oder wogegen sie/er die Stimmkarte hob, das war mehr als offensichtlich. Aber: Da alles schnell, klinisch sauber und formal korrekt über die Bühne ging, entstand das gewünschte Bild: Ein arbeitsfähiger, einiger und entschlossener Parteitag. Die gewünschte Außendarstellung durch die Medien wurde zu einem entscheidenden politischen Faktor. Wem damit eigentlich der Durchbruch gelang, bemerkte ein Rheinland-Pfälzischer Journalist: „Trat für das 'Realo'-Modell einer Grünen-Stiftung ein: Lukas Beckmann" (Bildunterschrift, Die Rheinpfalz, 26.3.88) und ... nachdem die Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer noch einmal vehement für den Antrag, der vornehmlich von den „Realos" unterstützt wird, plädiert hatte ..." (s.o.) In den Badischen Neuesten Nachrichten wird die Frauenstiftung gar nicht mehr erwähnt: „Um in den Genuß der Steuermittel zu kommen, müssen sich die Heinrich-Böll-Stiftung und die bestehenden Länder-Stiftungen auf eine gemeinsame Basis einigen." (26.3.88). Ein Zufall oder der Anfang?

Das Ergebnis der Endabstimmung (407 : 94 : 21) war nur mit Hilfe der sog. Fundis und Neutralos möglich, die damit die HBS in den Sattel hoben – um der Partei ein Erfolgserlebnis zu verschaffen oder die Frauenstiftung zu ermöglichen. Kein Sieg der Realos, aber ein Durchbruch zur Realpolitik wie wir sie von den Altparteien kennen. Die Mitte ist mit im Spiel.

Doch Fundi, RadikalökologIn und Frauen-Frau, ja auch einige BUKO-VertreterInnen werden vielleicht schon bald ins Grübeln kommen. Da wäre zunächst einmal die Frage, ob ein Stiftungsdachverband, der zwar Ziele formuliert, sie aber selbst nicht umsetzt, sondern das Geld dazu an Dritte weiterreicht, überhaupt rechtlich anerkannt wird und die Gemeinnützigkeit erhält. Die aber ist Vorbedingung für die Beantragung der Gelder. Kein Problem ist die Gemeinnützigkeit für die Heinrich-Böll-Stiftung, aber für die Frauenstiftung... Vielleicht muß also die Frauen-An-Stiftung bald den Weg über die HBS nehmen und unter dem Namen des „Patriarchen" arbeiten.
Dann sind da die Stolpersteine für BUKO und andere. Der von der BAG Internationalismus und Teilen des BUKO eingebrachte Kompromißantrag, der einen „Dritte Welt-Ausschuß" als Clearing- und Koordinierungsstelle, sowie 10 % der Globalmittel für die inländische Solidaritäts- und Informationsarbeit fordert, wurde zwar gegen den Willen der HBS und Frauen-An-Stiftung angenommen, ist von seiner Intention her sicherlich richtig, bleibt aber insgesamt unzureichend. So war schon am Rande der Debatte zu hören, daß diese Mittel von HBS und Frauen-An-Stiftung als „Projektbegleitende Mittel" beansprucht und allen drei Mitgliedsstiftungen zu gleichen Teilen zur Verfügung gestellt werden muß; also auch hier eine Drittelung der Gelder. Es ist in der Tat nicht zu erkennen, wie BUKO und andere Nichtregierungsorganisationen an diesen Mitteln partizipieren können.
Eine Bemerkung am Rande: Im angenommenen Antrag ist zu lesen, daß es jeder Teil-Stiftung freisteht, andere Mittel einzuwerben. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat bereits auf ihrer Gründungsversammlung erklärt, daß sie an die Industrie als Geldgeber herantreten wird. Was machen die Feministinnen und die BUKO-Leute in der HBS, wenn die HBS Gelder von Schering, Hoechst oder BASF bekommt? Alle sitzen mit der HBS in einem Dachverband als Grün-nahe Stiftung und müssens mittragen ob sie wollen oder nicht, denn die HBS ist autonom. Mitgefangen mitge... ?

**Fazit:**
Die GRÜNEN sind auf dem besten Weg zu einer neuen – alten politischen Unkultur.
Die Initiativen und Bewegungen werden erst noch feststellen, was eine solche Grün-nahe Stiftung für sie bedeutet.
Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt?

**Peter Deschner**

# Der IWF ist kein Papiertiger

## Erklärung des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) zur IWF-Kampagne

Schon Monate, bevor die ersten Banker und Regierungsfinanz„experten" in Berlin (West) zum Jahreskongress von IWF, Weltbank und den angeschlossenen Entwicklungsbanken eintreffen, schlägt die Auseinandersetzung in der BRD um diese Tagung hohe Wellen. Das zuständige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und sein Minister Hans Klein, das mit einer rücksichtslosen Politik gegen die Interessen der Menschen der „Dritten Welt" für Schlagzeilen sorgt, lassen keine Versuche aus, die bundesdeutsche Bewegung zu diffamieren und zu spalten, die sich gegen dieses Treffen der Verantwortlichen für Hunger, Ausbeutung und Tod von Millionen Menschen in der „Dritten Welt" gebildet hat. Es fing damit an, daß das Bundeskriminalamt (BKA) versuchte, die erste Aktionskonferenz der Verschuldungskampagne am 17.10.87 in Frankfurt zu verhindern, was ihnen nicht gelang. Dann nutzte vorbenannter Minister die Tribüne des Bundestages, um Stimmung gegen den BUKO zu machen, einem Zusammenschluß von über 300 entwicklungspolitischen Gruppen in der BRD und einem Mitglied des Trägerkreises der Kampagne, indem er ihn als einen „Hort von Terroristen, Kommunisten und Linksalternativen" bezeichnete. Wer zufällig in keine dieser Kategorien hineinpaßte, wird der Gruppe der Naivisten und Verführten zugerechnet, die bekanntlich immer sehr groß ist. Der BUKO sollte plötzlich verantwortlich sein für alle, die dem IWF Böses wünschen: von einem Anschlag auf ein Westberliner Finanzbüro bis zu den Hungeraufständen gegen die IWF-Auflagen in der „Dritten Welt". Um Hans Kleins These zu „belegen", wurden am 18. Dezember 87 in Hamburg und Köln Ingrid Strobl und Ursula Penselin festgenommen und bis heute im Knast behalten. Die beiden Frauen arbeiten zu Teilbereichen der weltweiten Verschuldungsproblematik, nämlich gegen die Bevölkerungspolitik und Gen- und Reproduktionstechnologie in der „Dritten Welt", d.h. einer Politik der planmäßigen Überflüssigmachung vieler Menschen in diesen Ländern, die für den Weltmarkt nicht mehr gebraucht werden.

In Hamburg wurde mit demselben Ziel eine Demonstration gegen die westliche Einmischung in Zentralamerika, zu der der BUKO nicht einmal aufgerufen hatte, verunmöglicht, mit der Begründung, daß diese Demonstration im Zusammenhang mit der Kampagne des BUKO gegen IWF und Weltbank stünde. Die sehr lange, politisch kenntnisreiche und umfassende Verbotsbegründung ließ erahnen, wie weit die verschiedenen Geheimdienste diese Kampagne bereits beobachtet und analysiert hatten.

Auch an der Spaltung der „Nord-Süd-Kampagne" und der Verleumdung des BUKO in dieser Kampagne versucht sich das BMZ. In dieser entwicklungspolitischen Kampagne haben sich die verschiedensten Nichtregierungsorganisationen (NROs) zusammengetan. Die Bandbreite reicht dabei vom BUKO über die kirchlichen Hilfswerke bis zur Deutschen Welthungerhilfe. Thematische Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Verschuldungskrise und die EG-Agrarpolitik. Die solidarische Zusammenarbeit von vielen Organisationen gegen einige Hauptfelder der bundesdeutschen Entwicklungspolitik paßt dem BMZ natürlich nicht. Ultimativ verlangt es von den anderen Organisationen, nicht weiter mit dem BUKO zusammenzuarbeiten, sich von ihm zu trennen. Das BMZ möchte die NROs nach „gut und böse" trennen. Da die NROs für die bundesdeutsche Entwicklungspolitik immer wichtiger werden, denn ihnen wird nachgesagt, sie könnten weite Teile der marginalisierten Bevölkerung in der „Dritten Welt" erreichen, die durch die offiziellen Wege nicht mehr erreicht werden, ist dieser Spaltungsversuch auch verständlich: die NROs sind immer weniger leicht für die Zwecke des BMZ einsetzbar, wenn sie zusammen auf politisch eindeutigen Grundlagen agieren.

Die bisherige Entwicklung der Kampagne gegen die Auswirkungen der Verschuldung in der „Dritten Welt" und in den Metropolen zeigt, daß mit massivsten Mitteln von Seiten der Bundesregierung versucht wird, die KritikerInnen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, die einzig auf den Profit und die Zinsen westlicher Konzerne und Banken ausgerichet ist, mundtot zu machen, entweder durch Druck, Einschüchterung, Entzug von Geld oder direkten Einschluß hinter Gittern. Es stört sie, daß sich auch in der BRD eine große, ernstzunehmende Opposition herausgebildet hat, die beileibe nicht nur aus dem BUKO besteht, und sich immer mehr Menschen mit den Kämpfen der Menschen in der „Dritten Welt" gegen die brutale finanzielle Unterjochung, auch durch die Bundesrepublik, solidarisieren. Es geht nicht mehr darum, zu beweisen, wer die besseren Argumente hat: für die Bundesregierung ist die Durchsetzung des IWF-Kongresses längst zu einem Machtkampf geworden, an dem sie beweisen will, daß sie in der Lage ist, trotz größten Widerstands eine solche, für die Politik der Industrienationen gegenüber der „Dritten Welt" wichtige Tagung störungsfrei durchzusetzen. Die Aufgaben in diesem Machtkampf sind klar verteilt: das BMZ ist für Verleumdung und Spaltung zuständig, Bundesinnenministerium, BKA, Bundesanwalt und Polizeibehörden für Einschüchterung, Verbotsmaßnahmen und Verhaftungen.

Zu unserer Politik in Bezug auf Kongresse, Demonstrationen, Tribunale und Aktionen in Berlin und um Berlin herum erklären wir noch einmal unmißverständlich: Grundlage unserer Politik war und ist die Verteidigung der Würde und Rechte der Menschen, und zwar nicht nur der einiger privilegierter westlicher, sondern vor allem derjenigen der unterdrückten Massen der drei Kontinente, gegen alle Angriffe. Daß wir für diese Politik auch nur die Mittel einsetzen, die nicht die Würde und Rechte einzelner verletzen, versteht sich deshalb von selbst. Wir hungern nicht ganze Landstriche aus, wir werfen keine Bomben in Flüchtlingslager, wir sterilisieren nicht zum Zweck der „Bevölkerungskontrolle" Frauen in Krankenhäusern. Von all dieser Gewalt distanzieren wir uns ganz ausdrücklich.

Wir laden alle ein, mit uns über die Politik von IWF und Weltbank und unsere Arbeit dagegen zu streiten. Unsere Telefonnummern zwecks Kontaktaufnahme sind bekannt. *(gekürzte Stellungnahme)*

**20. März 1988** **BUKO - Koordinierungsausschuß und Koordinierungskreis Verschuldung (KOV)**

# Garcias Wirtschaftspolitik

## Ein Ausweg aus der Schuldenkrise

**Die Wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Präsidenten Garcia sind lediglich Reaktionen auf die schwere Schulden- und Wirtschaftskrise. Um dies zu belegen ist es notwendig mit einem kurzen Überblick jener Geschehnisse der letzten Jahre zu beginnen, mit denen die heutige Krise ihren Anfang nahm.**



*„Alltag im peruanischen Hochland"*

Eine Gruppe reformistischer Militärs übernahm 1968 unter der Führung des Generals Velasco Alvarado die Macht, um den ständig wachsenden Entwicklungsrückstand zu dem Nachbarland und historischen 'Erzfeind' Chile zu überwinden und das im Inneren von Guerilla und Bauernaufständen erschütterte Land zu befrieden. Erreicht werden sollte dies durch die Modernisierung des noch von halbfeudalen und halbkolonialen Fesseln engeengten Kapitalismus. Dazu mußte notwendigerweise die Agraroligarchie zerschlagen und eine Agrarreform durchgeführt werden. Unter den Militärs wurde rasch ein großer, staatlicher und gemeinwirtschaftlicher, produktiver Sektor in Industrie und Landwirtschaft aufgebaut, die Oligarchie politisch entmachtet aber ökonomisch entschädigt, der Großteil der Banken verstaatlicht und Land an Teile der Kleinbauern und Genossenschaften übergeben. Der Militärapparat wurde modernisiert und in nie gekanntem Ausmaß erweitert. Das Geld für diese Maßnahmen kam vor allem aus dem Ausland, via Kredite. Als die Militärs 1968 die Regierungsgeschäfte übernommen hatten, betrug die Auslandsschuld rund 1 Mrd. US-$. Das linke, antiimperialistische Image der Militärs hinderte die Kreditgeber nicht daran, diesen die damals reichlich vorhandenen Mittel zukommen zu lassen. Zwei Jahre später lag die Schuld schon bei 3,681 Mrd. US-$, und als die reformistische Militärregierung 1975 von ihren konservativen Kollegen weggeputscht wurde, hatte sie einen Stand von ca. 5 Mrd. US-$ erreicht. 1972 wurden erstmalig Kredite bei den sozialistischen Ländern aufgenommen, da diese günstige Konditionen anboten und nach und nach zum Hauptlieferanten von Waffenmaterial wurden. Die reformistischen Militärs hatten in der Arbeiter- und Bauernschaft große Erwartungen ausgelöst, die aber bald enttäuscht wurden. Weder brachte die Agrarreform einen Produktivitätszuwachs, noch sprudelte das Öl wie ursprünglich erwartet; die einheimische Bourgeoisie investierte kaum in die Industrie und die Fischbestände, ein bedeutender Exportartikel (als Fischmehl), gingen zurück. Die selbstbewußt gewordene Volksbewegung begann in Opposition zu den Militärs zu gehen und verlangte weitergehende, strukturelle Veränderungen.

Die konservativen Militärs leiteten dann ab 1976 erste Gegenreformen, mit Unterstützung des IWF, der USA und der einheimischen Bourgeoisie ein. Die Periode 1975 bis 1980 war von IWF-Anpassungsmaßnahmen (ab 1977) und massiven Protesten der Volksbewegung gegen diese Politik geprägt. Die Verschuldung wuchs rapide weiter, lag 1976 bei 7,384 Mrd. US-$ und erreichte bis 1980 einen Stand von 9,594 Mrd. US-$. In Übereinstimmung von Regierung und IWF wurden der staatliche Sektor langsam verkleinert, Subventionen für Nahrungsmittel eingeschränkt, Importzölle gesenkt, die Währung abgewertet und die exportorientierten Sektoren gefördert. Die Zins- und Kredittilgungen beanspruchten immer mehr die Devisen des Landes. So wurden z.B. 1978 Tilgungen

von 53 % des Wertes der Exporterlöse geleistet (Gerster, S. 64). Die wachsende Verelendung großer Bevölkerungsteile führte zu den Volksaufständen ähnelnden Kämpfen und Generalstreiks, die die Militärs 1978 zwangen, Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung abzuhalten und 1980 die Regierungsgeschäfte den Zivilisten zu überlassen. Die neue konservative Regierung, ein Bündnis von Accion Popular (Volksaktion) und der kleineren Partido Popular Christiano (Christliche Volkspartei) unter Führung von Fernando Belaunde Terry schlug einen eindeutig neoliberalen Kurs ein und führte beschleunigt die von konservativen Militärs eingeleiteten Maßnahmen durch. Ab Dezember 1981 wurden sämtliche Importbeschränkungen aufgehoben, eine Reihe staatlicher Unternehmen reprivatisiert und verstärkt ausländische Konzerne ins Land gelockt. In Nationalbank und Wirtschaftsministerium nisteten sich IWF- und Weltbankberater ein, die von nun an gemeinsam mit dem Finanzminister und Wall-Street-Aktionär Ulloa und später mit seinem Nachfolger Rodriguez Pastor, einem hohen Angestellten der Wells Fargo Bank (für seine Ministertätigkeit in Peru beurlaubt), die Geschicke des Landes lenken. Jährlich leistete die Regierung 2 Mrd. US-$ Schuld- und Zinstilgungen, etwa 60 % dem Werte der Exporterlöse entsprechend und 80 % des Bruttoinlandproduktes. (Peru-Informationen, 1985, S. 6).

Auf Grund der guten Beziehung zu IWF, Weltbank und anderen Kreditgebern flossen weiterhin Kredite ins Land. Mehrere Umschuldungsverhandlungen wurden erfolgreich durchgeführt, geknüpft an entsprechende Anpassungsauflagen. Als Belaunde 1985 abtreten mußte, hinterließ er eine Gesamtauslandsschuld von 13,3 Mrd. US-$ und eine ruinierte Wirtschaft. Die Inflation betrug 159 %, die Industrieproduktion sank 1983 um 16,6 %, 1984 um 21 % und 1985 um 25 %. (Peru-Informationen, 1985, S. 6). Trotz günstiger Investitionsbedingungen wurden 1981 letztmalig ausländische Nettokapitalinvestitionen in Höhe von 980 Mio. US-$ getätigt. 1982 kam es dann zu einem Kapitalabfluss von 480 Mio. US-$, 1983 von 300 Mio. US-$, 1984 von 890 Mio. US-$ und 1985 von 548 Mio. US-$, das peruanische Fluchtkapital nicht eingerechnet. (Actualidad Economica, August 87, S. 40) Die Krise wurde noch durch große Naturkatastrophen, fallende Rohstoffpreise und enorme Rüstungsausgaben, die sich auf täglich 1 Mio. US-$ beliefen, vertieft. 1980 begannen, zunächst von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, die PCP 'Leuchtender Pfad' in Ayacucho mit einem bewaffneten Kampf und 1984 eine konzeptionell andere Guerilla, die MRTA. Unabhängig davon nahmen die Kämpfe der Volksorganisation dramatisch zu, ein Generalstreik folgte dem anderen, sieben seit 1977, und allein 5.000 Einzelstreiks im Jahr 1983. Hierauf reagiert die Regierung in einigen Anden-Departments mit dem Kriegsrecht, Massakern, Bombardierungen von ganzen Dörfern, institutionalisierte Folter und 'Verschwindenlassen'. Die Menschenrechtsbilanz von 5 Jahren demokratischer Belaunde-Regierung: Ca. 10.000 Tote, 3.000 Verschwundene und mehrere tausend politisch Gefangene.

## Die APRA-Regierung und ihre ersten Maßnahmen

Die 1985 mit absoluter Mehrheit gewählte APRA unter Führung von Alan Garcia katapultierte sich gleich zu Beginn mit einigen sensationellen Ankündigungen in die Spalten der Weltpresse: Die Regierung wolle von nun an nur noch 10 % des Wertes der Exporterlöse zur Schuldentilgung aufwenden. Verträge mit ausländischen Konzernen, insbesondere dem Ölmulti OXY, sollen anulliert, die Menschenrechte respektiert und die Befriedung der Guerillazonen durch sozioökonomische Reformen angestrebt werden. Eine konsequente, antiimperialistische Haltung solle an den Tag gelegt, und eine gemeinsame Strategie der Schuldnerländer entwickelt werden. Garcia wolle und solle mit Unterstützung seitens der 'Sozialistischen Internationale' und insbesondere der SPD im Bereich der Schuldenpolitik zu einer Alternative zu Fidel Castro aufgebaut werden.

Heute gilt er weltweit in sozialdemokratischen und auch linken Kreisen als progressiver Politiker, dessen Maßnahmen beispielhaft für eine Lösung der Schuldenproblematik sein könnte. Das Ziel Garcias entsprach dem Konzept der reformistischen Militärs: Modernisierung des peruanischen Kapitalismus, aber mit anderen Mitteln. Der Staatssektor sollte durch Privatisierungsmaßnahmen abgespeckt, die nationale Großbourgeoisie gefördert und die Genossenschaften endgültig aufgelöst werden, damit sich die Privatinitiative allerorts so richtig ungehindert entfalten könne. Durch Einfrieren einiger Konsumgüterpreise, moderate Lohn- und Gehaltserhöhungen, Anhebung des Mindesteinkommens und Schaffung von Arbeitsprogrammen, sollte eine innere Nachfrage erreicht werden als Impuls für die industrielle Entwicklung.

Betrachtet man dieses Programm, das größtenteils auch durchgeführt wurde, stechen zwei Merkmale hervor: Zum einen die Tatsache, daß nicht die Reform darin vorkommt, die diesen Namen verdient hätte und zum anderen, daß der Großteil der Maßnahmen den Charakter kurzfristiger Notlösungen aufwies.

Die Wirtschaftsbilanz der ersten beiden Regierungsjahre war auch für die APRA ernüchternd. Zwar schien es eine zeitlang so, als ob einige der Maßnahmen positive Resultate zeigten. So konnte die Inflation 1986 auf 62,9 % gegenüber dem Vorjahr (159,3 %) gesenkt werden. Ca. ein 3/4 Jahr gelang es, den Kurs des 'Inti' gegenüber dem Dollar stabil zu halten. Bis Ende 1986 stellten sich einige Erfolge im industriellen Wachstum ein, die Produktion erhöhte sich in einigen Branchen um bis zu 30 %. (Peru-Informationen 1987, S. 13) Trotz sinkender Rohstoffpreise erreicht das Wirtschaftswachstum bis zum ersten Halbjahr 1987 10,5 %. Andererseits stieg die Inflation bald wieder an und kletterte auf 104 % im Jahr 1987 und erreichte allein im Monat März '88 etwa 25 %. Trotz eines Gewinntransferverbotes (1986) für ausländisches Kapital, flossen 1986 und 1987 ca. 2,360 Mrd. US-$ ab. (AE, August 87, S. 40) Im Rüstungssektor wurde entgegen den Ankündigungen keinesfalls gespart, im Gegenteil, durch die Ausdehnung des Kriegsrechts auf 1/3 des peruanischen Teritoriums mußten die Ausgaben für Repressionen kontinuierlich erhöht werden. Die offiziell festgelegten Preise wurden unterlaufen, so daß die Lebenshaltungskosten drastisch anstiegen. In der Landwirtschaft sank die Produktivität kontinuierlich.

Einen ersten großen Imageeinbruch erlitt Garcia am 19. Juni 86, als er den Gefangenenaufstand in drei Gefängnissen blutig niederschlagen ließ (2). Sein Ansehen sank außerdem, als bekannt wurde, daß die 10 % Marge im Schuldendienst reine Propaganda gewesen war. Politisch und ökonomisch in die Enge getrieben, legte Garcia in seiner Rede am Nationalfeiertag (28. Juli 87) ein halbherziges Eingeständnis des Scheiterns seiner Wirtschaftspolitik ab und machte in erster Linie die nationale Großbourgoisie, die sogenannten 12 Apostel (3) und die rechten Parteien dafür verantwortlich. Trotz günstigster Konditionen hätten diese nicht in den produktiven Sektor investiert, sondern ihre enorm gestiegenen Gewinne ins Ausland transferiert. Das kurzfristige Wachstum erklärte sich, wie das Arbeitsministerium bestätigte, ausschließlich durch gestiegene Kapazitätenauslastungen in der schon vorhandenen Industrie und der Nachfrageschaffung durch staatliche Fi-



*„Das Militär schützt ausländische Interessen"*

nanzspritzen.

Dann trat Garcia die Flucht nach vorn an und kündigte zur Überraschung selbst großer Teile seiner eigenen Partei die Verstaatlichung des Finanzsektors an.

**Die Verstaatlichung des Finanzsektors**

Die Verstaatlichung von 10 Banken (4), der Versicherungen (zu 51 %) und Finanzierungsgesellschaften sollte endgültig die Kapitalfluchtwege versperren und es der Regierung ermöglichen, Kredite in Wirtschaftsbereiche zu lenken, die nicht zu dem Imperium der „12 Apostel" gehören, wie z.B. der gewerbliche Mittelstand und die Landwirtschaft. Im wesentlichen zielte daher die Maßnahme auf die „Banco de Credito", denn über sie wurde das Gros der internationalen Kapitaltransaktionen getätigt. Nicht angetastet werden die ausländischen und die in den Provinzen außerhalb Limas angesiedelten Banken. Hier wird deutlich, daß Garcia auf keinen Fall mit dem ausländischen Kapital in Konflikt geraten möchte, da er sich dieses ja als stärkeren Investor im Lande wünscht (5). Gleichzeitig vermeidet er damit ausländische Pressionen und Einflußnahmen auf die Verstaatlichungsdebatte.

Den peruanischen Bankaktionären läßt er mit der Nichteinbeziehung der Provinzbanken ein Hintertürchen offen: Sie können Filialen in den Provinzen eröffnen und formaljuristisch ihren Sitz dorthin verlegen. Die Verstaatlichung der 10 Banken schließt eine Entschädigung für die in staatliches Eigentum überführten Aktien ein und läßt, allerdings nur Minderheitsbeteiligungen von Privat-Aktionären, nach wie vor zu. Die Verstaatlichung der Versicherungen zu 51 % der Aktienanteile muß richtiger als Sanierung derselben bezeichnet werden, denn sie befanden sich in einer existenziellen Krise. Zwischen 1980 und 1985 mußte der Großteil ihrer Reserven aufgebraucht werden. Die Zahlungen anläßlich einiger schwerer Naturkatastrophen und der Brand in der Firma „Bayer" nach einem Angriff von „Sendero" (500 Mio. US-$ Schaden), brachten sie in Zahlungsschwierigkeiten. Die Finanzierungsgesellschaften, die mit 500 Mio. US-$ entschädigt werden sollen, haben hohe Investitionen getätigt, deren Rückfluß keinesfalls gewährleistet ist.




Am 13. August 87 wurde das Verstaatlichungsdekret im Parlament angenommen, woraufhin die ersten Banken verstaatlicht werden sollten. Die Reaktion der rechten Kräfte war einhellig und massiv. Nun sei die Demokratie, ja alle Freiheiten endgültig begraben. Die bis dahin zerstrittenen und auf aussichtslosem Posten dümpelnden, ultrareaktionären Kräfte nutzten die Gelegenheit und formierten sich zu einem neuen Bündnis, 'Frente Democratico', unter der Führung des renommierten Schriftstellers Vargas Llosa. Aber nicht nur sie, auch Teile der APRA widersetzten sich diesen geplanten Maßnahmen. Industrielle, mittlere und Kleinunternehmer, Export- und Importeure und Großgrundbesitzer, die traditionell einen einflußreichen Teil der sozialen Basis dieser Partei stellen, aber auch Mitglieder, die kleinere Devisenkonten führen (was offiziell nicht zulässig ist), fürchten um ihre Devisen und Transaktionsmöglichkeiten. Ihnen paßt eine staatliche Kontrolle genausowenig ins Konzept wie den reaktionären Rettern der Demokratie. Es darf nicht vergessen werden, daß die Familienclans den Bärenanteil des produktiven Industrie- und Minensektors kontrollieren. Garcia ist auf sie angewiesen und weiß dies nur zu gut.

Die Meinungen der linken Opposition in und um die die „Vereinigte Linke" gingen weit auseinander. Während ein kleiner Teil die Verstaatlichungsabsichten vorbehaltlos begrüßte, gingen sie einem anderen Teil nicht weit genug. Eine dritte Strömung lehnte diese grundsätzlich als „Augenwischerei" ab, da sie keineswegs dazu dienten, die Macht der „12 Apostel" und die des ausländischen Kapitals zu brechen, eine Voraussetzung, um tatsächlich Veränderungen erreichen zu können.

Die für die Medien inszenierte militärische Erstürmung zweier Banken am 14. Oktober erwies sich schon bald als Kasperltheater, denn wie so oft, offenbarte sich auch hier der Widerspruch zwischen Wort und Tat. Die Verstaatlichung schleppte sich immer zäher dahin, etliche Richtersprüche ermächtigten die Bankenbesitzer, die Geschäfte weiterzuführen einige andere Richter expedierten diese wieder hinaus und die staatlichen Verwalter hinein. Die bedeutendste Bank, die erwähnte „Banco de Credito", wurde von ihren Besitzern an die Belegschaft „verkauft", bezahlt mit dem Geld der ursprünglichen Besitzer. Diese Transaktion akzeptierte der Präsident in einem Gespräch mit der Belegschaft, sprich den neuen „Besitzern", die nun als Strohmänner für das Großkapital fungieren. Bis heute wird nur eine einzige Bank der 10 offiziell zu verstaatlichenden tatsächlich öffentlich verwaltet, und zwar die „Banco Wiese", eine Bank, die schon vor ihrer Verstaatlichung ausschließlich von staatlichen Finanzspritzen vor dem Bankrott bewahrt worden war. Schon heute kann diese sogenannte Verstaatlichung insofern als gescheitert angesehen werden, als sie die „Banco de Credito" bislang nicht erfaßt hat und, bleibt es bei Garcias Anerkennung der genannten Transaktion, auch nicht erfassen wird. Ob die Regierung nun einen größeren Finanzspielraum und eine effektivere Kontrolle über die Devisen erreichen wird, bleibt abzuwarten. Die bisherige Entwicklung spricht zumindest dagegen. Zudem liegt schon ein Gesetzentwurf, verfaßt von einem hohen APRA-Regierungsbeamten parat, falls sich der Staat per Richterspruch doch noch gegen die Privatbankiers durchsetzen sollte. Dann müßte die ganze Debatte nochmals im Senat und Parlament aufgerollt werden.

**Aufgliederung der Schulden nach Kreditgebern. (1986)**

| | |
|---|---|
| **Gesamt:** | 14.344 Mio. US$ |
| **OECD Länder gesamt:** | 4.279 Mio. US$ |
| davon: | |
| USA | 1.021 Mio. US$ |
| Frankreich | 698 Mio. US$ |
| Italien | 418 Mio. US$ |
| Japan | 343 Mio. US$ |
| Niederlande | 295 Mio. US$ |
| Sozialistische Länder | 805 Mio. US$ |
| Lateinamerikanische L. | 380 Mio. US$ |
| **Multilaterale Finanzierungsorganisationen** | |
| Interamerikanische Entwicklungsbank | 864 Mio. US$ |
| Weltbank | 782 Mio. US$ |
| IWF | 710 Mio. US$ |
| Andere | 67 Mio. US$ |
| **Banken** | |
| Credit Lyonaise | 76 Mio. US$ |
| Bank of Amerika | 75 Mio. US$ |
| Chase Manhatten | 95 Mio. US$ |
| Banco Nacional de Paris | 131 Mio. US$ |
| Banco de Tokio | 104 Mio. US$ |
| Midland Bank PLC | 103 Mio. US$ |
| Banco do Brasil | 102 Mio. US$ |
| **Finanzierungsgesellschaften (Proveedores)** | |
| Iapeco | 338 Mio. US$ |
| Ferro Stahl | 139 Mio. US$ |
| Energo Project | 118 Mio. US$ |
| Marubeni | 89 Mio. US$ |

**Quelle:** Actualidad Económica No. 94, Lima Okt. 87

**Die Schuldentilgungspolitik**

Auch hier offenbarte sich die gegenüber den eigenen Ankündigungen inkonsequen-

te Politik des Präsidenten. Er versuchte zwar die Zins- und Kredittilgungen einzuschränken, die Menge von 10 % des Wertes der Exporterlöse erwies sich schon bald als Luftblase. Nach Angaben von Actualidad Economica, auf Basis von Daten der zentralen Reservebank, wurden zwischen August 85 und Juli 86 26,2 % und zwischen August 86 und Juli 87 28 % des Wertes der Exporterlöse für Tilgungen ausgegeben. (Diese Angaben enthalten die öffentlichen und die vom peruanischen Staat übernommenen Privatschulden der Industrie, auf Grund eines Gesetzes der Belaunde-Regierung; (A.E., Oktober 87)). Der Senator der „Vereinigten Linken", Diez Canseco, errechnete für den Zeitraum von Juli 85 bis Juli 86 gar 35 % (Peru-Informationen 1986, S. 14). Die Regierung zahlte pünktlich an die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Sozialistischen Länder und die lateinamerikanischen Kreditgeber. Die Zahlungen an den IWF wurden eingestellt und ab Mai 86 die Zahlungen an die Privatbanken. Als der IWF mit der „Kreditunwürdigkeitserklärung" und dem Entzug der Sonderziehungsrechte drohte, wurden im April 86 und August des gleichen Jahres zwei Teilzahlungen in Höhe von 34 Mio. US-$, gegenüber 700 Mio. US-$ Verbindlichkeiten geleistet. (NZZ 17.4.86 und NZZ 18.8.86) Die im August 86 fällig gewordenen Zahlungen von 196 Mio. US-$ wurden außer mit einer Teilzahlung von 35 Mio. US-$ nicht bezahlt. So verlor Peru die Ziehungsrechte und seine „Kreditwürdigkeit". Die Regierung geriet in zunehmenden Zahlungsverzug, aber nicht etwa aufgrund ihres politischen Willens sondern wegen Devisenmangels und Zahlungsunfähigkeit. Die Tilgungs- und Wirtschaftspolitik hat die Devisenreserven aufgezehrt. Derzeit betragen die Gesamtreserven in Gold und „weniger flüssigen Mitteln" noch 1,2 Mrd. US-$. Die Reserven in Devisen, von denen Ende 86 noch 879 Mio. US-$ vorhanden waren, sind restlos aufgebraucht. Trotz Umschuldungsverhandlungen, bei einem derzeitigen Schuldenstand von 14,344 Mrd. US-$, ist Peru in einem Zahlungsrückstand von 2,843 Mrd. US-$ Nettokredittilgungen und 4,137 Mrd. US-$ Zinstilgungen geraten. (Stand Anfang 1987)

Um den allerdringendsten Tilgungen nachzukommen, ist die Regierung dazu übergegangen, sowohl der UdSSR als auch Privatbanken wie der First-Interstate-Bank und der Midland Bank Zahlungen in Form von Waren und Rohstofflieferungen zu leisten.

Die internationalen Initiativen die zur Bildung einer einheitlichen Schuldenstrategie der Länder der 3. Welt ergriffen wurden, erwiesen sich als wirkungslos. Druck von seiten der Kreditgeber und aus dem Land selbst, brachte die Regierung wieder mit dem IWF und der Weltbank an einen Tisch. Lakonisch wurde dies vom stellvertretenden Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams folgendermaßen kommentiert: „Peru ist das beste Beispiel dafür, daß ein Land seine Schuldenrückzahlungen nicht einstellen kann." (Resumen Semanal, Januar 88).

### Umgestaltung des Wechselkurssystems und die Kriegswirtschaft

Dem Bankenverstaatlichungsversuch ging die Umgestaltung des Wechselkurssystems voraus. Der peruanische Markt sollte entdollarisiert, die Inflation gebremst, der Zugriff auf die Devisen zur Schuldentilgung gesichert und der Exportsektor noch stärker als bisher gefördert werden. Der Besitz von Dollars für private und juristische Personen wurde verboten und dem Auslandshandelsbereich besondere Zertifikate mit einer Laufzeit von 360 Tagen für Devisentausch zur Verfügung gestellt. Ein System unterschiedlicher gestaffelter Wechselkurse sorgt seither dafür, daß z.B. Exporteure für jeden eingenommenen Dollar mehr Intis als zum Durchschnittswechselkurs erhalten (bis zu 82 % mehr), ein starker Anreiz für diesen Sektor. Der Schwarzmarkt von Ocoña/Lima wurde wiedereinmal verboten und die Inti-Abwertungen sollten in kleinen Schritten erfolgen.

Am 14. Dez. 87 aber holte die Regierung zum großen Schlag aus: Der Inti wurde schlagartig um 50 % abgewertet, inoffiziellen Angaben zufolge um 70 %, der Benzinpreis um 25 % erhöht mit der Folge, daß sich die Konsumgüterpreise sofort verteuerten, trotz offizieller Preisbindung. Die Volksbewegung antwortete am 28. Januar mit einem Generalstreik. Wenige Wochen darauf verkündete Garcia Mitte März, nachdem er den Ernst der Lage zugegeben und die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert hatte, den zweiten Schlag: nach seinen Worten, ein Programm der „Kriegswirtschaft". Der Benzinpreis wurde nochmals angehoben, diesmal um 50 %, die Kosumgüterpreise um bis zu 100 %, der Import von Luxusgütern untersagt.

Garcia erklärte, dies sei ein Alternativprogramm zu den noch härteren Auflagen des IWF, und begründete dies mit einer allgemeinen Lohn- und Gehaltserhöhung von 45 %, der Anhebung des Mindesteinkommen um 60 % und dem Einfrieren der Lebensmittelpreise auf 3 Monate. (El Pais, 15. März 88) Diese Argumentation kann wohl kaum noch an Zynismus überboten werden, denn erstens kommen sowieso 65 % der Bevölkerung gar nicht in den „Genuß" eines offiziellen Mindestlohnes und zweitens sind die eingefrorenen Preise reine Fiktion, denn selbst bei stärksten Kontrollmaßnahmen werden die realen Preise noch immer vom Schwarzmarkt bestimmt. (Ende 87 waren 5,6 % offizielle Mindestlöhne erforderlich, um den „Überlebenswarenkorb" erwerben zu können.) (Resumen Semanal, Lima, Dez. 87)



*„Garcia - der strahlende Sieger"*

Resümiert man 2 3/4 Jahre populistischer Politik läßt sich folgendes feststellen: Eine Modernisierung des Kapitalismus konnte bisher nicht erreicht werden. Der Großteil der Maßnahmen erhöhte zwar die Gewinne der „12 Apostel" beträchtlich, sie zogen es aber wie erwähnt vor, diese ins Ausland zu transferieren. Jetzt sollen „freie



*„Warenumschlagplatz - der Hafen von Lima"*

Produktionszonen" eingerichtet werden, um ausländisches Kapital anzulocken. Der peruanische Anti-Imperialismus erschöpfte sich in einigen Solidaritätserklärungen mit Nicaragua, ansonsten wurden den Ölkonzernen OXY und Shell die Gas- und Öl-Reserven zu bisher nicht bekannten, günstigen Bedingungen förmlich aufgedrängt. Die 10 % Tilgungsmarge erwies sich als Demagogie, ebenfalls die angekündigten Militärhaushaltseinsparungen. Der immer stärker werdenden Volksbewegung und der wachsenden Guerilla wurde mit verstärkter Repression und mit der Ausdehnung des Kriegsrechts begegnet. Von der Weltöffentlichkeit weitgehendst unbemerkt werden Monat für Monat im Durchschnitt 100 Personen bei Armee-, Polizei- und Guerillaaktionen ermordet. Die APRA Beamten haben sich mittlerweise gut im Staatsapparat eingenistet und nicht wenige beweisen jeden Tag aufs Neue ihre Korruptionsfähigkeit.

Ein Ausblick auf die für 1988 geplanten Wirtschaftsmaßnahmen läßt erkennen, daß auch weiterhin lediglich „Löcher gestopft" werden sollen. Weder kann noch will die APRA tiefgreifende strukturelle Umwandlungen durchführen und sich ernsthaft dem IWF und der Weltbank widersetzen. Dazu ist sie viel zu sehr auf neue Kredite angewiesen und in innere Widersprüche verstrickt. So bleibt ihr nichts anderes übrig, als sich wie bisher von einer Brandbekämpfungsmaßnahme zur anderen zu hangeln und mit Bangen auf die nächsten Wahlen 1990 zu blicken. Unterdessen bereitet die „Vereinigte Linke", die „Nationale Volksversammlung" und die Gewerkschaftsbewegung einen, diesmal längeren, Generalstreik vor.

**Andreas Baumgart**

## Schuldenstand von 1970 bis Dez. 86

| | |
|---|---|
| 1970 | 3.681 Mio. US$ |
| 1976 | 7.384 Mio. US$ |
| 1980 | 9.594 Mio. US$ |
| 1981 | 9.638 Mio. US$ |
| 1982 | 11.097 Mio. US$ |
| 1983 | 12.442 Mio. US$ |
| 1984 | 13.304 Mio. US$ |
| 1986 | 14.344 Mio. US$ |

Quelle: Economic Survey of Latin America and the Caribbean 1984; United Nation, S. de. Chile, Juli 86, S. 554 und Act. Económica No. 14, Lima Okt. 87

**Quellen:**
Actualidad Económica del Perú, Lima, April 86; Mai 87; August 87; Sept. 87; Okt. 87; Actualidad Economica Especial Internacional, Lima, Dez. 86; Especial Estadistico, Lima, Juli 87; Cuadernos Laborales, Lima, Dez. 86; Fitz Gerald, E.V.K.: La Economia Politica del Peru, Lima, 1981; Gerster, Richard: Fallstricke der Verschuldung, der Internationale Währungsfond und die Entwicklungsländer, Basel, 1982; Peru-Informationen Nr. 10, Essen 1985; Nr. 11, Essen 1986; Nr. 12, Essen 1987; Peru-Report, Hamburg, Aug./Sept. 87; Okt. 87; Nov. 87; Dez. 87; Febr. 88; El Pais, Madrid, 15.3.88; Neue Züricher Zeitung, 30.8.86; 17.4.86; 18.8.86; Resumen Semanal DESCO, Lima, 7. Jan. 88; 4. Sept. 87; 18. Sept. 87; SI, Lima, 10.8.87; Que Hacer, Lima, Okt./Nov. 86; April/Mai 86.

**Anmerkungen**

1) APRA (Revolutionäre Amerikanische Volksallianz), auch PAP (Pertido Aprista Peruano) genannt. Die APRA ist keine sozialdemokratische Partei wie häufig unterstellt. Treffender ist die Bezeichnung „populistisch", denn diese Partei ist weder historisch noch heute eine Arbeiterpartei, sondern eine Partei der breiten Mittelschichten. Sie ist streng hierarchisch nach dem Führungsprinzip aufgebaut, denn nur dies hält die unterschiedlichen, gegeneinander konkurrierenden sozialen Kräfte zusammen. Im wesentlichen artikulieren sich in ihr 3 Strömungen: Eine konservativ-demokratische (Mehrheit), eine faschistisch-korporativistische (starke Minderheit) und eine links-demokratische (kleine Minderheit). Die Politik Garcias ist geprägt von Konzessionen, vor allem nach rechts und führt daher zu den widersprüchlichsten Maßnahmen.

2) Die parlamentarische Untersuchungskommission hat dieses Jahr die Verantwortung Garcias und seines Ministerkabinetts am Tod der 300 politischen Gefangenen bestätigt. (Auszüge des Berichts auf deutsch sind bei Peru-Report Hamburg erschienen.)

3) Die „12 Apostel" gehören zu ca. 14 Familienclans die mittels ihres Finanzimperiums die wichtigsten ökonomischen Bereiche kontrollieren: Banken, Versicherungen, Finanzierungsgesellschaften, Bergbau, Industrie, Fischfang und -verarbeitung, Bier, Textilien, Kosmetika, Speiseöle und -fette, Glas und Zement, Chemie, Plastik, Immobilien, Hotels, etc.

4) Der größte Teil der Banken wurde schon zur Zeit der reformistischen Militärregierung Velascos verstaatlicht.

5) Die Regierung möchte für das Jahr 1988 eine Steigerung des Bruttosozialproduktes um 2,8 % erreichen. Hierzu müßten 4.250 Mio. US-$ an Devisen ins Land fließen. Die Zeitung „Cambio" meldete am 17.3.88 die baldige Ankunft einer Weltbankdelegation um über einen Neukredit von 3 Mrd. US-$ zu verhandeln.

Bevölkerungspolitik

# Experimente in der Karibik

## Die Geschichte der Geburtenkontrolle in Puerto Rico



*BMZ-Plakat mit der Überschrift: „Sollen wir vielleicht Entwicklungshilfe dafü und deutsch, . . .)*

Puerto Rico — Insel der Karibik. Der sanfte, tropische Wind, Badestrände und Spielkasinos locken viele amerikanische Urlauber. Die Amerikaner haben den Tourismus angekurbelt, vor allem damals, als ihnen ihr karibischer Spielgrund, die Insel Kuba, verlorenging. Die Puertoricaner hingegen gingen aufs amerikanische Festland, um Arbeit zu finden. „I like to be in America", lieber in den Slums von New York als in der Sonne Puerto Ricos.

Das Lied aus der „Westside Story" ist populär geworden. Über Puerto Rico und seine lange Geschichte der Geburtenkontrolle ist in der Bundesrepublik kaum etwas bekannt. Selbst Fachkreise verfügen über eher dürftige Informationen.

Puerto Rico ist nicht nur politisch und wirtschaftlich eine Domäne der USA, sondern auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Insel übernehmen vorwiegend Amerikaner/innen. Das trifft besonders für das Thema Geburtenkontrolle zu. Bisher beginnt lediglich eine Publikation aus den USA, „Population Target" (1976) von Bonnie Mass, ihren Weg in bundesdeutsche Fachkreise zu bahnen. „Population Target" ist es zu verdanken, daß Geburtenkontrolle n Puerto Rico als brisantes Thema aufgegriffen wurde. Ungefähr 35 Prozent aller puertoricanischen Frauen im gebärfähigen Alter sind sterilisiert. Welche Bedeutung hat solch intensiv betriebene Geburtenkontrolle für die Insel? Und was ist daran zu kritisieren? Um diese Frage beantworten zu können, ist vor allem historisches Wissen über die Wurzeln der Bevölkerungskontrolle notwendig. Bonnie Mass liefert dafür wichtige Hinweise. Da Puerto Rico jedoch nicht den Schwerpunkt ihres Buches bildet, mußten Hintergrundinformationen dementsprechend spärlich bleiben.

Umso erfreulicher ist ein 1983 in den USA erschienenes Buch über die Geschichte der Geburtenkontrolle in Puerto Rico:
Annette B. Ramirez de Arellano/Conrad Seipp:
Colonialism, Catholism, and Contraception. A History of Birth Control in Puerto Rico. The University of North Carolina Press, Chapel Hill and London 1983.

Die Verfasser haben in zahlreichen Archiven in den USA und Puerto Rico geforscht und Interviews mit Zeitzeugen geführt. Daraus entstand ein lesenswertes Buch, das besonders in Fachkreisen für Bevölkerungspolitik in der „Dritten Welt" Interesse finden dürfte.

Es ist eine Mischung aus Bericht, Analyse und Hintergrundinformationen zur Geburtenkontrolle in Puerto Rico von Beginn dieses Jahrhunderts an bis in die achtziger Jahre hinein. Drei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt: Kolonialismus, Katholizismus und Kontrazeption (Empfängnisverhütung). Die Verfasser setzen sie in Bezug zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Puerto Rico. Ein außerordentlich vielschichtiges Bild der Geburtenkontrolle ist das Ergebnis.

Die Darstellung beginnt mit Ereignissen um die Jahrhundertwende: Im Sommer 1898 besetzten amerikanische Truppen Puerto Rico, eine für die USA eher unbedeutende Episode im spanisch-amerikanischen Krieg. Für die Entwicklung der Insel jedoch hatte der Einmarsch nachhaltige Konsequenzen, da die USA Puerto Rico wegen seiner geostrategischen Lage als „Gibraltar der Karibik" zum Militärstützpunkt ausbauten und auch auf kulturellem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet eine enge Anbindung ihrer Kolonie an das amerikanische Festland verfolgten. Auf der Insel regte sich dagegen wenig Widerstand.

Die Puertoricaner/innen erhielten 1917 die amerikanische Staatsbürgerschaft und das Recht auf begrenzte Selbstverwaltung. Über die Gesetzgebung, Verteidigung und auswärtigen Beziehungen der Insel bestimmten weiterhin die USA.

Amerikanisches Kapital floß in erster Linie in den Zuckerrohranbau. U.S.-Gesellschaften kauften Ländereien und richteten große Plantagen ein, wodurch sich die Produktionsbedingungen auf der Insel veränderten: Die feudalen „haciendas" und kleine landwirtschaftliche Betriebe wurden verdrängt, Pächter und Kleinbauern mußten jetzt ihre Arbeitskraft gegen Lohn auf den Plantagen verkaufen oder in den Städten Arbeit suchen. Die Wirtschaft konzentrierte sich neben dem Anbau von Kaffee und Tabak vor allem auf den Export von Zucker. Als der Weltzuckermarkt Mitte der zwanziger Jahre zusammenbrach, waren Massenarbeitslosigkeit und Armut die Folge. Mit der Weltwirtschaftskrise verschlimmerte sich die Lage weiter.

Im gleichen Zeitraum setzte eine öffentliche Diskussion über Geburtenkontrolle ein. Während die Katholische Kirche von einer „unverzeihlichen Todsünde" sprach, forderten die Befürworter, die Geburtenraten der Armen müßten gesenkt werden, um das soziale Elend mildern zu können.

Bereits 1925 wurde der erste private Interessenverband für Geburtenkontrolle (Birth Control League of Puerto Rico) gegründet, der den Kontakt zu entsprechenden US-amerikanischen Organisationen suchte. Mehr als zehn Jahre später gelang einer Nachfolgeorganisation, dem Verband für Gesundheit von Mutter und Kind (Maternal and Child Health Association), die Gesetzgebung in dieser Frage entscheidend zu beeinflussen.

Der Verband für Gesundheit von Mutter und Kind hatte schon vorher Kliniken un-



…hlen, daß sie noch mehr Kinder kriegen?" (Wären sie weiß

terhalten, in denen er über Geburtenkontrolle informierte und Kontrazeptiva verteilte. Drei solcher Kliniken befanden sich auf Zuckerrohrplantagen, und die entstehenden Kosten trug die Zuckerindustrie. Geburtenkontrolle lag auch in ihrem Interesse, da sie Rationalisierungen einleitete, die in zunehmendem Maße Arbeitskräfte überflüssig machten.

Die puertoricanische Regierung verabschiedete 1937 mehrere Gesetze, die Geburtenkontrolle aus wirtschaftlichen und medizinischen Gründen legalisierten.

Die medizinischen Begründungen für Geburtenkontrolle waren im Grunde genommen eugenische. Dies macht die Erklärung deutlich, die der katholische Gouverneur Menendez Ramoz bei der Unterzeichnung des entsprechenden Gesetzes abgab:

„In Puerto Rico wie in anderen Ländern der Welt gibt es einen beträchtlichen Bevölkerungsanteil, der als Opfer bestimmter unheilbarer und erblicher Krankheiten keine Kinder bekommen sollte, die, da sie mit dem unvermeidlichen Stigma eines verhängnisvollen Erbes geboren sind, dazu verdammt wären, ein elendes und unglückliches Leben ertragen zu müssen. In einer mehr oder weniger fernen Zukunft würden diese Unglücklichen unsere Besserungsanstalten, Sanatorien und Irrenhäuser füllen. Diese Kinder können nicht zum Glück ihrer Eltern beitragen und noch weniger zum allgemeinen, wirtschaftlichen und sozialen Wohl unseres Volkes."

Ein Eugenikrat sollte prüfen, wann aus medizinischen und moralischen Gründen Zwangssterilisationen vorzunehmen waren. Wie und in welchem Umgang diese gesetzliche Bestimmung angewendet wurde, darüber geben die Verfasser leider keine Auskunft.

Zwei Jahre später entschied ein Gericht, Geburtenkontrolle sei nur noch aus gesundheitlichen Gründen gestattet. Da gerade Frauen, die aufgrund ihrer schlechten Lebensbedingungen an Tuberkulose, Anämie und anderen Krankheiten litten, weiterhin Kontrazeptiva nehmen durften, waren diese somit indirekt ein „Heilmittel" für wirtschaftliche Probleme.

„Nur durch Geburtenkontrolle können wir das Problem der Überbevölkerung lösen", das war also in Puerto Rico schon in den dreißiger Jahren die Begründung für Bevölkerungskontrolle. Anders formuliert: Bevölkerungskontrolle hatte eine quantitative und eine qualitative Seite.

Obwohl die Katholische Kirche erheblichen Widerstand leistete, blieb ihr tatsächlicher Einfluß gering. Weitaus nachhaltiger wirkte Puerto Ricos wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA. Seit 1952 ist die Insel als „Freier Assoziierter Staat" in einem Commonwealth-ähnlichen Verhältnis an die USA gebunden. Das bedeutet innenpolitisch eine relative Autonomie, während in der Außen- und Verteidigungspolitik sich jedoch die amerikanische Regierung die Zuständigkeit vorbehält.

Die Autoren schildern datailliert, wie Puerto Rico in den fünfziger und sechziger Jahren als Versuchslabor für verschiedenste Kontrazeptiva fungierte. Die Palette reicht von kontrazeptivem Schaum, Pille, Intrauterin-Pessaren bis hin zur Dreimonatsspritze. Die Insel bot Wissenschaftlern, Politikern und Geldgebern aus den USA nicht nur die erforderlichen „Versuchskaninchen", sondern auch kooperierende Fachleute und eine Regierung, die eine medizinische und technische Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme förderte. Die umstrittenen Sterilisationen überließ die Regierung zunächst weitgehend privaten Organisationen, bis sie selbst aktiv wurde.

Die Experimente mit Kontrazeptiva fanden auf dem Hintergrund eines wirtschaftlichen Modernisierungsprogramms, der „Operation Bootstrap", statt. Der Name „Bootstrap" (to pull oneself up by one's own bootstraps: es aus eigener Kraft zu etwas bringen) suggeriert, es habe sich um ein puertoricanisches Selbsthilfeprogramm gehandelt. Bootstrap setzte jedoch allein auf US-Kapital. Anfang der fünfziger Jahre lockte die puertoricanische Regierung mit Erschließungshilfen und steuerfreien Perioden von zehn bis zwölf Jahren Investoren aus den USA auf die Insel. Es kamen Hunderte von Textilfabrikanten, später siedelten sich im Norden der Insel pharmazeutische Werke und in den ehemaligen Zuckerrohrfeldern petrochemische Betriebe an.

Ende der sechziger Jahre hatte sich nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern auch die Stellung der Frau in Puerto Rico erheblich gewandelt. Viele Frauen arbeiteten bereits nicht mehr im Heimarbeitssektor, sondern wurden Arbeiterinnen in Fabriken. Dauerhafte Beschäftigung und Schwangerschaften gerieten in Konflikt. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit konnte eine Schwangere schnell durch eine andere, meist ungelernte Arbeiterin ersetzt werden. Dieser Konflikt führte dazu, daß immer mehr Frauen Kontrazeptiva benutzten oder sich sterilisieren ließen. Sie begannen, ihre Fähigkeit, Kinder zu bekommen, darüber hinaus in ironischer Weise mit dem industriellen Produktionsprozeß zu vergleichen und verwendeten „cerrar la fabrica" (die Fabrik schließen) als Ausdruck für die Sterilisation.

Wie sieht die heutige soziale Realität Puerto Ricos aus? Mindestens ein Drittel der Arbeitskräfte ist arbeitslos oder nicht vollbeschäftigt. Die Wirtschaft ist unfähig, das vorhandene Reservoir an Arbeitskräften zu beschäftigen. Will sie es überhaupt? Nicht allein an dieser Stelle wären ausführliche Informationen zur Wirtschaft des Landes wünschenswert gewesen.

Puerto Rico erhielt 1980 fast 4,7 Milliarden Dollar an Bundesmitteln (für Gesundheitsversorgung, Sozialhilfe u.a.) aus den USA. Regierungsbeamte in Puerto Rico sind sehr darauf bedacht, diese Geldquelle zu erhalten. Auf der anderen Seite wirkt sich jede Wirtschaftskrise in den USA auch in Form von Kürzungen der Bundesmittel auf Puerto Rico aus. Für die Bevölkerung bedeutet das: Die Zukunft ist höchst unsicher und von den USA abhängig. Aber gerade deshalb, so fordern die Verfasser am Ende ihres Buches, soll die Bevölkerung eigene Kräfte mobilisieren und die Zukuft aktiv mitgestalten.

Die meisten Bewohner/innen der Insel scheinen daran nicht interessiert zu sein. Für die nationale Unabhängigkeit der Insel treten kleine sozialistische Parteien ein, Feministinnen protestieren gegen Sterilisationsprogramme. Ihre kritische Stellungnahme wird auch in Zukunft gefordert sein. Denn die USA planen den weiteren wirtschaftlichen und militärischen Ausbau der Insel. Im Rahmen des „Plan 2020" sollen nicht nur elf Industrieparks und siebzehn Militärbasen rund um die Küstenlinie errichtet werden, sondern es ist weiterhin beabsichtigt, die Bevölkerung von vier Millionen auf 1,5 Millionen Einwohner zu reduzieren (vgl. Materialien gegen Bevölkerungspolitik, März 1984). Diese ergänzenden Informationen machen deutlich, wie aktuell das Thema Bevölkerungspolitik in Puerto Rico ist.

Annette B. Ramirez de Arellano und Conrad Seipp zeigen in ihrem Buch, daß nicht erst heute, sondern schon in den dreißiger Jahren wirtschaftliche Modernisierungsbestrebungen und Bevölkerungskontrolle eng miteinander verbunden waren. Darüber hinaus schließen sie Lücken in der Geschichtsschreibung der Geburtenkontrolle in Puerto Rico. Die Stärke des spannend geschriebenen Buchs liegt darin, daß die Verfasser zu einzelnen Schlaglichtern der Geschichte — wie etwa Entwicklung und Tests mit der Antibaby-Pille — neue Hintergrundinformationen liefern. Es ist ein empfehlenswerter Beitrag zum Thema Bevölkerungskontrolle in der Dritten Welt.

**Gabriele Kunz**

Tourismus in Indien

# „Wir wollen Euch hier nicht!“

## Claude Alvares über Proteste in Goa

Goa soll bis 1990 zum Touristenziel Nr. 1 ausgebaut werden. Insgesamt wird eine Zunahme der Touristenzahlen um jährlich 15 % bis 1990 auf 1,3 Mio. erwartet und das bei einer Bevölkerungszahl Goas von 1,1 Mio.

Nicht erst seit 1985, seit die Condor, die deutsche Tochtergesellschaft der Lufthansa, Dabolim anfliegt, müssen sich die Goaner damit abfinden, daß die Touristenscharen jährlich um Tausende zunehmen.

Ausschlaggebend für den Mythos Goas, das Paradies der Ferienziele zu sein, war die Invasion der europäischen und amerikanischen Hippies am Ende der sechziger Jahre. Im Laufe der siebziger Jahre entwikkelte sich Goa zu einem der meistbesuchten Zentren des Alternativtourismus.

Bereits in dieser Zeit nahmen die Probleme, mit denen die Goaner heute zu kämpfen haben, ihren Anfang. Denn mit den Hippies kamen auch die Drogen und die Kriminalität, mit deren Auswirkungen sich die Bevölkerung bis heute auseinandersetzen muß. Die Hippies sind schon lange vergessen, die Drogen aber sind geblieben. Indische Dealer haben neue Kundenkreise erschlossen, ganz gezielt versuchen sie goanische Jugendliche an Drogen zu gewöhnen. Nicht nur die Drogen, sondern auch das Nacktbaden ist vielen Goanern ein Dorn im Auge. Vor allem seit Busse aus Kerala und Bombay zur 'Peepshow' anrollen, damit sich Inder an weißen Frauen aufgeilen können.

In den letzten Jahren entstanden entlang der Küste viele kleine Hotels. Die Goaner entdeckten die Geldquelle Tourismus. Bei denen, die daran verdienten, spielte es immer weniger eine Rolle, ob z.B. die Kokosnußpflücker durch Rodung der Kokospalmen, für Neubauten ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden, oder ob das Wasser der öffentlichen Zapfsäulen nur noch wenige Stunden am Tag floß. So gut wie nie mußte ein Hotel oder Guest-House unter Wassermangel leiden. Selbst öffentliche Gebäude wie Krankenhäuser müssen mit rationiertem Wasser auskommen.

Die Regierung versucht, den Tourismus ganz gezielt mit Gesetzen zu entwickeln. Eine ihrer ersten Entscheidungen traf die Regierung Goas kurz nach ihrer Aufnahme in die Indische Union im Mai 1987. Am 30. Mai verkündete Goas damaliger Toursmusminister Mufti Mohammed den „Tourism Master Plan“. Damit ist durch einen Regierungsbeschluß der Tourismus in Goa für die Zukunft zur Industrie geworden. Goa darf jetzt als „Entwicklungsland“ sowohl von Einheimischen als auch von internationalen Konzernen touristisch erschlossen werden. Die Regierung wirbt mit Steuererleichterungen und Investitionsdarlehen, die ohne bürokratischen Aufwand gewährt werden.

Bis 1992 sollen an der 104 km langen Palmenküste 19 Fünf-Sterne-Luxushotels fertiggestellt werden. Weiter sind ein Wassersportzentrum, ein Golfplatz und ein Vergnügungspark geplant, der Flughafen erhält eine neue Flughalle. Der „Master-Plan“ sieht vor, die Küste in drei Gebiete aufzuteilen, die auf drei unterschiedlichen Niveaus entwickelt werden sollen:

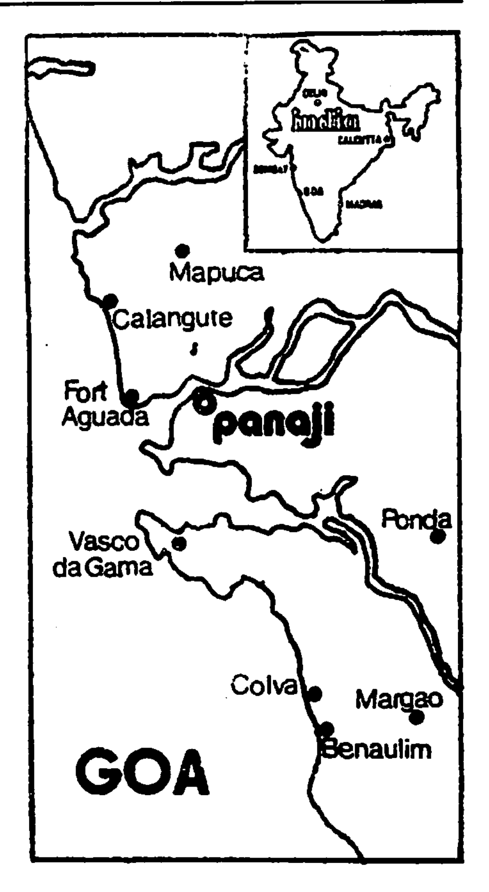
Direkt am Küstensaum werden die Hotels der Luxusklasse gebaut, im Anschluß daran kleine Mittelklasse-Hotels, in den Dörfern soll es Paying-Guest-Houses geben. Für die Einheimischen bedeutet das, daß sie jetzt nicht mehr einzelne Räume ihrer Hütten an zahlende Dauergäste vermieten dürfen, sondern daß sie ihr Paying-Guest-House anmelden und ihre Einnahmen kontrollieren lassen müssen.

Für Goas Zukunft setzt die Regierung ganz und gar auf Tourismus, denn das Land ist nicht frei von Krisenherden. Die Landwirtschaft ist rückständig, die Bedeutung der Eisenerz-Industrie ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. 70.000 Menschen sind arbeitslos – dagegen liegt die Alphabethenrate in Goa bei 57 %. (Landesdurchschnitt beträgt 40 %). Diese Diskrepanz muß aufgefangen werden. Kein Wunder, wenn die Regierung im Tourismus die vielversprechendste Triebkraft der Zukunft sieht.

Ist in Indien ein Wirtschaftszweig eine Industrie, darf die Regierung im Interesse der Volkswirtschaft Gemeindeland enteignen, bzw. gegen einen minimalen Preis erwerben. Es besteht für sie keine Verpflichtung auf das Vorkaufsrecht der Pächter Rücksicht zu nehmen.

Grundstückseigentümer dürfen wählen, ob sie sich entwickeln lassen oder ihr Land zu einem staatlich festgesetzten Preis verkaufen wollen. Land, das für Kauf und Verkauf in Frage kommt, gibt es genug. Dafür sorgte schon die Regierung – waren bisher Hotelbauten erst in einer Entfernung von 500 Metern ab dem Küstensaum erlaubt, wurde diese Grenze auf 90 Meter herabgesetzt.

Der Ausbau Goas unter dem „Tourismus Master Plan“ verursacht, mit der Durchsetzung des Massentourismus, langfristige, irreparable Schäden. Die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, sowie die Einschränkung der Menschenrechte und die Naturbelastung, ist Grund genug für die




Bürgerbewegung „Goan Vigilant Army“, sich dagegen zu wehren.

Das folgende Interview mit Herrn Alvarez entstand am Rande einer Tagung über die Perspektiven der Subsistenzwirtschaft in der Akademie Bad Boll. Herr Alvarez ist Geisteswissenschaftler und Journalist. Er war Mitglied der Bürgerbewegung „Goan Vigilant Army“:

**Im November 1987 sorgte eine Protestaktion der „Goan Vigilant Army“ auf dem Flughafen Dabolim weltweit für Aufsehen. Betroffen waren Chartertouristen der deutschen Tochtergesellschaft der Lufthansa, „Condor“. Sie waren dabei und konnten die Bewegung von ihren Anfängen an begleiten. Wogegen richtete sich die Protestaktion?**

Die Aktion richtete sich nicht primär gegen den Tourismus und seine Auswirkungen, sondern wir wollten die Regierung damit angreifen. Wir wollten darauf aufmerksam machen, daß Tourismus in Goa durch die Durchsetzung des „Tourism Master Plan“ eine Industrie geworden ist.

Seitdem ist es für die Bevölkerung betroffener Gebiete nicht mehr möglich, sich gegen Beschlüsse durchzusetzen, die zugunsten touristischer Projekte getroffen worden sind, z.B. der Bau von riesigen Hotel- und Freizeitanlagen. Dies war einer der Gründe, weshalb wir am Flughafen die Proteste direkt gegen die Touristen richteten, wir wollten internationale Publicity.



*„Schwarzarbeit" auf weißer Haut.*

**Wie verlief die Aktion?**

Als der erste Condorflug der Wintersaison in Dabolim landete, gingen wir zum Flughafen, paßten die Touristen ab und hielten Spruchbänder und Transparente mit deutschen Texten in die Höhe. Ein deutscher Priester übersetzte sie für uns. „Wir wollen Euch hier nicht! Ihr stiftet nur Unfrieden! Ihr verbraucht unser ganzes Wasser! Wir haben nichts gegen Euch persönlich, aber wir wollen Euch hier nicht als Touristen!" Dann gab es eine Demonstration. Man versuchte, die Straßen zu besetzen, damit die Busse nicht ins Urlaubsgebiet weiterfahren konnten. Mit Eiern, Dung, Tomaten und verdorbenem Fisch zielten die Demonstranten auf Busse und Touristen. Dieses Ereignis machte die Problematik in Europa schließlich bekannt.

**Und die Touristen?**

Die Reaktionen waren unterschiedlich, einige Deutsche diskutierten mit uns, zeigten uns ihre Sympathie. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland werden sie bestimmt in unserem Sinne berichtet haben, andere waren allerdings so verärgert, daß sie wahrscheinlich nie wieder nach Goa kommen werden.

**Schritt die Polizei ein?**

Ja, die Teilnehmer wurden für 24 Stunden verhaftet. Jetzt ist der Flughafen abgeriegelt und es kann keine direkte Aktion mehr stattfinden. Das ist sehr schade; es ist leichter möglich, im direkten Kontakt mit den Touristen für unsere Sache zu kämpfen.

**Was für Ereignisse gingen der Aktion am Flughafen voraus?**

Einige, denn so etwas entwickelt sich nicht ohne Grund. Erstens gab es in Goa im Verlaufe der vergangenen Jahre immer wieder Versuche, Land für Hotelbauten zu enteignen. Dagegen richtete sich aber jedesmal ein erfolgreicher, lokaler Widerstand — mit Landbesetzungen und richterlichen Entscheidungen wurde gegen Enteignung und das Abholzen von Palmen protestiert. Die Leute umklammerten die Palmen und wichen nicht von ihnen ab, auch als die Baufahrzeuge kamen. Aber dies kann nicht als Bewegung verstanden werden, sondern die Leute wurden damals bereits durch derartige Vorfälle sensibilisiert.

Im Juni 1987 also formierte sich innerhalb kürzester Zeit dann ein organisierter Widerstand. Es sickerte die Nachricht durch, daß die Regierung eben diesen „Master Plan" zur Abstimmung bringen will. — Aber was ist der „Master Plan"? Niemand wußte darüber Bescheid. Es war lediglich bekannt, das die Regierung vorhatte, einen „Plan" über Goa zur Abstimmung zu bringen und zwar öffentlich. Nur wußte niemand, wann und wo dies stattfinden sollte. Täglich durchsuchten wir die Zeitungen nach Hinweisen. Auf Anfrage wies man uns darauf hin, daß die Punkte des „Master Plan's" doch öffentlich aushängen würden und zwar in einem kleinen Hotel in Malgam am schwarzen Brett. Sie forderten die Leute auf, dorthin zu gehen, zu lesen und ihnen in den nächsten Tagen ihre Meinungen darüber mitzuteilen.

Das war das ausschlaggebende Ereignis, uns auf breiter Ebene zu organisieren. Wir riefen zu einem großen öffentlichen Palaver in Panjim am 9. Juli auf. Während wir diskutierten, wurde uns die Manipulation und Repression, die sich in diesem Plan verbarg, so bewußt, daß wir beschlossen, zu drastischen Maßnahmen zu greifen. Noch am gleichen Tag stürmten wir ein Hotel, in dem die Vertreter der Regierung mit den örtlichen Größen über Goas Zukunft verhandelten. Wir drangen in die Sitzung mit Plakaten und Spruchbändern ein, die Verhandlungen sollten auf der Stelle gestoppt werden. Wir versuchten mit den Ministern zu diskutieren, ihnen klarzumachen, daß es auch noch andere Interessensgruppen in Goa gibt. Wir erregten mehr Aufsehen als wir letztendlich Erfolg hatten, ... bald kam die Polizei und alle wurden verhaftet.

**Für wie lange?**

Nur für 24 Stunden. Nun, im Gefängnis — das ist ein Fehler, den die Regierung häufig macht — hatten die Leute nichts zu tun. Ein Knast ist eben nicht immer nur ein Knast. Die Leute begannen also, Pläne zu schmieden.

Wieder entlassen, begannen sie eine breit angelegte Kampagne gegen diesen „Master Plan". Sie riefen zu einem Treffen in Panjim auf. Es kamen über hundert Leute, sie diskutierten die Flughafenaktionen und wählten 12 Männer, die diese dann ausführen sollten.

**Aber dieses Treffen in Panjim am 9. Juli war doch öffentlich**

Die Regierung wollte nur den Eindruck erwecken, daß sie ein öffentliches „Meeting" abhalten. In Wirklichkeit luden sie nur Hotelbesitzer, Stadtplaner, Architekten und Reiseunternehmer ein. Sicher waren sie alle aus Goa, aber diese Leute stellen nicht die Öffentlichkeit dar; sie gehören zu denen, die Vorteile aus dem Tourismus ziehen.

**An der Aktion waren gerade 15 Personen beteiligt, diese kleine Gruppe nennt sich „Goan Vigilant Army". Wie seid ihr auf die-**

**sen Namen gekommen?**

Wir diskutierten den Begriff auf unserem ersten Treffen im Juli 1987. Dabei wählten wir das Wort „army" als Zeichen für Gewalt, weil wir zeigen wollten, daß wir auch zu militanten Aktionen bereit wären — das ist uns sehr wichtig gewesen. „Vigilant" — wenn man nicht wachsam ist und die Augen offen behält, wird die eigene lebensnotwendigen Realität zerstört. Sehr viele Leute sind sich der Probleme und Folgen des drohenden Massentourismus in Goa nicht bewußt. So ist die eigentliche Aufgabe der „Goan Vigilant Army", Bewußtsein zu schaffen. Sie müssen wissen, daß sie in Zukunft machtlos sein werden, wenn sie für touristische Projekte von ihrem Wirtschafts- und Ackerland verdrängt werden.




*„Nicht Goaner raus aus Goa!"*

**Aus welchen Schichten setzt sich die Widerstandsgruppe zusammen?**

Es ist eine reine „middle-class" Bewegung. Die Fischer und ebenso die Bauern, die das Hinterland bewirtschaften, sind kaum vertreten. Deshalb ist es so wichtig, gerade bei ihnen Aufklärungsarbeit zu leisten. Leider beschränkt sich diese in erster Linie auf das Verfassen von Flugblättern für die Touristen und Zeitungsartikeln, damit unsere Problematik überregional bekannt wird. Ich bin der Meinung, daß man auf die Dörfer gehen sollte und mit den Fischern sprechen sollte. Es gibt zwar eine Ausstellung und ein Video zu diesem Thema, die reihum gezeigt werden, aber das ist lange nicht genug.

Kein Fischer wird sich dafür Zeit nehmen; so bleibt die Information in der „middle-class". Dabei sind es die Fischer, auf die es ankommt. Ihnen muß klargemacht werden, daß sie nicht ihre ganze Subsistenz aufgeben dürfen, nur um für den Tourismus zu arbeiten. Man kann sie doch nicht dafür verurteilen, daß sie sich nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten richten und rein ökonomisch denken. Sobald die Hotels mit Fisch versorgt werden müssen, glauben sie, daß ihr Absatz auf ewig gesichert sein wird. Sollte sich einmal eine Flaute einstellen, sind sie arbeitslos. In der gleichen Situation befinden sich Taxifahrer, die kleinen Straßenhändler, Kokosnußverkäufer... ihnen allen muß die zunehmende Abhängigkeit bewußt gemacht werden. Taxifahrer, Scooterfahrer, Souvenirverkäufer, Inhaber kleiner Eß- und Saftbuden. Es wird sich ein informeller Sektor breitmachen, der abhängig vom Gelingen der jeweiligen Saison sein wird. Unser Auskommen wird nicht mehr von der Regenzeit, sondern von der Urlaubszeit bestimmt.

So passierte es dieses Jahr nach der Weihnachtssaison. Die Besucherzahlen gingen für zwei bis drei Wochen zurück und sofort waren sehr viele arbeitslos. Zum erstenmal bekamen sie eine Vorstellung davon, wie instabil Tourismus sein kann, aber die Menschen vergessen immer schnell, was sie nicht wahrhaben wollen.

**Können Sie einige Beispiele zu den ökologischen Folgen geben?**

Kaum ein Meter Strand Goas wird von einer Bevölkerungsgruppe ökonomisch nicht genutzt. Unmittelbar am Strand lebt die Gemeinschaft der „Polly Tappers", das sind die Kokosnußpflücker. Der Saft, der aus den Kokosnüssen gewonnen wird, wird später zu Likör verarbeitet. Tausende von Kokosnußbäumen wurden bereits abgeholzt. Die Fischer haben ihre Boote direkt am Strand liegen. Man forderte sie von offizieller Seite dazu auf, die Boote nur noch in einer bestimmten Ecke am Strand zu verwahren, denn der Anblick von alten, schmutzigen Booten würde die Touristen belästigen. Besonders betroffen sind die Fischer vom Wassersport, denn die Motorboote werden die Fischschwärme vertreiben. Folglich werden sie immer weiter zum Fischen zur See hinausfahren müssen. Sie sind aber von ihrer Arbeitsmethode auf Küstenfischerei eingestellt. Unmengen von Sand wurden für touristische Einrichtungen abgetragen, was sehr große Schäden im ökologischen Mikrosystem anrichtete. Die Hotels spülen ihre Abwässer direkt ins Meer oder in die Flüsse, worunter die Fischbestände erheblich leiden. Im Inland werden „Jungle Ressorts" eingerichtet, natürlich ist dies nicht ohne Abholzung vieler Hektar Waldland möglich.

**Inwieweit hat der Tourismus Auswirkungen auf die Bewohner des Inlandes?**

Dort zeichnet sich ebenfalls eine zunehmende Problematik ab. Durch die aufwendige Versorgung der Hotels mit Wasser und Lebensmitteln, bleibt auch die Bevölkerung des Inlandes von den Auswirkungen des Tourismus nicht verschont. Das Wasser für die Swimming-pools, die Air-condition-Anlagen und die Parkanlagen der Hotels geht dann den Bewohnern verloren. Unsere Rechnungen ergaben, daß in dem Fall, daß nur drei 5-Sterne-Hotels in Goa errichtet werden, die restliche Bevölkerung nur noch einmal am Tag für einige Stunden Wasser bekommen kann. Die Regierung versprach, Wasser dann über eine offizielle Pipeline nach Goa fließen zu lassen. Genau da liegt aber wieder eine Gefahr. So passierte es letztes Jahr in meinem Dorf Calangute. Versorgte uns die Wasserleitung am Anfang noch 24 Stunden am Tag, sank die Versorgung auf eine Stunde täglich mit der Errichtung des Tay-Hotels ab.

Die Nahrungsmittelproduktion wird sich auch in der Landwirtschaft auf die Bedürfnisse der Hotels einstellen. Die Hotels werden immer nur das Beste geliefert bekommen, und für die Bevölkerung wird alles teurer.

**Ist es möglich, mit gerichtlicher Hilfe gegen die Bauvorhaben vorzugehen?**

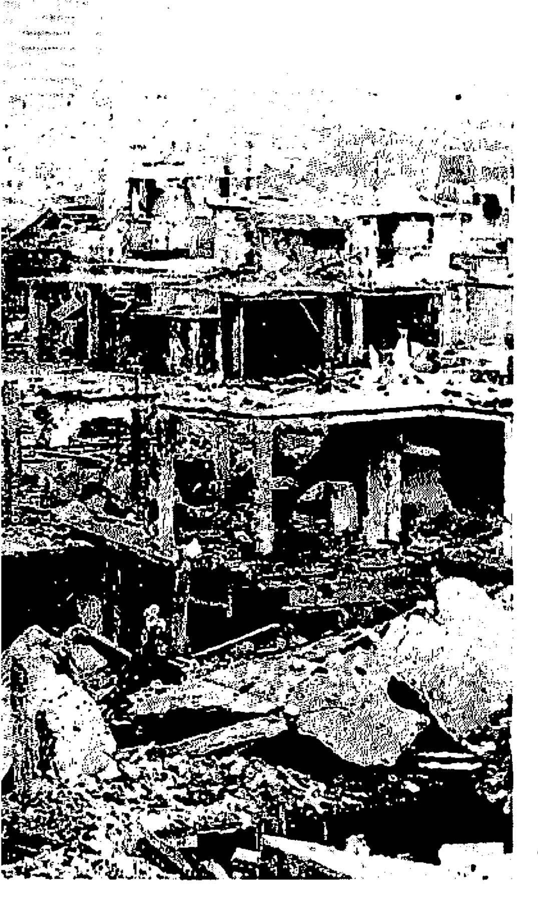
Nein, das ist auch gar nicht mehr versucht worden, denn durch die Verwirklichung des „Master Plans" sind ja alle Bauvorhaben legalisiert. Im Prinzip ist alles legal. Lediglich ein 90 Meter breiter Küstenstreifen wurde von der Regierung in Besitz genommen und unter Schutz gestellt. Das Land dahinter ist für jeden erwerblich. Es geht bei der Aufklärungsarbeit auch darum, zu zeigen, wie gerade dieser schmale Küstenstreifen betroffen ist. Das Gebiet am Strand büßt erheblich an Lebensqualität ein, denn diese „five star culture" ist eine sehr exklusive Kultur. Die Einheimischen werden nicht mehr in der Nähe der Hotels geduldet. Man befürchtet, daß sie die ausländischen Touristen bei ihrer „Erholung" stören könnten. Diese möchten sich nackt bewegen und in der Öffentlichkeit küssen — das ist ohnehin schon für uns sonderbar genug —, dabei möchten sie ungestört bleiben. Mit Mauern, die sich mittlerweile um bald jedes Hotel ziehen, können sie sich von den Goanern abschirmen. Diese Mauern werden bis an die 90 Meter Grenze vorgezogen. Es sieht wie an einer Grenze aus.

Es entsteht ein Klima, das der Öffentlichkeit nach und nach immer mehr die Kontrolle des Strandes entzieht. Die Kleinsiedler sind schon fast verschwunden. Und gerade sie lebten vom Strand als Basis ihrer Subsistenzwirtschaft. Sie investieren nicht in dem Sinn, in dem die moderne Industrie investiert. Ihre einzigen Investitionen sind ihre Boote, ihre Techniken und ihre Geschicklichkeit.

**Stimmt es, daß Goa jetzt für den Tourismus erschlossen werden soll, weil in Sri Lanka und Ostafrika der Boom vorüber ist?**

Der deutsche Agent der Condor Fluggesellschaft sagte zu mir, daß sie nicht mehr nach Uganda und Kenia gehen wegen Aids — Sri Lanka sei erst nach den Unruhen wieder interessant. Also gehen wir nach Goa, denn landschaftlich komme es den verlorengegangenen Paradiesen am nächsten.

jan



# Eine Innenansicht des Lagerkrieges

**„Schatila – Auf dem Weg nach Palästina"**

**Ein Video über den 3. Lagerkrieg, Oktober 1986 bis Januar 1988 Koproduktion von Medienwerkstatt Freiburg und medico international, 45 Min, Copyright Medienwerkstatt Freiburg, 1988**



Als am 6.2.1987 die Bewohner des Lagers Bourj el Buraschne angesichts der verzweifelten Versorgungslage in einem offenen Brief die muslimischen religiösen Autoritäten um die Erlaubnis zum Verzehr von Menschenfleisch bitten, beginnt die Welt sich erstmals für den sogenannten Lagerkrieg der schiitischen Amal-Miliz gegen die plästinensischen Flüchtlingslager im Libanon zu interessieren. Um ihn bald darauf, nachdem mit dem Eintreffen der ersten UNRWA-Nahrungsmittelkonvois[1] in den Lagern die Situation entschärft scheint, schleunigst wieder zu vergessen.

Im Lagerkrieg kämpfen moslemische Araber gegen moslemische Araber. Daher läßt er sich, Teil des angeblich absurden innerlibanesischen Geschehens, leicht als unverständlich abhaken. Doch was da im Südlibanon geschieht, ist in Wirklichkeit ganz einfach: Die Palästinenser sollen vertrieben werden, und inzwischen wollen das beinahe alle. Die Bewohner des moslemischen Westteils Beiruts und des Südlibanons betrachten sie als Störfaktor, weil die palästinensische Präsenz ihnen immer wieder israelische Bombenangriffe bescherte und schließlich 1982 den israelischen Einmarsch herbeiführte. Die Syrer mit ihren Großmachtambitionen wollen unter allen Umständen verhindern, daß die Palästinenser ihre Position im Libanon wieder ausbauen und zu einem Machtfaktor werden wie vor 1982. Und die Israelis, in dieser Frage mit den Syrern einer Meinung, befürchten insbesondere die Entstehung eines palästinensischen Kantons im Süden des Libanon, nahe der eigenen Nordgrenze.

Das Geschäft der Syrer erledigt seit einiger Zeit die schiitische Amal-Miliz, von Assad großzügig mit Waffen ausgestattet. Seit 1984 kontrolliert sie den Westteil von Beirut, und 1985 begann sie erstmals palästinensische Lager unter Beschuß zu nehmen. Ihre Forderung damals wie im dritten, Herbst 1986 begonnenen Lagerkrieg: Die Palästinenser in den Lagern sollen sich total entwaffnen. Doch was bedeutet einseitige Entwaffnung im heutigen Libanon, wo es außer der Gewalt von Waffen keine weiteren Gewalten gibt? Daß die Palästinenser sich beharrlich gegen die Entwaffnung wehren bezeugt, daß sie nicht mehr bereit sind, als wehrlose Flüchtlinge zu existieren. Dies zum Lagerkrieg aus der **Außenperspektive.**

Eine **Innenansicht** des Lagerkriegs vermittelt der Film der Medienwerkstatt, am Beispiel des am Südrand Beiruts gelegenen Lagers Schatila. Die Aufnahmen stammen von einem Betroffenen – Lagerbewohner und Inhaber eines Videoshops, der seine Kamera vor den Bomben retten konnte und sie mitnahm auf seinen Weg durch den von Angst und Psychoterror geprägten Lageralltag während der Blockade. Auf diese Weise entstand ein einzigartiges Dokument.

Die erste Einstellung zeigt Schatila nach mehrmonatigem Beschuß und nach einigen Bombardierungen: Trümmer, wohin das Auge blickt. Es regt sich zwar Leben zwischen diesen Trümmern, doch ein Großteil des Lagerlebens findet ein Stockwerk tiefer statt, in Bunkern und Kellern, die durch unterirdische Gänge verbunden sind. Gewarnt durch die ersten beiden Lagerkriege legte die Bevölkerung von Schatila dieses System vorsorglich an – es ermöglichte immerhin 4.000 Menschen das Überleben während der Bombardierung. Auch wichtige Einrichtungen wie das Krankenhaus von Schatila wurden unter die Erde verlegt.

Die Kamera hält sich die meiste Zeit in dieser Sphäre auf, dort, wo der Alltag der Menschen stattfindet. Sie wandert durch die engen Gänge, gelangt in einen Bunker, in dem sich hunderte von Menschen drängen. Ihnen bleibt nichts anderes übrig als hier auszuharren. Sie filmt das Geschehen in dem unterirdischen Krankenhaus, wo täglich unter primitivsten Bedingungen Verletzte operiert werden. In der Endphase der Blockade ohne Narkose, weil die Medikamente zu Ende gegangen sind.

Keine schützende Distanz zum Geschehen wird dem Zuschauer zugestanden – die Perspektive der Eingeschlossenen wird zu seiner Perspektive. Er befindet sich inmitten der Frauen, wenn aus ihnen die Ver-

zweiflung hervorbricht. Und er befindet sich dort, wo sich der Kameramann befindet, wenn sein Auge durch die Kamera hindurch die Amal-Scharfschützen sucht, die auf den das Lager umgebenden Gebäuden postiert sind. Mit den Augen des Kameramanns schaut er vorsichtig aus der Dekkung übriggebliebener Gebäudeteile nach draußen, von wo der alltägliche Terror kommt.

Der willkürliche Beschuß des Lagers wurde von der Amal übrigens fortgesetzt, auch nachdem die UNRWA im Februar 87 mit der Amal einen Waffenstillstand ausgehandelt hatte, um das Lager mit Nahrungsmitteln beliefern zu können. Und auch nachdem am 8. April 1987 syrische Truppen rings um Schatila stationiert werden, ziehen die Amal-Milizen nicht ab, sondern bilden einen zweiten Ring um die Syrer. Erst im Januar 1988 wird der Lagerkrieg endgültig beendet und Nahib Berri, Chef der Amal, ordnet den Wiederaufbau der Lager an. „Aus Solidarität mit den Aufständischen in den besetzten Gebieten", wie er selbst sagt.

Hintergrundinformation wie diese liefert der Film in drei deutlich gegen den dokumentarischen Teil abgesetzten Einschüben. Auf dieser Weise zerstören die Informationen nicht den Fluß der Bilder. Die Informationen sollen, so die Filmemacher von der Medienwerkstatt, zu den Bildern hinführen, diese aber sodann für sich selbst sprechen lassen. Dies ist gelungen.

Doch der Film lebt nicht nur von der Authentizität seiner Bilder, sondern auch von den Worten der Betroffenen. Der Filmende gibt ihnen viel Raum. Frauen kommentieren Schreckensszenen. Oder sie äußern sich über den Lageralltag, über den Verrat durch die arabischen „Brüder", aber auch über die Zukunft der Palästinenser, über ein zukünftiges Palästina. Diese Zukunft haben die Betroffenen, zumindest die, die zu Wort kommen, in ihrem Kampf ums nackte Überleben nicht aus dem Auge verloren.

Als die Kamera fast ein Jahr später, im Januar 1988 nocheinmal durch Schatila wandert, um den Wiederaufbau zu filmen, ergreift ein Lagerbewohner das Wort: Man müsse, so gibt er zu verstehen, das Versöhnungsangebot Nahib Berris annehmen, das Hauptaugenmerk nun auf den Hauptfeind, Israel, richten und die Brüder und Schwestern in den besetzten Gebieten in ihrem Kampf um Palästina unterstützen. Ein schöner Schluß, der allerdings nach dem zuvor Gezeigten nicht von der prekären Situation der Palästinenser ablenken kann: Wer garantiert ihnen, daß die arabischen „Brüder" ihnen nicht wieder in den Rücken fallen, während sie ihre Kräfte gegen den Hauptfeind mobilisieren? **isar**

Anmerkung:
1) United Nations Relief and Works Agency — UN-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge

**Verleih und Vertrieb:**
**Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel.: 07 61/70 97 57**

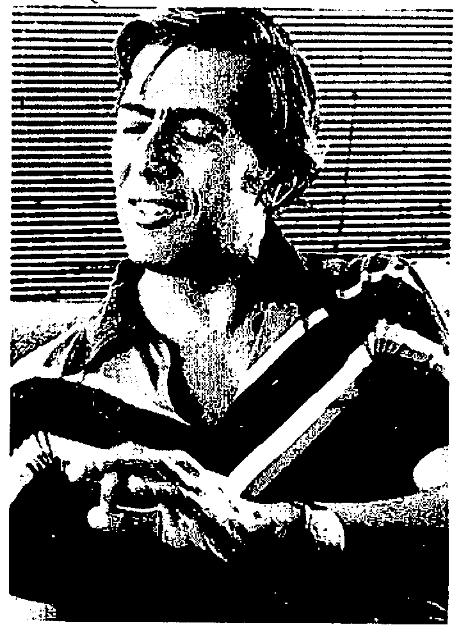
Kultur Kultur Kultur

# Der Dichter, die Demokratie und der Krieg am Ende der Welt

Mario Vargas Llosa ist vielleicht nicht der beste, aber zweifellos Perus berühmtester Schriftsteller. In einem Land, in dem die Fußballer und Soldaten ebenso wie die Kleinhändler und Wirtschaftsminister ständig nur Niederlagen einstecken, nimmt die Nation dankbar jede Gelegenheit wahr, stolz zu sein. Und neben der Damennationalmannschaft im Volleyball ist es vor allem Mario Vargas Llosa, der Peru auf dem internationalen Parkett erfolgreich vertritt. So nehmen es ihm die Peruaner auch nicht übel, daß er seine Bücher statt in Peru in Spanien drucken läßt (was sie dann in Peru fast unerschwinglich macht) und daß er seine Villa über dem Meer in Limas Prominentenbezirk Barranco nur selten betritt, da er den größten Teil des Jahres in den USA und Europa verbringt. Internationaler Ruhm, das wissen die Peruaner, hat seinen Preis, und so zittert denn jedes Jahr aufs neue die gesamte zeitungslesende Öffentlichkeit mit, wenn es wieder um die Verteilung der Nobelpreise geht. Mario Vargas Llosa hat das seine dazu getan, daß sich möglichst alle Peruaner mit seinem Erfolg identifizieren können, in dem er jedem etwas bot. Die Linken können sich an den gesellschaftskritischen Tönen seiner frühen Romane delektieren, das rechte Bürgertum sieht großzügig über diese Jugendsünden hinweg, „Gespräche in der Kathedrale" bedeuten ihm weniger als Gespräche auf Cocktailparties, denen die Limaer Oberschicht mit sicherem Gespür schon lange entnommen hat, daß Vargas Llosa, wenn es darauf ankommt, einer der ihren ist.

### Vargas Llosa als Politiker

So hätte eigentlich alles zum Wohle aller Beteiligten weitergehen können, wenn nicht Vargas Llosa seit Jahren einen offenbar nicht zu unterdrückenden Hang verspürte, die kunstvolle Feder des Schriftstellers gelegentlich mit dem platten Holzhammer des Politikers zu vertauschen. Einen der ersten und gleich ziemlich heftigen Anfälle dieser Art beschrieb er selbst so: „Mir kommt es darauf an, das junge demokratische System in Peru zu retten, das sehr schwach ist und das zugrunde gehen wird, wenn wir es nicht verteidigen. Und weil ich nicht will, daß es zugrunde geht, versuche ich, es zu verteidigen." Worin bestand diese Rettungstat? Anfang 1983 hatte sich die Regierung des damaligen Präsidenten Belaunde entschlossen, dem subversiven Treiben des „Leuchtenden Pfads" in den Bergzonen der Anden, dem sie zwei Jahre untätig zugesehen hatte, ein Ende zu setzen. Sie rief den Ausnahmezustand aus und übergab in Departement Ayacucho, dem Zentrum des Aufstands, den Militärs die Macht. Die lösten zwar bis heute das Problem nicht (und dürfen daher weiterhin



Ayacucho per Ausnahmezustand beherrschen) ließen sich aber die Gelegenheit, endlich das in zahllosen counterinsurgency-Kursen Gelernte in die Tat umzusetzen, nicht entgehen. Gleich im Januar 1983 brachten sie weit mehr Menschen um als der Leuchtende Pfad in den vorangegangenen zweieinhalb Jahren seines „Bewaffneten Volkskriegs“. Unter den Opfern waren auch acht Journalisten, die bei dem Versuch, ein vorangegangenes Massaker aufzuklären, in dem entlegenen Dorf Uchuraccay am 23. Januar 1983 zusammen mit ihrem einheimischen Führer umgebracht wurden. Zweifellos ein schwerer taktischer Fehler, denn nun waren die Zeitungen voll mit Berichten über den schmutzigen Krieg im Hinterhof Perus. Zwar taten Militärs und Regierung alles, um eine Aufklärung des Verbrechens an den Journalisten zu verhindern, aber gerade das machte die Umstände ihres Todes umso verdächtiger. Unter den Tausenden von Toten, die der schmutzige Krieg seither produziert hat, sind auch heute noch, fünf Jahre nach dem



Geschehen, die „Märtyrer von Uchuraccay“ im Gedächtnis der Öffentlichkeit lebendig geblieben. Die Strategie der Regierung, das Verbrechen zu verschleiern ist rundum gescheitert, und dies trotz Mario Vargas Llosas Rettungstat, oder vielleicht gerade wegen seiner übereifrigen Bemühungen.

Präsident Belaunde hatte es seinerzeit für klug gehalten, eine eigene Untersuchungskommission einzusetzen, deren Vorsitz er niemandem anders als seinem Freund Mario übertrug, anstatt die Justiz bei der Aufklärung des Verbrechens zu unterstützen, wie es der „jungen und schwachen Demokratie“ zweifellos gut angestanden hätte. Vargas Llosa hatte gerade seinen Roman „Der Krieg am Ende der Welt“ geschrieben, was ihn in den Augen der Limaer Politiker zweifellos als Experten für derartige Vorfälle qualifizierte. Und sie sollten Recht behalten. Zwar haben spätere Untersuchungen, auch in Gerichtsverfahren, erwiesen, daß an dem Bericht, den die Vargas-Llosa-Kommission über Uchuraccay vorlegte, so gut wie nichts stimmte, in sich jedoch ist er stimmig: Alles läuft darauf hinaus, daß weder Regierung noch Militär noch Polizei von dem Verbrechen etwas wußten noch gar daran beteiligt waren. Das Verbrechen, so die Version von Vargas Llosa, sei das Werk ungebildeter Hinterwäldler gewesen, die die Journalisten mit Terroristen und ihre Kameras mit Maschinengewehren verwechselt hätten – der Krieg am Ende der Welt, vom brasilianischen Nordosten in die Anden Perus verpflanzt, und all das nicht etwa im Ton vorsichtiger Zurückhaltung, sondern jeweils eingeleitet mit einem donnernden „Mit absoluter Überzeugung...“, das inzwischen zum geflügelten Wort in Peru geworden ist. Die Regierung nahm diesen Rettungseinsatz für die Demokratie dankbar zur Kenntnis und brachte in der nächsten Regierungskrise höflich Mario Vargas Llosa als möglichen Ministerpräsidenten ins Gespräch. Der aber winkte vornehm ab. So weit sollte der Ausflug in die Macherszene – vorerst – nicht gehen. Der Retter zog es vor, seine Erkenntnisse über die Wilden von Uchuraccay erst einmal ausführlich in der internationalen Zeitschriftenpresse zu vermarkten. Doch Marios Image als allseits geliebter Sunnyboy Perus hatte einen ersten tiefen Riß bekommen. Vielen Pressekommentatoren war zwar deutlich anzumerken, wie peinlich es ihnen war, den berühmten schreibenden Kollegen zu kritisieren, doch sie taten es. Der aber tat, nachdem er durch seine Rettungstat an der Demokratie seine politische Unschuld verloren hatte, das, was die meisten in solchen Fällen tun: er warf sich seinem Schänder an die Brust. Immer häufiger war er in Gesellschaft des angeschlagenen Präsidenten Belaunde und der übrigen Größen von dessen Partei der „Volksallianz“ zu sehen. Im Wahlkampf 1985 gab er dem Kandidaten der Partei öffentlich Unterstützung – vergebens: Im



freien Fall gelangte die „Volksallianz“ von rund 40 % auf gerade noch 5 % der Stimmen. Strahlender Sieger aber wurde ein Mann, den Vargas Llosa schon deswegen nicht ausstehen kann, weil er genauso strahlend die Zähne entblößen, jugendliche Dynamik verbreiten und sich auf internationalem Parkett in Szene setzen kann wie er selbst: Alan Garcia.

Der Schock muß tief gesessen haben. Denn fast zwei Jahre zog sich Vargas Llosa aus der Politik zurück, ließ allenfalls indirekt spüren, daß er sich nicht geschlagen gab, sondern die Herausforderung annahm. Immer eindeutiger profilierte er sich, vorzugsweise im Ausland, als Sprecher des anderen, des wahren, des demokratischen Lateinamerikas. Bekannt geworden sind seine Ausfälle gegen Gabriel Garcia Marquez, den „Höfling Castros“, die er sinnigerweise auf dem PEN-Kongreß in New York vortrug, zu dem die amerikanische Regierung demokratisch und freiheitsliebend wie immer, diesem die Einreise verweigert hatte. Weniger bekannt geworden, vielleicht weil nicht von Günter Grass erwidert, sind andere Reden Vargas Llosas in den USA, die jedoch nicht weniger Aufmerksamkeit verdienen. Vor dem „Metropolitan Club“, wiederum in New York, hielt Vargas Llosa am 19. März 1987 eine Rede über die Universitäten und die Demokratie Lateinamerikas.

## Die guten ins Töpfchen...

Die Universitäten in Lateinamerika müssen nach Vargas Llosa vor allem in die staatlichen und die privaten unterteilt werden. Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. „Die staatlichen Universitäten Lateinamerikas – so Perus berühmtester Intellektueller wörtlich – haben sich, mit wenigen Ausnahmen, in Instrumente der Gewalt und Brutstäten der Intoleranz, des Fanatismus und häufig des Terrorismus verwandelt.“ Es erscheint Vargas Llosa folglich „nicht übertrieben, wenn ich sage, daß die Mehrheit der staatlichen Universitäten Lateinamerikas den Titel Universität nicht mehr verdient.“ Mit dem Holzhammer gesprochen, ohne Zweifel. Die staatlichen Universitäten Lateinamerikas stekken in der Tat in einer Krise. Sie zeigt sich in erster Linie als Finanzkrise. Die älteste Universität Lateinamerikas z.B., die Universität San Marcos in Peru, deren Renommee als Hort höchster akademischer Tradition immerhin groß genug war, daß auch ein junger Mann namens Vargas Llosa sich dort – selbstverständlich erfolgreich – um Aufnahme bemühte, blutet seit Jahren an Geldmangel aus. Ähnlich geht es vergleichbaren Universitäten in Chile und anderen Ländern des Kontinents. Das Geld, das diesen Universitäten für die Aufrechterhaltung ihres Niveaus in Lehre und Forschung fehlt, wird in den Aufbau neuer, privater Universitäten gesteckt. Der Grund ist einleuchtend. Die staatlichen Universitäten haben Generationen nicht nur guter Aka-

demiker, sondern auch kritischer Intellektueller hervorgebracht, die weder vor den Militärdiktatoren der siebziger Jahre in die Knie gingen noch sich von den Demokraten, die ihnen nachfolgten, willfähig machen ließen. Die in langen Jahrzehnten erkämpften akademischen Selbstverwaltungsrechte der Universitäten gaben ihnen zudem, zumindest in Zeiten, in denen gewisse demokratische Spielregeln galten, eine starke Position. Was liegt da näher als den Baum, auf dessen Ästen die Kritiker frech daherpfeifen, austrocknen zu lassen und nebenan junge Bäumchen zu pflanzen, die man fest ans Spalierholz binden kann? Genau darum geht es Vargas Llosa. Seine Rede hielt er nämlich zur Gründungsversammlung des „Interamerikanischen Fonds für unabhängige Universitäten in Lateinamerika", einer Einrichtung, die vom „Projekt Demokratie" finanziert wird, das Präsident Reagan 1982 zur Verbreitung seiner Demokratie im Rest der Welt gegründet hat, und das sich nicht nur auf die Finanzierung von Einrichtungen wie dem Universitätsfond beschränkt, sondern laut New York Times (15.2.87) auch an der Kanalisierung der Iran-Gate-Gelder an die nicaraguanische Contra beteiligt war. Im Aufsichtsrat des Universitätsfonds sitzt niemand geringerer als Henry Kissinger, aber auch – Ehre, wem Ehre gebührt – Mario Vargas Llosa, der somit gleich bei der feierlichen Gründungsversammlung gezeigt hat, wie glücklich die amerikanische Regierung ihre Wahl getroffen hat. Um auch letzte Zweifel zu beseitigen, betonte er am Schluß seiner Rede noch, daß es nicht genüge, den Universitätsfonds gegründet zu haben, daß diese „Hilfe vielmehr in richtiger Weise gewährt werden müsse, indem man den nötigen Druck ausübt. Es ist nötig, die Arbeitsprogramme unserer unabhängigen Universitäten zu unterstützen, aber man muß Druck auf sie ausüben, damit sie demokratischer werden" Hier haben wir es, das Talent des wahren großen Manns des Wortes, der es, auch wenn es als Holzhammer auf uns niedersaust, noch so gewandt zu verdrehen weiß, daß wir den Atem vor Bewunderung anhalten und in begeisterten Beifall ausbrechen ob des niegesehenen Kunststückes. Unabhängig sind die vom Fonds für unabhängige Universitäten geförderten Universitäten also gerade deshalb, weil sie vom Fonds für unabhängige Universitäten unter Druck gesetzt werden.

### Vargas Llosa und die Demokratie

Vielleicht dürfen wir diese zwei Jahre, in denen Vargas Llosa seine Position vor allem in den USA definierte und festigte, als eine Periode der Läuterungen verstehen, die jeder Prophet in der Wüste zu verbringen hat, bevor die Zeit kommt, da er seine Stimme wie Donnerhall in der Heimat ertönen läßt. Für Mario Vargas Llosa war diese Zeit angebrochen, als Präsident Garcia am 28. Juli 1987 die Verstaatlichung der peruanischen Privatbanken ankündigte. Fast über Nacht warf sich – wurde auch wohl ein bißchen geworfen – Vargas Llosa an die Spitze einer Bewegung, deren Motto in kernigen Lettern an allen Wänden prangte, aus allen Fernsehsendern tönte – mit Ausnahme natürlich des unbedeutenden staatlichen Senders –, die Zeitungen zur Erhöhung ihrer Seitenzahlen trieb, und vor allem in unvergeßlichen abendlichen Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen dem konfetti- und parfümbestreuten Feuerkopf des Mario Vargas Llosa entströmte: FREIHEIT! Ein Star war geboren, eine orgiastische Bewegung zur Verteidugung der Freiheit der Bankangestellten und Bankdirektoren, der Lumpensammler und Großindustriellen, der Schriftsetzer und Schriftsteller, der Freiheit des Wortes, der Gedanken und der unternehmerischen Tat, aller und jedermanns Freiheit wurde verteidigt gegen die Verstaatlichung der Banken, ein wahrer Titanenkampf zwischen der Macht der totalitären Finsternis und dem Engel der Freiheit, der unermüdlich den Massen predigte. Niemand hat diesen Kampf so herrlich besungen wie das Wallstreet Journal (am 9. September 1987): „Ein außergewöhnlicher Held ist erschienen: Der Dichter Mario Vargas Llosa." Aber angesichts der gewaltigen Aufgabe schlichen sich auch in dieser Gazette schon erste Zweifel ein: „... schwer vorauszusehen, ob die Anstrengungen von Vargas Llosa sein Land retten werden."

Die Bewegung bewahrte ihren orgiastischen Charakter. Zu einem nicht genau vorherzusehenden Zeitpunkt erreichte sie ihren Höhepunkt, um kurz darauf zusammenzubrechen. Die Kämpfer zogen sich ermattet zurück, Alan Garcia zu seinen ratlosen Beratern, Mario Vargas Llosa nach Spanien – wie die Zeitung „El pais" zu berichten wußte, in eine Prominentenklinik zur Schlankheitskur. Die Balkone von Lima, auf denen sich die beiden Matadoren wochenlang Redeschlachten geliefert hatten (von einem Volkskünstler sehr treffend ins Bild gesetzt, mit dem Volk unten, das nicht recht weiß, welchem Balkon es sich zuwenden soll, sicherheitshalber aber mal von der Polizei verprügelt wird), sind wieder verwaist. Ob die Banken nun verstaatlicht sind, weiß niemand genau zu sagen, im schwülen Sommer von Lima öffnen sie ohnehin kaum. Somit bleibt auch unklar, ob die Freiheit gesiegt hat. Eines aber ist klar geworden. Mario Vargas Llosa ist der einzige Politiker der Opposition, der Alan Garcia auf dem Balkon gewachsen ist – wenn er denn ein Politiker der Opposition werden will. Diese Frage ist inzwischen die einzig interessante, die übrig geblieben ist: will Mario oder will er nicht – Präsident werden nämlich. Ein bißchen gehts dabei auch um die Frage: wollen die anderen Politiker der Opposition, die eben, die jahrzehntelang richtig Politik gemacht haben, die Ochsentour durchlaufen und sich mühsam an die Spitze gekämpft haben, wollen sie das Feld einem überlassen, der im Fallschirm aus dem Jet in ihr Terrain abspringt nur weil er als einziger so schön reden, grinsen und Herzen brechen kann wie Alan Garcia?

Zwei Jahre sind noch Zeit bis zum nächsten Wahltermin in Peru. Genügend Zeit also, ausgiebig hinter den politischen Kulissen zu flüstern, zu treten oder zu morden. Vorerst tun alle Politiker der neu erstarkten rechten Opposition das einzig vernüngtige: sie dementieren. Und zwar alles.

Mario Vargas Llosa hat noch großes vor. Die Demokratie in Peru zu retten wird nicht einfach sein. Ein Präsident Vargas Llosa würde bald feststellen müssen, seinen emphatischen Beteuerungen zum Trotz, daß das Kernproblem der Demokratie in Peru nicht in der Bewahrung der Freiheit des Unternehmertums, sondern in der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und wirklicher Teilnahme des Volks an der Politik, also an den Entscheidungen über die wesentlichen Bedingungen, die den täglichen Existenzkampf der Menschen bestimmen, liegt. Allen Preisliedern auf die democracy Reaganscher Prägung zum Trotz weiß das auch Vargas Llosa, wußte es zumindest, als er in seinem Bericht über das Verbrechen von Uchuraccay die tiefe Kluft beschrieb, die den Bergbauern von Uchuraccay selbst vom ärmsten Journalisten von Lima trennt. 1983 malte Vargas Llosa diese Kluft in den schwärzesten Farben aus, um eine Regierung reinzuwaschen, die sie völlig ignorierte. Die Rettung der Demokratie durch Ausgrenzung von allem, was nicht ins Bild paßt. 1987/88 malt Vargas Llosa die Kluft mit den dicken Pinselstrichen seiner Freiheitsparolen wieder zu, um eine Regierung anzuschwärzen,die die Kluft zwar nicht überbrückt, aber wenigstens besichtigt hat. Das Ergebnis ist das gleiche: Ausgrenzung der sozialen Probleme zur Rettung der Demokratie. Daß das nicht funktionieren wird, weiß auch Mario Vargas Llosa. Deswegen fällt es nicht schwer, vorherzusagen, ob er 1990 wirklich um die Präsidentschaft kandidieren wird oder nicht. Er wird nicht. Er wird weiterhin auf den Nobelpreis warten, wenngleich unter geringerer Beteiligung der restlichen Peruaner. Vielleicht bringt ja sein neuer Roman den Durchbruch. Sein Titel: el hablador.

**Ruben Gómez**

## Autoindustrie und Automobilarbeiter in Mexiko

Das Thema „Transnationale Konzerne und Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in Entwicklungsländern" spielt in der entwicklungspolitischen Diskussion seit jeher eine wichtige Rolle. Je prononcierter die darin vorgetragenen Thesen — so könnte man polemisieren — desto schwächer ist in der Regel ihre wissenschaftliche Fundierung. Das Buch von R. Dombois ist hier eine erfrischende Ausnahme: Der Autor beschreitet Neuland, indem er entwicklungssoziologische Fragestellungen mit Perspektiven der Arbeitsmarktforschung verknüpft und auf dieser Grundlage hypothesenorientiert Ergebnisse aus eigenen Primärerhebungen in der mexikanischen Automobilindustrie vorstellt und interpretiert. Zwei zentrale Fragestellungen strukturieren das Buch:

1. Warum gehen transnationale Automobilkonzerne in Schwellenländer bzw. welche Rolle spielen bei diesen Ansiedlungen Arbeitskosten und Arbeitsmarkt?

In Auseinandersetzung mit der These von der „Neuen Internationalen Arbeitsteilung", der zufolge sich nicht nur auf der Ebene der Handelswaren, sondern auch




*Plakat in Puebla, Mexiko: „Willkommen in Puebla, der Hauptstadt von Volkswagen".*

der Produktionsstandorte und Arbeitskräfte ein (freier) Weltmarkt herausgebildet habe, kommt R. Dombois zu dem Ergebnis, daß die Lohnkostenvorteile Mexikos durch andere Mehrkosten (skalenökonomische Nachteile, relativ hohe Preise und schlechte Qualität der Zulieferer usw.) aufgefangen oder gar überkompensiert werden; der Arbeitsmarkt spielt bei der Standortwahl nicht die ihm oft unterstellte zentrale Rolle. Die Transnationalen Autokonzerne (untersucht am Beispiel Fort, General Motors, Volkswagen) wollten sich — so eine zentrale These des Buches — durch die Ansiedlung von Produktionsstätten in Mexiko vor allem den Zugang zu einem attraktiven, vor Importen von Fertigautos geschützten Binnenmarkt verschaffen.

2. Gibt es (auch) in Schwellenländern segmentierte Arbeitsmärkte mit „privilegierten Arbeitern" oder erzeugt der millionenfache Konkurrenzdruck der aus den „traditionellen" Sektoren in die „moderne" Industrie drängenden Arbeitskräfte den Typ eines „homogenen Massenarbeiters" mit schlechter Entlohnung und instabilen Beschäftigungsverhältnissen?

R. Dombois kann durch die Untersuchung der Mechanismen von Rekrutierung, Qualifizierung, Entlohnung und Arbeitsplatzzuweisung zeigen, daß es auch in Mexiko „gespaltene Arbeitsmärkte" gibt. Stammarbeitern mit relativ hohem Einkommen und stabiler Beschäftigung stehen zeitlich befristet Beschäftigte mit schlechteren Arbeitsbedingungen gegenüber, die als Flexibilitätspolster dienen. Die Herausbildung betrieblicher Arbeitsmärkte hat nicht nur für das Unternehmen die Funktion der stufenweisen betriebsinternen Qualifizierung, sondern ist auch Ergebnis institutionell verankerter, gewerkschaftlich erkämpfter Machtpositionen.

Das Buch von R. Dombois zeigt insgesamt die Reichweite und Bedeutung staatlicher Wirtschafts- und Industriepolitik und arbeitsrechtlich-politischer Regulierungen. Während Modernisierungstheorien die Wirkung externer Bedingungskonstellationen häufig unterschätzten, wurden diese in der „Dependenz"-Theorie in der Regel überbetont. Besonders die Diskussion um die ostasiatischen Schwellenländer hat hier in den letzten Jahren zu einer gewissen Synthese geführt: Innerhalb der je spezifischen Konfiguration des „Weltsystems" haben Nationalstaaten nicht zu unterschätzende Handlungsspielräume. Die Arbeit von R. Dombois ist ein wichtiger Beitrag zu dieser Diskussion, weil sie die industriellen Beziehungen am konkreten Beispiel der mexikanischen Autoindustrie im Zusammenwirken von staatlicher Politik, transnationalen Konzernstrategien und den Arbeitsmarktstrukturen in einem Schwellenland aufzeigen.

Die beobachtbaren Umbruchtendenzen sowohl in der Weltautomobilindustrie (Überkapazitäten, flexible Automatisierung, Restrukturierung der Arbeitsbeziehungen usw.) als auch in der mexikanischen Industriepolitik (von importsubstituierend-protektionistischer zu exportorientiert-liberalistischer Orientierung) könnten mittelfristig die von R. Dombois beschriebene spezifische Konstellation entscheidend verändern; dem wird durch die Untersuchung der erst in den letzten Jahren aufgebauten hochmodernen Fertigungsstätten für die Exportproduktion Rechnung getragen. Welcher Produktionstyp, mit welchen Arbeitsmarktmechanismen und welchen Mustern industrieller Beziehungen sich hier auf mittlere Sicht durchsetzen wird, bedarf allerdings weiterer empirischer Studien.

Das Buch von R. Dombois ist sowohl für die entwicklungssoziologische Forschung und Diskussion wie auch für die Arbeitsmarktforschung ein entscheidender Gewinn.

**Ludger Pries**

Rainer Dombois: Autoindustrie und Automobilarbeiter in Mexiko. Zur Entwicklung der Automobilindustrie und ihrer betrieblichen Arbeitsmärkte in einem Schwellenland, Berlin 1988, Edition Stigma, 27,80 DM.

# Buchbesprechungen

## Vom neuen Menschen — über die Gedankenwelt Che Guevaras

Politische Biographien sind parteilich. Die beschriebenen Figuren werden dem speziellen Erkenntnisinteresse des Autors unterworfen. Als der italienische Marxist Roberto Massari zwanzig Jahre nach dem Tod Che Guevaras ein Buch über dessen politisches und philosophisches Denken verfaßte, entschied er sich, keine Biographie zu schreiben, zumal es bereits mehr als genug davon gab. Die Darstellung der Gedankenwelt dieses lateinamerikanischen Revolutionärs reizte den Autor mehr als seine Lebensbeschreibung. Daß aus diesem Buch schließlich doch eine Biographie eigener Art wurde, lag an Guevara selbst. Seine Ideen und sein Leben waren unentwirrbar miteinander verknüpft.

Auch die Darstellung der Gedankenwelt eines Revolutionärs mußte selektiv ausfallen. Der Autor begab sich auf eine Gratwanderung zwischen dem Ikonographiebedürfnis der heute nicht mehr ganz Neuen Linken und der Beckmesserei stalinesker Kritiker, um die Bedeutung Guevaras und seiner Ideen für uns Heutige zu erschließen. Das ging zu Lasten der Vollständigkeit. Die unausgegorenen Gedanken aus seiner stalinistischen Frühphase blieben ebenso unerwähnt wie sein Charisma und der Revolutionsmythos.

Ist ein neues Buch über die Symbolfigur des lateinamerikanischen Befreiungskampfes von mehr als nur historischem Interesse? Und wenn so ein Buch keine erneute Heldendarstellung sein will, was kann es dann im politischen Denken der Linken von heute in Gang setzen? Solche skeptischen Fragen liegen nahe — auch Massari stellt sie sich. Schließlich sind weder Guevaras Gedanken über die Ökonomie, noch seine Praxis als Industrieminister im befreiten Kuba, weder seine Bürokratiekritik, noch seine Guerillapraxis — für sich genommen — von so entscheidender Originalität und Bedeutung für die heutige Diskussion in der Linken, daß so ein Guevarabuch unentbehrlich wäre.

Und dennoch: selbst seine fragwürdigste Theorie, das Guerillakonzept, hat nicht nur damals die Massen der intellektuellen Jugend in Amerika und Europa erfaßt, es lebt bis heute — in veränderter Form — in Lateinamerika fort. Aus den versprengten Guerillagruppen von einst ist heute in fast allen Ländern dieses Subkontinents eine Massenbewegung geworden. Die heutigen Guerilleros haben die unwegsamen Gebirge und Urwälder verlassen und bedrohen in den urbanen Zentren dieser Länder die politischen Statthalter des US-Kapitals. Sie sind die legitimen Nachfahren Che Guevaras. In der heutigen Guerilla haben sich drei spezifische Elemente vereinigt, die bereits Guevara für unverzichtbar hielt: die besten Traditionen lateinamerikanischer Radikalität, das Wissen um die materielle Notsituation der Massen, ihre Ausbeutung durch den Imperialismus und seine einheimischen Helfer und schließlich die kritischen Ideen des europäischen Marxismus. Eben diese Verbindung von Leidenschaft, Wissen und Handeln, wie sie in Che Guevara Gestalt angenommen hat, ist für die Guerilla von heute — und nicht nur für sie — von bleibender Motivationskraft.

So legt Massari in seinem Buch auf diese Einheit von Theorie und Praxis besonderen Nachdruck. Zahlreiche Notizen, die in den bisherigen Biographien über Guevara entweder überhaupt nicht vorkommen oder unterbelichtet bleiben, belegen diese seltene Verbindung von Idee und Handeln. Massari, der von seinen früheren Arbeiten her ein Kenner der lateinamerikanischen Materie ist, schreibt über die Gedankenwelt Guevaras umso sachkundiger, als ihn seit 1968 eine enge Freundschaft mit der ersten Frau Guevaras, Hilda, verbindet.

### Menschlichkeit im Befreiungskampf

Die in die Zukunft weisenden Ideen Guevaras sind das Ergebnis eines sehr bewußt gelebten Lebens, dessen einzelne Stationen er zunehmend kritischer verarbeitet hat. Die Konfrontation mit der Brutalität und dem Zynismus in den revolutionären Kämpfen auf dem Kontinent und später im Befreiungskampf in Kuba schürt seinen Haß. Er beschreibt im „Kubanischen Tagebuch" die Hinrichtung zweier Denunzianten, die er selbst angeordnet hatte. Es sei „ein wirklich abstoßendes und gleichzeitig erbärmliches Schauspiel (gewesen), doch die Gesetze des Krieges durften in jenen schwierigen Augenblicken nicht mißachtet werden".

Schon damals setzte sich Guevara mit der Zweck-Mittel-Relation auseinander. Er verachtete die Moral der Fanatiker, für die der Zweck jedes Mittel heiligt. Aber im Kampf mit einem bösartigen Gegner konnte er sich die Humanisierung aller Mittel nicht leisten. Ein Konflikt, in den alle Revolutionäre unweigerlich geraten.

Dieser Konflikt scheint am Anfang einer geistigen Neuorientierung Guevaras zu stehen. Beim Nachdenken über Ziel und Sinn aller gesellschaftlichen Aktivitäten, insbesondere aber der Revolution, ergreift eine Idee von ihm Besitz und läßt ihn nicht wieder los: die humanistische Motivation der Revolution. Alles Ringen um politische Macht erfährt seine Rechtfertigung ausschließlich, indem es den Menschen zur Erfüllung seiner Möglichkeiten befreit. Im unnachgiebigen Befreiungskampf darf der Revolutionär sich nicht verhärten. Die Leidenschaft des Hasses darf die Leidenschaft der Liebe nicht ausschließen. Er schreibt: „Es ist unmöglich, sich einen echten Revolutionär ohne diese Eigenschaft (der Liebesfähigkeit) vorzustellen. Er muß eine leidenschaftliche Seele mit einem kühlen Intellekt verbinden ... Man benötigt viel Menschlichkeit und ein großes Maß an Gerechtigkeits- und Wahrheitssinn, um nicht in dogmatische Extreme und kalte Scholastik zu verfallen ...". Der „reale Sozialismus", wie Guevara ihn in der Sowjetunion vorfindet, bestärkt ihn in der Überzeugung, daß bürokratische Praxis und sozialistische Moral unvereinbar sind. Schon im Kampf um die Befreiung der Menschen zu seinen Möglichkeiten müssen die Mittel auf den Zweck bezogen sein.

Nicht diese humanistisch-ethischen Ideen sind es, die Guevaras Bedeutung ausmachen, sondern sein geschichtstheoretisches Bemühen, diese Ideen praktisch werden zu lassen. Noch wenige Tage vor seiner Ermordung im bolivianischen Dschungel widmete er sich als Mediziner der Pflege von verwundeten Feinden, die in die Gefangenschaft der Guerilla geraten waren — eines von vielen Beispielen für seine Wandlung seit jener Gefangenenhinrichtung in der kubanischen Revolution.

Im letzten Teil seines Buches verweist Massari auf das utopische Element in Che Guevaras Denken und Leben. Es findet seinen prägnantesten Ausdruck in seiner Vision vom Neuen Menschen. „Wir werden den Menschen des 21. Jahrhunderts hervorbringen: uns selber." (aus: „Der Sozialismus und der Mensch in Kuba", 1969). Im Befreiungskampf — so Guevara — ist das Moment der Utopie unerläßlich. Eine Lehre, die man den „Eindimensionalen", den Positivisten und den Bürokraten aller Länder ins Stammbuch schreiben sollte — vor allen Dingen den „Linken" unter ihnen.

Fidel Castro scheint damals entsprechende Ahnungen gehabt zu haben, als er in einer Rundfunksendung 1967 sagte: „Von Ernesto Guevara wird man nie in der Vergangenheit sprechen können ..."

**Hans Baier**

Roberto Massari: Che Guevara, Politik und Utopie; 342 Seiten, 29,30 DM, ISBN 3-7638-0470-6, erschienen in der Edition Zeta im dipa-Verlag

**zu Blätter des iz3w Nr. 148 (April 1988)**
Unser Leser vermißt im Themenheft zu Menschenhandel einen Bericht über die traditionelle Prostitution in Thailand, die wie er im folgenden Beitrag beschreibt eine nicht unerhebliche Rolle in den Städten des Nordosten einnimmt:

## Sextourismus Thailand — Inlandsnachfrage

Es ist richtig, daß der Sextourismus in Thailand während der letzten Jahre einen rasanten Auftrieb genommen hat. Die Infrastruktur für diesen Dienstleistungsbetrieb lieferten die Amerikaner während des Vietnamkrieges. Die thailändischen Regierungsbehörden spielen dabei mit und fördern diesen „Wirtschaftszweig" sogar. Neben den internationalen Tourismuskonzernen profitieren auch die thailändischen Bordellbesitzer, Coffee-Shop Inhaber und Zuhälter von diesem Geschäft.

Bei der Beurteilung dieser Zusammenhänge muß man sich allerdings von dem Klischee lösen, „armes Mädchen vom Lande wird von Eltern oder Verwandten nach Bangkok verkauft, nichtsahnend, und wird von Zuhältern ins Bordell nach Pattaya geschafft, wo die fetten Touristen aus den Industrieländern auf sie warten". Dies ist zwar sicherlich der Endpunkt der Laufbahn vieler Prostituierter in Thailand, aber die Vorgeschichte sieht oft anders aus. Auch muß das Ziel nicht Pattaya, die Patpong oder die Soi Cowboy in Bangkok sein.

Die Hauptabnehmer der Prostitution in Thailand sind die thailändischen Männer. In fast jeder größeren Stadt in Thailand gibt es Bordelle, Coffeeshops und Nightclubs. Davon werden die wenigsten von der Masse der ausländischen Touristen erreicht. Die fliegen nämlich nur nach Bangkok, Chieng Mai, Pattaya oder auf die Go Samui, ein herzlich kleiner Teil des Landes.

Der Prozentsatz der thailändischen Männer, die regelmäßig ins Bordell gehen, ist nicht gering einzuschätzen. Die Frage „Na, wann warst du das letzte Mal im Bordell", gehört zu den normalen Gesprächsthemen unter Männern. Der Besuch einer Prostituierten wird als nichts Anstößiges angesehen, viele brüsten sich sogar damit. Die Frauen der Männer wissen meist davon, schweigen aber nach gut thailändischer (Frauen-)Sitte. Für einen Thai, der es sich leisten kann, und das sind nicht wenige, ist es nichts Ungewöhnliches, eine oder auch mehrere „Nebenfrauen" (mia noi = kleine Frau) zu haben, es steigert vielmehr das soziale Ansehen. Umgekehrt kann natürlich eine Frau keinen „kleinen Mann" haben!

Auf der anderen Seite ist ein Mädchen, das aus einer dörflichen Struktur im Nordosten in die Prostitution geht oder gezwungen wird, ein für allemal gebrandmarkt. Allein die Tatsache, daß sie nach Bangkok in eine Fabrik geht, kann zur Folge haben, daß sie in ihrem Dorf keiner mehr heiratet. Man geht davon aus, daß Prostitution in Bangkok für ein junges Mädchen zwangsläufig ist. — Die jungfräuliche Heirat ist ein Muß in der ländlichen Gesellschaft Thailands. Mit der Prostitution ist die Einbindung in das soziale und religiöse Gefüge des Dorfes faktisch aufgehoben. Es gibt kein zurück.

Diese Doppelmoral in der thailändischen Gesellschaft ist zwar nicht die alleinige Ursache des Sextourismus, aber ohne sie wäre er nicht möglich.

Ich will hiermit keinesweg die Ursachen des Sextourismus verharmlosen, die vor allem in den Industrieländern zu suchen sind und wirtschaftlicher wie sozialer Natur sind. Ich möchte lediglich auf einen Aspekt hinweisen, der bei der Diskussion oft verschwiegen, vergessen oder unterbewertet wird.

Meine Sicht ist dabei geprägt durch einen 10-monatigen Aufenthalt im Nordosten Thailands (1986/87), bei dem ich zahlreiche Gespräche mit Männern und Frauen zum Thema geführt habe. Pattaya und Bangkok habe ich nur am Rande erlebt.

**Hans-Peter Piepho**

Liebe FreundInnen,
Ich bin heute erst dazu gekommen, den Beitrag über AIDS IN AFRIKA zu lesen. — 1987 hätte ich dem sicherlich noch Glauben geschenkt, was in dem Aufsatz steht, den Hans Seus geschrieben hat. Untersuchungen des amerikanischen Molekularbiologen und Krebsforschers Peter H. Duesberg (Berkeley), der begründet die These vertritt, daß eine HIV-Infektion weder notwendige noch hinreichende Bedingung für eine Erkrankung sei und Überlegungen verschiedener (kritischer) anderer Wissenschaftler ließen mich zwischenzeitlich der Interpretation Glauben schenken, die AIDS als gezielt eingesetztes Mittel der amerikanischen chemisch-biologischen Kriegsführung begreift. — Nachdem sich langsam abzeichnet, daß AIDS hier ein Minderheitenproblem bleiben wird und parallel dazu immer offensichtlicher wird, daß die behaupteten Übertragungsmechanismen nicht mit den vorhandenen Daten verifiziert werden können, würde mich sehr interessieren, ob Ihr Quellen habt, die zu ähnlichen Resultaten gelangt sind. Kollek vermutet einen Zusammenhang zwischen der weltweiten Pockenschutzimpfung der WHO und der differierenden AIDS-Epidemiologie in verschiedenen Entwicklungsländern. Parallel zu den Ausführungen Kolleks habe ich in den medizinischen Fachzeitschriften, die ich an der Uni auswerte, festgestellt, daß zwischen 1984 und 1987 eine ausführliche Debatte darüber ablief, ob AIDS möglicherweise ausgelöst werde durch die seinerzeit neueingesetzten Hepatitis-B- und Herpes-Vakzine. Kurzum, m.E. ist da noch einiges im Busch, da Euer Berichterstatter de facto auch nur spekuliert hat (Eine Spekulation bleibt auch dann eine Spekulation, wenn sie sich auf eine Studie bezieht, die auch keine empirisch abgesicherte Basis hat.)

**Udo Schüklent**

**Kritische Anmerkungen zum Schwerpunktthema „Menschenhandel", iz3w Nr. 148**

Das Thema „Frauenhandel" hätte nach meiner Auffassung eine bessere Durchgliederung — eingeleitet etwa mit einer grundsätzlichen Einführung — verdient gehabt. So habe ich es als recht diffuse Darstellung des Problems empfunden.

Der Handel mit menschlichen Organen aus der Dritten Welt ist für mich viel zu kurz abgehandelt worden. Zeigt sich doch hier die ganze Perversion des Geschehens. Uns liegen allein aus den letzten Monaten Berichte aus Honduras, Ägypten und Bangladesh vor, in denen — glaubwürdig — davon die Rede ist, daß gerade Kinder zu diesem Zweck regelmäßig „ausgeschlachtet" werden, da offenbar kindliche Organe in den Industrienationen besonders begehrt sind.

Völlig außer acht gelassen aber ist die Tatsache, daß auch heute noch der männliche Teil der Bevölkerung der Staaten der Dritten Welt als Handelsobjekt für skrupellose Geschäftemacher dient. Während bei uns in der Bundesrepublik weiterhin „Arbeitssklaven" vor allem aus den Randregionen Europas meist für kurzfristige und besonders schwere Arbeiten angemietet werden, werden in den USA und den arabischen Staaten billige Arbeitskräfte aus Lateinamerika und Asien zu Hunderttausenden ausgebeutet. Ich denke, das darf bei der generellen Behandlung eines solchen Themas nicht unter den Tisch fallen.

**Rolf P. Bach**

**Nachtrag der Redaktion:**
Im letzten Heft haben wir es versäumt, auf eine Veröffentlichung hinzuweisen. Wir holen das hiermit nach. Zum internationalen Kinderhandel hat Rolf P. Bach ein Buch geschrieben :„Gekaufte Kinder. Babyhandel mit der Dritten Welt", Reinbek 1986. Nach wie vor gibt es auf dem Buchmarkt zu diesem Thema keine vergleichbare Publikation.

## Tournee einer afrikanischen Folkloregruppe

Die aus zehn Mitgliedern bestehende „Sensational Amasachina Cultural Group" zeigt ihn ihrem zweistündigen Programm zehn verschiedene von Trommeln begleitete traditionelle Tänze aus Ghana. Die Gruppe sucht im Mai und Juni noch weitere Auftrittsmöglichkeiten.
Kontaktadresse: Afro-Schaubühne, Europaring 41, 5300 Bonn 1

# Kurz belichtet

## Umweltschutz in Malaysia

Malaysia hat ähnliche Umweltprobleme wie die Industriestaaten: Luft-, Gewässerverschmutzung, radioaktive Abfälle, Umweltbelastung beim Zinnbergbau oder Großprojekte wie der geplante Staudamm in Sarawak.

Es gibt jedoch keinen Umweltschutzbeauftragten in der Regierung. Gutachten für Umweltverträglichkeit bei der Planung und Bau technischer Projekte sind nicht vorgeschrieben. Nur langsam beginnt sich, ein Bewußtsein für Umweltprobleme herauszubilden.

Umweltkritiker geraten leicht in den Vorwurf, Regimegegner bzw. Kommunisten zu sein. Die 1974 gegründete EPSM (Environmental Protection Society Malaysia), eine der beiden Umweltschutzgruppen, wird nur durch Mitgliederbeiträge und lokale Spenden getragen.

(Die andere Gruppe ist SAM-Sahabat Alam Malaysia oder Freunde der Erde Malaysias — zu der es keinen fundamentalen Unterschied gibt, die jedoch über mehr Geldmittel verfügt, weil Unterstützung auch aus Europa kommt.) Ihr Vorsitzender Gurmit Singh, der zu Besuch beim iz3w weilte, erklärte, seine 150 Mitglieder zählende Organisation versteht ihre Aufgabe darin, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, Umweltprobleme aufzuzeigen, Gutachten zu erstellen und die Regierung, sofern möglich, zum Handeln zu veranlassen. Die EPSM gibt eine Zeitung mit dem Namen Alam Sekitar heraus; eines ihrer Projekte ist eine ökologische Musterfarm. Alternativen zum bisher gegangenen „Entwicklungsweg" sollen aufgezeigt werden.

Eine Zusammenarbeit mit anderen NGOs und den Gewerkschaften ist allerdings nur kurzzeitig möglich, weil besonders nach der letzten Repressionswelle im Herbst 1987, wo auch der Vizepräsident der EPSM verhaftet wurde, ein offener Zusammenschluß oppositioneller Gruppen erschwert bzw. unmöglich gemacht wird.

Dennoch sieht Gurmit Singh sowohl eine Chance für eine Demokratisierung seines Landes, als auch für den Aufbau umweltverträglicher Industrien in Malaysia.

Einer der Erfolge der Umweltschützer war das Verhindern der Deponie für radioaktive Abfälle in Papan 1984. Es sollte radioaktives Thorium-Hydroxyd eingelagert werden, das bei der Produktion von Metallverbindungen aus dem Abraum stillgelegter Zinnminen entsteht.

**Adresse:**
EPSM, P.O. Box 382, Jalan Sultan, 46740 Petaling Jaya, Selangor, Malaysia

---

**Wir suchen Kontakt zu spanischen und portugiesischen Gruppen, die im Internationalismus-Bereich arbeiten, z. B. zu Nicaragua, El Salvador, Chile oder zu Themen wie z.B. Weltwirtschaft u. Verschuldung, Entwicklungshilfe, Frauen in der „Dritten Welt",**

**um Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Seminare zu veranstalten und Aktionen zu planen.**

**Bitte schreibt uns, wenn Ihr Kontakte zu solchen Gruppen habt oder wenn Ihr Euch an unserer Arbeit beteiligen wollt.**

**Internationalistisches Büro/Europäisches Netzwerk e.V., Postfach 205, 7800 Freiburg**

---

Die Ausstellung versucht, die Geschichte der Unterentwicklung Lateinamerikas in ihren Grundzügen zu veranschaulichen.

**Themenschwerpunkte:**

1. Das Inka Reich
   - Eroberungsmethoden und Verwaltungsapparat
   - Alltag im Inka-Staat
   - Arbeitsleben und Wirtschaft
   - Ende des Inka-Reiches und dessen historische Bedeutung
2. Die Kolonialzeit
   - Eroberung und Unterdrückung
   - Raubkolonialismus und dessen Folgen (Bsp. Potosi)
   - Handelskolonialismus (Sklavenhandel und Dreiecksgeschäfte)
   - Widerstand und „Unabhängigkeit"

Die Darstellung beschränkt sich exemplarisch auf die Region der nördlichen Andenstaaten, da sich dort die Entstehung der strukturellen Abhängigkeit Lateinamerikas besonders deutlich aufzeigen läßt. Die kurzen Texte werden durch zeitgenössische Darstellungen, aktuelle Fotos, Schaubilder und Graphiken unterstützt.

Geeignet ist die Ausstellung für Schulklassen (ab 10. Schuljahr) und für entwicklungspolitische Aktionsgruppen.

Die Ausstellung umfaßt 30 Schautafeln (Format 60 x 80 cm); auch für die Präsentation in Bilderrahmen geeignet.

Verleihbedingungen und Bestellungen nur schriftlich bei:
**Deutsch-Chilenisches-Kulturzentrum e.V.**
**Bogenstr. 45 a, 2000 Hamburg 20**
**Kontakt-Adresse:**
**Edgardo Alvarado**
**Lohkoppelstr. 25, 2000 Hamburg 76**

---

***Material zur IWF-Kampagne***

***Der Arbeitskreis Entwicklungspolitik Stuttgart hat eine Ton-Dia-Serie über die Zusammenhänge zwischen KAFFEE UND VERSCHULDUNG DER '3. WELT' erstellt.***

***Die Serie kann ausgeliehen (DM 30,-) oder gekauft (DM 60,-) werden über:***
***AK Entwicklungspolitik Stuttgart***
***im BdKJ, Schwabstr. 10 A,***
***7000 Stuttgart 1***

---

## Bangh Bangh Tot

Im Frühjahr 1987 entwickelte die Gruppe Bangh Bangh Tot, bestehend aus einem weißen südafrikanischen Tänzer, einem schwarzen südafrikanischen Musiker und einer indonesischen Tänzerin, ihre neues Bewegungstheaterstück „Serote Speaks". Thema sind die Leiden des alltäglichen Lebens in Südafrika, aber auch Wege der Hoffnung.

Vom 11.9.—15.10. führt die Gruppe eine Tournee in der BRD durch.

---

## Nachtgespräch mit Fidel

Das Stück „Nachtgespräch mit Fidel" ist schon am 14. April 1987 am Schauspielhaus Zürich uraufgeführt worden. Das Thema ist das in vier Nächten geführte Gespräch zwischen Fidel Castro und dem brasilianischen Befreiungstheologen Frei Betto. Es beinhaltet die historische, politische, ethische, philosophische und ästhetische Analyse zweier Bewegungen, dem Sozialismus und dem Christentum.

Aufführungsdaten: 16.5. Innsbruck, 15.5. Salzburg, 17.5. Graz, 18.5. Wien, 25.5. Bielefeld, 26.5. Dortmund, 31.5. Weissach im Tal, 11.6. Frankfurt, 25.6. Kassel

---

## TRANVIA

**Schwerpunkt Afrika mit Beiträgen zu:**

Lusophon oder Bantuphon? Sprachpolitik im heutigen Angola, Afrikanische Literatur vs. koloniale Literatur. „Öju d'agu" (über einen in kreolischer Sprache geschriebenen Roman eines kapverdischen Autors), Prinz aus Fogo (ein Kinderfilm über einen kapverdischen Jungen), Gesundheitspolitik auf den Kapverden und deren Verhältnis zum politischen System, Flucht und Rückkehr der Portugiesen aus den ehemaligen Kolonien nach Portugal und ein Gespräch mit Jorge Reis und Johannes Spatz über Fragen von Kultur, Sprache, Identität auf den Kapverden.

**Nr. 8, März 1988, 68 Seiten. Für DM 6,- bei TRANVIA, Postfach 303 626, 1 Berlin 30**

## Kolonialismus

## katholisch




Zum skurrilsten, was meine an Skurrilitäten nicht arme katholische Kindheit zu bieten hatte, gehörte die regelmäßige Aufforderung, etwas für die Mission zu tun und ein Heidenkind taufen zu lassen. Das kostete 20,- DM, die im Pfarramt zu entrichten waren. Dort durfte man dann auch „seinem Kind" einen Namen aussuchen und erhielt als Beleg das Postkartenporträt einer koreanischen Franziska oder eines schwarzen Hermann-Josefs, die nun dank des geopferten Taschengeldes in den Schoß der Kirche aufgenommen werden konnten. Der religiöse Eifer bei uns Kindern war schnell entfacht, und mit dem triumphierenden Bewußtsein, der Herde der Gläubigen höchstpersönlich ein neues Schaf zugeführt zu haben, zogen wir von dannen — für die entgangenen Süßigkeiten allemal entschädigt.

Solcher Stückgutverkauf ist inzwischen überholt, 1988 läuft auch der Seelenhandel nur noch en gros. Die Taufe steht ebenfalls nicht mehr so im Vordergrund; statt von Bekehrung der Heiden spricht man heute lieber von Hilfe für die Dritte Welt. Die ist ein hartes Geschäft: Gottlosigkeit und Materialismus grassieren, und die konkurrierenden Helfer machen sich gegenseitig die Pfründe streitig. Gegen internationale Medienspektakel vom Kaliber „life aid" oder „Ein Tag für Afrika" hat's ein biederes katholisches Missionswerk schwer. Es müssen schon alle Werberegister gezogen werden, um vom Spendenkuchen noch ein Stück abzubekommen. Die ausgebufften Verkaufspsychologen, die man dann holt, haben ihren Konrad Lorenz gelernt. Der entdeckte auf der Suche nach Tierischem im Menschen das „Kindchenschema": Das Gesicht eines Menschenjungen wirkt bei ausgewachsenen Exemplaren als Schlüsselreiz und löst unwillkürlich Brutpflegeverhalten aus. Das funktioniert so sicher wie der verstärkte Speicherfluß vorm gefüllten Futternapf. Hilfesuchende Kinderaugen (durch Retuschieren vergrößert?) mit angegebener Bankverbindung öffnen jeden Geldbeutel. Wer brächte es schon übers Herz, sie alleinzulassen?

„Laß sie nicht allein", der Tonfall klingt verdächtig. Seit jeher glaubt der weiße Mann, ohne seine Kultur, Religion und Technik seien die armen Wilden verloren. Im Kleingedruckten wird's dann noch deutlicher, wer aus der Anzeige spricht: „MISSIO investiert in Menschen, die anderen Menschen helfen." Wer investiert, will, daß etwas dabei herausspringt. Die Hilfe hilft zuerst dem Helfer. Es ist der Kolonialherr, der hier das Wort führt. „Ihre Spende kommt an!" Selbstverständlich! Wer hätte auch daran gezweifelt? Käme es nicht an, so wär's ja nichts mit dem Investieren. Es ist der Kolonialherr, der hier das Wort führt. Sein Gesicht bleibt verborgen, das Photo zeigt nur seine Hand auf dem Kopf des Kindes. Die Geste signalisiert Besitzanspruch: Du gehörst mir; Du entkommst mir nicht! Aber im gedrückten Kinderblick — und hier fällt das Photo denen in den Rücken, die es auswählten — liegt auch ein verzweifeltes: Wenn er mich doch in Ruhe ließe.

**Ulrich Bröckling**

## JAHRESTREFFEN DER INTERNATIONALEN FRIEDENSBRIGADEN
### — Bundesrepublik Deutschland —

Die Idee gewaltfreier Interventionen in Konfliktgebieten geht auf Mahatma Gandhi zurück. 1981 trafen sich gewaltfreie AktivistInnen aus verschiedenen Ländern und Friedensorganisationen, um ein Konzept zu erarbeiten, nach dem internationale Theams von Freiwilligen in akuten Spannungsgebieten eingesetzt werden können, um dort Konfliktlösungen zu erreichen. Grundpfeiler dieses Dienstes sind Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit und Wahrung bzw. Schutz der Menschenrechte.
Die Einsätze erfolgen nur auf Anfragen einheimischer Betroffener. Daraufhin stellen die Friedensbrigaden Kontakte zwischen den kämpfenden Parteien her. Beispielsweise übernehmen sie Pufferfunktionen zwischen streitenden Parteien, versuchen den Schutz bedrohter Personen zu gewährleisten und stellen durch ihre Anwesenheit eine internationale Öffentlichkeit her, durch deren alleinige Existenz Repressionen bereits oft vermieden werden konnten.
Zum bundesdeutschen Jahrestreffen sind alle Interessierten (mit und ohne Vorkenntnisse) herzlich eingeladen.
**Termin: 4./5. Juni 1988 (Anreise am 3. Juni, abends)**
**Ort: Friedensözentraum Trier**

**Anmeldungen und nähere Informationen:**
**Internationale Friedensbrigaden**
**c/o Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.**
**Palaststr. 3**
**5500 Trier**

# Zeitschriftenschau

**Querbrief 1/88 – Mosambik:** Aktuelles zur Mosambik-Kampagne – Was unterstützt Weltfriedensdienst in Mosambik? – Kenneth Kaunda zur Situation der Flüchtlinge im Südlichen Afrika – Frauenkooperativen in den Provinzen Tete und Maputo – Altes und Neues aus der Solidaritätsarbeit/ehemalige Kooperanten berichten über ihre Erfahrungen. Daneben: Israel – Aufstand in den besetzten Gebieten – Vehement e.V.: letzte News über einen neuen „Rückkehrerverein".
**Bezug:** Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61, DM 4,-

**EPK 1/1988**
Philippinen – Mythos eines Machtwechsels
Die Hoffnungen des philippinischen Volkes, mit „People's Power" würde die Demokratie Einzug halten, haben sich als Illusion erwiesen. In diesem Heft wird die heutige Situation aus der Sicht oder Bewertung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Bereiche dargestellt. Beiträge zu: Militär, Kirche, Gewerkschaften, die linken Gruppierungen (Nationale Demokratische Front, Neue Volksarmee, Kommunistische Partei); Landreform, Wirtschaftspolitik, US-Basen; Menschenrechtssituation, Verfassung, Todesschwadronen; bundesdeutsche Philippinensolidarität.
**Bezug:** EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20, Preis: 36 S., 4,- DM (Jahresabonnement 22,-; Institutionen 35,- DM)

**INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA Nr. 1 '88, Jan./Febr.**
Schwerpunkt: Frontstaaten unter Druck – Sanktionen gegen Südafrika – Unterstützung für SADCC!
Die Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika muß Hand in Hand gehen mit einer verstärkten Unterstützung der in der SADCC zusammengeschlossenen Länder, so die Quintessenz des Aufsatzes 'Die Region als Geisel – Auswirkungen von Sanktionen gegen Südafrika auf die Frontstaaten'. Daß die Maßnahmen der EG, die 1985 und 1986 gegen Südafrika beschlossen wurden, eher symbolische Aktionen waren, macht der Bericht des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen des Europaparlaments deutlich. Die uneinheitliche und widersprüchliche Politik der BRD gegenüber der SADCC wird in einem anderen Beitrag analysiert.
Zwei Aufsätze befassen sich mit Angola. Einmal geht es um die Bemühungen der angolanischen Regierung, ihre Beziehungen den USA wie Westeuropa gegenüber zu verbessern, zum anderen um die forcierte Reorganisation der Wirtschaft.
Außerdem: CSU-Kontakte zur MNR bewiesen; zu den Nachwahlen in Zimbabwe u.v.a.m.
**Preis:** DM 5,- Abo.: DM 40,-
**Bezug:** issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

**EPD-Entwicklungspolitik 7/88:**
Schwerpunkt: „In Gerechtigkeit investieren" – Plädoyer für eine ökumenische Zukunft, zur Befreiung der Kirche aus ökonomischer Dominanz • Der „Volksmund" ist McDonald's zu vorlaut – Hamburgerkette protestiert bei ev. Kirche • Infos: Rolle der Weltbank bei ökologischer Zerstörung • Erst nach wirtschaftspolitischem Kurswechsel neue Kredite an Peru • Indischer Theologe wirft Evangelikalen „Konfessionellen Rassismus" vor.

**FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – Nr. 124/125 Februar/März 1988**
Schwerpunkt: Multinationale Konzerne
Bilanz der BUKO-Pharmakampagne; Aktionen zu Hoechst und Schering; Pharmabus wieder unterwegs.
Glasurit in Brasilien; Bilanz „Kritische AktionärInnen"; „Kein Geld für Apartheid"-Bankenaktion; Bilanz der Bayer-Coordination und der Aktionen zu Adler in Südkorea; Agromulti Ferruzi
Außerdem: „IWF-Kampagne aktuell" mit dem Protokoll der Aktionskonferenz vom Januar, der ergänzten Fuldaer Erklärung, neuen Aktionsideen, einem Thesenpapier zu „Flüchtlingsbewegung und Verschuldung", Bericht zum BUKO zwischen BMZ und Juan Carlos sowie Kurzinfos und die Einladung des BUKO an Ulla Penselin und Ingrid Strobl, die seit den Razzien Ende 1987 im Knast sitzen, als Referentinnen zum 12. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen im Juni in Frankfurt.
**Bezug:** Forum, Lingener Str. 9, 4400 Münster
Doppelheft: DM 6,-

**epd-Entwicklungspolitik 4/88:**
Schwerpunkt: **Zerstörung der tropischen Regenwälder:** „Das größte vom Menschen angerichtete Desaster"; Wer zerstört den tropischen Regenwald?; Weltbank-Aktionsplan; Internationale Tropenholzorganisation; Nordborneo – Brasilien; Rüstungsindustrie: Lürssen – „Was schwimmt, geht".
Infos: Müllentsorgung in Pazifik und Karibik; brasilianisch-libysches Rüstungsgeschäft mit bundesdeutscher Technik; Auswärtiges Amt und colonia dignidad.
**Bezug:** epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2–6, 6000 Frankfurt/M. 1
Einzelpreis: 3,80 DM; Doppelheft: 5,50 DM

**ila Nr. 113, März 88**
Schwerpunktthema: Tatort Tropen – Die Zerstörung der tropischen Regenwälder – durch die Aktionen verschiedener 3. Welt-Gruppen und der Beteiligung von Umweltgruppen und -verbänden an der IWF-Kampagne hat das Thema „tropischer Regenwald" traurige Konjunktur bekommen. Die aktuelle ila enthält Beiträge zu den Ursachen und Hintergründen der Waldvernichtung in den Tropen, der neuen „grünen" Rhetorik der Weltbank und den Aktivitäten der Gruppen zu diesem Arbeitsbereich. Außerhalb des Schwerpunktes beschäftigen sich jeweils zwei Beiträge mit dem lateinamerikanischen Feministinnen-Treffen in Mexiko-Stadt, dem oppositionellen Theater in Chile und der historischen Bedeutung von Che Guevara.
Einzelpreis 3,50 DM (Abo 35,- DM)
**Bezug:** ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1



**AIB 4/1988**
**Atompolitik:** Atomskandal zieht Kreise – Die Atomexportpolitik der BRD – **Schuldenkrise:** Zum Auftakt der IWF-Weltbank-Kampagne – **Südliches Afrika:** Christen gegen Apartheid – **Palästina:** Interview mit Yasser Abed Rabo (PLO) über den Aufstand in den besetzten Gebieten – Interview mit Felicia Langer zur Besatzungspolitik – **Nicaragua:** Widerstand an der Wirtschaftsfront – **Ecuador:** Präsidentschaftswahlen – **Kuba:** Rectificacion – **Kultur:** „Schrei nach Freiheit" – Sonderteil **„Olympia-Land KOREA":** Geteiltes Land – „Schwellenland"? – Südkorea – ein Modell für wen? – Zwischen Kwangju und Olympia – Nordkorea – Selbstständigkeit und Streben nach Wiedervereinigung – USA-Südkorea-Japan: Dreierallianz im Nordwestpazifik – Sommerolympiade zwischen Politik und Kommerz – Korea Olympia Kampagne '88 – Bücher, Medien, Adressen.
Einzelpreis: 3,- DM (Sonderheft 2,50 DM); Abo 33,- DM
**Bezug:** AIB-LeserInnen-Service, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

**INDIEN RUNDBRIEF**
Artikel zu alternativen Weltmodellen in der indischen Denktradition (Ghandi, Tagore, Aurobindo) und einen großen Abschnitt über entwicklungspolitisch relevante Projekte – Initiativen – Aktionen. Bericht eines deutschen ASA-Stipendiaten, der unter dem Titel „Opfer müssen gebracht werden" die Auswirkungen des von der Weltbank mitfinanzierten größten Staudammprojekts Indiens (Narmada-Staudamm-Projekt) darstellt.
Außerdem gibt es Hinweise auf Veranstaltungen, Bücher, einen umfangreichen Leserservice, einige Kurzgeschichten indischer Autoren, und etwa 90 Seiten aktuelle Originalartikel aus indischen Zeitschriften (Rüstungspolitik, Biotechnologie, Landwirtschaft, Frauen, Weltbankprojekte, Dürrekatastophe u.v.a.).
Gesamtumfang: 240 Seiten, DIN A 4
Einzelpreis: 18,50 DM
**Bezug:** gegen Überweisung von 18,50 DM auf das Konto Nr. 392 597 Indienhilfe Durga Press bei der Kreissparkasse Starnberg, BLZ 700 540 80. Abo: 30,-/50,-/70,- DM

**Ila, Nr. 114, April 88**
Schwerpunkthema: Aufbruch in El Salvador. Um die Jahreswende 87/88 haben im Zuge der Aktion „Ein Konvoi für El Salvador" 80 Internationalist/inn/en aus Europa, der USA und Mexiko verschiedene Regionen in El Salvador besucht, um Hilfsgüter zu übergeben und die Lebensbedingungen und den Widerstand der Zivilbevölkerung unter den Bedingungen der Aufstandsbekämpfungsstrategie des Duarte Regimes kennenzulernen. Die aktuelle ila enthält 5 Beiträge, in denen die westdeutschen DelegationsteilnehmerInnen ihre Erfahrungen und Eindrücke schildern.
Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Antisemitismus in Argentinien, der US-Intervention in Panama, der möglichen Einstellung des deutschen Dienstes der Dritte Welt Nachrichten Agentur ips, der Diffamierungskampagne des BUKO und einen lateinamerikanischen Theatertreffen in Cadiz.
**Einzelpreis:** DM 3,50 (Abo DM 35,-)
**Bezug:** ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

## Tagungshinweise

**„Geld regiert die Welt".** Veranstaltungsreihe zur Verschuldung der Dritten Welt.
- 13. Mai: Die Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Verschuldung.
- 20. Mai: Argentinien – ein Volk zwischen Schulden und Schuldigen.
- 27. Mai: Zahlen oder nicht zahlen? – Lösungsdiskussion.

Jeweils 20.00 Uhr in Losheim, Gasthaus zur Post. Veranstalter: 3. Weltladen Losheim – Landeszentrale für pol. Bildung, Saarland.

---

**Kongress zur Gen- und Biotechnologie** in der Produktion, vom 1.–3.7.88 in Köln. Koordination: Bunter Trägerkreis von Bayer Coord. bis BUND, c/o BBU e.V., Prinz-Albert-Str. 43, 5300 Bonn 3, Tel.: 0288/21 40 32/33

---

**Veranstaltungen der Reisenden Schule Dritten Welt e.V.:** – Indien. Ein Reisebericht der gerade zurückgekehrten Teilnehmer des Indien-Kurses der Reisenden Schule. 17.–19. Juni 88.
– Türkei-Kurs. Erstes Vorbereitungstreffen: 6.–8. Mai 88. Weitere Treffen: 16.–19. Juni 88, 15.–17. Juli.
– Frauenworkcamp „Kennst Du dich – Kennst Du mich?" Eine Begegnungswoche ausl. und dt. Frauen, vom 23.–28. Juni.
Infos: Reisende Schule, Bördestr. 3, 3530 Warburg, Tel.: 05641/89 54

---

Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung: **„Entwicklungspolitik – Schulen in der Dritten Welt und Dritte Welt in der Schule".** Für Lehrer aller Schularten. Anmeldung: Fritz-Erler Akademie, PF 209, 7290 Freudenstadt.

---

**„Zurückkehren oder bleiben?** Perspektiven für AkademikerInnen aus Entwicklungsländern nach dem Auslandsstudium". AK Afrikanisch-Asiatischer Akademiker Göttingen. Info: Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766/81-0

---

**14. Tübinger Festival** „...daß nichts bleibt wie es war". Widerstand im Wandel. vom 27.–29. Mai. Veranstalter und Festivalbüro: Club Voltaire, Haaggasse 26 b, 7400 Tübingen, 07071/515 24

---

**Kongress gegen die Militarisierung:** Kriegsdienste verweigern! 14./15. Mai in Frankfurt. Fachhochschule Nibelungenplatz. Beginn: Samstag 12 Uhr. Kongressbüro: Vogelsberg 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/498 03 94

---

**Pfingsttreff Dreyeckland 1988.** Gegen die atomare Bedrohung, Umweltzerstörung, Rüstung und Unterdrückung. Kontakt: Freiburger Friedensbüro, Tel.: 0761/55 37 47

---

**12. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen.** 2.–5.6.88 in Frankfurt. Motto: Gegen die Macht des Geldes – Wege aus Verschuldung und Elend. Info und Anm.: BUKO, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 31 56

---

**„Frauen in der Dritten Welt – Auf die Dauer ohne Power?"** 25.–26.6.88, Neckargerach. Info und Anm.: Gesellschaft für politische Ökologie (GPÖ), Gutbrodstr. 33, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/63 61 44

---

**Aktionstag der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ):** Deutsche Schüler und Schülerinnen gegen Apartheid. 16. Juni 88. Info und Anm.: KJS, Gabelsbergerstr. 19, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/41 24 00

---

**Gibt es eine Wende in der bundesdeutschen Rüstungsexportpolitik?** 13.–15. Mai in 7888 Rheinfelden. Info und Anm.: BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/32 60 45

---

**„Elende Verschuldung – Verschuldetes Elend".** „Eine-Welt"-Tage 88 der Düsseldorfer Dritte Welt Initiativen von Anfang bis Ende Mai. Information: Reinhold Knopp, ZAKK, Fichtenstr. 40, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/33 66 44

---

**„Entwicklungshilfe – ihre wirtschaftlichen und politischen Hintergründe".** Eine internationale Jugendtagung des Arbeitskreises Sonnenberg e.V., vom 17.–26.5.88 im Harz. Information: AK Sonnenberg, Bankplatz 8, PF 2940, 33 Braunschweig, Tel.: 0531/492 42

---

Fachtagung: **„De facto Flüchtlinge – Flüchtlinge im Wartestand".** 19.–20. Mai 88 in Bonn. Veranstalter: Arbeiterwohlfahrt, Oppelner Str. 130, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/66 85-152

---

**Nomaden und ihre Umwelt im Wandel.** Eine Tagung der Gesamthochschule Kassel vom 8.–10.6. in Witzenhausen. Tagungsbüro: Fachbereich internat. Agrarwirtschaft, Steinstr. 19, 3430 Witzenhausen 1.

---

**Lateinamerikatage** in Dortmund, vom 1.–31.5.88. Informationsbüro: Tierra Nueva, 4600 Dortmund 1, Lindenmannstr. 84, Tel.: 0231/13 67 26

---

**Alternativen zur Verarmung?** Entschuldung, Neue Weltwirtschaftsordnung, alternative Wirtschaftspolitik in der BRD und 3. Welt, vom 14.–15. Mai 88 in Frankfurt. Anmeldung: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 FfM 90

---

**„Gibt es eine 'Wende' in der bundesdeutschen Rüstungsexportpolitik?" – Eine aktuelle Bestandsaufnahme.**
Vom 13.–15. Mai 1988 in Schloß Beuggen, 7888 Rheinfelden
Teilnahmegebühren: DM 45,-/30,-; Fahrtkosten werden ersetzt.
Anmeldung: BUKO-Koordination, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen, Tel. 0421-32 60 45

---

### Zaire Symposium

Am 10./11. Juni in Bern, organisiert von der BODS. Themen sind: geostrategische Rolle des Zaire, wirtschaftliche und politische Situation, Menschenrechte, zairische Frauen und die Asylproblematik, sowie die Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Zaire. Das Programm ist erhältlich bei: BODS, Postfach 2452, 3001 Bern.

## Neuerscheinungen

Stefan Welzk – **Vom Börsenkrach zur Wirtschaftskrise**, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1988, 164 S., DM 14,80

---

Emily Narallah – **Septembervögel**, Lenos Verlag Basel 1988, DM 32,-

---

Georg Stein – **Die Palästinenser**, Unterdrükkung und Widerstand eines entrechteten Volkes, Pahl--Rugenstein 1988, Fotoband DM 48,-

---

Peter Beyersdorf – **Hunger und Hoffnung**, Chronik eines Einsatzes im äthiopischen Notstandsgebiet, Express Edition Berlin 1988, 170 S., DM 24,80

---

Wolfgang Trostorf/EZEF – Das internationale Repertoire, **Kinohandbuch „Dritte Welt"**, 74 S., DM 7,- bei: EZEF, Gänsheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1

---

Freidoune Shebjan: **„Ich habe keine Tränen mehr"** Iran: Die Geschichte des Kindersoldaten Reza Behrouzi, rororo aktuell, 1988

---

Michael Offermann: **Angola zwischen den Fronten** – 510 Seiten, Centaurus-Verlag 88, 58,- DM

---

**Dritte Welt – Ursachen des Elends.** Ausstellung eines entwicklungspolitischen Seminars an der UNI Karlsruhe für Schüler ab 15. Info: Jörg Balger, Königsberger Str. 2 i, 7500 Karlsruhe 1, Tel.: 0721/68 92 80

---

**Sind Die Grünen noch zu retten?** Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei. Herausgegeben von Jochen Hippler und Jürgen Maier, Förtner & Kroemer, Frühjahr 1988.

---

**La Peinture nègre**
Iba N'Diaye und die neue Malerei im Senegal.
Ausstellungsdauer: 05.05.–19.06.88
IWALEWA-HAUS, Münzgasse 9, 8580 Bayreuth

---

**In Bochum hat sich ein neues Komitee gegründet: Solidaritätskomitee mit dem Kampf des palästinensischen Volkes-Bochum, c/o ASTA-Ausländerreferat, Universitätsstr. 150, 4630 Bochum**

---

**Postvertriebsstück**
**Gebühr bezahlt**

**M 3477 F**

**iz3w**
**Postfach 5328**
**7800 Freiburg**

**ISSN 0933-7733**